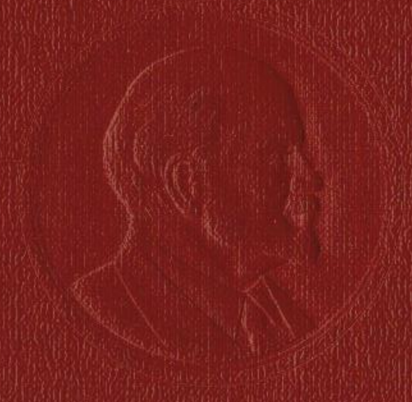


W. I. LENIN

ÜBER DAS BÜNDNIS DER ARBEITERKLASSE MIT DER WERKTÄTIGEN BAUERNSCHAFT

W. I. LENIN

ÜBER DAS BÜNDNIS DER ARBEITERKLASSE MIT DER WERKTÄTIGEN BAUERNSCHAFT

Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden



DIETZ VERLAG BERLIN

1961

Proletariat und Bauernschaft[1]

Der gegenwärtig in Moskau tagende Kongreß des Bauernbundes setzt wieder die wichtige Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung auf die Tagesordnung. Diese Frage war für die russischen Marxisten bei der Festlegung ihres Programms und ihrer Taktik stets aktuell. Schon im ersten, von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1884 im Ausland veröffentlichten Entwurf eines Programms der russischen Sozialdemokratie wurde der Bauernfrage sehr ernste Aufmerksamkeit gewidmet.

Seitdem gibt es kein einziges bedeutenderes, allgemeinen Fragen gewidmetes Werk von Marxisten, kein einziges sozialdemokratisches Presseorgan, das die marxistischen Ansichten und Losungen nicht wiederholt, nicht entwickelt und nicht auf einzelne Fälle angewandt hätte.

Jetzt ist die Frage der Bauernbewegung nicht nur in theoretischer Hinsicht, sondern im unmittelbarsten praktischen Sinn aktuell geworden. Jetzt muß man unsere allgemeinen Losungen in direkte, vom revolutionären Proletariat an die revolutionäre Bauernschaft gerichtete Aufrufe verwandeln. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, da die Bauernschaft als bewußter Schöpfer einer neuen russischen Lebensordnung auftritt. Und davon, wie sich das Bewußtsein der Bauernschaft entwickelt, hängen in hohem Maße Verlauf und Ausgang der großen russischen Revolution ab.

Was will die Bauernschaft von der Revolution? Was kann die Revolution der Bauernschaft geben? Das sind die beiden Fragen, die jeder Politiker und insbesondere jeder klassenbewußte Arbeiter, der ein Politiker im besten, nicht durch bürgerliches Politikastertum banalisierten Sinne dieses Wortes ist, lösen muß.

Die Bauernschaft will Land und Freiheit. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Alle klassenbewußten Arbeiter unterstützen mit allen Kräften die revolutionäre Bauernschaft. Alle klassenbewußten Arbeiter wollen und streben danach, daß die Bauernschaft alles Land und volle Freiheit erhalte. Alles Land – das bedeutet, sich mit keinerlei Teilzugeständnissen und Almosen zufriedengeben, das bedeutet, nicht auf eine Verständigung der Bauern mit den Gutsbesitzern, sondern auf die Abschaffung des gutsherrlichen Grundeigentums ausgehen. Und die Partei des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie, hat sich auf das entschiedenste in diesem Sinne geäußert: auf ihrem III. Parteitag, der im Mai dieses Jahres stattfand, hat die SDAPR eine Resolution angenommen, in der direkt von der Unterstützung der revolutionären Bauernforderungen *einschließlich der Konfiskation sämtlicher* Privatländereien gesprochen wird. Diese Resolution zeigt klar, daß die Partei der klassenbewußten Arbeiter die Forderung der Bauern nach dem gesamten Grund und Boden unterstützt. Und in *dieser* Hinsicht stimmt die von der anderen Hälfte unserer Partei auf ihrer Konferenz angenommene Resolution mit der Resolution des III. Parteitags der SDAPR inhaltlich völlig überein.

„Volle Freiheit" – das bedeutet Wählbarkeit der die öffentlichen und staatlichen Angelegenheiten verwaltenden Behörden und Beamten. „Volle Freiheit" – das bedeutet restlose Vernichtung einer Staatsgewalt, die nicht vollständig und ausschließlich vom Volk abhängt, die vom Volk nicht gewählt, dem Volk nicht rechenschaftspflichtig und durch das Volk nicht absetzbar ist. „Volle Freiheit" – das bedeutet, daß nicht das Volk sich den Beamten unterordnen muß, sondern die Beamten sich dem Volk unterordnen müssen.

Natürlich verhalten sich nicht alle Bauern, die für Land und Freiheit kämpfen, vollauf bewußt zu diesem Kampf, gehen nicht alle so weit, die Republik zu fordern. Aber die demokratische Richtung der Bauernforderungen steht außer Zweifel. Daher kann die Bauernschaft sicher sein, daß das Proletariat diese Forderungen unterstützt. Die Bauern sollen wissen, daß das in den Städten entfaltete rote Banner ein Banner des Kampfes für die dringendsten

und brennendsten Forderungen nicht nur der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch der Millionen und aber Millionen kleiner Landwirte ist.

Die in den verschiedensten Formen und Arten erhalten gebliebenen Überreste der Leibeigenschaft lasten noch immer als ein schweres Joch auf der ganzen Bauernmasse, und die Proletarier haben unter dem roten Banner diesem Joch den Krieg erklärt.

Aber das rote Banner bedeutet nicht nur, daß das Proletariat die Bauernforderungen unterstützt. Es bedeutet auch eigene Forderungen des Proletariats. Es bedeutet nicht nur Kampf für Land und Freiheit, sondern auch Kampf gegen jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kampf gegen die Armut der Volksmassen, Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Und hier erhebt sich vor uns die zweite Frage: Was kann die Revolution der Bauernschaft geben? Viele aufrichtige Freunde der Bauern (darunter zum Beispiel die Sozialrevolutionäre) beachten diese Frage nicht, bemerken nicht, wie wichtig sie ist. Sie glauben, es genüge, die Frage zu stellen und zu lösen: Was wollen die Bauern, und es genüge, die Antwort zu erhalten: Land und Freiheit. Das ist ein großer Irrtum. Die volle Freiheit und die volle Wählbarkeit aller Beamten bis zum Staatsoberhaupt einschließlich werden die Herrschaft des Kapitals nicht abschaffen, den Reichtum der wenigen und die Armut der Massen nicht beseitigen. Auch die restlose Aufhebung des privaten Grundeigentums wird weder die Herrschaft des Kapitals noch die Armut der Massen beseitigen. Auch auf dem Boden, der dem ganzen Volk gehört, wird nur derjenige eine selbständige Wirtschaft führen können, der über Kapital verfügt, nur derjenige, der Geräte, Vieh, Maschinen, Saatgutvorräte, überhaupt Geldmittel usw. besitzt. Wer aber außer seinen Arbeitshänden nichts hat, wird immer ein Sklave des Kapitals bleiben, sogar in einer demokratischen Republik, sogar dann, wenn der Grund und Boden dem ganzen Volk gehört. Der Gedanke an eine „Sozialisierung" des Grund und Bodens ohne Sozialisierung des Kapitals, der Gedanke an die Möglichkeit einer ausgleichenden Bodennutzung beim Fortbestehen des Kapitals und der Warenwirtschaft ist irrig. Der Sozia-

lismus hat fast in allen Ländern Europas Zeiten durchgemacht, in denen diese oder ähnliche Irrtümer von der Mehrheit geteilt worden sind. Die Kampferfahrung der Arbeiterklasse hat in allen Ländern praktisch gezeigt, wie gefährlich dieser Fehler ist, und die proletarischen Sozialisten Europas und Amerikas haben sich jetzt von ihm völlig frei gemacht.

Somit bedeutet das rote Banner der klassenbewußten Arbeiter erstens, daß wir den Kampf der Bauern für volle Freiheit und alles Land mit allen Kräften unterstützen; zweitens bedeutet es, daß wir dabei nicht stehenbleiben, sondern weitergehen. Wir führen außer dem Kampf für Freiheit und Land den Kampf für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus ist der Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Diesen Kampf führen vor allem die Lohnarbeiter, die direkt und völlig vom Kapital abhängen. Die Kleinbesitzer dagegen verfügen zum Teil selbst über Kapital, beuten nicht selten selbst Arbeiter aus. Deshalb reihen sich nicht alle Kleinbauern unter die Kämpfer für den Sozialismus ein, sondern nur diejenigen, die sich entschlossen und bewußt auf die Seite der Arbeiter gegen das Kapital, auf die Seite des Gemeineigentums gegen das Privateigentum stellen.

Aus diesem Grunde sagen die Sozialdemokraten, daß sie zusammen mit der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer und Beamten kämpfen; außerdem aber kämpfen sie, die städtischen Proletarier zusammen mit den ländlichen Proletariern, gegen das Kapital. Der Kampf für Land und für Freiheit ist ein demokratischer Kampf. Der Kampf für die Vernichtung der kapitalistischen Herrschaft ist ein sozialistischer Kampf.

Senden wir also dem Bauernbund, der beschlossen hat, einmütig und standhaft, rückhaltlos und ohne Schwanken für volle Freiheit und für alles Land zu kämpfen, unsere heißen Grüße. Diese Bauern sind echte Demokraten. Die Irrigkeit ihrer Ansichten über die Aufgaben des Demokratismus und des Sozialismus müssen wir ihnen geduldig und beharrlich erklären, denn sie sind Bundesgenossen, mit denen uns der gemeinsame große Kampf verbindet. Diese Bauern sind wirkliche revolutionäre Demokraten, mit denen

zusammen wir in den Kampf für den vollen Sieg der gegenwärtigen Revolution gehen müssen und gehen werden. Dem Plan eines Generalstreiks, dem Beschluß, daß sich das nächste Mal die städtischen Arbeiter und die gesamte Dorfarmut einträchtig, gemeinschaftlich erheben sollen – diesem Plan und Beschluß bringen wir die größte und vollste Sympathie entgegen. Alle klassenbewußten Arbeiter werden alle Anstrengungen machen, um bei der Verwirklichung dieses Planes zu helfen. Aber kein Bündnis der Welt, selbst mit den ehrlichsten und entschlossensten revolutionären Demokraten, wird die Proletarier dazu bringen, ihr noch größeres und wichtigeres Ziel – den Kampf für den Sozialismus, für die restlose Vernichtung der Herrschaft des Kapitals, für die Befreiung aller Werktätigen von jeder Ausbeutung – zu vergessen. Vorwärts, Arbeiter und Bauern, zum gemeinsamen Kampf für Land und Freiheit! Vorwärts, Proletarier, die ihr in der internationalen Sozialdemokratie vereinigt seid, zum Kampf für den Sozialismus!

„Nowaja Shisn" (Neues Leben) Nr. 11,
12. November 1905.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, Bd. 10, S. 24–28.

Aus: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution

(Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)

DAS AGRARPROGRAMM UND DAS NATIONALITÄTENPROGRAMM

13. Wir können im gegenwärtigen Augenblick nicht mit Sicherheit wissen, ob sich in der nächsten Zukunft eine machtvolle Agrarrevolution im russischen Dorfe entfalten wird. Wir können nicht wissen, wie tiefgehend die Klassenscheidung der Bauernschaft in Knechte, Lohnarbeiter und arme Bauern („Halbproletarier") einerseits und wohlhabende und mittlere Bauern (Kapitalisten und Kleinkapitalisten) anderseits ist, die in letzter Zeit zweifellos Fortschritte gemacht hat. Nur die Erfahrung kann und wird eine Antwort auf solche Fragen geben.

Als Partei des Proletariats aber sind wir unbedingt verpflichtet, sofort nicht nur mit einem Agrarprogramm (Bodenprogramm) hervorzutreten, sondern auch unverzüglich durchführbare praktische Maßnahmen *im Interesse* der bäuerlichen Agrarrevolution in Rußland zu propagieren.

Wir müssen die Nationalisierung des *gesamten* Grund und Bodens fordern, d. h. den Übergang des gesamten Grund und Bodens im Staate in das Eigentum der zentralen Staatsmacht. Diese Staatsmacht muß den Umfang usw. des Umsiedlungsfonds festsetzen, sie muß die Gesetze über Forstschutz, Meliorationen usw. erlassen, sie muß unbedingt jede Art Vermittlertätigkeit zwischen dem Eigentümer des Bodens, d. h. dem Staate, und seinem Pächter, d. h. dem Landwirt, verbieten (Verbot jeder Weiterverpachtung des Bodens). Aber die gesamte *Verfügungsgewalt* über den Grund und Boden sowie die Festsetzung der *örtlichen Bedingungen* des Besitz- und

Nutzungsrechts darf keinesfalls in bürokratischen, in Beamtenhänden liegen, sondern muß restlos und ausschließlich den Gebiets- und Orts*sowjets der Bauerndeputierten* zustehen.

Um die Getreideproduktion in ihrer Technik zu verbessern und ihren Umfang zu vergrößern, um ferner eine rationelle Großwirtschaft zu entwickeln und die gesellschaftliche Kontrolle über diese sicherzustellen, müssen wir innerhalb der Bauernkomitees darauf hinarbeiten, daß jede konfiszierte Gutswirtschaft in einen Mustergroßbetrieb verwandelt wird, der unter der Kontrolle der *Sowjets der Landarbeiterdeputierten* steht.

Im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Phrase und Politik, wie sie bei den Sozialrevolutionären herrscht, besonders in ihrem leeren Gerede von der „Verbrauchs"- oder „Arbeits"norm, von der „Sozialisierung des Grund und Bodens" usw., muß die Partei des Proletariats mit aller Klarheit auseinandersetzen, daß das System der Kleinwirtschaft beim Bestehen der Warenproduktion *nicht imstande* ist, die Menschheit von Massenelend und Massenunterdrükkung zu erlösen.

Ohne sofort und unbedingt die Sowjets der Bauerndeputierten zu spalten, muß die Partei des Proletariats erläutern, daß es notwendig ist, besondere Sowjets der Landarbeiterdeputierten und besondere Sowjets der Deputierten der armen (halbproletarischen) Bauern zu schaffen oder zumindest besondere ständige Beratungen der Deputierten *dieser Klassenlage* in Form besonderer Fraktionen oder Parteien innerhalb der allgemeinen Sowjets der Bauerndeputierten. Andernfalls werden all die süßlichen kleinbürgerlichen Phrasen der Volkstümler von der Bauernschaft schlechthin nur den Betrug verschleiern, den die wohlhabenden Bauern, die nur eine Abart der *Kapitalisten* sind, an der besitzlosen Masse begehen.

Im Gegensatz zu den bürgerlich-liberalen oder rein bürokratischen Predigten vieler Sozialrevolutionäre und Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die den Bauern empfehlen, sich der Ländereien der Gutsbesitzer nicht zu bemächtigen und die Umgestaltung der Agrarverhältnisse nicht vor der Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu beginnen, muß die Partei des

Proletariats die Bauern auffordern, die Umgestaltung der Agrarverhältnisse sofort und selbständig in Angriff zu nehmen und die Ländereien der Gutsbesitzer unverzüglich auf Beschluß der örtlichen Bauerndeputierten zu konfiszieren.

Besonders wichtig ist es hierbei, Nachdruck darauf zu legen, daß die Lebensmittelproduktion für die Soldaten an der Front und für die Städte unbedingt *gesteigert* werden muß, daß jede Schädigung des Viehbestands, jede Beschädigung oder Zerstörung der Geräte, Maschinen, Gebäude usw. usf. absolut unzulässig ist.

Zuerst veröffentlicht im September 1917
als Buch im Verlag „Priboi".
Unterschrift: *N. Lenin.*

Werke, Bd. 24, S. 56–58.

Aus: Offener Brief an die Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten

... Damit der ganze Boden in die Hände der Werktätigen gelange, bedarf es eines engen Bündnisses zwischen den städtischen Arbeitern und den armen Bauern (den Halbproletariern). Ohne ein solches Bündnis können die Kapitalisten nicht besiegt werden. Wenn sie aber nicht besiegt werden, wird kein Übergang des Bodens in die Hände des Volkes dieses vom Elend erlösen. Den Grund und Boden kann man nicht essen, und ohne Geld, ohne Kapital kann man keine Arbeitsgeräte, kein Vieh, kein Saatgut beschaffen. Nicht den Kapitalisten und nicht den reichen Bauern (sie sind auch Kapitalisten) dürfen die Bauern vertrauen, sondern nur den städtischen Arbeitern. Nur im Bündnis mit ihnen werden die armen Bauern es erreichen, daß der Boden wie auch die Eisenbahnen, die Banken und die Fabriken in das Eigentum aller Werktätigen übergehen; ohne diese Bedingung aber, allein durch den Übergang des Bodens in die Hände des Volkes, können Not und Elend nicht bezwungen werden.

In manchen Gegenden Rußlands gehen die Arbeiter bereits daran, eine Arbeiteraufsicht (Kontrolle) über die Fabriken einzuführen. Eine solche Aufsicht seitens der Arbeiter ist für die Bauern vorteilhaft, sie wird eine Steigerung der Produktion und eine Verbilligung der Erzeugnisse mit sich bringen. Die Bauern müssen eine solche Initiative der Arbeiter mit allen Kräften unterstützen und dürfen den Verleumdungen der Kapitalisten gegen die Arbeiter keinen Glauben schenken ...

Geschrieben am 7. (20.) Mai 1917.
Veröffentlicht am 24. (11.) Mai 1917 in der
„Soldatskaja Prawda" (Soldatenprawda) Nr. 19.
Unterschrift: *N. Lenin.*

Werke, Bd. 24, S. 366/367.

Erster Gesamtrussischer Kongreß der Bauerndeputierten

4.–28. Mai (17. Mai – 10. Juni) 1917

RESOLUTIONSENTWURF ZUR AGRARFRAGE

1. Alle Gutsbesitzerländereien und privaten Ländereien, desgleichen alle Apanage- und Kirchenländereien und so weiter müssen unverzüglich ohne jede Ablösung in die Hände des Volkes übergehen.

2. Die Bauernschaft muß sofort in organisierter Weise durch ihre Sowjets der Bauerndeputierten den gesamten örtlich vorhandenen Boden zur wirtschaftlichen Nutzung in Besitz nehmen, ohne damit irgendwie einer endgültigen Regelung der Agrarverhältnisse durch die Konstituierende Versammlung oder den Gesamtrussischen Sowjet der Sowjets, falls das Volk die zentrale Staatsgewalt einem solchen Sowjet der Sowjets übergeben sollte, vorzugreifen.

3. Das Privateigentum am Grund und Boden muß überhaupt aufgehoben werden, das heißt, das Eigentumsrecht auf den gesamten Grund und Boden soll ausschließlich dem Volk in seiner Gesamtheit gehören; das Verfügungsrecht über den Boden dagegen soll den örtlichen demokratischen Institutionen zustehen.

4. Die Bauern müssen den Rat der Kapitalisten, der Gutsbesitzer und ihrer Provisorischen Regierung, örtliche „Vereinbarungen" mit den Gutsbesitzern zwecks sofortiger Regelung der Verfügung über den Grund und Boden einzugehen, zurückweisen; die Verfügung über den gesamten Boden muß beruhen auf dem organisierten Beschluß der Mehrheit der Bauern und nicht auf der Vereinbarung der Mehrheit, d. h. der Bauern, mit der Minderheit, und noch dazu mit einer verschwindenden Minderheit, d. h. mit den Gutsbesitzern.

5. Gegen den entschädigungslosen Übergang aller Gutsbesitzerländereien an die Bauernschaft kämpfen heute, wie das auch in Zukunft der Fall sein wird, mit allen Mitteln nicht nur die Gutsbesitzer, sondern auch die Kapitalisten, in deren Händen eine sehr große Macht konzentriert ist nicht nur, weil sie über das Geld verfügen, sondern auch, weil sie die noch unaufgeklärten Massen durch die Zeitungen, durch die vielen an die Herrschaft des Kapitals gewöhnten Beamten, Angestellten usw. beeinflussen können. Die entschädigungslose Überführung aller Gutsbesitzerländereien in die Hände der Bauernschaft kann daher weder restlos durchgeführt noch gesichert werden, wenn man nicht das Vertrauen der Bauernmassen zu den Kapitalisten zerstört, wenn nicht ein festes Bündnis der Bauernschaft mit den städtischen Arbeitern hergestellt wird, wenn nicht die gesamte Staatsmacht voll und ganz in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten übergeht. Nur eine Staatsgewalt, die sich in den Händen solcher Sowjets befindet und die den Staat nicht durch Polizei, nicht durch Beamte, nicht durch ein vom Volke getrenntes stehendes Heer, sondern durch die allgemeine, bewaffnete Volksmiliz der Arbeiter und Bauern regiert, ist imstande, die oben dargelegten und von der gesamten Bauernschaft geforderten Umgestaltungen im Agrarwesen zu gewährleisten.

6. Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und die armen Bauern, das heißt solche, die ihre Existenzmittel teilweise durch Lohnarbeit erwerben, weil sie nicht genügend Land, Vieh, Geräte besitzen, müssen mit allen Kräften danach streben, sich selbständig in besonderen Sowjets oder besonderen Gruppen innerhalb der allgemeinen Bauernsowjets zu organisieren, um ihre eigenen Interessen gegen die reichen Bauern vertreten zu können, die unvermeidlich nach einem Bündnis mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern trachten.

7. Infolge des Krieges droht Rußland, ebenso wie allen andern kriegführenden und auch vielen neutralen (nichtkriegführenden) Ländern, die wirtschaftliche Zerrüttung, die Katastrophe, die Hungersnot, weil es an Arbeitskräften, an Kohle, an Eisen usw. man-

gelt. Das Land kann nur dadurch gerettet werden, daß die Arbeiter- und Bauerndeputierten die Kontrolle und die Leitung der gesamten Produktion und Verteilung der Produkte übernehmen. Deshalb ist es notwendig, unverzüglich Vereinbarungen zwischen den Sowjets der Bauerndeputierten und den Sowjets der Arbeiterdeputierten über den Austausch von Getreide und anderen ländlichen Produkten gegen Geräte, Schuhwerk, Kleidung usw. in die Wege zu leiten, und das ohne die Vermittlung der Kapitalisten, die von der Leitung der Fabriken ausgeschlossen werden müssen. Zu dem gleichen Zweck muß auch der Übergang der Viehbestände der Gutsbesitzer und ihrer Geräte in die Hände der Bauernkomitees, mit dem Ziel, sie der allgemeinen Nutzung zuzuführen, gefördert werden. Ebenso gilt es dazu beizutragen, daß aus jedem großen Gutsbesitz eine Musterwirtschaft geschaffen werde, deren Boden mit den besten Maschinen, unter der Leitung von Agronomen gemeinsam bestellt wird, und die nach den Beschlüssen der Sowjets der Landarbeiterdeputierten arbeitet.

Geschrieben vor dem 17. (30.) Mai 1917.
Zuerst veröffentlicht 1917 in der
Broschüre „Materialien zur Agrarfrage".
Verlag „Priboi".
Werke, Bd. 24, S. 485–487.

Aus dem Tagebuch eines Publizisten

Bauern und Arbeiter

In Nr. 88 der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow"[2] vom 19. August wurde ein außerordentlich wichtiger Artikel veröffentlicht, der für jeden Parteipropagandisten und -agitator, der mit der Bauernschaft zu tun hat, für jeden klassenbewußten Arbeiter, der aufs Land geht oder Verbindung mit dem Land hat, ein grundlegendes Dokument werden müßte.

Es ist dies der Artikel „Muster-Wählerauftrag, zusammengestellt an Hand von 242 Wähleraufträgen, die von den örtlichen Deputierten dem 1. Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten 1917 in Petrograd überreicht wurden."

Es wäre höchst wünschenswert, wenn der Sowjet der Bauerndeputierten möglichst ausführliche Angaben über alle diese Wähleraufträge veröffentlichte (falls es absolut unmöglich ist, sie in vollem Wortlaut abzudrucken, was natürlich das beste wäre). Besonders notwendig wäre zum Beispiel eine vollständige Liste der Gouvernements, der Kreise und Amtsbezirke, aus der die Zahl der in den einzelnen Orten abgefaßten Wähleraufträge hervorgeht sowie der Zeitpunkt, an dem sie abgefaßt oder überreicht wurden, ferner eine Analyse wenigstens der in ihnen enthaltenen Hauptforderungen, damit man sehen kann, ob sich in den Gebieten Unterschiede in diesen oder jenen Punkten feststellen lassen. Zum Beispiel die Gebiete mit Einzelhof-Landbesitz und die mit Dorfgemeinde-Landbesitz, die großrussischen Gebiete und die anderer Nationalitäten, die zentral gelegenen und die Randgebiete, die Gebiete, wo es keine Leibeigenschaft gegeben hat usw. – unterscheiden sich diese Gebiete in ihrer Stellung zur Aufhebung des Privateigentums am gesamten *Bauern*land, zu den periodischen Neuauf-

teilungen des Bodens, zur Nichtzulassung der Lohnarbeit, zur Beschlagnahme des lebenden und toten Inventars der Gutsbesitzer usw. usw.? Eine wissenschaftliche Untersuchung des ungemein wertvollen Materials dieser bäuerlichen Wähleraufträge ist ohne solche ausführlichen Angaben nicht möglich. Wir Marxisten müssen aber mit aller Kraft bestrebt sein, die unserer Politik zugrunde liegenden Tatsachen wissenschaftlich zu untersuchen.

Da es an besserem Material mangelt, bleibt diese *Zusammenfassung der Wähleraufträge* (so wollen wir den „Muster-Wählerauftrag" nennen), solange nicht irgendwelche faktischen Unrichtigkeiten darin nachgewiesen werden, ein in seiner Art einzigartiges Material, das, wir wiederholen es, unbedingt in den Händen eines jeden Mitglieds unserer Partei sein muß.

Der erste Teil der Zusammenfassung der Wähleraufträge ist allgemeinen politischen Leitsätzen, Forderungen nach politischer Demokratie gewidmet, der zweite Teil der Frage des Grund und Bodens. (Wir wollen hoffen, daß der Gesamtrussische Sowjet der Bauerndeputierten oder jemand anders eine Zusammenfassung der Wähleraufträge und Resolutionen der Bauern zur Frage des Krieges vornehmen wird.) Den ersten Teil wollen wir jetzt nicht ausführlich behandeln, wir werden nur zwei Punkte hervorheben. Im § 6 wird die Wählbarkeit aller Amtspersonen gefordert, im § 11 die Abschaffung des stehenden Heeres nach Beendigung des Krieges. Durch diese Punkte kommt das politische Programm der Bauern dem Programm der Partei der Bolschewiki *sehr nahe*. Gestützt auf diese Punkte, müssen wir in unserer ganzen Propaganda und Agitation darlegen und beweisen, daß die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie verraten, denn in Kronstadt z. B. sind sie entgegen dem Willen der Bevölkerung, entgegen den Prinzipien der Demokratie, den Kapitalisten zuliebe dafür eingetreten, daß der Kommissar von der Regierung *bestätigt* werden müsse, daß also dieses Amt kein reines Wahlamt sei. Die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bekämpfen in den Bezirksdumas von Petrograd und in anderen Körperschaften der örtlichen Selbstverwaltung, entgegen den Prinzipien der Demokratie, die Forderung der Bolschewiki, sofort mit der Einführung der Arbeitermiliz zu beginnen und dann zur allgemeinen Volksmiliz überzugehen.

Der Zusammenfassung der Wähleraufträge zufolge bestehen die Bodenforderungen der Bauernschaft vor allem in der entschädigungslosen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jeder Art einschließlich des Bauernlandes; in der Übergabe von Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften an den Staat oder die Gemeinden; in der Beschlagnahme des gesamten lebenden und toten Inventars der beschlagnahmten Ländereien (hiervon sind die landarmen Bauern ausgenommen) und dessen Übergabe an den Staat oder an die Gemeinden; in der Nichtzulassung der Lohnarbeit; in der ausgleichenden Verteilung des Grund und Bodens an die Werktätigen mit periodisch vorzunehmenden Neuaufteilungen, usw. Als Übergangsmaßnahmen bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung verlangen die Bauern den *sofortigen* Erlaß von Gesetzen, die den Kauf und Verkauf des Bodens verbieten, die Aufhebung der Gesetze über das Ausscheiden aus der Dorfgemeinde und die Zuweisung von Gemeindeland u. a., über den Schutz der Wälder, der Fischerei und sonstiger Gewerbe usw., über die Aufhebung der langfristigen und die Revision der kurzfristigen Pachtverträge u. dgl. m.

Man braucht über diese Forderungen nur ein wenig nachzudenken, um einzusehen, daß es völlig unmöglich ist, sie *im Bunde* mit den Kapitalisten zu verwirklichen, ohne den völligen Bruch mit ihnen, ohne den entschlossensten, erbarmungslosesten Kampf gegen die Kapitalistenklasse, ohne den Sturz ihrer Herrschaft.

Der Selbstbetrug der Sozialrevolutionäre und der Betrug, den sie an der Bauernschaft begehen, besteht gerade darin, daß sie den Gedanken gelten lassen und verbreiten, solche Umgestaltungen, *derartige* Umgestaltungen wären möglich ohne den Sturz der Kapitalistenherrschaft, ohne den Übergang der gesamten Staatsmacht an das Proletariat, ohne daß die arme Bauernschaft die entschlossensten revolutionären Maßnahmen der proletarischen Staatsmacht gegen die Kapitalisten unterstützt. Die Bedeutung des sich heraus-

bildenden linken Flügels der „Sozialrevolutionäre" liegt gerade darin, daß er davon zeugt, wie dieser Betrug innerhalb dieser Partei selbst mehr und mehr erkannt wird.

In der Tat, die Konfiskation des gesamten im Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens bedeutet Konfiskation Hunderter von Millionen Kapital der Banken, an die diese Ländereien größtenteils verpfändet sind. Ist etwa eine solche Maßnahme denkbar, ohne daß die revolutionäre Klasse durch revolutionäre Maßnahmen den Widerstand der Kapitalisten bricht? Dabei handelt es sich hier um das am stärksten zentralisierte Kapital, das Bankkapital, das durch Milliarden Fäden mit all den wichtigsten Zentren der kapitalistischen Wirtschaft des riesigen Landes verbunden ist und das nur durch die nicht minder zentralisierte Kraft des städtischen Proletariats bezwungen werden kann.

Weiter. Die Übergabe hochentwickelter Wirtschaften an den Staat. Ist es nicht klar, daß der „Staat", der imstande ist, diese Betriebe zu übernehmen und sie tatsächlich im Interesse der Werktätigen und nicht der Beamten und eben der Kapitalisten zu bewirtschaften, nur der proletarische, revolutionäre Staat sein kann?

Die Konfiskation der Gestüte usw. sowie des gesamten lebenden und toten Inventars – das sind nicht nur weitere wuchtige Schläge gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das sind Schritte zum Sozialismus hin, denn der Übergang des *Inventars* „in die ausschließliche Nutzung durch den Staat oder die Dorfgemeinde" bedeutet die Notwendigkeit der Bildung einer sozialistischen Großlandwirtschaft oder wenigstens einer sozialistischen Kontrolle über die vereinigten Kleinwirtschaften, einer sozialistischen Regulierung ihrer Wirtschaftsführung.

Und die „Nichtzulassung" der Lohnarbeit? Das ist eine leere Phrase, ein hilfloser, naiver Wunsch der niedergedrückten kleinen Landwirte, die nicht begreifen, daß die gesamte kapitalistische Industrie stillstehen würde, wenn auf dem Lande keine Reservearmee von Lohnarbeitern mehr vorhanden wäre, daß es unmöglich ist, die Lohnarbeit auf dem Lande „nicht zuzulassen", wenn man sie in der Stadt zuläßt, und daß schließlich die „Nichtzulassung" der

Lohnarbeit nichts anderes bedeutet als einen Schritt zum Sozialismus.

Damit sind wir bei der Kernfrage angelangt, der Frage des Verhältnisses der Arbeiter zu den Bauern.

Seit über 20 Jahren gibt es in Rußland eine sozialdemokratische Massenbewegung des Proletariats (wenn man von den großen Streiks im Jahre 1896 an rechnet). In dieser großen Zeitspanne, über zwei große Revolutionen hinweg, zieht sich durch die ganze politische Geschichte Rußlands wie ein roter Faden die Frage: Wird die Arbeiterklasse die Bauern vorwärts, zum Sozialismus führen, oder wird die liberale Bourgeoisie sie rückwärts zerren, zur Versöhnung mit dem Kapitalismus?

Der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie argumentiert die ganze Zeit nach folgender überklugen Formel: *Da* die Sozialrevolutionäre Kleinbürger sind, lehnen „wir" ihre kleinbürgerlich-utopischen Ansichten über den Sozialismus *im Namen* der bürgerlichen Verneinung des Sozialismus ab. Der Marxismus wird somit glücklich durch den Struvismus ersetzt, und der Menschewismus sinkt zur Rolle eines Lakaien der Kadetten herab, der die Bauern mit der Herrschaft der Bourgeoisie „aussöhnt". Zereteli und Skobelew sind in trautem Verein mit Tschernow und Awksentjew damit beschäftigt, im Namen der „revolutionären Demokratie" die reaktionären, den Gutsbesitzern dienenden Erlasse der Kadetten zu unterschreiben – das ist der letzte und anschaulichste Ausdruck dieser Rolle.

Die revolutionäre Sozialdemokratie, die niemals auf die Kritik an den kleinbürgerlichen Illusionen der Sozialrevolutionäre verzichtet und sich mit den Sozialrevolutionären *niemals* anders als *gegen* die Kadetten *verbündet* hat, kämpft die ganze Zeit darum, die Bauern dem Einfluß der Kadetten zu *entreißen*, sie stellt den kleinbürgerlich-utopischen Ansichten über den Sozialismus nicht die liberale Versöhnung mit dem Kapitalismus, sondern den revolutionär-proletarischen Weg zum Sozialismus entgegen.

Jetzt, da der Krieg die Entwicklung außerordentlich beschleunigt, die Krise des Kapitalismus unglaublich verschärft und die Völker

vor die unaufschiebbare Wahl gestellt hat: Untergang oder sofort entschiedene Schritte zum Sozialismus – jetzt offenbart sich anschaulich, in der Praxis, die tiefe Kluft zwischen dem halbliberalen Menschewismus und dem revolutionär-proletarischen Bolschewismus als Frage der Aktion von Dutzenden von Millionen Bauern.

Findet euch ab mit der Herrschaft des Kapitals, *denn* für den Sozialismus sind „wir" noch nicht reif – das sagen die Menschewiki den Bauern, wobei sie unter anderem die konkrete Frage, ob die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, ohne entschiedene Schritte zum Sozialismus geheilt werden können, durch die abstrakte Frage „Sozialismus" schlechthin ersetzen.

Findet euch ab mit dem Kapitalismus, *denn* die Sozialrevolutionäre sind kleinbürgerliche Utopisten – das sagen die Menschewiki den Bauern und unterstützen Arm in Arm mit den Sozialrevolutionären die Regierung der Kadetten ...

Die Sozialrevolutionäre aber schlagen sich an die Brust und versichern den Bauern, daß sie gegen jeden Frieden mit den Kapitalisten seien, daß sie die russische Revolution niemals als eine bürgerliche Revolution betrachtet hätten – und *darum* bilden sie einen Block *gerade* mit den opportunistischen Sozialdemokraten und unterstützen gerade die bürgerliche Regierung ... Die Sozialrevolutionäre unterschreiben alle möglichen, die allerrevolutionärsten Programme der Bauernschaft – um sie nicht durchzuführen, um sie zu den Akten zu legen, um die Bauern mit leeren Versprechungen zu betrügen, und beschäftigen sich in Wirklichkeit monatelang damit, sich mit den Kadetten in der Koalitionsregierung zu „verständigen".

Dieser himmelschreiende, faktische, unmittelbare, handgreifliche Verrat, den die Sozialrevolutionäre an den Interessen der Bauern begehen, verändert die Lage ganz außerordentlich. Dieser Veränderung müssen wir Rechnung tragen. Es geht nicht an, nur in der alten Weise gegen die Sozialrevolutionäre zu agitieren, nur so, wie wir es in den Jahren 1902 und 1903 sowie 1905–1907 getan haben. Wir dürfen uns nicht beschränken auf die theoretische Entlarvung

der kleinbürgerlichen Illusionen von der „Sozialisierung des Grund und Bodens", der „ausgleichenden Bodennutzung", der „Nichtzulassung der Lohnarbeit" u. dgl. m.

Damals standen wir am Vorabend der bürgerlichen Revolution bzw. in der nichtvollendeten bürgerlichen Revolution, und die ganze Aufgabe bestand darin, diese Revolution vor allem bis zum Sturz der Monarchie weiterzuführen.

Heute ist die Monarchie gestürzt. Die bürgerliche Revolution ist insofern vollendet, als Rußland eine demokratische Republik geworden ist mit einer Regierung aus Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionären. Der Krieg hat uns in drei Jahren um dreißig Jahre vorwärtsgebracht, hat in Europa die allgemeine Arbeitspflicht und die Zwangssyndizierung der Betriebe geschaffen, hat den fortgeschrittensten Ländern Hungersnot und unerhörte Verwüstungen gebracht und sie gezwungen, Schritte in der Richtung zum Sozialismus zu tun.

Nur das Proletariat und die Bauernschaft können die Monarchie stürzen – das war damals das Grundprinzip unserer Klassenpolitik. Und dieses Prinzip war richtig. Der Februar und März 1917 haben das ein übriges Mal bestätigt.

Nur das Proletariat, das die arme Bauernschaft (die Halbproletarier, wie es in unserem Programm heißt) führt, kann den Krieg durch einen demokratischen Frieden beenden, die Kriegswunden heilen und die unbedingt notwendig und *unaufschiebbar* gewordenen Schritte zum Sozialismus tun – das ist heute das Prinzip unserer Klassenpolitik.

Daraus folgt: Der Schwerpunkt der Propaganda und Agitation gegen die Sozialrevolutionäre muß auf die Tatsache verlegt werden, daß sie die Bauern verraten haben. Sie vertreten nicht die Masse der armen Bauern, sondern die Minderheit der wohlhabenden Landwirte. Sie führen die Bauernschaft nicht zum Bündnis mit den Arbeitern, sondern zum Bündnis mit den Kapitalisten, d. h. zur Unterwerfung unter diese. Sie haben die Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Massen für Ministersessel und für den Block mit den Menschewiki und Kadetten verkauft.

Die durch den Krieg beschleunigte Geschichte hat einen so großen Schritt vorwärts getan, daß sich die alten Formeln mit neuem Inhalt gefüllt haben. „Nichtzulassung der Lohnarbeit", das bedeutete früher *nur* eine leere Phrase kleinbürgerlicher Intellektueller. Im heutigen Leben bedeutet es etwas anderes: Millionen armer Bauern erklären in 242 Wähleraufträgen, daß sie die Aufhebung der Lohnarbeit wollen, aber nicht wissen, wie das gemacht werden soll. Wir wissen, wie das zu machen ist. Wir wissen, daß man das nur im Bündnis mit den Arbeitern, unter ihrer Führung und gegen die Kapitalisten erreichen kann, nicht aber durch „Verständigung" mit den Kapitalisten.

In dieser Weise muß jetzt die Grundlinie unserer Propaganda und Agitation gegen die Sozialrevolutionäre, die Grundlinie unserer Sprache der Bauernschaft gegenüber geändert werden.

Die Partei der Sozialrevolutionäre hat euch verraten, Genossen Bauern. Sie hat die Hütten verraten und sich auf die Seite der Paläste geschlagen, wenn auch nicht der Zarenpaläste, so doch der Paläste, in denen die Kadetten, die schlimmsten Feinde der Revolution und besonders der Bauernrevolution, in ein und derselben Regierung mit den Tschernow, Peschechonow und Awksentjew sitzen.

Nur das revolutionäre Proletariat, nur die Avantgarde, die es vereinigt, die Partei der Bolschewiki, kann *in der Tat* das Programm der armen Bauernschaft durchführen, das in den 242 Wähleraufträgen dargelegt ist. Denn das revolutionäre Proletariat schreitet *tatsächlich* zur Abschaffung der Lohnarbeit, und zwar auf dem einzig richtigen Weg: durch den Sturz des Kapitals und nicht dadurch, daß man verbietet, daß man „nicht zuläßt", einen Knecht zu dingen. Das revolutionäre Proletariat schreitet tatsächlich zur Konfiskation der Ländereien, des Inventars, der industriellen Betriebe in der Landwirtschaft, zu alledem, was die Bauern wollen und was die Sozialrevolutionäre ihnen *nicht* geben *können*.

In dieser Weise muß sich jetzt die Grundlinie der Sprache des Arbeiters dem Bauern gegenüber ändern. Wir Arbeiter können und werden das geben, was die armen Bauern wollen, wonach sie trachten, nicht immer wissend, wo und wie sie das erlangen können. Wir Arbeiter verteidigen unsere eigenen Interessen und zugleich die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bauern *gegen die Kapitalisten*, die Sozialrevolutionäre aber verraten diese Interessen, indem sie sich mit den Kapitalisten verbünden.

*

Wir wollen den Leser daran erinnern, was Engels kurz vor seinem Tode über die Bauernfrage gesagt hat. Engels betonte, daß die Sozialisten gar nicht daran denken, die Kleinbauern zu expropriieren, daß sie ihnen die Vorzüge der mit Maschinen betriebenen sozialistischen Landwirtschaft nur durch die *Macht des Beispiels* klarmachen werden.[3]

Der Krieg hat Rußland jetzt praktisch vor eine Frage eben dieser Art gestellt. Es mangelt an Inventar. Man muß es beschlagnahmen und darf hochentwickelte Wirtschaften „nicht aufteilen".

Die Bauern haben angefangen, das zu begreifen. Die Not hat sie dazu gezwungen. Der Krieg hat sie dazu gezwungen, denn Inventar ist nicht zu beschaffen. Man muß sorgsam damit umgehen. Und der Großbetrieb bedeutet eben Arbeitsersparnis an Inventar und an vielem anderen.

Die Bauern wollen ihre Kleinwirtschaft behalten, sie ausgleichend normieren, periodisch erneut ausgleichen ... Und wenn schon. Deshalb wird sich kein vernünftiger Sozialist mit den armen Bauern entzweien. Sind die Ländereien konfisziert, *so heißt das*, daß die Herrschaft der Banken untergraben ist, ist das Inventar konfisziert, *so heißt das*, daß die Herrschaft des Kapitals untergraben ist – dann wird sich *bei Herrschaft des Proletariats im Zentrum*, wenn die politische Macht an das Proletariat übergegangen ist, alles andere *von selbst* ergeben, wird sich alles andere durch die „Macht des Beispiels" einstellen, aus der Praxis heraus lösen.

Der Übergang der politischen Macht an das Proletariat, das ist der Kern der Sache. Dann *wird* alles Wesentliche, Grundlegende, Wichtigste im Programm der 242 Wähleraufträge *durchführbar*. Das Leben wird schon zeigen, mit welchen Modifikationen dies

durchgeführt wird. Das ist unsere kleinste Sorge. Wir sind keine Doktrinäre. Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.

Wir behaupten nicht, daß Marx oder die Marxisten den Weg zum Sozialismus in all seinen Einzelheiten kennen. Das wäre Unsinn. Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte auf diesem Wege führend sind, doch konkret, praktisch wird das nur die *Erfahrung der Millionen* zeigen, sobald sie die Sache in Angriff nehmen.

Vertraut euch den Arbeitern an, Genossen Bauern, brecht das Bündnis mit den Kapitalisten! Nur im engsten Bündnis mit den Arbeitern *könnt* ihr mit der Verwirklichung des Programms der 242 Wähleraufträge beginnen. Im Bunde mit den Kapitalisten, unter der Führung der Sozialrevolutionäre, werdet ihr niemals erleben, daß *auch nur ein* entschiedener, unwiderruflicher Schritt im Geiste dieses Programms getan wird.

Wenn ihr aber im Bunde mit den Arbeitern in der Stadt, im schonungslosen Kampf gegen das Kapital, *beginnen* werdet, das Programm der 242 Wähleraufträge zu verwirklichen, dann wird euch und uns die ganze Welt zu Hilfe kommen, dann wird der Erfolg dieses Programms – nicht in seiner vorliegenden Formulierung, sondern seinem Wesen nach – gesichert sein. Dann wird das Ende der Herrschaft des Kapitals und der Lohnsklaverei kommen. Dann wird das Reich des Sozialismus, das Reich des Friedens, das Reich der Werktätigen zur Wirklichkeit werden.

„Rabotschi" (Der Arbeiter) Nr. 6,
11. September (29. August) 1917.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, Bd. 25, S. 281–289.

Aus: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll

DIE REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE UND DAS REVOLUTIONÄRE PROLETARIAT

Um wirklich revolutionär zu sein, muß die Demokratie des heutigen Rußlands im engsten Bündnis mit dem Proletariat marschieren und den Kampf des Proletariats als der einzigen bis zum letzten revolutionären Klasse unterstützen.

Das ist das Ergebnis, zu dem man bei der Untersuchung der Frage gelangt, welches die Kampfmittel gegen die unabwendbare Katastrophe sein müssen, die unerhörte Ausmaße anzunehmen droht.

Der Krieg hat eine so unermeßliche Krise hervorgerufen, hat die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes so angespannt, hat der ganzen modernen Gesellschaftsorganisation solche Schläge versetzt, daß sich die Menschheit vor die Wahl gestellt sieht: entweder untergehen oder ihr Schicksal der revolutionärsten Klasse anvertrauen, um auf dem schnellsten und radikalsten Wege zu einer höheren Produktionsweise überzugehen.

Infolge einer Reihe historischer Ursachen: der größeren Rückständigkeit Rußlands, der ihm durch den Krieg verursachten besonderen Schwierigkeiten, der weit vorangeschrittenen Fäulnis des Zarismus und der außerordentlich lebendigen Traditionen des Jahres 1905 ist in Rußland die Revolution früher als in anderen Ländern ausgebrochen. Die Revolution bewirkte, daß Rußland in einigen Monaten seinem *politischen* System nach die fortgeschrittenen Länder eingeholt hat.

Aber das ist zuwenig. Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die

fortgeschrittenen Länder *auch ökonomisch* einholen und überholen.

Das ist möglich, denn vor uns liegt die fertige Erfahrung einer großen Anzahl fortgeschrittener Länder, liegen die fertigen Resultate ihrer Technik und Kultur. Wir finden eine moralische Stütze in dem wachsenden Protest gegen den Krieg in Europa, in der Atmosphäre der anwachsenden proletarischen Weltrevolution. Wir werden angespornt, angetrieben durch die während eines imperialistischen Krieges äußerst seltene revolutionär-demokratische Freiheit.

Untergehen oder mit Volldampf vorwärtsstürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.

Und das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft zu einem solchen Zeitpunkt bestätigt – entsprechend abgeändert – den alten bolschewistischen Leitsatz: Die Bauernschaft muß dem Einfluß der Bourgeoisie entrissen werden. Nur darin liegt die Gewähr für die Rettung der Revolution.

Die Bauernschaft aber ist der zahlenmäßig stärkste Vertreter der ganzen kleinbürgerlichen Masse.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben es übernommen, eine reaktionäre Rolle zu spielen: die Bauernschaft weiter unter dem Einfluß der Bourgeoisie zu halten, die Bauernschaft zur Koalition mit der Bourgeoisie und nicht mit dem Proletariat zu führen.

Die Massen lernen schnell aus den Erfahrungen der Revolution. Und die reaktionäre Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erleidet Schiffbruch: In den Sowjets der beiden Hauptstädte sind sie geschlagen worden.[4] In den beiden kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wächst die „linke" Opposition. In Petrograd hat die Stadtkonferenz der Sozialrevolutionäre am 10. September 1917 eine Zweidrittelmehrheit für die *linken* Sozialrevolutionäre ergeben, die zu einem Bündnis mit dem Proletariat neigen und das Bündnis (die Koalition) mit der Bourgeoisie ablehnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wiederholen die bei der Bourgeoisie beliebte Gegenüberstellung: Bourgeoisie und De-

mokratie. Doch ist eine solche Gegenüberstellung im Grunde ebenso widersinnig wie ein Vergleich zwischen Pfund und Elle.

Es kann eine demokratische Bourgeoisie und es kann eine bürgerliche Demokratie geben. Nur gänzliche Unkenntnis sowohl der Geschichte als auch der politischen Ökonomie vermag das zu leugnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben diese falsche Gegenüberstellung nötig, um die unbestreitbare Tatsache *zu verdecken*, daß zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat das *Kleinbürgertum* steht. Dieses schwankt infolge seiner ökonomischen Klassenstellung unweigerlich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wollen das Kleinbürgertum zum Bündnis mit der Bourgeoisie bewegen. Darin liegt der Kern ihrer ganzen „Koalition", der ganzen Koalitionsregierung, der ganzen Politik Kerenskis, dieses typischen Halbkadetten. Nach einem halben Jahr Revolution hat diese Politik einen völligen Zusammenbruch erlitten.

Die Kadetten frohlocken schadenfroh: nun habe die Revolution Schiffbruch erlitten, die Revolution sei mit dem Kriege wie mit der Zerrüttung *nicht* fertig geworden.

Das ist nicht wahr. Schiffbruch erlitten haben die *Kadetten* und die *Sozialrevolutionäre samt den Menschewiki*, denn dieser Block (dieses Bündnis) hat Rußland ein halbes Jahr lang regiert, hat in diesem halben Jahr die Zerrüttung verstärkt und die militärische Lage verwirrt und erschwert.

Je vollständiger der Zusammenbruch des *Bündnisses* der Bourgeoisie mit den *Sozialrevolutionären und Menschewiki* ist, desto schneller wird das Volk *lernen*. Desto leichter wird es den *richtigen* Ausweg finden: das Bündnis der armen Bauernschaft, d. h. der Mehrheit der Bauern, mit dem Proletariat.

10.–14. September 1917

Veröffentlicht Ende Oktober 1917
als Broschüre im Verlag „Priboi".
Werke, Bd. 25, S. 375–377.

Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten

25.–26. Oktober (7.–8. November) 1917

REDE ÜBER DIE BODENFRAGE 26. OKTOBER (8. NOVEMBER)

Wir sind der Meinung, daß die Revolution gezeigt und bewiesen hat, wie wichtig es ist, die Bodenfrage in aller Klarheit zu stellen. Der Ausbruch des bewaffneten Aufstands, der Ausbruch der zweiten, der Oktoberrevolution, beweist ganz klar, daß der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muß. Ein Verbrechen haben die gestürzte Regierung und die Paktiererparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre begangen, die die Lösung der Bodenfrage unter verschiedenen Vorwänden verschleppten und damit das Land zum Ruin und zum Bauernaufstand führten. Heuchelei und feiger Betrug klingen aus ihrem Gezeter über Pogrome und Anarchie im Dorfe. Wo und wann sind Pogrome und Anarchie durch vernünftige Maßnahmen hervorgerufen worden? Wenn die Regierung vernünftig gehandelt hätte, wenn ihre Maßnahmen den Nöten der armen Bauern entgegengekommen wären, hätte dann die Bauernmasse in Unruhe geraten können? Aber alle Maßnahmen der Regierung, die von den Sowjets der Awksentjew und Dan gebilligt wurden, waren gegen die Bauern gerichtet und trieben sie zum Aufstand.

Nachdem die Regierung den Aufstand hervorgerufen hatte, erhob sie ein Geschrei über Pogrome und Anarchie, die sie doch selber verursacht hatte. Sie wollte den Aufstand mit Blut und Eisen unterdrücken, wurde aber selbst durch den bewaffneten Aufstand der revolutionären Soldaten, Matrosen und Arbeiter hinweggefegt. Die Regierung der Arbeiter- und Bauernrevolution muß vor allem

die Bodenfrage lösen, jene Frage, die die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen und zufriedenstellen kann. Ich will Ihnen die Punkte des Dekrets verlesen, das Ihre Sowjetregierung erlassen muß. Unter einem der Punkte dieses Dekrets ist ein Wählerauftrag an die Bodenkomitees aufgeführt, der an Hand von 242 Wähleraufträgen der örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten zusammengestellt wurde.

Dekret über den Grund und Boden

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.

2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Apanage-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen bis zur Konstituierenden Versammlung in die Verfügungsgewalt der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten über.

3. Jegliche Beschädigung des konfiszierten Besitzes, der von nun an dem ganzen Volk gehört, wird als schweres Verbrechen erachtet, das vom Revolutionsgericht zu ahnden ist. Die Kreissowjets der Bauerndeputierten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der strengsten Ordnung bei der Konfiskation der Güter, zur Festlegung, welche Grundstücke und Grundstücke welchen Umfangs der Konfiskation unterliegen, zur Aufstellung eines genauen Verzeichnisses des gesamten der Konfiskation unterliegenden Besitzes und zum strengsten revolutionären Schutz aller in das Eigentum des Volkes übergehenden Wirtschaften mit allen Baulichkeiten, Geräten, Vieh, Vorräten usw.

4. Als Richtschnur für die Durchführung der großen Agrarumgestaltungen muß überall bis zur endgültigen Entscheidung dieser Frage durch die Konstituierende Versammlung der folgende bäuerliche Wählerauftrag dienen, der an Hand von 242 örtlichen Wähleraufträgen der Bauern von der Redaktion der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow“ zusammenge-

stellt und in Nummer 88 dieser „Iswestija" (Petrograd, Nr. 88 vom 19. August 1917) veröffentlicht wurde.

5. Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.

Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage

„Die Bodenfrage kann in ihrem ganzen Umfang nur durch die vom gesamten Volk gewählte Konstituierende Versammlung gelöst werden.

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage ist die folgende:

1. *Das Privateigentum am Grund und Boden wird für immer aufgehoben;* der Boden darf weder verkauft noch gekauft, weder in Pacht gegeben noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise veräußert werden.

Der gesamte Boden: *die Staats-, Apanage-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchen-, Possessions-, Majorats-*[5] *und Privatländereien, das Gemeinde- und Bauernland usw. wird entschädigungslos enteignet,* zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben.

Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten steht lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung zu für die Zeit, die zur Anpassung an die neuen Existenzbedingungen erforderlich ist.

2. Alle Bodenschätze: Erze, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso die Waldungen und Gewässer von staatlicher Bedeutung gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden über, wobei ihre Verwaltung den örtlichen Selbstverwaltungsorganen obliegt.

3. Ländereien mit *hochentwickelten* Wirtschaften: Gärten, Plantagen, Pflanzschulen, Baumschulen, Gewächshäuser usw. *unterliegen nicht der Aufteilung, sondern werden in Musterwirtschaften umgewandelt* und je nach ihrer Größe und Bedeutung *dem Staat oder den Gemeinden* zur ausschließlichen Nutzung übergeben.

Das Hofland, der den Städten und Dörfern gehörende Boden, einschließlich Haus- und Gemüsegärten, verbleiben in Nutzung der jetzigen Besitzer, wobei der Umfang dieser Grundstücke und die Höhe der Steuern für deren Nutzung durch das Gesetz festgelegt werden.

4. Gestüte, fiskalische und private Rassevieh- und Geflügelzüchtereien usw. werden konfisziert, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und gehen, je nach ihrer Größe und Bedeutung, in die ausschließliche Nutzung entweder des Staates oder der Gemeinde über.

Die Frage der Entschädigung unterliegt der Prüfung durch die Konstituierende Versammlung.

5. Das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien geht, je nach ihrer Größe und Bedeutung, entschädigungslos in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinde über.

Die Konfiskation des Inventars erstreckt sich nicht auf die landarmen Bauern.

6. Das Recht der Bodennutzung erhalten alle Bürger des Russischen Staates (ohne Unterschied des Geschlechts), die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie, oder genossenschaftlich bearbeiten wollen, und zwar nur für so lange, wie sie imstande sind, ihn zu bearbeiten. Lohnarbeit wird nicht zugelassen.

Wird ein Mitglied einer Dorfgemeinde vorübergehend, auf die Dauer bis zu 2 Jahren, arbeitsunfähig, so ist die Dorfgemeinde verpflichtet, ihm innerhalb dieser Zeit bis zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit durch gesellschaftliche Bearbeitung seines Bodens Hilfe zu leisten.

Ackerbautreibende, die durch Alter oder Invalidität für immer die Möglichkeit verloren haben, den Boden selbst zu bearbeiten, gehen des Rechtes auf seine Nutzung verlustig, werden aber statt dessen vom Staat durch Pension versorgt.

7. Die Bodennutzung muß ausgleichend sein, d. h., der Boden wird je nach den örtlichen Verhältnissen auf Grund der Arbeitsnorm oder Verbrauchsnorm unter die Werktätigen aufgeteilt.

Die Formen der Bodennutzung müssen vollständig frei sein: Einzelwirtschaften, Einzelhöfe, Gemeinde- und Artelwirtschaften, je nachdem, wie die einzelnen Dörfer und Siedlungen beschließen.

8. Der gesamte Boden geht, nach seiner Enteignung, in den Bodenfonds über, der Eigentum des ganzen Volkes ist. Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungskörperschaften geleitet, von den demokratisch organisierten, ständelosen ländlichen und städtischen Gemeinden bis zu den zentralen Gebietsbehörden.

Der Bodenfonds wird periodisch neu aufgeteilt, je nach dem Bevölkerungszuwachs, der Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und der Bodenkultur.

Bei der Änderung der Grenzen der Anteile muß der ursprüngliche Kern des Anteils unangetastet bleiben.

Der Boden der ausscheidenden Mitglieder fällt an den Bodenfonds zurück, wobei die nächsten Verwandten der ausscheidenden Mitglieder und die von ihnen bezeichneten Personen das Vorzugsrecht auf die Zuweisung dieser Anteile erhalten.

Die für den Boden aufgewendeten Summen für Düngung und Melioration (grundlegende Verbesserungen) müssen bei der Rückgabe eines Bodenanteils an den Bodenfonds, soweit sie nicht ausgenutzt worden sind, erstattet werden.

Erweist es sich, daß in einzelnen Ortschaften der vorhandene Bodenfonds für die Befriedigung der gesamten örtlichen Bevölkerung nicht ausreicht, so ist die überschüssige Bevölkerung umzusiedeln.

Die Organisierung der Umsiedlung sowie die Unkosten für die Umsiedlung und die Versorgung mit Inventar usw. hat der Staat zu übernehmen.

Die Umsiedlung geht in folgender Reihenfolge vor sich: landlose Bauern, die eine Umsiedlung wünschen, sodann Gemeindemitglieder, die sich etwas zuschulden kommen ließen, Deserteure u. a. und schließlich nach Entscheidung durch das Los oder nach Übereinkunft."

Der ganze Inhalt dieses Wählerauftrags wird als Ausdruck des unbedingten Willens der gewaltigen Mehrheit der aufgeklärten Bauern ganz Rußlands zum provisorischen Gesetz erklärt, das bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung nach Möglichkeit sofort, in gewissen seiner Teile aber in der erforderlichen Reihenfolge durchgeführt werden soll, die von den Kreissowjets der Bauerndeputierten festzusetzen ist.

Hier werden Stimmen laut, das Dekret selbst und der Wählerauftrag seien von den Sozialrevolutionären abgefaßt worden. Sei's drum. Es ist einerlei, von wem sie abgefaßt worden sind; als demokratische Regierung können wir einen Beschluß der Volksmassen nicht umgehen, selbst wenn wir mit ihm nicht einverstanden wären. Wenn die Bauern das Dekret in der Praxis anwenden und an Ort und Stelle durchführen, so werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen, wo die Wahrheit liegt. Und sogar wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir wiederum sagen: Sei's drum. Das Leben ist der beste Lehrmeister, es wird zeigen, wer recht hat; mögen die Bauern an die Lösung dieser Frage von dem einen Ende herangehen und wir von dem anderen. Das Leben wird es mit sich bringen, daß wir in dem allgemeinen Strom der revolutionären schöpferischen Arbeit, bei der Ausarbeitung der neuen Staatsformen einander näherkommen. Wir müssen mit dem Leben Schritt halten, wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. Die alte, durch den bewaffneten Aufstand gestürzte Regierung wollte die Bodenfrage mit Hilfe der nicht abgesetzten alten zaristischen Bürokratie lösen. Aber anstatt die Frage zu lösen, führte die Bürokratie lediglich einen Kampf gegen die Bauern. Die Bauern haben in den acht Monaten unserer Revolution manches gelernt, sie wollen selber alle Bodenfragen lösen. Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfs, wir wollen keine Detaillierung, weil wir ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben. Rußland ist groß, und die örtlichen Verhältnisse in Rußland sind mannigfaltig. Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten. (S t ü r m i s c h e r B e i f a l l.)

„Iswestija ZIK" (Nachrichten
des ZEK) Nr. 209,
28. Oktober 1917,
„Prawda" Nr. 171,
10. November (28. Oktober) 1917.
Werke, Bd. 26, S. 248–253.

Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern

Brief an die Redaktion der „Prawda"

Heute, Sonnabend, den 18. November, wurde mir, als ich auf dem Bauernkongreß sprach, öffentlich eine Frage gestellt, auf die ich sofort geantwortet habe. Es ist notwendig, daß diese Frage und meine Antwort sofort der gesamten Leserschaft bekannt werden, denn obwohl ich formal nur in meinem eigenen Namen sprach, sprach ich im Grunde genommen im Namen der gesamten Partei der Bolschewiki.

Die Sache verhielt sich folgendermaßen.

Als ich die Frage des Bündnisses der bolschewistischen Arbeiter mit den linken Sozialrevolutionären berührte, denen jetzt viele Bauern Vertrauen schenken, wies ich in meiner Rede nach, daß dieses Bündnis eine „ehrliche Koalition", ein ehrliches Bündnis sein *kann*, denn es gibt *keine* grundlegenden Differenzen zwischen den Interessen der Lohnarbeiter und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Der Sozialismus kann *durchaus* die Interessen sowohl der einen wie der anderen befriedigen. *Nur* der Sozialismus kann ihre Interessen befriedigen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer „ehrlichen Koalition" zwischen den Proletariern und den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Dagegen kann eine „Koalition" (ein Bündnis) zwischen den werktätigen und ausgebeuteten Klassen einerseits und der Bourgeoisie anderseits *keine* „ehrliche Koalition" sein, weil die Interessen dieser Klassen grundverschieden sind.

Man stelle sich vor, sagte ich, daß die Bolschewiki die Mehrheit und die linken Sozialrevolutionäre die Minderheit in der Regierung bilden, nehmen wir sogar an, daß nur ein einziger linker Sozialrevolutionär als Kommissar für Landwirtschaft der Regierung angehört. Können die Bolschewiki in diesem Falle ehrliche Koalitionspartner sein?

Jawohl, denn während die Bolschewiki im Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente (darunter auch gegen die rechten Sozialrevolutionäre und die „Vaterlandsverteidiger") unversöhnlich sind, wären sie verpflichtet, *sich der Stimme zu enthalten*, wenn Fragen zur Abstimmung gelangen, die rein sozialrevolutionäre Punkte des Agrarprogramms betreffen, das vom Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß bestätigt wurde. Ein solcher Punkt ist zum Beispiel der Punkt über die ausgleichende Bodennutzung und die Neuaufteilung des Bodens unter den kleinen Landwirten.

Wenn sich die Bolschewiki bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme enthalten, werden sie ihrem Programm nicht im geringsten untreu. Denn unter der Bedingung des Sieges des Sozialismus (Arbeiterkontrolle über die Fabriken, darauffolgende Expropriation der Fabriken, Nationalisierung der Banken, Schaffung eines Obersten Wirtschaftsrates, der die gesamte Volkswirtschaft des Landes reguliert), unter dieser Bedingung sind die Arbeiter *verpflichtet*, sich mit den Übergangsmaßnahmen *einverstanden zu erklären*, die von den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern vorgeschlagen werden, wenn diese Maßnahmen der Sache des Sozialismus *nicht schaden*. Auch Kautsky hat, als er noch Marxist war (in den Jahren 1899 bis 1909) wiederholt zugegeben, sagte ich, daß die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus in Ländern mit landwirtschaftlichen Großbetrieben und in Ländern mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben nicht die gleichen sein können.

Wir Bolschewiki wären verpflichtet, uns im Rat der Volkskommissare oder im ZEK bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme zu enthalten, denn wenn die linken Sozialrevolutionäre (sowie die auf ihrer Seite stehenden Bauern) der Arbeiterkontrolle, der Nationalisierung der Banken usw. zustimmen, so wäre die ausgleichende Bodennutzung nur eine der *Übergangs*maßnahmen zum vollen Sozialismus. Es wäre unsinnig, wenn das Proletariat solche Übergangsmaßnahmen *aufzwingen* wollte; das Proletariat ist im Interesse des Sieges des Sozialismus verpflichtet, in der Wahl

dieser Übergangsmaßnahmen den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern *nachzugeben*, denn der Sache des Sozialismus würde daraus kein *Schaden* entstehen.

Ein linker Sozialrevolutionär (wenn ich nicht irre, war es Genosse Feofilaktow) stellte mir daraufhin folgende Frage:

„Und was werden die Bolschewiki tun, wenn die Bauern in der Konstituierenden Versammlung ein Gesetz über die ausgleichende Bodennutzung durchbringen wollen, die Bourgeoisie gegen die Bauern ist und die Entscheidung von den Bolschewiki abhängt?"

Ich antwortete darauf: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern wird in diesem Falle, wo die Sache des Sozialismus durch die Einführung der Arbeiterkontrolle, durch die Nationalisierung der Banken usw. gesichert sein wird, die Partei des Proletariats dazu verpflichten, für die Bauern, gegen die Bourgeoisie zu stimmen. Die Bolschewiki werden dann meiner Auffassung nach bei der Abstimmung berechtigt sein, eine besondere Erklärung abzugeben, den Vorbehalt zu machen, daß sie eine abweichende Meinung haben usw., aber sich der Stimme enthalten hieße in diesem Fall, unseren Bundesgenossen *im Kampf für den Sozialismus* wegen Meinungsverschiedenheiten in einer Teilfrage verraten. Niemals würden die Bolschewiki in einer solchen Lage die Bauern verraten. *Niemals* werden die ausgleichende Bodennutzung und ähnliche Maßnahmen dem Sozialismus schaden, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter- und Bauernregierung liegt, wenn die Arbeiterkontrolle eingeführt, wenn die Nationalisierung der Banken durchgeführt, wenn ein oberstes Wirtschaftsorgan der Arbeiter und Bauern geschaffen ist, das die *ganze* Volkswirtschaft leitet (reguliert) usw.

Das war meine Antwort.

Geschrieben am 18. November (1. Dezember) 1917.
Veröffentlicht am 2. Dezember
(19. November) 1917 in der
„Prawda" Nr. 194.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, Bd. 26, S. 329–331.

Rede an die Delegierten der Komitees der Dorfarmut des Moskauer Gebiets 8. November 1918[6]

Die Organisierung der Dorfarmut, Genossen, das ist die wichtigste Frage unseres inneren Aufbaus und sogar die Kernfrage unserer ganzen Revolution.

Die Oktoberrevolution hat sich die Aufgabe gestellt, die Fabriken und Werke den Händen der Kapitalisten zu entreißen, um die Produktionsinstrumente in den Gemeinbesitz des Volkes zu überführen und nach Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Bauern die Landwirtschaft nach sozialistischen Prinzipien umzugestalten.

Der erste Teil dieser Aufgabe war viel leichter zu bewältigen als der zweite. In den Städten hatte es die Revolution mit der Großproduktion zu tun, in der Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter beschäftigt sind. Die Fabriken und Werke gehörten einer kleinen Anzahl von Kapitalisten, mit denen die Arbeiter ohne große Schwierigkeiten fertig wurden. Die Arbeiter verfügten bereits über langjährige Erfahrungen aus ihrem früheren Kampf gegen die Kapitalisten, der sie gelehrt hatte, einig, entschlossen und organisiert vorzugehen. Außerdem, eine Fabrik oder ein Werk braucht nicht aufgeteilt zu werden, wichtig ist nur, daß die gesamte Produktion im Interesse der Arbeiterklasse und der Bauernschaft organisiert wird, daß die Arbeitsprodukte nicht in die Hände der Kapitalisten gelangen.

Ganz anders verhält es sich mit dem Grund und Boden. Hier bedurfte es für den Sieg des Sozialismus einer Reihe von Übergangsmaßnahmen. Aus einer Vielzahl kleiner Bauernwirtschaften kann man unmöglich mit einem Schlag einen landwirtschaftlichen Großbetrieb machen. Mit einem Schlag zu erreichen, daß die bisher

isoliert voneinander betriebene Landwirtschaft zur gesellschaftlichen Wirtschaft wird und die Form einer gesamtstaatlichen Großproduktion annimmt, bei der das ganze werktätige Volk, bei allgemeiner und gleicher Arbeitspflicht, in den gleichen und gerechten Genuß der Arbeitsprodukte kommt – das mit einem Schlag in kurzer Zeit zu erreichen ist natürlich unmöglich.

Als die Industriearbeiter in den Städten die Kapitalisten schon endgültig gestürzt und das Joch der Ausbeutung abgeworfen hatten, da fing auf dem Lande der Kampf gegen die Ausbeutung erst richtig an.

Nach der Oktoberrevolution haben wir mit dem Gutsbesitzer restlos aufgeräumt, wir haben ihm den Boden abgenommen, aber damit war der Kampf auf dem Lande noch nicht zu Ende. Die Eroberung des Grund und Bodens ist, wie jede Errungenschaft der Werktätigen, nur dann von Dauer, wenn sie sich auf die Aktivität der Werktätigen, auf deren eigene Organisation, auf deren Beharrlichkeit und revolutionäre Standhaftigkeit stützt.

Hatten die werktätigen Bauern eine solche Organisation?

Leider nicht, und das ist der Grund, die Ursache dafür, daß der Kampf so schwer ist.

Die Bauern, die sich keiner fremden Arbeit bedienen, sich nicht auf Kosten anderer bereichern, werden sich natürlich stets dafür einsetzen, daß der Grund und Boden allen zu gleichen Teilen zufällt, daß alle arbeiten, daß man aus dem Grundbesitz nicht ein Mittel der Ausbeutung mache und sich zu diesem Zweck möglichst viele Grundstücke aneigne. Anders die Kulaken und Dorfwucherer, die sich am Krieg gemästet haben, die die Hungersnot ausgenutzt haben, um das Getreide zu märchenhaften Preisen zu verkaufen, die das Getreide versteckt haben, um eine weitere Preissteigerung abzuwarten, und die jetzt danach trachten, sich auf jede Art und Weise am Unglück des Volkes, am Hunger der armen Bauern im Dorfe und der Arbeiter in den Städten zu bereichern.

Sie, die Kulaken und Dorfwucherer, sind nicht minder gefährliche Feinde als die Kapitalisten und die Gutsbesitzer. Und wenn der Kulak ungeschoren davonkommt, wenn wir die Dorfwucherer

nicht bezwingen, dann werden der Zar und der Kapitalist unvermeidlich wiederkehren.

Die Erfahrungen aller Revolutionen, die es bislang in Europa gegeben hat, bestätigen anschaulich, daß die Revolution unausbleiblich eine Niederlage erleidet, wenn die Bauernschaft nicht die Macht der Kulaken bricht.

Alle europäischen Revolutionen sind eben darum ergebnislos geblieben, weil das Dorf nicht verstand, mit seinen Feinden fertig zu werden. Die Arbeiter in den Städten haben die Monarchen gestürzt (in England und in Frankreich hat man die Könige schon vor einigen hundert Jahren hingerichtet, nur wir haben uns mit unserem Zaren verspätet), und doch herrschten nach einiger Zeit wieder die alten Zustände, und zwar deshalb, weil es damals selbst in den Städten noch keine Großproduktion gab, die Millionen Arbeiter in Fabriken und Werken vereinigt und zu einem so starken Heer zusammengeschlossen hätte, das ohne die Unterstützung durch die Bauern dem Ansturm sowohl der Kapitalisten als auch der Kulaken hätte standhalten können.

Die arme Bauernschaft aber war nicht organisiert, selbst hat sie die Kulaken nur schlecht bekämpft, und infolgedessen erlitt die Revolution auch in den Städten eine Niederlage.

Jetzt ist die Lage anders. In den letzten zweihundert Jahren hat sich die Großproduktion so stark entwickelt und alle Länder mit einem so dichten Netz riesiger Fabriken und Werke mit Tausenden und Zehntausenden Arbeitern überzogen, daß heute überall in den Städten schon ein großer Stamm organisierter Arbeiter, ein Stamm des Proletariats, geschaffen worden ist, und diese Kraft ist stark genug, um den endgültigen Sieg über die Bourgeoisie, über die Kapitalisten zu erkämpfen.

In den früheren Revolutionen hatten die armen Bauern in ihrem schweren Kampf gegen die Kulaken niemanden, auf den sie sich hätten stützen können.

Das organisierte Proletariat, das stärker und erfahrener ist als die Bauernschaft (die Erfahrung hat es aus seinem früheren Kampf gewonnen), befindet sich heute in Rußland an der Macht und ist im

Besitz aller Produktionsinstrumente, aller Fabriken und Werke, aller Eisenbahnen, Schiffe usw.

Jetzt hat die arme Bauernschaft einen zuverlässigen und starken Bundesgenossen im Kampf gegen das Kulakentum. Die arme Bauernschaft weiß, daß die Stadt ihr zur Seite steht, daß das Proletariat ihr mit allem Verfügbaren helfen wird und tatsächlich schon hilft. Das haben die jüngsten Ereignisse gezeigt.

Genossen, Sie erinnern sich, in was für einer gefährlichen Lage sich die Revolution im Juli dieses Jahres befunden hat. Der tschechoslowakische Aufruhr wuchs immer mehr an, die Hungersnot in den Städten wurde immer größer, und die Kulaken auf dem Lande wurden immer unverschämter, ihre Angriffe auf die Stadt, auf die Sowjetmacht, auf die Dorfarmut wurden immer wütender.

Wir riefen die Dorfarmut auf, sich zu organisieren. Wir gingen daran, Komitees der Dorfarmut aufzubauen und Arbeiterabteilungen für Lebensmittelbeschaffung zu organisieren. Die linken Sozialrevolutionäre zettelten einen Aufstand an. Sie sagten, in den Komitees der Dorfarmut säßen Faulpelze, und die Arbeiter nähmen den werktätigen Bauern das Getreide weg.

Wir aber erwiderten ihnen, daß sie das Kulakengesindel in Schutz nehmen, welches verstanden hat, daß man den Kampf gegen die Sowjetmacht nicht nur mit der Waffe, sondern auch durch Organisierung der Hungersnot führen kann. Sie sagten: „Faulpelze", wir aber fragten: Ja, warum ist denn der eine oder der andere zum „Faulpelz" geworden, warum ist er verkommen, warum ist er verarmt, warum hat er sich dem Trunk ergeben? Haben das etwa nicht die Kulaken verschuldet? Die Kulaken schrien zusammen mit den linken Sozialrevolutionären „Faulpelze!", sie selber aber rafften alles Getreide zusammen, versteckten und verschoben es, weil sie sich am Hunger und an den Leiden der Arbeiter bereichern wollten.

Die Kulaken haben den Armen das Mark aus den Knochen gesogen, sie haben fremde Arbeit ausgebeutet und zugleich schrien sie „Faulpelze!"

Die Kulaken haben mit Ungeduld auf die Tschechoslowaken gewartet, sie hätten gern einen neuen Zaren auf den Thron gesetzt,

um die Ausbeutung ungestraft fortzusetzen, um die Landarbeiter wie früher zu knechten, um sich wie früher zu bereichern.

Und die einzige Rettung bestand darin, daß sich das Dorf mit der Stadt verbündete, daß die proletarischen und halbproletarischen Elemente des Dorfes, die keine fremde Arbeit ausbeuten, gemeinsam mit den Arbeitern in den Städten den Feldzug gegen die Kulaken und Dorfwucherer eröffneten.

Bei diesem Zusammenschluß mußte besonders viel für das Ernährungswesen getan werden. Die Arbeiterbevölkerung in den Städten litt unsäglich unter dem Hunger, der Kulak aber sagte sich:

Ich werde mein Getreide noch ein Weilchen zurückhalten, dann wird man wohl noch mehr zahlen.

Die Kulaken haben es natürlich nicht eilig: Geld haben sie genug; sie erzählen selbst, daß sich die Kerenskirubel bei ihnen geradezu pfundweise angehäuft haben.

Doch diese Leute, die es fertigbringen, in Hungerszeiten Getreide zurückzuhalten und aufzuspeichern, sind die schlimmsten Verbrecher. Sie müssen bekämpft werden wie die ärgsten Feinde des Volkes.

Und diesen Kampf haben wir im Dorf begonnen.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre schreckten uns mit der Spaltung, die wir durch die Organisierung der Komitees der Dorfarmut ins Dorf tragen werden. Was bedeutet es aber, das Dorf nicht zu spalten? Das bedeutet, es unter der Herrschaft des Kulaken zu lassen. Aber eben das wollen wir nicht, und deshalb haben wir uns entschlossen, das Dorf zu spalten. Wir sagten: Wir verlieren die Kulaken, das stimmt, dieses Unglück läßt sich nicht verheimlichen (Heiterkeit), aber wir gewinnen Tausende und Millionen armer Bauern, die sich auf die Seite der Arbeiter stellen werden. (Beifall.)

So ist es auch gekommen. Die Spaltung im Dorf hat nur noch klarer gezeigt, wo die armen Bauern, wo die Mittelbauern stehen, die keine fremde Arbeit verwenden, und wo die Dorfwucherer und Kulaken stehen.

Die Arbeiter sind den armen Bauern in ihrem Kampf gegen die Kulaken zu Hilfe gekommen und helfen ihnen weiter. Im Bürger-

krieg, der im Dorfe entbrannt ist, stehen die Arbeiter auf der Seite der armen Bauernschaft, wie sie auch damals auf ihrer Seite standen, als sie das sozialrevolutionäre Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens zur Annahme brachten.

Wir Bolschewiki waren Gegner des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens, trotzdem haben wir es unterzeichnet, denn wir wollten nicht dem Willen der Mehrheit der Bauernschaft entgegenhandeln. Der Wille der Mehrheit ist für uns stets verbindlich, und diesem Willen zuwiderhandeln heißt Verrat üben an der Revolution.

Wir wollten der Bauernschaft nicht den ihr fremden Gedanken aufzwingen, daß mit der ausgleichenden Verteilung des Bodens nichts erreicht werde. Wir waren der Ansicht, daß es besser ist, wenn die werktätigen Bauern selbst, am eigenen Leibe, zu spüren bekommen, daß die ausgleichende Bodenverteilung Unsinn ist. Erst dann wollten wir sie fragen, wo sich denn der Ausweg bietet aus dem Ruin, aus der Vorherrschaft der Kulaken, dieser Folgeerscheinung der Aufteilung des Grund und Bodens.

Die Aufteilung war gut nur für den Anfang. Sie mußte zeigen, daß der Boden den Gutsbesitzern weggenommen wird, daß er an die Bauern übergeht. Aber das ist nicht genug. Der einzige Ausweg liegt in der gemeinschaftlichen Bodenbestellung.

Diese Erkenntnis fehlte euch, doch das Leben selbst bringt euch zu dieser Überzeugung. Kommunen, artelmäßige Bodenbestellung, bäuerliche Genossenschaften – das ist die Rettung aus den Nachteilen des Kleinbetriebs, das ist das Mittel zur Hebung und Verbesserung der Wirtschaft, zur Einsparung von Kräften, zum Kampf gegen Kulakentum, Schmarotzertum und Ausbeutung.

Wir haben wohl gewußt, daß die Bauern leben, als wären sie an der Scholle festgewachsen: sie scheuen Neuerungen, sie klammern sich zähe an das Althergebrachte. Wir haben gewußt, daß die Bauern erst dann an den Nutzen der einen oder anderen Maßnahme glauben werden, wenn sie diesen Nutzen mit dem eigenen Verstand begreifen, wenn sie ihn einsehen werden. Und deshalb verhalfen wir ihnen zur Verteilung des Grund und Bodens, obwohl

wir uns völlig darüber im klaren waren, daß das nicht der Ausweg ist.

Doch jetzt fangen die armen Bauern selber an, uns zuzustimmen. Das Leben zeigt ihnen, daß dort, wo, sagen wir, 10 Pflüge erforderlich sind, weil das Land in 100 Parzellen geteilt ist, man bei kommun betriebener Wirtschaft mit weniger Pflügen auskommen kann,weil der Boden nicht so stark zerstückelt ist. Die Kommune erlaubt einem ganzen Artel, einer ganzen Genossenschaft, in der Wirtschaft Verbesserungen vorzunehmen, wie sie für die einzelnen Kleineigentümer unerschwinglich sind, usw.

Selbstverständlich wird man nicht mit einem Schlag überall zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung übergehen können. Die Kulaken werden sich dem in jeder Weise widersetzen, ja auch die Bauern selbst sträuben sich häufig hartnäckig gegen die Durchführung gemeinwirtschaftlicher Prinzipien in der Landwirtschaft. Doch je länger und je mehr sich die Bauernschaft an Beispielen und aus eigener Erfahrung von den Vorzügen der Kommunen überzeugt, desto erfolgreicher wird die Sache vorankommen.

Dabei sind die Komitees der Dorfarmut von außerordentlicher Bedeutung. Ganz Rußland muß mit einem Netz dieser Komitees überzogen werden. Die Entwicklung der Komitees der Dorfarmut schreitet schon seit langem intensiv voran. In Petrograd fand dieser Tage ein Kongreß der Komitees der Dorfarmut des Nordgebiets statt. An Stelle der erwarteten 7000 Vertreter waren 20 000 erschienen, und der für die Versammlung bestimmte Saal konnte nicht alle Teilnehmer fassen. Zum Glück war gutes Wetter, und die Versammlung konnte auf dem Platz vor dem Winterpalast abgehalten werden.

Dieser Kongreß hat gezeigt, daß man den Bürgerkrieg im Dorfe richtig versteht: die Dorfarmut vereinigt sich und kämpft geschlossen gegen die Kulaken, die Reichen und die Dorfwucherer.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat einen Plan zur Reorganisierung der Komitees der Dorfarmut ausgearbeitet, der dem VI. Sowjetkongreß zur Bestätigung vorgelegt werden wird. Wir haben beschlossen, die Komitees der Dorfarmut und die Sowjets in

den Dörfern nicht gesondert nebeneinander bestehen zu lassen. Sonst wird es Reibereien und zuviel überflüssiges Gerede geben. Wir werden die Komitees der Dorfarmut mit den Sowjets verschmelzen, wir werden es so machen, daß diese Komitees zu Sowjets werden.

Wir wissen, daß sich manchmal auch in die Komitees der Dorfarmut Kulaken einschleichen. Wenn das so weitergeht, wird sich die arme Bauernschaft zu diesen Komitees genauso verhalten wie zu den Kulakensowjets der Kerenski und Awksentjew. Eine Namensänderung kann niemanden täuschen. Daher haben wir Neuwahlen der Komitees der Dorfarmut in Aussicht genommen. In die Komitees der Dorfarmut zu wählen ist nur berechtigt, wer keine fremde Arbeit ausbeutet, wer sich nicht am Hunger des Volkes bereichert, wer seine Getreideüberschüsse nicht verschiebt und kein Getreide versteckt. Für Kulaken und Dorfwucherer darf es in den proletarischen Komitees der Dorfarmut keinen Platz geben.

Die Sowjetmacht hat beschlossen, eine Milliarde Rubel an einen Spezialfonds für die Hebung der Landwirtschaft abzuführen. Sämtlichen bestehenden und neu entstehenden Kommunen wird finanzielle und technische Unterstützung erwiesen.

Wenn Fachleute aus den Reihen der Intelligenz benötigt werden, so schicken wir sie. Sie sind zwar in ihrer Mehrheit Konterrevolutionäre, aber die Komitees der Dorfarmut werden sie einzuspannen verstehen, und sie werden für das Volk nicht schlechter arbeiten, als sie früher für die Ausbeuter gearbeitet haben. Überhaupt haben sich unsere Intellektuellen schon davon überzeugen können, daß es ihnen mit Sabotage, mit vorsätzlicher Schädlingsarbeit nicht gelingen wird, die Arbeitermacht zu stürzen.

Auch den ausländischen Imperialismus fürchten wir nicht. Deutschland hat sich an der Ukraine schon die Finger verbrannt. Statt der 60 Millionen Pud Getreide, die es aus der Ukraine auszuführen gedachte, hat es nur 9 Millionen Pud ausgeführt und als Zugabe noch den russischen Bolschewismus, dem es keine besonderen Sympathien entgegenbringt. (Stürmischer Beifall.) Am Ende geschieht es auch den Engländern so, denen wir zurufen

können: Paßt nur auf, ihr Herrschaften, daß ihr daran nicht erstickt! (Heiterkeit und Beifall.)

Indessen besteht noch Gefahr, solange sich unsere Brüder jenseits der Grenzen noch nicht überall erhoben haben. Deshalb müssen wir fortfahren, unsere Rote Armee auszubauen und zu festigen. Ganz besonders muß dies der Dorfarmut am Herzen liegen, die sich nur unter dem Schutz unserer Armee mit ihrer inneren Wirtschaft befassen kann.

Genossen, der Übergang zur neuen Wirtschaft wird sich vielleicht langsam vollziehen, aber die gemeinwirtschaftlichen Prinzipien müssen unentwegt in die Tat umgesetzt werden.

Gegen die Kulaken muß ein energischer Kampf geführt werden, mit ihnen darf man keinerlei Abmachungen eingehen.

Mit den Mittelbauern können wir zusammenarbeiten und mit ihnen zusammen gegen die Kulaken kämpfen. Gegen die Mittelbauern haben wir nichts. Sie sind wohl keine Sozialisten und werden auch keine werden, doch die Erfahrung wird ihnen die Vorzüge der gemeinschaftlichen Bodenbestellung beweisen, und die meisten von ihnen werden sich dem nicht widersetzen.

Doch den Kulaken sagen wir: Auch gegen euch haben wir nichts, aber liefert eure Getreideüberschüsse ab, verschiebt das Getreide nicht und beutet keine fremde Arbeit aus. Solange das nicht sein wird, werden wir erbarmungslos gegen euch kämpfen.

Den Werktätigen nehmen wir nichts, wer aber Lohnarbeit benutzt, wer sich an anderen bereichert, den enteignen wir restlos. (Stürmischer Beifall.)

„Bednota" (Die Armut) Nr. 185,
10. November 1918.
Werke, Bd. 28, S. 166–173.

Wertvolle Eingeständnisse Pitirim Sorokins

Die „Prawda“ bringt heute einen äußerst interessanten Brief Pitirim Sorokins, auf den man die besondere Aufmerksamkeit aller Kommunisten lenken muß. In diesem Brief, der in den „Iswestija Sewero-Dwinskowo Ispolnitelnowo Komiteta“[7] veröffentlicht worden ist, gibt Pitirim Sorokin seinen Austritt aus der Partei der rechten Sozialrevolutionäre und die Niederlegung seines Mandats als Mitglied der Konstituierenden Versammlung bekannt. Die Beweggründe des Autors laufen darauf hinaus, daß er weder anderen Leuten noch sich selbst Rettung bringende politische Rezepte zu geben weiß und darum „jeder Politik entsagt“. „Das verflossene Jahr der Revolution“, schreibt Pitirim Sorokin, „hat mich die eine Erkenntnis gelehrt: Politiker können irren, Politik kann gesellschaftlich nützlich, aber auch gesellschaftlich schädlich sein; auf wissenschaftlichem Gebiet und für die Volksbildung wirken ist dagegen immer nützlich, ist für das Volk immer notwendig...“ Unterzeichnet ist das Schreiben: „Pitirim Sorokin, Privatdozent an der Universität Petersburg und am Psychoneurologischen Institut, ehemaliges Mitglied der Konstituierenden Versammlung und ehemaliges Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre.“

Dieser Brief verdient vor allem Beachtung als außerordentlich aufschlußreiches „menschliches Dokument“. Nicht allzuoft begegnet man solcher Aufrichtigkeit und Geradheit wie der, mit der P. Sorokin die Fehlerhaftigkeit seiner Politik eingesteht. Versuchen doch in den meisten Fällen Politiker, die sich von der Unrichtigkeit ihrer Linie überzeugt haben, ihre Wendung irgendwie zu verbergen, zu vertuschen, sich mehr oder minder nebensächliche Beweggründe „auszudenken“ usw. Das offene und ehrliche Eingeständnis eines politischen Fehlers ist schon an und für sich ein bedeutsamer politischer Akt. Pitirim Sorokin hat unrecht, wenn er schreibt, die Arbeit auf wissenschaftlichem Gebiet sei „immer nützlich“. Denn Fehler gibt es auch auf diesem Gebiet; Beispiele einer beharrlichen Propaganda reaktionärer – sagen wir – philosophischer Ansichten durch Leute, die anerkanntermaßen keine Reaktionäre sind, gibt es auch in der russischen Literatur. Anderseits *ist* die offene Erklärung einer im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeit, d. h. eines Mannes, der einen verantwortlichen politischen Posten in einer im ganzen Volk bekannten Einrichtung innegehabt hat, die Erklärung, daß er der Politik entsagt, *ebenfalls Politik*. Das ehrliche Eingeständnis eines politischen Fehlers bringt vielen Leuten größten politischen Nutzen, wenn es sich um einen Fehler handelt, den ganze Parteien geteilt haben, die seinerzeit in den Massen Einfluß hatten.

Die politische Bedeutung des Briefes von Pitirim Sorokin ist gerade jetzt außerordentlich groß. Der Brief erteilt uns allen eine „Lektion“, die man gut durchdenken und sich zu eigen machen muß.

Jeder Marxist weiß schon seit langem, daß in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur das Proletariat und die Bourgeoisie als die *entscheidenden* Kräfte auftreten können, während alle zwischen diesen Klassen stehenden sozialen Elemente, die ökonomisch unter die Kategorie Kleinbürgertum fallen, *unvermeidlich* zwischen diesen entscheidenden Kräften hin und her schwanken. Aber zwischen der Anerkennung dieser Wahrheit in Büchern und der Fähigkeit, in der komplizierten praktischen Wirklichkeit die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen, ist ein himmelweiter Unterschied.

Pitirim Sorokin ist Repräsentant einer außerordentlich breiten gesellschaftlichen und politischen Strömung, der menschewistisch-sozialrevolutionären. Daß das *eine* Strömung ist, daß der Unterschied zwischen Menschewiki und Sozialrevolutionären vom Gesichtspunkt ihrer Einstellung zum Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat unwesentlich ist, das haben die Ereignisse der rus-

sischen Revolution seit Februar 1917 besonders überzeugend und besonders anschaulich bewiesen. Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind Spielarten der kleinbürgerlichen Demokratie – das ist das ökonomische Wesen und die grundlegende politische Charakteristik dieser Strömung. Aus der Geschichte der fortgeschrittenen Länder weiß man, wie häufig sich diese Strömung in ihrer Jugendzeit einen „sozialistischen" Anstrich gibt.

Es fragt sich, was hat die Repräsentanten dieser Strömung vor einigen Monaten so besonders stark von den Bolschewiki, von der proletarischen Revolution abgestoßen, und was ruft heute ihre Wendung von der Feindschaft zur Neutralität hervor? Es ist völlig klar, daß die Ursache der Wendung erstens im Zusammenbruch des deutschen Imperialismus liegt, in Verbindung mit der Revolution in Deutschland und in anderen Ländern sowie mit der Entlarvung des englischen und französischen Imperialismus; zum anderen in der Zerstörung der bürgerlich-demokratischen Illusionen.

Verweilen wir bei der ersten Ursache. Der Patriotismus ist eins der tiefsten Gefühle, das durch die jahrhunderte- und jahrtausendelange getrennte Existenz der verschiedenen Vaterländer eingewurzelt ist. Eine besonders große, man kann wohl sagen, außerordentlich große Schwierigkeit unserer proletarischen Revolution bestand darin, daß sie eine Periode schroffster Diskrepanz zum Patriotismus, die Periode des Brester Friedens durchmachen mußte. Der Gram, die Erbitterung und die wütende Empörung, die dieser Frieden hervorgerufen hatte, sind begreiflich, und es versteht sich von selbst: wir Marxisten konnten nur bei der klassenbewußten Vorhut des Proletariats Verständnis dafür erwarten, daß wir dem höheren Interesse der proletarischen Weltrevolution größte nationale Opfer bringen und bringen müssen. Die nichtmarxistischen Ideologen und die breiten werktätigen Massen, die nicht zum Proletariat gehören, das durch eine lange Schule der Streiks und der Revolution gegangen ist, woher sollten sie die feste Überzeugung nehmen, daß diese Revolution heranreift, woher die bedingungslose Ergebenheit für die Revolution? Im besten Falle schien ihnen unsere Taktik eine Phantasterei, Fanatismus, ein Abenteuer zu

sein, ein Verzicht auf die Wahrnehmung der unmittelbarsten realen Interessen der Hunderte Millionen, der Volksmassen, um eines abstrakten, utopischen oder zweifelhaften Hoffens willen auf etwas, was in anderen Ländern eintreten werde. Und seiner ökonomischen Stellung nach ist das Kleinbürgertum patriotischer gesinnt sowohl verglichen mit der Bourgeoisie als auch mit dem Proletariat.

Es ist so gekommen, wie wir gesagt haben.

Der deutsche Imperialismus, von dem manche glaubten, er sei der einzige Feind, ist zusammengebrochen. Die deutsche Revolution, die manchem (um einen bekannten Ausdruck Plechanows zu gebrauchen) ein „Mittelding zwischen Traum und Komödie" zu sein schien, ist Tatsache geworden. Der englisch-französische Imperialismus, der sich in der Phantasie der kleinbürgerlichen Demokraten als Freund der Demokratie, als Verteidiger der Unterdrückten ausnahm, hat sich in Wirklichkeit als eine Bestie entpuppt, die der deutschen Republik und den Völkern Österreichs Bedingungen aufgezwungen hat, schlimmer, als es die Brester waren; als eine Bestie, die die Truppen der „freien" Republikaner, der Franzosen und der Amerikaner, als Gendarmen und Henker, als Würger der Unabhängigkeit und Freiheit der kleinen und schwachen Nationen verwendet. Die Weltgeschichte hat diesen Imperialismus mit schonungsloser Gründlichkeit und Offenheit entlarvt. Den russischen Patrioten, die von nichts außer den unmittelbaren (und im alten Sinne verstandenen) Vorteilen für ihr Vaterland wissen wollten, haben die weltgeschichtlichen Tatsachen gezeigt, daß die Umwandlung unserer russischen Revolution in eine sozialistische kein Abenteuer, sondern eine Notwendigkeit war, weil es *keine andere* Wahl *gab: wenn* die sozialistische Weltrevolution, *wenn* der Weltbolschewismus nicht siegt, so wird der englisch-französische und der amerikanische Imperialismus die Unabhängigkeit und Freiheit Rußlands *unvermeidlich* abwürgen.

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt ein englisches Sprichwort. Wir mußten in den letzten Monaten Tatsachen erleben, die einen gewaltigen Umschwung in der ganzen Weltgeschichte be-

deuten. Diese Tatsachen zwingen die kleinbürgerlichen Demokraten Rußlands, trotz ihres durch den ganzen Verlauf unseres innerparteilichen Kampfes großgezogenen Hasses gegen den Bolschewismus, von der Feindseligkeit gegen den Bolschewismus zunächst zur Neutralität und dann zu seiner Unterstützung überzugehen. Jene objektiven Verhältnisse, die diese demokratischen Patrioten besonders stark von uns abgestoßen haben, bestehen nicht mehr. Die jetzt eingetretenen internationalen objektiven Verhältnisse *zwingen* sie, sich uns zuzuwenden. Die Wendung Pitirim Sorokins ist keineswegs ein Zufall, sondern ein Ausdruck der unvermeidlichen Wendung einer *ganzen Klasse*, der ganzen kleinbürgerlichen Demokratie. Der ist kein Marxist, der ist ein schlechter Sozialist, der dies nicht zu berücksichtigen und auszunutzen versteht.

Weiter. Der Glaube an die universelle, alleinseligmachende Wirkung der „Demokratie" *überhaupt* und das Unverständnis dafür, daß diese Demokratie eine in ihrer Nützlichkeit, in ihrer Notwendigkeit historisch begrenzte *bürgerliche* Demokratie ist, haben sich in allen Ländern jahrzehnte- und jahrhundertelang gehalten, besonders zäh aber im Kleinbürgertum. Der Großbourgeois ist mit allen Wassern gewaschen, er weiß, daß die demokratische Republik, wie jede andere Staatsform im Kapitalismus, nichts als eine Maschine zur Unterdrückung des Proletariats ist. Der Großbourgeois *weiß* das aus seiner intimsten Bekanntschaft mit den wirklichen Führern und den zuinnerst liegenden (und deshalb oft verborgensten) Triebfedern einer *jeden* bürgerlichen Staatsmaschinerie. Der Kleinbürger ist seiner ganzen ökonomischen Stellung, seinen ganzen Lebensbedingungen nach, weniger befähigt, diese Wahrheit zu erkennen; er gibt sich sogar der Illusion hin, die demokratische Republik bedeute „reine Demokratie", einen „freien Volksstaat", eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Volksmacht, reine Willensäußerung des Volkes und so weiter und dergleichen mehr. Die Zählebigkeit dieser Vorurteile des kleinbürgerlichen Demokraten wird unvermeidlich dadurch hervorgerufen, daß er dem Klassenkampf in seiner ganzen Schärfe, der Börse, der „wirklichen" Politik ferner steht, und es wäre völlig unmarxistisch, wollte man

erwarten, daß diese Vorurteile binnen kurzer Zeit und ausschließlich durch Propaganda auszurotten wären.

Aber die Weltgeschichte stürmt jetzt mit so wilder Hast voran und zerstört alles Hergebrachte, alles Alte mit so wuchtigen Hammerschlägen, durch Krisen von so unerhörter Schärfe, daß selbst die zählebigsten Vorurteile nicht standhalten. Bei einem „Demokraten überhaupt" mußte ganz natürlich und unvermeidlich der naive Glaube an die Konstituante, die naive Gegenüberstellung von „reiner Demokratie" und „proletarischer Diktatur" entstehen. Aber das, was die „Konstituante-Enthusiasten" in Archangelsk und in Samara, in Sibirien und im Süden erlebt haben, mußte unweigerlich selbst die zählebigsten Vorurteile zerstören. Wilsons idealisierte demokratische Republik *entpuppte* sich in Wirklichkeit als eine Form des wütendsten Imperialismus, der schamlosesten Unterdrückung und Erdrosselung der schwachen und kleinen Völker. Der Durchschnitts„demokrat" überhaupt, der Menschewik und der Sozialrevolutionär, dachte: „Wozu haben wir diesen angeblich höheren Staatstypus, diese Sowjetmacht nötig! Gebe Gott, daß wir eine gewöhnliche demokratische Republik bekommen!" Und natürlich hätte in „gewöhnlichen", verhältnismäßig friedlichen Zeiten eine derartige „Hoffnung" jahrzehntelang vorgehalten.

Jetzt dagegen erbringen der Gang der Ereignisse in der ganzen Welt und die so grausamen Lehren aus dem Bündnis aller Monarchisten Rußlands mit dem englisch-französischen und dem amerikanischen Imperialismus den *praktischen Beweis* dafür, daß die demokratische Republik eine bürgerlich-demokratische Republik ist, die, gemessen an den vom Imperialismus auf die Tagesordnung der Weltgeschichte gesetzten Fragen, schon veraltet ist; – daß es keine *andere* Wahl gibt: *entweder* siegt in allen fortgeschrittenen Ländern der Welt die Sowjetmacht, *oder* es siegt der reaktionärste, der brutalste englisch-amerikanische Imperialismus, der alle kleinen und schwachen Völker erdrosselt, in der ganzen Welt die Reaktion wiederherstellt und der ausgezeichnet gelernt hat, die Form der demokratischen Republik auszunutzen.

Entweder – oder.

Ein Mittelding gibt es nicht. Noch vor kurzem galt diese Auffassung als blinder Fanatismus der Bolschewiki.

Aber gerade so ist es gekommen.

Wenn Pitirim Sorokin sein Mandat als Mitglied der Konstituierenden Versammlung niedergelegt hat, so ist das kein Zufall, sondern ein Anzeichen für die Wendung einer ganzen Klasse, der gesamten kleinbürgerlichen Demokratie. Eine Spaltung in ihren Reihen ist unvermeidlich: ein Teil wird auf unsere Seite übergehen, ein Teil wird neutral bleiben, und ein Teil wird sich bewußt den monarchistischen Kadetten anschließen, die Rußland an das englisch-amerikanische Kapital verkaufen, die die Revolution mit fremden Bajonetten niederringen wollen. Diese Wendung in der menschewistischen und sozialrevolutionären Demokratie von der Feindschaft gegen den Bolschewismus zunächst zur Neutralität und dann zu seiner Unterstützung zu würdigen und auszunutzen verstehen ist eine der aktuellsten Aufgaben.

Jede Losung, die die Partei in die Massen wirft, hat die Eigenschaft zu erstarren, ihren lebendigen Inhalt zu verlieren und für viele auch dann noch gültig zu bleiben, wenn sich die Umstände, die diese Losung notwendig machten, geändert haben. Dieses Übel ist unvermeidlich, und wenn man nicht gelernt hat, es zu bekämpfen und zu überwinden, dann läßt sich unmöglich eine richtige Politik der Partei gewährleisten. Jene Periode unserer proletarischen Revolution, in der sie besonders schroff mit der menschewistischen und sozialrevolutionären Demokratie auseinanderging, war historisch notwendig; als diese Demokraten ins Lager unserer Feinde hinüberschwenkten und an die Wiederaufrichtung der *bürgerlichen und imperialistischen* demokratischen Republik gingen, mußten sie aufs schärfste bekämpft werden. Nunmehr sind die Losungen dieses Kampfes vielfach erstarrt und verknöchert und *behindern* eine richtige Einschätzung und zweckentsprechende Ausnutzung der neuen Situation, wo in dieser Demokratie eine neue Wendung eingesetzt hat, eine Wendung nach unserer Seite hin, eine Wendung, die nicht zufällig ist, sondern zutiefst in den Bedingungen der gesamten internationalen Lage wurzelt.

Es genügt nicht, diese Wendung zu unterstützen und den sich uns Zuwendenden freundschaftlich zu begegnen. Ein Politiker, der sich seiner Aufgaben bewußt ist, muß es lernen, diese Wendung in den einzelnen Schichten und Gruppen der breiten kleinbürgerlichen demokratischen Masse *hervorzurufen*, wenn er sich davon überzeugt hat, daß für eine derartige Wendung ernste und tiefere geschichtliche Ursachen vorhanden sind. Der revolutionäre Proletarier muß wissen, wer niederzuhalten ist und mit wem – wann und wie – man es verstehen muß, eine Verständigung herbeizuführen. Es wäre lächerlich und absurd, wollte man in bezug auf die Gutsbesitzer und Kapitalisten mitsamt ihren Trabanten, die Rußland an die ausländischen „alliierten" Imperialisten verkaufen, auf Terror und Niederhaltung verzichten. Es wäre eine Komödie, sie „überzeugen" und überhaupt „psychologisch beeinflussen" zu wollen. Aber ebenso absurd und lächerlich, wenn nicht noch absurder und lächerlicher wäre es, gegenüber der kleinbürgerlichen Demokratie einzig und allein auf der Taktik der Niederhaltung und des Terrors zu beharren, wenn der Lauf der Dinge sie zwingt, sich uns zuzuwenden.

Mit einer derartigen Demokratie hat es das Proletariat allenthalben zu tun. Auf dem Lande ist es unsere Aufgabe, den Gutsbesitzer zu vernichten, den Widerstand des Kulaken, des Ausbeuters und Spekulanten, zu brechen; eine feste Stütze besitzen wir dabei *nur* an den Halbproletariern, an der „Dorfarmut". Doch der Mittelbauer ist nicht unser Feind. Er hat geschwankt, er schwankt und wird schwanken; die Aufgabe, auf die Schwankenden einzuwirken, ist aber *nicht identisch* mit der Aufgabe, den Ausbeuter niederzuwerfen und den aktiven Gegner zu besiegen. Man muß es verstehen, mit dem Mittelbauern eine Verständigung zu erzielen, dabei keinen Augenblick lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur fest und sicher auf die Dorfarmut stützen – das ist die aktuelle Aufgabe, denn gerade jetzt ist infolge der oben angeführten Ursachen eine Wendung in der Mittelbauernschaft zu uns hin unausbleiblich.

Dasselbe gilt auch vom Heimgewerbetreibenden sowie vom Handwerker und von jenem Arbeiter, der in kleinbürgerlichen Ver-

hältnissen lebt oder am stärksten kleinbürgerliche Ansichten bewahrt hat, das gilt auch von vielen Angestellten, von den Offizieren und insbesondere von der Intelligenz schlechthin. Zweifellos ist man in unserer Partei häufig unfähig, die Wendung in diesen Schichten auszunutzen, und zweifellos kann und muß diese Unfähigkeit überwunden und in ihr Gegenteil verwandelt werden.

Wir haben bereits eine feste Stütze in der gewaltigen Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Proletarier. Man muß es verstehen, die am wenigsten proletarischen, die am meisten kleinbürgerlichen Schichten der *Werktätigen*, die sich uns zuwenden, für uns zu gewinnen, sie in die Gesamtorganisation einzubeziehen und der allgemeinen proletarischen Disziplin zu unterwerfen. Die Losung des Tages ist nicht ihre Bekämpfung, sondern ihre Gewinnung, die Fähigkeit, auf sie einzuwirken, die Schwankenden zu überzeugen, die Neutralen auszunutzen und jene, die sich von den „Konstituante"-Illusionen oder den „patriotisch-demokratischen" Illusionen frei gemacht oder sie erst ganz vor kurzem zu überwinden begonnen haben, durch den Einfluß der proletarischen Massen zu erziehen.

Wir haben bereits in den werktätigen Massen eine hinlänglich feste Stütze. Der VI. Sowjetkongreß hat das besonders anschaulich gezeigt. Die bürgerlichen Intellektuellen fürchten wir nicht, und gegen die böswilligen Saboteure und Weißgardisten unter ihnen werden wir keinen Augenblick lang den Kampf abschwächen. Aber die Losung des Tages ist, die Wendung in ihren Reihen zu uns hin auszunutzen verstehen. Es gibt bei uns noch eine ganze Menge übelster Vertreter der bürgerlichen Intelligenz, die sich bei der Sowjetmacht „angebiedert" haben: sie davonjagen, sie durch Intellektuelle ersetzen, die uns gestern noch bewußt feindlich gesinnt waren und sich heute bloß neutral verhalten, ist eine unserer dringlichsten Aufgaben, die Aufgabe sämtlicher Sowjetfunktionäre, die mit der „Intelligenz" in Berührung kommen, die Aufgabe aller Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren.

Natürlich erfordert eine Verständigung mit den Mittelbauern, mit den Arbeitern, die gestern noch mit den Menschewiki gingen, mit

den Angestellten oder Intellektuellen, die gestern noch Sabotage getrieben haben, großes Geschick, wie eben jede politische Aktion in einer komplizierten und sich stürmisch verändernden Situation. Es geht vor allem darum, sich nicht mit dem zufriedenzugeben, was wir durch unsere bisherige Erfahrung gelernt haben, sondern *unbedingt weiter* zu gehen, *unbedingt mehr* zu erstreben, unbedingt von den leichteren zu den schwierigeren Aufgaben überzugehen. Sonst ist überhaupt kein Fortschritt, auch kein Fortschritt im sozialistischen Aufbau möglich.

Dieser Tage haben mich Vertreter des Kongresses der Bevollmächtigten der Kreditgenossenschaftler aufgesucht. Sie zeigten mir die Resolution ihres Kongresses[8], die sich *gegen die Verschmelzung* der Kreditgenossenschaftsbank mit der Volksbank der Republik wendet. Ich habe ihnen gesagt, daß ich für eine Verständigung mit den Mittelbauern bin und selbst den Beginn einer Wendung der Genossenschaftler von der Feindschaft zur Neutralität gegenüber den Bolschewiki sehr hoch zu schätzen weiß, daß aber die Basis für eine Verständigung erst durch ihre Zustimmung zur völligen Verschmelzung dieser besonderen Bank mit der Einheitsbank der Republik geschaffen wird. Die Kongreßvertreter ersetzten hierauf ihre Resolution durch eine andere, die sie auch auf dem Kongreß durchbrachten; in dieser Resolution hatten sie alles gegen die Verschmelzung Gesagte gestrichen, *aber* ... *aber* den Plan eines *besonderen* „Kreditverbandes" der Genossenschaftler aufgestellt, eines Verbandes, der sich praktisch in nichts von einer besonderen Bank unterscheidet! Das ist einfach lachhaft. Mit solcher Wortklauberei kann man selbstverständlich nur einen Narren abspeisen und irreführen. Doch der „Mißerfolg" eines dieser ... „Versuche" wird unsere Politik nicht im geringsten erschüttern; den Genossenschaftlern, der Mittelbauernschaft gegenüber haben wir eine Verständigungspolitik durchgeführt und werden sie auch weiterhin durchführen, wobei wir jeden Versuch, die *Linie* der Sowjetmacht und des sozialistischen Sowjetaufbaus zu verändern, vereiteln werden.

Schwankungen sind bei den kleinbürgerlichen Demokraten unvermeidlich. Kaum hatten die Tschechoslowaken einige Siege er-

rungen, als diese Demokraten auch schon in Panik gerieten, Panikstimmung verbreiteten, zu den „Siegern“ überliefen oder bereit waren, sie unterwürfig zu begrüßen. Natürlich würden auch jetzt – das dürfen wir keinen Augenblick lang vergessen – Teilerfolge, sagen wir, der englisch-amerikanisch-Krasnowschen Weißgardisten genügen, um ein Schwanken nach deren Seite hin auszulösen, die Panik würde sich verstärken, die Fälle von Panikmacherei, von Verrat und Desertion zu den Imperialisten usw. usf. würden sich mehren.

Das wissen wir, und das werden wir nicht vergessen. Unsere Errungenschaft, die rein proletarische Basis der von den Halbproletariern unterstützten Sowjetmacht, wird unveränderlich fest bleiben. Unsere Streitmacht wird fest und unerschütterlich stehen, unsere Armee wird nicht wanken – das wissen wir schon aus Erfahrung. Jetzt aber, wo tiefstgreifende welthistorische Veränderungen in den Massen der parteilosen, menschewistischen und sozialrevolutionären Demokratie die unvermeidliche Wendung zu uns hin hervorrufen, müssen und werden wir lernen, diese Wendung auszunutzen, sie zu unterstützen, sie in den entsprechenden Gruppen und Schichten hervorzurufen und alles in unseren Kräften Stehende tun, um eine Verständigung mit diesen Elementen herbeizuführen und dadurch das sozialistische Aufbauwerk zu fördern und die Lasten der qualvollen Zerrüttung, der Unwissenheit und Unbeholfenheit zu erleichtern, die den Sieg des Sozialismus verzögern.

Geschrieben am 20. November 1918.
Veröffentlicht am 21. November 1918
in der „Prawda“ Nr. 252.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, Bd. 28, S. 180–189.

Aus: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky

LIEBEDIENEREI VOR DER BOURGEOISIE UNTER DEM SCHEIN EINER „ÖKONOMISCHEN ANALYSE“

Wie schon gesagt, hätte Kautskys Buch, wenn der Titel den Inhalt richtig wiedergeben sollte, sich nicht „Die Diktatur des Proletariats“, sondern „Nachbetung bürgerlicher Angriffe auf die Bolschewiki“ nennen müssen.

Die alten „Theorien“ der Menschewiki von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution, d. h. die alte (von Kautsky 1905 *zurückgewiesene!*) Entstellung des Marxismus durch die Menschewiki, sind jetzt von unserem Theoretiker wieder aufgewärmt worden. Man wird auf diese Frage eingehen müssen, so langweilig sie auch für die russischen Marxisten sein mag.

Die russische Revolution ist eine bürgerliche Revolution, sagten alle Marxisten in Rußland vor 1905. Die Menschewiki, die den Marxismus durch Liberalismus ersetzten, folgerten daraus: Also darf das Proletariat nicht über das hinausgehen, was für die Bourgeoisie annehmbar ist, es muß eine Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie treiben. Die Bolschewiki erklärten, daß das eine bürgerlich-liberale Theorie ist. Die Bourgeoisie ist bestrebt, die Umgestaltung des Staates auf bürgerliche Weise *reformistisch* und nicht revolutionär zu vollziehen und nach Möglichkeit sowohl die Monarchie als auch den gutsherrlichen Grundbesitz usw. aufrechtzuerhalten. Das Proletariat muß die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führen und darf sich nicht durch den Reformismus der Bourgeoisie „binden“ lassen. Das Kräfteverhältnis der

Klassen in der bürgerlichen Revolution formulierten die Bolschewiki folgendermaßen: Das Proletariat zieht die Bauernschaft an sich heran, neutralisiert die liberale Bourgeoisie und zerstört vollständig die Monarchie, das Mittelalterliche, den gutsherrlichen Grundbesitz.

Im Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft *überhaupt* tritt eben der bürgerliche Charakter der Revolution zutage, denn die Bauern überhaupt sind Kleinproduzenten, die auf dem Boden der Warenproduktion stehen. Weiterhin, fügten damals schon die Bolschewiki hinzu, zieht das Proletariat das *gesamte Halbproletariat* (alle Ausgebeuteten und Werktätigen) an sich heran, neutralisiert die mittlere Bauernschaft und *stürzt* die Bourgeoisie: Darin besteht die sozialistische Revolution zum Unterschied von der bürgerlich-demokratischen. (Siehe meine Broschüre aus dem Jahre 1905: „Zwei Taktiken", nachgedruckt in dem Sammelband „12 Jahre", Petersburg 1907.)

Kautsky nahm 1905 an diesem Streit indirekt teil; auf eine Anfrage des damaligen Menschewiks Plechanow sprach er sich, dem Wesen der Sache nach, *gegen* Plechanow aus, was damals in der bolschewistischen Presse besonders bespöttelt wurde. Jetzt erwähnt Kautsky *mit keinem Sterbenswörtchen* die damaligen Diskussionen (er fürchtet, durch seine eigenen Äußerungen bloßgestellt zu werden!) und nimmt dadurch dem deutschen Leser jede Möglichkeit, das Wesen der Sache zu begreifen. Herr Kautsky *konnte* den deutschen Arbeitern 1918 *nicht* erzählen, wie er 1905 für ein Bündnis der Arbeiter mit den Bauern und nicht mit der liberalen Bourgeoisie gewesen war und unter welchen Voraussetzungen er dieses Bündnis verteidigt, was für ein Programm er für dieses Bündnis entworfen hatte.

Kautsky hat sich zurückentwickelt und verteidigt heute unter dem Schein einer „ökonomischen Analyse" mit arroganten Phrasen über den „historischen Materialismus" die Unterwerfung der Arbeiter unter die Bourgeoisie; mit Hilfe von Zitaten aus den Schriften des Menschewiks Maslow käut er die alten liberalen Ansichten der Menschewiki wieder, wobei der neue Gedanke, daß Rußland

ein rückständiges Land ist, mit Zitaten nachgewiesen und aus diesem neuen Gedanken der alte Schluß gezogen wird, daß man in einer bürgerlichen Revolution nicht weiter gehen dürfe als die Bourgeoisie! Und das ungeachtet alles dessen, was Marx und Engels beim Vergleich der bürgerlichen Revolution von 1789 bis 1793 in Frankreich mit der bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland gesagt haben![9]

Bevor wir zum wichtigsten „Argument" und zum Hauptinhalt der „ökonomischen Analyse" Kautskys übergehen, wollen wir bemerken, daß gleich die ersten Sätze eine kuriose Gedankenverirrung oder mangelnde Überlegung des Autors offenbaren.

„Die ökonomische Grundlage Rußlands", verkündet unser „Theoretiker", „ist heute noch die Landwirtschaft, und zwar der bäuerliche Kleinbetrieb. Von ihm leben etwa vier Fünftel, vielleicht sogar fünf Sechstel seiner Bewohner." (S. 45.) Erstens, mein lieber Theoretiker, haben Sie darüber nachgedacht, wie groß die Zahl der Ausbeuter in dieser Masse von Kleinproduzenten sein mag? Gewiß nicht größer als ein Zehntel der Gesamtzahl, und in den Städten noch weniger, denn dort ist die Großproduktion stärker entwickelt. Nehmen Sie sogar eine unwahrscheinlich große Zahl an, sagen wir, ein Fünftel der Kleinproduzenten wären Ausbeuter, die des Stimmrechts verlustig gehen. Auch dann ergibt sich, daß die 66 Prozent Bolschewiki auf dem V. Sowjetkongreß die *Mehrheit der Bevölkerung* vertraten. Dem ist noch hinzuzufügen, daß von den linken Sozialrevolutionären ein beträchtlicher Teil stets für die Sowjetmacht war, d. h., im Prinzip waren *alle* linken Sozialrevolutionäre für die Sowjetmacht, und als ein Teil von ihnen sich im Juli 1918 auf das Abenteuer mit dem Putsch einließ, da spalteten sich von ihrer alten Partei zwei neue Parteien ab – die „Volkstümler-Kommunisten" und die „Revolutionären Kommunisten"[10] (darunter bekannte linke Sozialrevolutionäre, die noch die alte Partei auf wichtigste Staatsposten gestellt hatte; der ersteren Partei gehört z. B. Sachs, der letzteren Kolegajew an). Kautsky hat folglich selber – unversehens! – die lächerliche Mär widerlegt, daß hinter den Bolschewiki die Minderheit der Bevölkerung stehe.

Zweitens, mein lieber Theoretiker, haben Sie bedacht, daß der bäuerliche Kleinproduzent *unvermeidlich* zwischen Proletariat und Bourgeoisie schwankt? Dieses durch die ganze neueste Geschichte Europas bestätigte marxistische Axiom hat Kautsky sehr zur rechten Zeit „vergessen", zerschlägt es doch restlos die ganze von ihm aufgegriffene menschewistische „Theorie"! Hätte Kautsky das nicht „vergessen", so könnte er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats in einem Lande, in dem die bäuerlichen Kleinproduzenten überwiegen, nicht verneinen. – – –

Untersuchen wir nun den Hauptinhalt der „ökonomischen Analyse" unseres Theoretikers.

Daß die Sowjetmacht eine Diktatur ist, ist sicher, sagt Kautsky. „Aber ob gerade Diktatur des *Proletariats?*" (S. 34.)

„Sie" (die Bauern) „bilden unter der Sowjetverfassung die Mehrheit der zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Regierung berechtigten Bevölkerung. Was uns als Diktatur des *Proletariats* hingestellt wird, würde sich, wenn es konsequent durchgeführt würde und eine Klasse überhaupt direkt die Diktatur auszuüben vermöchte, was nur einer Partei möglich ist, zu einer Diktatur der *Bauernschaft* gestalten." (S. 35.)

Und, überaus zufrieden mit dieser tiefgründigen und geistreichen Argumentation, versucht der gute Kautsky zu witzeln: „Es scheint also, als sei die schmerzloseste Durchführung des Sozialismus dann gesichert, wenn sie in die Hände der Bauern gelegt wird." (S. 35.)

Sehr ausführlich, an Hand einer ganzen Reihe außerordentlich gelehrter Zitate aus Publikationen des halbliberalen Maslow, beweist unser Theoretiker den neuen Gedanken, daß die Bauern an hohen Getreidepreisen und an niedrigen Löhnen der Arbeiter in den Städten usw. u. dgl. m. interessiert seien. Diese neuen Gedanken werden, nebenbei bemerkt, um so langweiliger dargelegt, je geringere Beachtung den wirklich neuen Erscheinungen der Nachkriegszeit geschenkt wird, zum Beispiel der Tatsache, daß die Bauern für das Getreide nicht Geld, sondern Waren verlangen, daß es ihnen an Geräten mangelt, die man um keinen Preis in genügender Anzahl bekommen kann. Darauf kommen wir noch besonders zu sprechen.

Kautsky beschuldigt also die Bolschewiki, die Partei des Proletariats, daß sie die Diktatur, die Durchführung des Sozialismus, in die Hände der kleinbürgerlichen Bauernschaft gelegt habe. Ausgezeichnet, Herr Kautsky! Welche Haltung sollte denn nach Ihrer erleuchteten Meinung die Partei des Proletariats zur kleinbürgerlichen Bauernschaft einnehmen?

Unser Theoretiker hat es vorgezogen, sich darüber auszuschweigen, wohl eingedenk des Sprichworts „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold." Durch die folgende Erörterung aber hat sich Kautsky selbst verraten:

„In ihren" (der Sowjetrepublik) „Anfängen bildeten die bäuerlichen Sowjets die Organisationen der *Bauernschaft* überhaupt. Heute verkündet sie, die Sowjets stellten die Organisationen der Proletarier und der *armen* Bauern dar. Die Wohlhabenden verlieren das Wahlrecht zu den Sowjets. Der arme Bauer wird hier als dauerndes und massenhaftes Produkt der sozialistischen Agrarreform der ‚Diktatur des Proletariats' anerkannt." (S. 48.)

Welch beißende Ironie! Man kann sie in Rußland von jedem beliebigen Bourgeois zu hören bekommen: Voller Schadenfreude spotten sie alle darüber, daß die Sowjetrepublik offen die Existenz armer Bauern zugibt. Sie lachen über den Sozialismus. Das ist ihr gutes Recht. Ein „Sozialist" aber, der darüber lachen kann, daß es bei uns nach vier Jahren so verheerenden Krieges arme Bauern gibt – und noch lange geben wird –, ein solcher „Sozialist" konnte nur in der Atmosphäre eines Massenrenegatentums entstehen.

Man höre weiter:

„Sie" (die Sowjetrepublik) „greift allerdings in das Verhältnis zwischen reicheren und ärmeren Bauern ein, jedoch nicht durch eine neue Bodenverteilung. Um dem Mangel der Städter an Lebensmitteln abzuhelfen, wurden Abteilungen bewaffneter Arbeiter auf die Dörfer geschickt, die den reicheren Bauern ihren Überschuß an Lebensmitteln abnahmen. Ein Teil wurde der städtischen Bevölkerung zugewiesen, ein Teil den ärmeren Bauern." (S. 48.)

Natürlich, der Sozialist und Marxist Kautsky ist tief empört bei dem Gedanken, daß sich eine solche Maßnahme über die Umgebung der größeren Städte hinaus erstrecken könnte (sie erstreckt sich aber bei uns auf das ganze Land). Der Sozialist und Marxist

Kautsky bemerkt belehrend mit der unübertrefflichen, unvergleichlichen, bewunderungswürdigen Kaltblütigkeit (oder Stupidität) eines Philisters: „Nur tragen sie“ (die Expropriierungen wohlhabender Bauern) „ein neues Element der Unruhe und des Bürgerkrieges in den Produktionsprozeß hinein“ (der in den „Produktionsprozeß“ hineingetragene Bürgerkrieg – das ist schon etwas Übernatürliches!), „der zu seiner Gesundung der Ruhe und Sicherheit dringend bedarf.“ (S. 49.)

Ja, ja, was die Ruhe und Sicherheit der Ausbeuter und Getreideschieber anbelangt, die die Getreideüberschüsse verstecken, das Gesetz über das Getreidemonopol durchbrechen und die städtische Bevölkerung dem Hunger ausliefern – da muß der Marxist und Sozialist Kautsky natürlich einen Seufzer ausstoßen und Tränen vergießen. Wir alle sind Sozialisten, Marxisten und Internationalisten – schreien im Chor die Herren Kautsky, Heinrich Weber[11] (Wien), Longuet (Paris), MacDonald (London) usw. –, wir alle sind für die Revolution der Arbeiterklasse, aber... aber nur so, daß die Ruhe und Sicherheit der Getreideschieber nicht gestört werde! Und diese schmutzige Liebedienerei vor den Kapitalisten tarnen wir durch den „marxistischen“ Hinweis auf den „Produktionsprozeß“ ... Wenn das Marxismus ist, was ist dann Lakaientum gegenüber der Bourgeoisie?

Man sehe, was da bei unserem Theoretiker herausgekommen ist. Er beschuldigt die Bolschewiki, sie gäben die Diktatur der Bauernschaft für die Diktatur des Proletariats aus. Und gleichzeitig beschuldigt er uns, daß wir den Bürgerkrieg ins Dorf tragen (was wir uns als *Verdienst* anrechnen), daß wir bewaffnete Arbeiterabteilungen aufs Dorf schicken, die offen verkünden, daß sie die „Diktatur des Proletariats und der armen Bauern“ verwirklichen, diesen letzteren helfen und bei den Getreideschiebern, den reichen Bauern, das überschüssige Getreide enteignen, das diese unter Verletzung des Gesetzes über das Getreidemonopol verstecken.

Einerseits setzt sich unser marxistischer Theoretiker für die reine Demokratie ein, für die Unterordnung der revolutionären Klasse, der Führerin der Werktätigen und Ausgebeuteten, unter die Mehrheit der Bevölkerung (einschließlich also auch der Ausbeuter). Anderseits führt er *gegen* uns an, die Revolution müsse unvermeidlich bürgerlichen Charakter haben, bürgerlichen deshalb, weil die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse steht, zugleich aber erhebt er den Anspruch darauf, den proletarischen, marxistischen Klassenstandpunkt zu vertreten!

Anstatt einer „ökonomischen Analyse“ – ein Durcheinander, ein heilloser Wirrwarr. Anstatt Marxismus – Bruchstücke liberaler Lehren und Propagierung des Lakaientums gegenüber der Bourgeoisie und den Kulaken.

Die Frage, die von Kautsky verwirrt worden ist, ist von den Bolschewiki schon 1905 völlig geklärt worden. Ja, unsere Revolution ist eine bürgerliche, *solange* wir mit der Bauernschaft *in ihrer Gesamtheit zusammengehen*. Darüber waren wir uns völlig im klaren, das haben wir seit 1905 Hunderte und Tausende Male gesagt, und niemals haben wir versucht, diese notwendige Stufe des historischen Prozesses zu überspringen und durch Dekrete zu beseitigen. Die krampfhaften Bemühungen Kautskys, uns in diesem Punkt „bloßzustellen“, legen nur die Verworrenheit seiner Ansichten bloß und zeigen, daß er Angst hat, sich an das zu erinnern, was er 1905 geschrieben hat, als er noch kein Renegat war.

Aber im Jahre 1917, seit *April*, lange vor der Oktoberrevolution, bevor wir die Macht ergriffen, sagten wir dem Volk offen und klärten es darüber auf, daß die Revolution nunmehr dabei nicht stehenbleiben kann, denn das Land ist vorwärtsgegangen, der Kapitalismus hat Fortschritte gemacht, die Zerrüttung hat unerhörte Ausmaße angenommen, und das *erfordert* (ob man es will oder nicht) weitere Schritte vorwärts, *zum Sozialismus hin*. Denn anders vorwärtszukommen, anders das durch den Krieg erschöpfte Land zu retten, anders die Qualen der Werktätigen und Ausgebeuteten *zu mildern, ist unmöglich*.

Es kam denn auch so, wie wir gesagt hatten. Der Verlauf der Revolution hat die Richtigkeit unserer Argumentation bestätigt. *Zuerst* zusammen mit der „gesamten“ Bauernschaft gegen die

Monarchie, gegen die Gutsbesitzer, gegen das Mittelalter (und insoweit bleibt die Revolution eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische Revolution). *Dann* zusammen mit der armen Bauernschaft, zusammen mit dem Halbproletariat, zusammen mit allen Ausgebeuteten *gegen den Kapitalismus*, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, der Spekulanten, und insofern wird die Revolution zu einer *sozialistischen* Revolution. Der Versuch, künstlich eine chinesische Mauer zwischen dieser und jener aufzurichten, sie voneinander durch etwas *anderes* zu trennen als durch den Grad der Vorbereitung des Proletariats und den Grad seines Zusammenschlusses mit der Dorfarmut, ist die größte Entstellung und Vulgarisierung des Marxismus, seine Ersetzung durch den Liberalismus. Das würde bedeuten, durch quasigelehrte Hinweise auf die Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie im Verhältnis zum Mittelalter eine reaktionäre Verteidigung der Bourgeoisie gegenüber dem sozialistischen Proletariat einzuschmuggeln.

Die Sowjets sind unter anderem gerade deshalb eine unermeßlich höhere Form und ein höherer Typus der Demokratie, weil sie *die Masse der Arbeiter und Bauern* zusammenschließen und in die Politik einbeziehen und dadurch ein dem „Volke" (in dem Sinne, wie Marx 1871 von einer wirklichen Volksrevolution sprach[12]) überaus nahes, äußerst empfindliches Barometer der Entwicklung und des Wachstums der politischen Reife, der klassenmäßigen Reife der Massen bilden. Die Sowjetverfassung ist nicht nach irgendeinem „Plan" ausgearbeitet, nicht in Amtsstuben verfaßt und den Werktätigen durch bürgerliche Juristen aufgedrängt worden. Nein, diese Verfassung *erwuchs* aus dem Entwicklungsgang des *Klassenkampfes*, in dem Maße, wie die *Klassengegensätze* heranreiften. Gerade die Tatsachen, die Kautsky anzuerkennen gezwungen ist, beweisen das.

Anfangs vereinigten die Sowjets die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit. Infolge der Unreife, Rückständigkeit und Unwissenheit gerade der armen Bauern geriet die Führung in die Hände der Kulaken, der Dorfreichen, der Kapitalisten, der kleinbürgerlichen Intellektuellen. Das war die Zeit der Herrschaft des Kleinbürger-

tums, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre (die einen wie die anderen für Sozialisten halten können nur Dummköpfe oder Renegaten vom Schlage Kautskys). Das Kleinbürgertum schwankte unvermeidlich, unausbleiblich zwischen der Diktatur der Bourgeoisie (Kerenski, Kornilow, Sawinkow) und der Diktatur des Proletariats, denn die grundlegenden Eigentümlichkeiten seiner ökonomischen Stellung machen es zu irgendeinem selbständigen Handeln unfähig. Beiläufig bemerkt, Kautsky sagt sich völlig vom Marxismus los, wenn er sich bei der Analyse der russischen Revolution auf den juristischen, formalen Begriff der „Demokratie" beschränkt, der der Bourgeoisie zur Tarnung ihrer Herrschaft und zum Betrug der Massen dient, und wenn er *vergißt*, daß „Demokratie" in Wirklichkeit manchmal die *Diktatur der Bourgeoisie* bedeutet, manchmal den ohnmächtigen Reformismus des Kleinbürgertums, das sich dieser Diktatur unterordnet usw. Nach Kautsky gab es in einem kapitalistischen Lande bürgerliche Parteien, gab es eine proletarische Partei (die Bolschewiki), die die Mehrheit des Proletariats, die proletarische Masse, hinter sich hatte, aber *es gab keine* kleinbürgerlichen Parteien! Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hätten keine *Klassengrundlage* gehabt, wären nicht im Kleinbürgertum verwurzelt gewesen!

Die Schwankungen des Kleinbürgertums, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, haben den Massen die Augen geöffnet und sie in ihrer übergroßen Mehrheit – alle „unteren Schichten", alle Proletarier und Halbproletarier – von derartigen „Führern" abgestoßen. In den Sowjets erhielten die Bolschewiki das Übergewicht (in Petrograd und Moskau gegen Oktober 1917), bei den Sozialrevolutionären und den Menschewiki vertiefte sich die Spaltung.

Die siegreiche bolschewistische Revolution bedeutete das Ende der Schwankungen, bedeutete die völlige Zerstörung der Monarchie und des gutsherrlichen Grundbesitzes (bis zur Oktoberrevolution *war* er *nicht* zerstört). Die *bürgerliche* Revolution wurde von uns *zu Ende* geführt. Die *gesamte* Bauernschaft ging mit uns. Ihr Antagonismus zum sozialistischen Proletariat konnte nicht im Nu zutage treten. Die Sowjets vereinigten die Bauernschaft *überhaupt*.

Die Klassenteilung innerhalb der Bauernschaft war noch nicht herangereift, trat noch nicht zutage.

Dieser Prozeß kam im Sommer und Herbst 1918 zur Entwicklung. Der tschechoslowakische konterrevolutionäre Aufruhr rüttelte die Kulaken auf. Eine Welle von Kulakenaufständen rollte über Rußland. Die arme Bauernschaft lernte nicht aus Büchern, nicht aus Zeitungen, *sondern aus dem Leben*, daß ihre Interessen und die Interessen der Kulaken, der Dorfreichen, der Dorfbourgeoisie nicht zu versöhnen sind. Die „linken Sozialrevolutionäre" widerspiegelten wie jede kleinbürgerliche Partei die Schwankungen der Massen, und eben im Sommer 1918 spalteten sie sich: Der eine Teil ging mit den Tschechoslowaken (der Aufstand in Moskau, als Proschjan das Telegrafenamt – für eine Stunde! – besetzte und über ganz Rußland den Sturz der Bolschewiki verkündete, dann der Verrat Murawjows, des Oberkommandierenden der gegen die Tschechoslowaken eingesetzten Armee, usw.); der andere, obenerwähnte Teil blieb bei den Bolschewiki.

Die Verschärfung der Lebensmittelnot in den Städten verlangte immer dringender die Einführung des Getreidemonopols (dieses „vergißt" der Theoretiker Kautsky in seiner ökonomischen Analyse, in der er den vor zehn Jahren bei Maslow herausgelesenen alten Kram wiederholt!).

Der alte Staat der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, ja sogar der demokratisch-republikanische Staat schickte bewaffnete Abteilungen ins Dorf, die faktisch der Bourgeoisie zur Verfügung standen. Davon weiß Herr Kautsky nichts! Darin sieht er keine „Diktatur der Bourgeoisie", gottbewahre! Das ist „reine Demokratie", besonders wenn ein bürgerliches Parlament seinen Segen dazu gegeben hätte! Daß Awksentjew und S. Maslow in trauter Gemeinschaft mit Kerenski, Zereteli und ähnlichen Elementen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki im Sommer und Herbst 1917 Mitglieder der Bodenkomitees verhaften ließen – davon hat Kautsky „nichts gehört", darüber schweigt er!

Die Sache ist einfach die, daß der bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie vermittels der demokratischen Republik ausübt, vor dem Volke nicht zugeben kann, daß er der Bourgeoisie dient, er kann die Wahrheit nicht sagen, er ist zu heucheln gezwungen.

Ein Staat vom Typus der Kommune aber, der Sowjetstaat, sagt dem Volke offen und unumwunden die *Wahrheit* und erklärt ihm, daß er die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft ist; und gerade durch diese Wahrheit gewinnt er Millionen und aber Millionen neuer Menschen für sich, die in jeder beliebigen demokratischen Republik geduckt und getreten waren, die durch die Sowjets in die Politik, *in die Demokratie*, in die Leitung des Staates einbezogen werden. Die Sowjetrepublik schickt bewaffnete Arbeiterabteilungen aufs Land, in erster Linie die fortgeschritteneren Arbeiter der Hauptstädte. Diese Arbeiter tragen den Sozialismus ins Dorf, ziehen die Dorfarmut auf ihre Seite, organisieren sie und klären sie auf, helfen ihr, *den Widerstand der Bourgeoisie zu unterdrücken*.

Wer die Dinge kennt und im Dorfe war, sagt, daß unser Dorf erst im Sommer und Herbst 1918 die „Oktoberrevolution" (d. h. die proletarische Revolution) *selbst* durchmacht. Es tritt eine Wendung ein. Die Welle der Kulakenaufstände wird abgelöst von einem Aufschwung in der Dorfarmut, von dem Anwachsen der „Komitees der Dorfarmut". In der Armee wächst die Zahl der Kommissare, Offiziere, Divisions- und Armeekommandeure aus den Reihen der Arbeiter. Während der Einfaltspinsel Kautsky, erschreckt durch die Julikrise (1918)[13] und das Geschrei der Bourgeoisie, scharwenzelnd hinter ihr herläuft und eine ganze Broschüre schreibt, die von der Überzeugung durchdrungen ist, daß die Bolschewiki unmittelbar vor ihrem Sturz durch die Bauernschaft stehen, während dieser Einfaltspinsel in der Absplitterung der linken Sozialrevolutionäre eine „Verengung" (S. 37) des Kreises derer erblickt, die die Bolschewiki unterstützen, *wächst* der *wirkliche* Kreis der Anhänger des Bolschewismus *ins Unermeßliche*, denn Millionen und aber Millionen der Dorfarmut erwachen zu *selbständigem* politischem Leben und befreien sich von der Bevormundung und dem Einfluß der Kulaken und der Dorfbourgeoisie.

Wir haben ein paar hundert linke Sozialrevolutionäre, charakterlose Intellektuelle und Kulaken aus der Bauernschaft verloren, haben aber Millionen Vertreter der Dorfarmut gewonnen.[1]

Ein Jahr nach der proletarischen Revolution in den Hauptstädten hat sich unter ihrem Einfluß und mit ihrer Hilfe die proletarische Revolution in den abgelegensten ländlichen Winkeln vollzogen, sie hat die Sowjetmacht und den Bolschewismus endgültig gefestigt und endgültig bewiesen, daß es im Lande keine Kräfte gibt, die gegen ihn aufkommen könnten.

Nachdem das Proletariat Rußlands, zusammen mit der Bauernschaft überhaupt, die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet hatte, ging es endgültig zur sozialistischen Revolution über, als es ihm gelang, das Dorf zu spalten, die Proletarier und Halbproletarier an sich heranzuziehen und sie zum Kampf gegen die Kulaken und die Bourgeoisie, einschließlich der bäuerlichen Bourgeoisie, zusammenzuschließen.

Ja, wenn das bolschewistische Proletariat der Hauptstädte und der großen Industriezentren es nicht verstanden hätte, die Dorfarmut gegen die reichen Bauern um sich zusammenzuschließen, dann wäre damit die „Unreife" Rußlands für die sozialistische Revolution bewiesen worden, dann wäre die Bauernschaft ein „Ganzes" geblieben, d. h., sie wäre unter der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Führung der Kulaken, der Reichen, der Bourgeoisie, geblieben, dann wäre die Revolution nicht über den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution hinausgegangen. (Aber auch damit wäre – nebenbei gesagt – nicht bewiesen, daß das Proletariat die Macht nicht hätte ergreifen dürfen, denn nur das Proletariat hat die bürgerlich-demokratische Revolution wirklich zu Ende geführt, nur das Proletariat hat etwas Wesentliches getan, um die proletarische Weltrevolution näher zu bringen, nur das Proletariat hat den Sowjetstaat geschaffen, nach der Kommune der zweite Schritt zum sozialistischen Staat.)

[1] Auf dem VI. Sowjetkongreß (6.–9. XI. 1918) waren 967 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, davon 950 Bolschewiki, sowie 351 Delegierte mit beratender Stimme, davon 335 Bolschewiki. Insgesamt 97 Prozent Bolschewiki.

Hätte anderseits das bolschewistische Proletariat versucht, gleich im Oktober–November 1917, ohne es verstanden zu haben, die Klassenscheidung im Dorfe abzuwarten, sie *vorzubereiten* und durchzuführen, den Bürgerkrieg oder die „Einführung des Sozialismus" im Dorf „zu dekretieren", hätte es versucht, ohne einen zeitweiligen Block (ein Bündnis) mit der Bauernschaft überhaupt, ohne eine Reihe von Zugeständnissen an den Mittelbauern usw. auszukommen, so wäre das eine *blanquistische*[14] Entstellung des Marxismus gewesen, der Versuch einer *Minderheit*, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen, ein theoretischer Widersinn und ein Nichtverstehen dessen, daß eine Revolution der gesamten Bauernschaft *noch* eine bürgerliche Revolution ist und daß es ohne eine *Reihe von Übergängen, von Übergangsstufen* nicht möglich ist, diese in einem rückständigen Lande zu einer sozialistischen zu machen.

Kautsky hat in dieser höchst wichtigen theoretischen und politischen Frage *alles* durcheinandergeworfen und sich in der Praxis einfach als Lakai der Bourgeoisie entpuppt, der gegen die Diktatur des Proletariats zetert.

*

Eine ebensolche, wenn nicht noch größere Verwirrung hat Kautsky in einer anderen, höchst interessanten und wichtigen Frage angerichtet, nämlich in der Frage, ob die *gesetzgeberische* Tätigkeit der Sowjetrepublik bei der Umgestaltung der Agrarverhältnisse, dieser äußerst schwierigen und zugleich äußerst wichtigen sozialistischen Umgestaltung, im Prinzip richtig war und dann zweckmäßig durchgeführt worden ist. Wir wären jedem westeuropäischen Marxisten unendlich dankbar, wenn er nach Einsichtnahme auch nur in die wichtigsten Dokumente an unserer Politik *Kritik* üben wollte, denn damit würde er uns außerordentlich helfen, würde er auch der in der ganzen Welt heranreifenden Revolution helfen. Aber anstatt eine solche Kritik zu geben, wartet Kautsky mit einem heillosen theoretischen Durcheinander auf, das den Marxismus in Liberalismus verwandelt, und bringt praktisch nichts als leere, boshafte, spießerhafte Ausfälle gegen die Bolschewiki vor. Der Leser urteile selbst:

„Der Grundbesitz wurde durch die Revolution unhaltbar. Das trat sofort klar zutage. Ihn der bäuerlichen Bevölkerung zu übergeben wurde unvermeidlich.“ (Das stimmt nicht, Herr Kautsky: Das, was für Sie „klar“ ist, unterschieben Sie der Einstellung der verschiedenen *Klassen* zu dieser Frage; die Geschichte der Revolution hat bewiesen, daß die Regierung der Koalition des Bourgeois mit dem Kleinbürger, den Menschewiki und Sozialrevolutionären, eine Politik der Erhaltung des Großgrundbesitzes getrieben hat. Das haben insbesondere das Gesetz von S. Maslow und die Verhaftungen von Mitgliedern der Bodenkomitees bewiesen.[15] Ohne die Diktatur des Proletariats hätte die „bäuerliche Bevölkerung“ den Gutsbesitzer, der sich mit dem Kapitalisten vereinigt hatte, nicht besiegt.)

„Indes war man keineswegs einig darüber, in welchen Formen das geschehen sollte. Verschiedene Lösungen waren denkbar.“ (Kautsky ist vor allem um die „Einigkeit“ der „Sozialisten“ besorgt, wer immer sich diesen Namen auch beilegen mag. Daß die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft zu verschiedenen Entscheidungen kommen müssen, vergißt er.) „Vom sozialistischen Standpunkt die rationellste wäre die gewesen, die Großbetriebe in Staatsbesitz zu übernehmen und durch die Bauern, die auf ihnen bisher als Lohnarbeiter tätig gewesen waren, nun in genossenschaftlichen Formen bearbeiten zu lassen. Indessen setzt diese Lösung eine Landarbeiterschaft voraus, wie sie Rußland nicht besitzt. Eine andere Lösung hätte dahin gehen können, daß der Großgrundbesitz in Staatseigentum überging, jedoch in kleine Güter verteilt wurde, die von den landarmen Bauern in Pacht genommen wurden. Da wäre noch etwas von Sozialismus dabei verwirklicht worden.“

Kautsky zieht sich, wie immer, mit dem berühmten „einerseits – anderseits“ aus der Affäre. Er stellt verschiedene Lösungen *nebeneinander*, ohne daß ihm der Gedanke – der einzig reale, einzig marxistische Gedanke – kommt, welches die *Übergangsstufen* vom Kapitalismus zum Kommunismus unter den und den *besonderen* Verhältnissen sein müssen. In Rußland gibt es landwirtschaftliche Lohnarbeiter, nur sind es nicht viele, und auf die von der Sowjet-

regierung *aufgeworfene* Frage des Übergangs zur Bewirtschaftung des Bodens durch Kommunen und Genossenschaften ist Kautsky nicht eingegangen. Das sonderbarste ist jedoch, daß Kautsky in der Verpachtung kleiner Güter „etwas von Sozialismus“ erblicken will. In Wirklichkeit ist das eine *kleinbürgerliche* Losung, und „von Sozialismus“ gibt es hier *keine Spur*. Ist der den Boden verpachtende „Staat“ *nicht* ein Staat vom Typus der Kommune, sondern eine parlamentarische bürgerliche Republik (eben das ist die ständige Prämisse Kautskys), so wird die Verpachtung kleiner Bodenstücke eine typisch *liberale Reform* sein.

Daß die Sowjetmacht *jegliches* Eigentum an Grund und Boden aufgehoben hat, verschweigt Kautsky. Noch schlimmer. Er begeht eine unglaubliche Fälschung und zitiert die Dekrete der Sowjetmacht so, daß das Wesentlichste unterschlagen wird.

Nachdem Kautsky erklärt hat, daß „der Kleinbetrieb, wo er nur kann, nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln trachtet“, daß die Konstituante die „einzige Autorität“ wäre, die imstande sei, die Aufteilung zu verhindern (eine Behauptung, die in Rußland Gelächter hervorrufen wird, denn jedermann weiß, daß bei den Arbeitern und Bauern *nur* die Sowjets Autorität besitzen, während die Konstituante zur Losung der Tschechoslowaken und Gutsbesitzer geworden ist), fährt er fort:

„Einer der ersten Beschlüsse der Sowjetregierung verordnete: ‚1. Das gutsherrliche Eigentum an Grund und Boden wird ohne Entschädigung sofort aufgehoben. 2. Die Güter der Grundherren sowie die Apanagen-, Kloster- und Kirchengüter mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen, bis zur Entscheidung der Bodenfrage durch die konstituierende Versammlung, in die Verfügung der Bezirksbodenkomitees der Kreisräte der Bauerndeputierten über.‘ “

Kautsky zitiert *nur diese beiden Punkte* und zieht dann den Schluß:

„Die Verweisung auf die konstituierende Versammlung blieb toter Buchstabe. Tatsächlich konnten die Bauern der einzelnen Bezirke mit dem Gutsbesitz anfangen, was sie wollten.“ (47.)

Da haben wir Musterbeispiele Kautskyscher „Kritik“! Da haben wir die „wissenschaftliche“ Arbeit, die eher einer Fälschung gleich-

kommt. Dem deutschen Leser wird eingeredet, die Bolschewiki hätten in der Frage des Privateigentums an Grund und Boden vor den Bauern kapituliert! die Bolschewiki hätten den Bauern („den einzelnen Bezirken"), jedem für sich, anheimgestellt, zu machen, was sie wollen!

In Wirklichkeit aber besteht das von Kautsky zitierte Dekret – das erste, am 26. Oktober (alten Stils) 1917 erlassene Dekret – nicht aus zwei, sondern aus fünf Artikeln *plus* acht Paragraphen des „Wählerauftrags", von dem ausdrücklich gesagt wird, daß er „als Richtschnur dienen soll".

Im Artikel 3 des Dekrets heißt es, daß die Wirtschaften *„in das Eigentum des V o l k e s"* übergehen, daß die Aufstellung eines „genauen Verzeichnisses des gesamten der Beschlagnahme unterliegenden Besitzes" sowie „strengster revolutionärer Schutz" zur Pflicht gemacht werden. Und in dem Wählerauftrag heißt es, daß „das Privateigentum an Grund und Boden für immer aufgehoben wird", daß „Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften" *„nicht der Aufteilung unterliegen"*, daß „das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien, je nach ihrer Größe und Bedeutung, entschädigungslos in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinden übergeht", daß „der gesamte Boden in den Bodenfonds übergeht, der Eigentum des ganzen Volkes ist".

Weiter. Zugleich mit der Auflösung der Konstituierenden Versammlung (5. I. 1918) wurde von dem III. Sowjetkongreß die *„Deklaration der Rechte* des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" angenommen, die jetzt in das Grundgesetz der Sowjetrepublik eingegangen ist. Artikel II, Punkt 1 dieser Deklaration besagt, daß das „Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben wird" und daß die „Mustergüter und landwirtschaftlichen Betriebe zu Nationaleigentum erklärt werden".

Die Verweisung auf die Konstituierende Versammlung ist also *kein* toter Buchstabe geblieben, denn eine andere allgemeine Volksvertretung, die in den Augen der Bauern unvergleichlich größere Autorität besitzt, hat die Lösung der Agrarfrage übernommen.

Weiter, am 6. (19.) Februar 1918 wurde das Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens veröffentlicht, das nochmals die Aufhebung jeglichen Eigentums an Grund und Boden bestätigt und die Verfügungsgewalt sowohl über den Boden als auch über das *gesamte private* Inventar den Sowjetbehörden, *unter Kontrolle der föderativen Sowjetmacht*, überträgt; als Aufgaben der Verfügungsgewalt über den Grund und Boden werden aufgestellt

„die Entwicklung der kollektiven Wirtschaft in der Landwirtschaft aus den Einzelbetrieben als vorteilhafter im Sinne einer Ersparnis an Arbeit und Produkten, zum Zweck des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft" (Artikel 11, Punkt e).

Mit der Einführung der *ausgleichenden* Bodennutzung antwortet dieses Gesetz auf die grundlegende Frage „Wer ist zur Bodennutzung berechtigt?" folgendermaßen:

(Artikel 20.) „Einzelne Bodenparzellen dürfen im Bereich der Russischen Föderativen Sowjetrepublik für gesellschaftliche sowie für persönliche Bedürfnisse benutzen: A. Zu Kultur- und Bildungszwecken: 1. der Staat, vertreten durch die Organe der Sowjetmacht (Föderative, Gebiets-, Gouvernements-, Kreis-, Bezirks- und Dorfbehörden); 2. gesellschaftliche Organisationen (unter Kontrolle und mit Genehmigung der örtlichen Sowjetbehörden). B. Zu landwirtschaftlicher Nutzung: 3. landwirtschaftliche Kommunen; 4. landwirtschaftliche Genossenschaften; 5. Dorfgemeinden; 6. einzelne Familien und Personen . . ."

Der Leser sieht, daß Kautsky die Sache völlig entstellt und die Agrarpolitik und die Agrargesetzgebung des proletarischen Staates in Rußland dem deutschen Leser absolut falsch dargestellt hat.

Die theoretisch wichtigen, grundlegenden Fragen hat Kautsky nicht einmal aufzuwerfen verstanden!

Das sind folgende Fragen:

1. Ausgleichende Bodennutzung und

2. Nationalisierung des Grund und Bodens – das Verhältnis dieser beiden Maßnahmen zum Sozialismus im allgemeinen und zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus im besonderen.

3. Die gesellschaftliche Bodenbearbeitung als Übergang von der zersplitterten Kleinproduktion zur gemeinsam betriebenen Groß-

produktion in der Landwirtschaft. Entspricht die Behandlung dieser Frage in der Sowjetgesetzgebung den Anforderungen des Sozialismus?

Zur ersten Frage muß man vor allem die beiden folgenden grundlegenden Tatsachen feststellen: a) die Bolschewiki haben sowohl bei der Auswertung der Erfahrung von 1905 (ich verweise zum Beispiel auf meine Schrift über die Agrarfrage in der ersten russischen Revolution) auf die demokratisch-fortschrittliche, demokratisch-revolutionäre Bedeutung der Losung von der ausgleichenden Bodennutzung hingewiesen als auch im Jahre 1917, *vor* der Oktoberrevolution, mit aller Bestimmtheit darüber gesprochen; b) bei der Durchführung des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens – eines Gesetzes, dessen „Seele" die Losung von der ausgleichenden Bodennutzung ist – haben die Bolschewiki mit der größten Bestimmtheit und Entschiedenheit erklärt: Das ist nicht unsere Idee, wir sind mit einer solchen Losung nicht einverstanden, wir halten es für unsere Pflicht, sie durchzuführen, weil sie die Forderung der überwältigenden Mehrheit der Bauern ist. Die Ideen und Forderungen der Mehrheit der Werktätigen aber müssen *von ihnen selbst überwunden* werden; diese Forderungen kann man weder „aufheben" noch „überspringen". Wir Bolschewiki werden der Bauernschaft *helfen*, die kleinbürgerlichen Losungen zu überwinden, von ihnen so schnell und so leicht wie möglich zu sozialistischen Losungen *überzugehen*.

Ein marxistischer Theoretiker, der mit seiner wissenschaftlichen Analyse der Arbeiterrevolution helfen wollte, hätte erstens darauf antworten müssen, ob es richtig ist, daß die Idee der ausgleichenden Bodennutzung demokratisch-revolutionäre Bedeutung hat, die Bedeutung, daß die *bürgerlich*-demokratische Revolution bis zu Ende geführt wird? Zweitens, ob die Bolschewiki richtig gehandelt haben, als sie das kleinbürgerliche Gesetz über die ausgleichende Bodennutzung mit ihren Stimmen zur Annahme brachten (und es in loyalster Weise einhielten)?

Kautsky war nicht einmal imstande zu *erkennen*, worin, theoretisch gesehen, der Kern der Frage besteht!

Es dürfte Kautsky nie gelingen, die fortschrittliche und revolutionäre Bedeutung der Idee der ausgleichenden Bodennutzung in der bürgerlich-demokratischen Umwälzung zu widerlegen. Weiter kann diese Umwälzung nicht gehen. Bis zu Ende geführt, enthüllt sie vor den Massen *um so klarer*, um so *schneller* und *leichter* die *Unzulänglichkeit* der bürgerlich-demokratischen Lösungen, die Notwendigkeit, über ihren Rahmen hinaus zum *Sozialismus* überzugehen.

Nachdem die Bauernschaft den Zarismus und die Gutsbesitzer abgeschüttelt hat, steht ihr der Sinn nach der ausgleichenden Bodennutzung, und keine Macht hätte sich den von den Gutsbesitzern wie von dem *bürgerlich*-parlamentarischen, republikanischen Staat erlösten Bauern in den Weg stellen können. Die Proletarier sagen den Bauern: Wir werden euch helfen, zum „idealen" Kapitalismus zu kommen, denn ausgleichende Bodennutzung ist eine Idealisierung des Kapitalismus vom Standpunkt der Kleinproduzenten. Und gleichzeitig werden wir euch die Unzulänglichkeit dieser Maßnahme und die Notwendigkeit des Übergangs zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung beweisen.

Es wäre interessant gewesen zu sehen, wie Kautsky versucht hätte, die Richtigkeit einer *solchen* Leitung des Kampfes der Bauernschaft durch das Proletariat zu widerlegen!

Kautsky hat es vorgezogen, der Frage auszuweichen ...

Weiter, Kautsky hat die deutschen Leser direkt betrogen, als er ihnen vorenthielt, daß die Sowjetmacht *in dem Gesetz* über den Boden die Kommunen und Genossenschaften *direkt* bevorzugt und sie an die erste Stelle setzt.

Zusammen mit der Bauernschaft bis zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution – zusammen mit dem armen, dem proletarischen und halbproletarischen Teil der Bauernschaft vorwärts zur sozialistischen Revolution! Das war die Politik der Bolschewiki, und das war die einzige marxistische Politik.

Kautsky aber kommt ganz aus dem Konzept und ist außerstande, auch nur ein Problem aufzuwerfen! Einerseits *wagt* er *nicht* zu sagen, daß sich die Proletarier in der Frage der ausgleichenden

Bodennutzung mit den Bauern hätten entzweien sollen, denn er fühlt, wie unsinnig diese Entzweiung wäre (zudem hat er doch 1905, als er noch kein Renegat war, klar und deutlich das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern als Bedingung für den Sieg der Revolution verfochten). Anderseits zitiert Kautsky zustimmend liberale Plattheiten des Menschewiks Maslow, der den *vom Standpunkt des Sozialismus* utopischen und reaktionären Charakter der kleinbürgerlichen Gleichheit „nachweist" und den *vom Standpunkt der bürgerlich-demokratischen Revolution* fortschrittlichen und revolutionären Charakter des kleinbürgerlichen Kampfes für die Gleichheit, für die ausgleichende Bodennutzung mit Stillschweigen übergeht.

Bei Kautsky kommt ein heilloser Wirrwarr heraus. Wohlgemerkt: Kautsky *hält* (1918) an dem *bürgerlichen* Charakter der russischen Revolution *fest*. Kautsky fordert (1918): Überschreitet diesen Rahmen nicht! Und derselbe Kautsky erblickt noch „etwas *von Sozialismus*" (für die *bürgerliche* Revolution) in einer *kleinbürgerlichen* Reform, in der Verpachtung kleiner Parzellen an die *armen* Bauern (d. h. in der Annäherung an die ausgleichende Bodennutzung)!!

Das verstehe, wer kann!

Darüber hinaus zeigt Kautsky auch noch ein philisterhaftes Unvermögen, die tatsächliche Politik einer bestimmten Partei in Rechnung zu ziehen. Er zitiert *Phrasen* des Menschewiks Maslow, *will aber nicht die t a t s ä c h l i c h e* Politik der Partei der Menschewiki im Jahre 1917 *sehen*, als sie sich, in „Koalition" mit Gutsbesitzern und Kadetten, faktisch *für eine liberale Agrarreform und eine Verständigung mit den Gutsbesitzern* einsetzte. (Beweis: Die Verhaftung von Mitgliedern der Bodenkomitees und der Gesetzentwurf S. Maslows.)

Kautsky hat nicht bemerkt, daß die Phrasen P. Maslows über den reaktionären und utopischen Charakter der kleinbürgerlichen Gleichheit in Wirklichkeit die menschewistische Politik verschleiern, die an Stelle eines *revolutionären* Sturzes der Gutsbesitzer durch die Bauern die *Verständigung* zwischen Bauern und Gutsbesitzern (d. h. den Betrug der Bauern durch die Gutsbesitzer) setzt.

Ein schöner „Marxist", dieser Kautsky!

Gerade die Bolschewiki haben den Unterschied der bürgerlich-demokratischen von der sozialistischen Revolution streng berücksichtigt: dadurch, daß sie jene zu Ende führten, öffneten sie das Tor für den Übergang zu dieser. Das ist die einzig revolutionäre und einzig marxistische Politik.

Vergebens plappert Kautsky die lendenlahmen liberalen Plattheiten nach: „Noch nirgends und zu keiner Zeit sind Kleinbauern auf Grund theoretischer Überzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen." (50.)

Sehr geistreich!

Nirgends und zu keiner Zeit standen die Kleinbauern eines gro ßen Landes unter dem Einfluß eines proletarischen Staates.

Nirgends und zu keiner Zeit ist es bei den Kleinbauern bis zum offenen Klassenkampf der armen Bauern gegen die reichen, bis zum Bürgerkrieg zwischen ihnen gekommen, *unter Verhältnissen*, da die armen Bauern die propagandistische, politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der proletarischen Staatsmacht genießen.

Nirgends und zu keiner Zeit gab es eine solche Bereicherung der Schieber und der Reichen durch den Krieg und gleichzeitig eine solche Verelendung der Bauernmasse.

Kautsky wiederholt altes Zeug, drischt leeres Stroh und fürchtet sich, an die neuen Aufgaben der proletarischen Diktatur auch nur zu denken.

Was aber, verehrter Herr Kautsky, wenn es den Bauern an Geräten für den Kleinbetrieb *mangelt* und der proletarische Staat ihnen *hilft*, Maschinen für die kollektive Bearbeitung des Bodens zu beschaffen, ist das „theoretische Überzeugung"? – – –

Gehen wir zur Frage der Nationalisierung des Bodens über. Unsere Volkstümler, einschließlich aller linken Sozialrevolutionäre, bestreiten, daß die bei uns durchgeführte Maßnahme Nationalisierung des Bodens ist. Sie sind theoretisch im Unrecht. Insoweit wir im Rahmen der Warenproduktion und des Kapitalismus bleiben, bedeutet die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden Nationalisierung des Bodens. Das Wort „Sozialisierung" bringt

lediglich die Tendenz, den Wunsch, die Vorbereitung des Übergangs zum Sozialismus zum Ausdruck.

Welche Stellung müssen nun die Marxisten zur Nationalisierung des Bodens einnehmen?

Kautsky versteht auch hier nicht, die theoretische Frage auch nur zu stellen, oder – was noch schlimmer ist – er umgeht sie geflissentlich, obgleich aus der russischen Literatur bekannt ist, daß Kautsky über die früheren Diskussionen unter den russischen Marxisten in der Frage der Nationalisierung des Bodens, der Munizipalisierung des Bodens (Übergabe der großen Güter an die örtlichen Selbstverwaltungen) und der Bodenaufteilung unterrichtet ist.

Es ist geradezu ein Hohn auf den Marxismus, wenn Kautsky behauptet, daß durch den Übergang der großen Güter an den Staat und ihre Verpachtung in kleinen Parzellen an landarme Bauern „etwas von Sozialismus" verwirklicht worden wäre. Wir haben bereits gezeigt, daß es hier nichts von Sozialismus gibt. Aber nicht genug damit: Hier kann auch nicht von einer bis zu Ende geführten *bürgerlich-demokratischen* Revolution die Rede sein. Kautsky hat das große Pech gehabt, sich den Menschewiki anzuvertrauen. Daraus entstand das Kuriosum, daß Kautsky, der die Meinung vertritt, unsere Revolution hätte bürgerlichen Charakter, und die Bolschewiki beschuldigt, sie hätten sich in den Kopf gesetzt, zum Sozialismus zu kommen, *selbst* eine liberale Reform für Sozialismus ausgibt, *ohne diese Reform* bis zur vollständigen Säuberung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft von dem ganzen mittelalterlichen Wust *weiterzuführen!* Kautsky hat sich, gleich seinen menschewistischen Ratgebern, als Verteidiger der liberalen Bourgeoisie erwiesen, die vor der Revolution Angst hat, und nicht als Verteidiger einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Revolution.

In der Tat. Weshalb sollen nur die großen Güter und nicht der gesamte Grund und Boden in Staatseigentum übergehen? Die liberale Bourgeoisie erreicht dadurch, daß das Alte weitestgehend erhalten bleibt (d. h., die Revolution wird mit geringster Konsequenz durchgeführt) und die Rückkehr zum Alten maximal erleichtert wird. Die radikale Bourgeoisie, d. h. jene, die die bürgerliche Revolution bis zu Ende durchführt, stellt die Losung der *Nationalisierung des Bodens* auf.

Kautsky, der in längst vergangenen Zeiten, vor nahezu zwanzig Jahren, eine vortreffliche marxistische Arbeit über die Agrarfrage verfaßt hat, muß den Hinweis von Marx kennen, daß die Nationalisierung des Bodens gerade eine *konsequente* Losung der *Bourgeoisie* ist.[16] Kautsky muß die Polemik von Marx gegen Rodbertus und die glänzenden Erläuterungen von Marx in den „Theorien über den Mehrwert" kennen, wo besonders anschaulich auch die im bürgerlich-demokratischen Sinne revolutionäre Bedeutung der Nationalisierung des Bodens nachgewiesen wird.

Der Menschewik P. Maslow, den sich Kautsky so unglücklich zum Ratgeber auserkoren hat, leugnete, daß die russischen Bauern auf die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens (einschließlich ihres eigenen) eingehen könnten. Bis zu einem gewissen Grade mochte diese Ansicht Maslows mit seiner „originellen" Theorie (eine Wiederholung der bürgerlichen Marx-Kritiker) zusammenhängen, nämlich damit, daß er die absolute Rente leugnet und das „Gesetz" (oder die „Tatsache", wie Maslow sich ausdrückte) des „abnehmenden Bodenertrags" anerkennt.

In Wirklichkeit stellte sich schon in der Revolution von 1905 heraus, daß die gewaltige Mehrheit der russischen Bauern, sowohl der Bauern aus den Dorfgemeinden als auch der Bauern mit eigenem Land, für die Nationalisierung des gesamten Bodens ist. Die Revolution von 1917 hat das bestätigt und nach dem Übergang der Macht an das Proletariat auch verwirklicht. Die Bolschewiki sind dem Marxismus treu geblieben und haben nicht versucht, die bürgerlich-demokratische Revolution „zu überspringen" (entgegen den Behauptungen Kautskys, der uns, ohne den Schatten eines Beweises, dessen beschuldigt). Die Bolschewiki haben vor allem den radikalsten, den revolutionärsten, dem Proletariat am nächsten stehenden bürgerlich-demokratischen Ideologen der Bauernschaft, nämlich den linken Sozialrevolutionären, geholfen, das durchzuführen, was faktisch Nationalisierung des Bodens war. Das Privateigentum an Grund und Boden ist in Rußland seit dem 26. X. 1917, d. h. seit

dem ersten Tage der proletarischen, sozialistischen Revolution, aufgehoben.

Damit ist das vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus vollkommenste Fundament geschaffen worden (was Kautsky nicht bestreiten kann, ohne mit Marx zu brechen) und gleichzeitig auch das im Sinne des Übergangs zum Sozialismus *geschmeidigste* Agrarsystem. Vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus gesehen, kann die revolutionäre Bauernschaft in Rußland *nicht weitergehen:* Etwas von diesem Standpunkt „Idealeres", etwas „Radikaleres" (von dem gleichen Standpunkt aus) als Nationalisierung des Bodens und Gleichheit in der Bodennutzung *kann es nicht geben.* Gerade die Bolschewiki, allein die Bolschewiki, haben den Bauern nur dank dem Siege der *proletarischen* Revolution dazu verholfen, die bürgerlich-demokratische Revolution wirklich zu Ende zu führen. Und allein dadurch haben sie das Höchste geleistet für die Erleichterung und Beschleunigung des Übergangs zur sozialistischen Revolution.

Danach kann man sich ein Bild machen von dem unglaublichen Durcheinander, das Kautsky dem Leser vorsetzt, derselbe Kautsky, der die Bolschewiki beschuldigt, sie hätten den bürgerlichen Charakter der Revolution nicht begriffen, und der selbst eine solche Abkehr vom Marxismus offenbart, daß er die Nationalisierung des Bodens *mit Stillschweigen übergeht* und eine (vom bürgerlichen Standpunkt) am wenigsten revolutionäre, liberale Agrarreform als „etwas von Sozialismus" hinstellt! – –

Hier kommen wir zu der dritten der oben aufgeworfenen Fragen, zu der Frage, inwieweit die proletarische Diktatur in Rußland der Notwendigkeit des Übergangs zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung Rechnung getragen hat. Kautsky begeht hier wiederum etwas, das einer Fälschung sehr ähnlich ist: Er zitiert lediglich die „Thesen" eines Bolschewiks, in denen von der Aufgabe des Übergangs zur kollektiven Bodenbestellung die Rede ist! Nachdem er eine dieser Thesen zitiert hat, ruft unser „Theoretiker" mit Siegermiene aus:

„Damit, daß man etwas für eine Aufgabe erklärt, ist sie leider noch nicht gelöst. Die kollektive Landwirtschaft ist in Rußland einstweilen noch dazu

verurteilt, auf dem Papier zu bleiben. Noch nirgends und zu keiner Zeit sind Kleinbauern auf Grund theoretischer Überzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen." (50.)

Noch nirgends und zu keiner Zeit hat es eine solche literarische Gaunerei gegeben wie die, zu der Kautsky herabgesunken ist. Er zitiert „Thesen" und verschweigt das *Gesetz* der Sowjetmacht. Er spricht von „theoretischer Überzeugung" und verschweigt, daß es eine proletarische Staatsmacht gibt, die sowohl die Betriebe als auch die Waren in ihren Händen hat! Alles, was der Marxist Kautsky 1899 in der „Agrarfrage" über die Mittel schrieb, die der proletarische Staat in der Hand hat, um die Kleinbauern allmählich in den Sozialismus zu überführen, hat der Renegat Kautsky 1918 vergessen.

Gewiß, einige hundert vom Staat unterstützte landwirtschaftliche Kommunen und Sowjetwirtschaften (d. h. von Arbeitergenossenschaften auf Rechnung des Staates betriebene Großwirtschaften), das ist noch sehr wenig. Kann man es aber „Kritik" nennen, wenn Kautsky diese Tatsache umgeht?

Die in Rußland von der proletarischen Diktatur durchgeführte Nationalisierung des Grund und Bodens hat die vollständige Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution am besten gesichert – sogar für den Fall, daß ein Sieg der Konterrevolution von der Nationalisierung zurück zur Aufteilung führen sollte (diesen Fall habe ich in der Broschüre über das Agrarprogramm der Marxisten in der Revolution von 1905 speziell untersucht). Darüber hinaus aber hat die Nationalisierung des Grund und Bodens dem proletarischen Staat die größten Möglichkeiten gegeben, zum Sozialismus in der Landwirtschaft überzugehen.

Das Fazit: Kautsky hat uns in der Theorie ein unglaubliches Durcheinander vorgesetzt, dazu den völligen Verzicht auf den Marxismus und in der Praxis Liebedienerei vor der Bourgeoisie und ihrem Reformismus. Da kann man wohl sagen, eine nette Kritik! . . .

Geschrieben Oktober–November 1918.
Veröffentlicht als Buch 1918 im
Verlag „Kommunist", Moskau.
Werke, Bd. 28, S. 294–317.

Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der Kommunen[17]

11. Dezember 1918

(Lebhafter, in Ovationen übergehender Beifall. Alle erheben sich von den Plätzen.) Genossen! Schon die Zusammensetzung dieses Kongresses läßt meines Erachtens die ernsthafte Wandlung und den großen Schritt vorwärts erkennen, den wir, die Sowjetrepublik, im sozialistischen Aufbau, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse, der wichtigsten für unser Land, getan haben. Dieser Kongreß vereinigt die Vertreter der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der landwirtschaftlichen Kommunen, und diese Zusammensetzung zeigt, daß unsere Revolution in kurzer Zeit, binnen eines Jahres, schon ein großes Stück vorangekommen ist in der Umgestaltung der Verhältnisse, die sich am schwierigsten umgestalten lassen, die in allen früheren Revolutionen die Sache des Sozialismus am meisten gehemmt haben und der gründlichsten Umgestaltung bedürfen, damit der Sieg des Sozialismus gesichert werden kann.

Das erste Stadium, die erste Phase in der Entwicklung unserer Revolution nach dem Oktober, stand hauptsächlich im Zeichen des Sieges über den gemeinsamen Feind der ganzen Bauernschaft, des Sieges über die Gutsbesitzer.

Genossen, es ist Ihnen allen sehr wohl bekannt, daß schon die Februarrevolution – die Revolution der Bourgeoisie, die Revolution der Paktierer – den Bauern diesen Sieg über die Gutsbesitzer versprochen hatte und daß sie ihr Versprechen nicht gehalten hat. Erst der Oktoberumsturz, erst der Sieg der Arbeiterklasse in den Städten, erst die Sowjetmacht hat es ermöglicht, ganz Rußland von einem Ende bis zum anderen tatsächlich zu erlösen vom Krebsschaden des

alten Erbes der Leibeigenschaft, von der alten fronherrlichen Ausbeutung, vom Großgrundbesitz und vom Joch der Gutsbesitzer, das auf der Bauernschaft als Ganzem, auf allen Bauern ohne Unterschied lastete.

Zu diesem Kampf gegen die Gutsbesitzer mußten sich zwangsläufig alle Bauern erheben, und sie erhoben sich auch. Dieser Kampf schloß die arme werktätige Bauernschaft, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft lebt, zusammen. Dieser Kampf vereinigte auch den wohlhabenden, ja sogar den reichsten Teil der Bauernschaft, der nicht ohne Lohnarbeit auskommt.

Solange unsere Revolution noch mit dieser Aufgabe beschäftigt war, solange wir noch alle Kräfte anspannen mußten, damit die selbständige Bewegung der Bauern mit Hilfe der Arbeiterbewegung in den Städten die Macht der Gutsbesitzer tatsächlich hinwegfegt und endgültig vernichtet – solange blieb die Revolution eine Revolution der gesamten Bauernschaft und konnte deshalb über den bürgerlichen Rahmen nicht hinausgehen.

Noch ließ sie den stärkeren, den neueren Feind aller Werktätigen, das Kapital, unangetastet. Daher lief sie Gefahr, ebenso auf halbem Wege stehenzubleiben wie die meisten Revolutionen in Westeuropa, wo es dank dem zeitweiligen Bündnis der Arbeiter in den Städten mit der gesamten Bauernschaft zwar gelang, die Monarchie zu stürzen, die Reste des Mittelalters hinwegzufegen, den gutsherrlichen Grundbesitz oder die Macht der Gutsbesitzer mehr oder weniger gründlich zu zerstören, wo es aber nie gelungen ist, die eigentlichen Grundlagen der Kapitalsherrschaft in ihrer Wurzel zu treffen.

Und dieses weit wichtigere und schwierigere Werk hat unsere Revolution nunmehr seit diesem Sommer und Herbst in Angriff genommen. Die Welle der konterrevolutionären Aufstände, die diesen Sommer über unser Land ging, als sich dem Feldzug der westeuropäischen Imperialisten gegen Rußland, dem Feldzug ihrer Söldlinge, der Tschechoslowaken, alles anschloß, was es an Ausbeuter- und Unterdrückerelementen in der russischen Wirklichkeit gibt – diese konterrevolutionäre Aufstandswelle hat auf dem flachen Lande neue Strömungen und neues Leben wachgerufen.

Alle diese Aufstände vereinigten in der Praxis, im verzweifelten Kampf gegen die Sowjetmacht, sowohl die europäischen Imperialisten und ihre Söldlinge, die Tschechoslowaken, als auch alles, was in Rußland noch auf seiten der Gutsbesitzer und Kapitalisten verblieben war. Und ihnen schloß sich auch das gesamte Kulakentum im Dorfe an.

Das Dorf hörte auf, ein einheitliches Ganzes zu sein. Dasselbe Dorf, das wie ein Mann gegen die Gutsbesitzer gekämpft hatte, spaltete sich in zwei Lager: das Lager der werktätigen armen Bauernschaft, die gemeinsam mit den Arbeitern unbeirrt den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus fortsetzte und vom Kampf gegen die Gutsbesitzer überging zum Kampf gegen das Kapital, gegen die Herrschaft des Geldes, damit die große Umwälzung in den Agrarverhältnissen nicht von den Kulaken ausgenutzt werde, und das Lager der wohlhabenden Bauern. Dieser Kampf hat den endgültigen Bruch der besitzenden, der ausbeutenden Klassen mit der Revolution bewirkt und unsere Revolution ganz auf die sozialistischen Bahnen umgeleitet, in die sie zu lenken sich das städtische Proletariat im Oktober fest und entschlossen vorgenommen hat, in die jedoch die Arbeiterklasse die Revolution niemals siegreich lenken kann, wenn sie nicht auf dem flachen Lande eine bewußte, geschlossene Unterstützung findet.

Darin eben besteht die Bedeutung der Umwälzung, die sich in diesem Sommer und Herbst selbst in den entlegensten Winkeln des bäuerlichen Rußlands vollzogen hat, ohne Lärm, nicht so deutlich erkennbar und allen in die Augen fallend wie die Umwälzung im Oktober vorigen Jahres, die aber noch unvergleichlich tiefere und größere Bedeutung hat.

Die Bildung der Komitees der Dorfarmut auf dem Lande war der Wendepunkt; sie hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse der Städte, die sich im Oktober mit der gesamten Bauernschaft vereinigt hatte, um den Hauptfeind des freien, werktätigen und sozialistischen Rußlands zu zerschlagen, um die Gutsbesitzer zu zerschlagen, von dieser Aufgabe an die bedeutend schwierigere und historisch größere, wirklich sozialistische Aufgabe herangegangen ist, den bewußten

sozialistischen Kampf auch ins Dorf zu tragen, auch auf dem flachen Lande das Bewußtsein zu wecken. Die gewaltige Umwälzung in den Agrarverhältnissen – die im Oktober verkündete Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, die proklamierte Sozialisierung des Bodens –, diese Umwälzung wäre unvermeidlich bloß auf dem Papier geblieben, hätten die städtischen Arbeiter nicht das ländliche Proletariat, die Dorfarmut, die werktätige Bauernschaft zum Leben erweckt, diese überwältigende Mehrheit, die gleich der Mittelbauernschaft keine fremde Arbeitskraft ausbeutet, an der Ausbeutung nicht interessiert und daher fähig ist, weiterzugehen – und jetzt auch weitergegangen ist – vom gemeinsamen Kampf gegen die Gutsbesitzer zum gesamtproletarischen Kampf gegen das Kapital, gegen die Herrschaft der Ausbeuter, die sich auf die Macht des Geldes, auf die Macht ihrer Mobilien stützen, weiterzugehen von der Säuberung Rußlands von den Gutsbesitzern zum Aufbau der sozialistischen Ordnung.

Dieser Schritt, Genossen, ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Hinsichtlich dieses Schrittes prophezeiten uns alle, die am sozialistischen Charakter unserer Revolution zweifelten, ein unvermeidliches Fiasko, und von diesem Schritt hängt heute das ganze sozialistische Aufbauwerk auf dem Lande ab. Die Bildung der Komitees der Dorfarmut, das dichte Netz dieser Komitees, das sich über ganz Rußland ausgebreitet hat, die jetzt bevorstehende und zum Teil bereits begonnene Umgestaltung dieser Komitees in machtbefugte Dorfsowjets, die auf dem Lande die Grundprinzipien des Sowjetaufbaus – der Herrschaft der Werktätigen – verwirklichen sollen, das eben bietet die eigentliche Gewähr dafür, daß wir unsere Arbeit nicht darauf beschränkten, worauf sich die gewöhnlichen bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den westeuropäischen Ländern beschränkt haben. Nach Vernichtung der Monarchie und der mittelalterlichen Macht der Gutsherren gehen wir jetzt zum eigentlichen sozialistischen Aufbauwerk über. Dieses Werk ist auf dem Lande das schwierigste, aber zugleich auch das wichtigste. Das ist die dankbarste Arbeit. Wenn es gelungen ist, unmittelbar auf dem Lande das Bewußtsein des werktätigen Teils der Bauernschaft

zu wecken, wenn eben dieser Teil durch die Welle der kapitalistischen Aufstände endgültig von den Interessen der Kapitalistenklasse losgelöst worden ist, wenn die werktätige Bauernschaft in den Komitees der Dorfarmut und in den Sowjets, die jetzt umgestaltet werden, sich immer enger und enger mit der städtischen Arbeiterschaft zusammenschließt, so sehen wir darin die einzige und zugleich sicherste und zweifellos feste Gewähr dafür, daß das sozialistische Aufbauwerk heute in Rußland erstarkt ist. Heute hat es auch in der riesigen Masse der ackerbautreibenden Landbevölkerung eine Basis gewonnen.

Ohne Zweifel, in einem Bauernland wie Rußland ist der sozialistische Aufbau eine sehr schwierige Aufgabe. Ohne Zweifel, ein Feind wie der Zarismus, wie die Herrschaft der Gutsbesitzer, wie der gutsherrliche Grundbesitz, konnte verhältnismäßig leicht hinweggefegt werden. In den Hauptstädten konnte diese Aufgabe in einigen wenigen Tagen und im ganzen Lande in einigen Wochen gelöst werden; die Aufgabe aber, an die wir jetzt herantreten, kann ihrem innersten Wesen nach nur durch außerordentlich beharrliche und langwierige Arbeit gelöst werden. Hier steht uns ein Kampf bevor, Schritt für Schritt, Zoll für Zoll; man wird die Errungenschaften des neuen, sozialistischen Rußlands erkämpfen, den Kampf für die gemeinschaftliche Bodenbestellung führen müssen.

Und es versteht sich von selbst, daß eine derartige Umwälzung – der Übergang von den kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaften zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung – lange Zeit erfordert, daß sie keinesfalls mit einem Schlag vollzogen werden kann.

Wir wissen sehr wohl, daß in Ländern mit bäuerlicher Kleinwirtschaft der Übergang zum Sozialismus nicht anders möglich ist als mittels einer ganzen Reihe allmählicher Übergangsstufen. In dieser Erkenntnis hat sich die Umwälzung im Oktober als erste Aufgabe lediglich die Beseitigung und Vernichtung der Macht der Gutsbesitzer gestellt. Das im Februar erlassene Grundgesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens, das, wie Sie wissen, durch einstimmigen Beschluß der Kommunisten wie auch jener Vertreter der Sowjetmacht, die den Standpunkt der Kommunisten nicht teilten, zur Annahme gelangt war, dieses Gesetz ist zugleich Willensäußerung und Ausdruck des Bewußtseins der ungeheuren Mehrheit der Bauern sowie ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse, die kommunistische Arbeiterpartei, in Erkenntnis ihrer Aufgabe beharrlich, geduldig, durch eine Reihe allmählicher Übergänge, das Bewußtsein des werktätigen Teils der Bauernschaft weckend – und nur soweit dieses Bewußtsein schon geweckt worden ist, nur in dem Maße vorwärtsschreitend, in dem sich die Bauernschaft selbständig organisiert –, den Weg zum neuen, sozialistischen Aufbau geht.

Wir wissen sehr wohl, daß solche gewaltigen Umwälzungen im Leben vieler Millionen Menschen, Umwälzungen, die die tiefsten Grundlagen ihres Lebens und ihres ganzen Seins berühren, wie der Übergang von der kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaft zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung, nur durch langwierige Arbeit vollzogen, daß sie überhaupt nur dann vollzogen werden können, wenn die Menschen notwendigerweise ihr Leben umgestalten müssen.

Nach dem schrecklichen, langwierigen Weltkrieg sehen wir nun klar den Anbruch der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt. Sogar für die zurückgebliebeneren Länder ist sie zur Notwendigkeit geworden, zu einer Notwendigkeit, die – unabhängig von jeglichen theoretischen Ansichten oder sozialistischen Lehren – allen und jedem eindringlichst sagt, daß man nicht länger in der alten Weise leben kann.

Jetzt, wo das Land in so gigantischem Ausmaß verheert ist und einen solchen Zusammenbruch erlitten hat, wo wir sehen, daß die ganze Welt von diesem Zusammenbruch erfaßt wird, daß die von der Menschheit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und Technik in vielen Jahrhunderten erworbenen Errungenschaften in den vier Jahren dieses verbrecherischen, verheerenden Raubkrieges hinweggefegt worden sind und daß ganz Europa, und nicht nur Rußland, in den Zustand der Barbarei zurückfällt – jetzt kommt es den breitesten Massen und besonders der Bauernschaft, die unter diesem Krieg wohl am meisten zu leiden hatte, klar zum Bewußtsein, daß es außerordentlicher Anstrengungen bedarf, daß es gilt, alle Kräfte anzuspannen, um sich frei zu machen von diesem Erbe

des verfluchten Krieges, der uns nur Not und Elend hinterlassen hat. In der alten Weise weiterleben, so wie vor dem Kriege, ist unmöglich, und ein solcher Raubbau an der menschlichen Kraft und Arbeit, wie er mit der kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaft verbunden ist, darf nicht länger anhalten. Doppelt und dreifach würde die Produktivität der Arbeit steigen, das Doppelte und Dreifache an menschlicher Arbeitskraft würde für die Landwirtschaft, für die Wirtschaft überhaupt eingespart werden, wenn sich der Übergang von dieser zersplitterten Kleinwirtschaft zur Gemeinwirtschaft vollzöge.

Die Zerrüttung, die uns der Krieg hinterlassen hat, verbietet es uns geradezu, diese alte, bäuerliche Kleinwirtschaft wiederherzustellen. Nicht nur, daß der Krieg die Bauernmassen aufgerüttelt, daß er ihnen gezeigt hat, welche Wunder der Technik es heute gibt, und daß diese Wunder der Technik der Vernichtung von Menschenleben dienstbar gemacht sind, er hat auch den Gedanken wach werden lassen, daß die Wunder der Technik in erster Linie dazu verwendet werden müßten, den Produktionszweig umzugestalten, der das ganze Volk am meisten angeht, der die meisten Menschen beschäftigt und der am rückständigsten ist, nämlich die landwirtschaftliche Produktion. Nicht nur, daß dieses Bewußtsein geweckt ist – die ungeheuerlichen Schrecken des modernen Krieges haben die Menschen davon überzeugt, welche gewaltigen Kräfte die moderne Technik entwickelt hat und wie diese Kräfte in dem fürchterlichsten, sinnlosesten aller Kriege verschwendet wurden, die Menschen haben sich davon überzeugt, daß das einzige Mittel, sich vor diesen Schrecknissen zu retten, eben dieselben Kräfte der Technik sind. Es ist nun unsere Pflicht und Schuldigkeit, diese Kräfte darauf zu richten, den rückständigsten aller Produktionszweige – den agrarischen, die Landwirtschaft – in neue Bahnen zu lenken, ihn umzugestalten, und die Landwirtschaft aus einem Gewerbe, das gewohnheitsmäßig, nach Urväterart betrieben wird, in einen auf der Wissenschaft und den technischen Errungenschaften fußenden Produktionszweig zu verwandeln. Der Krieg hat dieses Bewußtsein in unvergleichlich höherem Maße erweckt, als wir das beurteilen

können. Doch hat der Krieg nicht nur dieses Bewußtsein erweckt, er hat es auch unmöglich gemacht, die Produktion in der alten Art und Weise wiederherzustellen.

Wer davon träumt, es werde möglich sein, nach diesem Krieg die Lage wiederherzustellen, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, es werde möglich sein, das System und die Struktur der Wirtschaft unter Beibehaltung der alten Methoden wiederherzustellen, der irrt, und mit jedem Tag erkennt er immer mehr seinen Irrtum. Der Krieg hat einen so schrecklichen Ruin zur Folge, daß einzelne kleine Wirtschaften bei uns heute weder über Arbeitsvieh noch über Inventar und Arbeitsgeräte verfügen. Eine solche Vergeudung der Arbeitskraft des Volkes können wir nicht länger hinnehmen. Die werktätige, die arme Bauernschaft, die für die Revolution die größten Opfer gebracht und unter dem Krieg am meisten zu leiden hatte, hat den Gutsbesitzern das Land nicht abgenommen, damit diese Ländereien den neuen Kulaken zufallen. Diese werktätige Bauernschaft wird jetzt durch das Leben selbst unmittelbar vor die Frage des Übergangs zur gemeinschaftlichen Bodenbearbeitung gestellt, die das einzige Mittel ist, die jetzt durch den Krieg zerstörte und ruinierte Kultur wiederherzustellen, das einzige Mittel, um aus jener Unwissenheit, Verschüchterung und Bedrückung herauszukommen, zu der der Kapitalismus die ganze Landbevölkerung verurteilte, aus jener Unwissenheit und Bedrückung, die es den Kapitalisten ermöglichte, die Menschheit vier Jahre lang in den Fängen des Krieges zu halten, und von der sich um jeden Preis zu befreien, die Werktätigen aller Länder jetzt mit aller revolutionären Energie und Leidenschaft entschlossen sind.

Das also, Genossen, sind die Verhältnisse, die sich in der ganzen Welt herausbilden mußten, damit diese schwierigste und zugleich wichtigste sozialistische Reform, diese wichtigste und radikalste sozialistische Umgestaltung auf die Tagesordnung gesetzt werde, und in Rußland steht sie auf der Tagesordnung. Die Bildung der Komitees der Dorfarmut, der hier zusammengetretene gemeinsame Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der landwirtschaftlichen Kommunen – das alles, in Verbindung mit

dem Kampf, der sich diesen Sommer und Herbst im Dorfe selbst vollzogen hat, zeigt uns, daß das Bewußtsein der breitesten Massen der werktätigen Bauernschaft erwacht ist und daß die Bauernschaft selbst, die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft, nach der Einführung der gemeinschaftlichen Bodenbestellung strebt. Allerdings müssen wir, ich sage es noch einmal, diese größte aller Umgestaltungen allmählich in Angriff nehmen. Im Handumdrehen läßt sich hier nichts erreichen, doch muß ich Ihnen in Erinnerung bringen, daß schon in dem Gesetz über den Grund und Boden, das gleich am ersten Tag nach dem Umsturz vom 25. Oktober, gleich in der ersten Sitzung des ersten Organs der Sowjetmacht, des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, angenommen wurde und mit dem das Grundgesetz über die Sozialisierung des Bodens vorweg beschlossen worden ist, gesetzlich festgelegt wurde, daß nicht nur das Privateigentum an Grund und Boden für immer aufgehoben, nicht nur der gutsherrliche Grundbesitz abgeschafft wird, sondern unter anderem auch, daß das Inventar, das Arbeitsvieh und die Gerätschaften, die in den Besitz des Volkes und in den Besitz von Arbeitswirtschaften übergehen, ebenfalls Gemeingut werden müssen, ebenfalls aufhören müssen, Privateigentum einzelner Wirtschaften zu sein. Und in dem im Februar 1918 erlassenen Gesetz über die Sozialisierung des Bodens wird die grundlegende Frage – welche Ziele wir uns jetzt setzen, welche Aufgaben wir hinsichtlich der Verfügung über den Grund und Boden realisieren wollen und zu welchen Maßnahmen wir die Anhänger der Sowjetmacht, die werktätige Bauernschaft, aufrufen – im Artikel 11 des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens dahingehend beantwortet, daß diese Aufgabe zum Zweck des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft darin besteht, in der Landwirtschaft aus den Einzelbetrieben die kollektive Wirtschaft zu entwickeln, weil diese im Sinne einer Ersparnis an Arbeit und Produkten vorteilhafter ist.

Genossen, als wir dieses Gesetz annahmen, herrschte zwischen den Kommunisten und den anderen Parteien keineswegs volle Einmütigkeit und Übereinstimmung; im Gegenteil, wir beschlossen dieses Gesetz zu einer Zeit, als in der Sowjetregierung zwischen

den Kommunisten und den linken Sozialrevolutionären, die die kommunistischen Ansichten nicht teilten, eine Koalition bestand. Trotzdem gelangten wir zu einem einmütigen und einstimmigen Beschluß, auf dessen Boden wir auch jetzt noch stehen, weil wir uns darüber im klaren sind, daß dieser Übergang von der Einzelwirtschaft zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung, ich sage es noch einmal, nicht mit einem Schlag verwirklicht werden kann, daß sich der Kampf in den Städten unter einfacheren Umständen vollzogen hat. Dort stand Tausenden von Arbeitern ein einziger Kapitalist gegenüber, und es bedurfte nicht vieler Mühe, ihn hinwegzufegen. Der Kampf jedoch, der auf dem Lande entbrannte, war viel komplizierter. Erst vollzog sich der gemeinsame Ansturm der Bauern auf die Gutsbesitzer; erst wurde die Macht der Gutsbesitzer vollständig vernichtet, damit sie nicht wieder errichtet werden könnte; dann folgte der Kampf innerhalb der Bauernschaft, wo in den Kulaken, in den Ausbeutern und Schiebern, die ihre Getreideüberschüsse ausnutzten, um sich auf Kosten des hungernden nichtlandwirtschaftlichen Teils Rußlands zu bereichern, neue Kapitalisten aufkamen. Hier stand ein neuer Kampf bevor, und Ihnen allen ist es bekannt, wie dieser Kampf im Sommer dieses Jahres eine ganze Reihe von Aufständen auflodern ließ. Hinsichtlich des Kulaken sagen wir nicht wie hinsichtlich des Kapitalisten und Gutsbesitzers, daß ihm alles Eigentum abgenommen werden soll. Wir sagen, daß der Widerstand dieses Kulaken gegen die notwendigen Maßnahmen gebrochen werden muß, zum Beispiel gegen das Getreidemonopol, das er durchbricht, um sich am spekulativen Verkauf der Getreideüberschüsse zu bereichern, während die Arbeiter und Bauern in den nichtlandwirtschaftlichen Gebieten Hungerqualen ausstehen müssen, und hier bestand unsere Politik stets in einem ebenso unerbittlichen Kampf wie gegen die Gutsbesitzer und die Kapitalisten. Dann – das Verhältnis des armen Teils der werktätigen Bauernschaft zum Mittelbauern. Der Mittelbauernschaft gegenüber befolgten wir stets eine Politik des Bündnisses. Sie ist keineswegs ein Feind der Sowjeteinrichtungen, sie ist kein Feind des Proletariats und auch kein Feind des Sozialismus.

Natürlich wird sie schwanken und nur dann zum Sozialismus übergehen bereit sein, wenn sie an Hand praktischer, überzeugender und anschaulicher Beispiele zur Einsicht kommt, daß dieser Übergang notwendig ist. Diese Mittelbauernschaft läßt sich freilich nicht durch theoretische Erörterungen oder Agitationsreden überzeugen – damit rechnen wir nicht –, aber überzeugen werden sie das Beispiel und die Geschlossenheit des werktätigen Teils der Bauernschaft, überzeugen wird sie das Bündnis dieser werktätigen Bauernschaft mit dem Proletariat. Hier rechnen wir mit einem längeren, allmählichen Überzeugungsprozeß, mit einer Reihe von Übergangsmaßnahmen, die die Verständigung des proletarischen, sozialistischen Teils der Bevölkerung, die Verständigung der Kommunisten, die das Kapital in allen seinen Formen entschlossen bekämpfen, mit der Mittelbauernschaft herbeiführen werden.

Und weil wir diese Situation berücksichtigen, weil wir berücksichtigen, daß wir es auf dem Lande mit einer unvergleichlich schwierigeren Aufgabe zu tun haben, stellen wir eben die Frage so, wie sie im Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens gestellt ist. Sie wissen, daß dort die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden und die ausgleichende Bodenverteilung proklamiert ist; Sie wissen, daß die Realisierung dieses Gesetzes auch in dieser Weise begonnen wurde und daß wir es in den meisten bäuerlichen Gebieten durchgeführt haben. Zugleich ist in dem Gesetz auf Grund des allgemeinen, einmütigen Einvernehmens sowohl der Kommunisten als auch aller, die damals die kommunistischen Ansichten noch nicht teilten, jene Bestimmung enthalten, die ich soeben angeführt habe und die besagt, daß es unsere gemeinsame Aufgabe, unser gemeinsames Ziel ist, zur sozialistischen Wirtschaft, zum kollektiven Bodenbesitz und zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung überzugehen. Je weiter die Aufbauperiode fortschreitet, desto klarer wird es jetzt sowohl den Bauern, die sich bereits auf dem Boden festgesetzt haben, als auch den Kriegsgefangenen, die jetzt, nach langer Qual, zu Hunderttausenden und Millionen aus der Gefangenschaft zurückkehren, was wir für eine gigantische Arbeit zur Wiederherstellung der Wirtschaft zu leisten

haben, um die Bauern für immer aus dem Zustand der Verlassenheit, Verzagtheit und Unwissenheit herauszuführen. Immer klarer wird es, daß der wirklich zuverlässige Weg, der die Bauernmassen einem Leben in Kultur zuführt, der sie tatsächlich den anderen Bürgern gleichstellt, daß dieser Weg einzig und allein in der gemeinschaftlichen Bodenbestellung besteht, und dieser gemeinschaftlichen Bodenbestellung strebt jetzt die Sowjetmacht systematisch durch allmähliche Übergangsmaßnahmen zu. Im Zeichen dieser gemeinschaftlichen Bodenbestellung werden Kommunen und Sowjetwirtschaften geschaffen. Die Bedeutung solcher Wirtschaften ist im Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens dargelegt. In dem Teil des Gesetzes, wo gesagt wird, wer das Recht der Bodennutzung genießt, können Sie nachlesen, daß unter den Personen und Einrichtungen, denen das Recht der Bodennutzung eingeräumt ist, an erster Stelle der Staat steht, an zweiter Stelle stehen gesellschaftliche Organisationen, dann landwirtschaftliche Kommunen und an vierter Stelle landwirtschaftliche Genossenschaften. Wiederum mache ich Sie darauf aufmerksam, daß diese Grundprinzipien des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens zu einer Zeit festgelegt wurden, als die Kommunistische Partei nicht nur ihren eigenen Willen ausführte, als sie bewußt denjenigen Zugeständnisse machte, die auf die eine oder andere Art die Anschauungen und den Willen der Mittelbauernschaft zum Ausdruck brachten. Wir haben solche Zugeständnisse gemacht und machen sie auch heute. Wir sind auf ein derartiges Übereinkommen eingegangen und gehen auch heute darauf ein, weil der Übergang zu dieser kollektiven Form des Bodenbesitzes, zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung, zu Sowjetwirtschaften, zu Kommunen nicht im Handumdrehen möglich ist; hier bedarf es einer beharrlichen und nachdrücklichen Einwirkung der Sowjetmacht, die zur Verbesserung der Landwirtschaft eine Milliarde Rubel bewilligt hat, unter der Bedingung, daß diese Mittel für den Übergang zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung verwendet werden. Dieses Gesetz zeigt, daß wir auf die Masse der Mittelbauern hauptsächlich durch das gute Beispiel, durch Anregungen zur Verbesserung der

Wirtschaft einwirken wollen und darauf rechnen, daß sich die diesbezüglichen Maßnahmen bei dieser tiefgreifenden und wichtigsten Umwälzung in der Wirtschaft des agrarischen Rußlands nur allmählich auswirken werden.

Das Bündnis der Komitees der Dorfarmut, der landwirtschaftlichen Kommunen und der Landabteilungen, ein Bündnis, das wir auf diesem Kongreß sehen, zeigt uns, und davon sind wir fest überzeugt, daß die Sache jetzt mit diesem Übergang zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung richtig, in einem wirklich sozialistischen Maßstab in Angriff genommen wurde. Durch diese unentwegte und systematische Arbeit muß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Zu diesem Zweck müssen wir in der Landwirtschaft die besten Methoden anwenden und die agronomischen Kräfte Rußlands derart heranziehen, daß wir samt und sonders die am besten organisierten Wirtschaften ausnutzen können, die bisher nur eine Quelle der Bereicherung einzelner Personen, der Restaurierung des Kapitalismus, eine Quelle erneuter Versklavung und erneuter Knechtung der Lohnarbeiter waren und die jetzt, unter dem Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens, bei der völligen Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, eine Quelle agrarischer Kenntnisse und Kultur, eine Quelle gesteigerter Arbeitsproduktivität für all die Millionen Werktätigen sein müssen. Dieses Bündnis der städtischen Arbeiter mit der werktätigen Bauernschaft, diese Bildung der Komitees der Dorfarmut und ihre Neuwahl als Sowjetinstitutionen bietet die Gewähr dafür, daß das agrarische Rußland jetzt einen Weg beschritten hat, den ein westeuropäischer Staat nach dem anderen, später als wir, dafür aber sicherer als wir, beschreitet. Für sie war es weitaus schwieriger, die Umwälzung zu beginnen, weil sie nicht gegen einen morschen Absolutismus, sondern gegen eine kulturell hochstehende und fest vereinte Kapitalistenklasse anzukämpfen hatten. Doch, wie Sie wissen, hat diese Umwälzung begonnen, und Sie wissen auch, daß die Revolution sich nicht auf Rußland beschränkt hat, daß unsere größte Hoffnung und wichtigste Stütze, daß die Hauptstütze der Weltrevolution, das Proletariat der westeuropäischen, fortgeschritteneren Länder, in Bewegung geraten ist. Wir sind fest davon überzeugt, und der Gang der deutschen Revolution ist ein Beweis dafür, daß dort der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft, die Verwendung moderner landwirtschaftlicher Technik, der Zusammenschluß der werktätigen Landbevölkerung – daß sich das alles dort rascher und leichter vollziehen wird als bei uns.

Im Bündnis mit den Arbeitern in den Städten, im Bündnis mit dem sozialistischen Proletariat der ganzen Welt kann die werktätige Bauernschaft Rußlands jetzt davon überzeugt sein, daß sie allem Ungemach trotzen, alle Angriffe der Imperialisten abwehren und das Werk vollenden wird, ohne das die Befreiung der Werktätigen unmöglich ist: die gemeinschaftliche Bodenbestellung, den allmählichen, aber unentwegten Übergang von der kleinen Einzelwirtschaft zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

„Prawda" Nr. 272,
14. Dezember 1918.
Werke, Bd. 28, S. 341–353.

VIII. Parteitag der KPR (B)

18.–23. März 1919

REFERAT ÜBER DIE ARBEIT AUF DEM LANDE
23. MÄRZ

(Anhaltender Beifall.) Genossen! Ich muß mich entschuldigen, daß ich nicht an allen Sitzungen der Sektion teilnehmen konnte, die der Parteitag zur Behandlung der Frage der Arbeit im Dorf gewählt hat.[18] Darum werden die Reden der Genossen, die an der Arbeit dieser Sektion von Anfang an teilgenommen haben, meine Ausführungen ergänzen müssen. Die Sektion hat abschließend Thesen ausgearbeitet, die einer Kommission übergeben wurden und die Ihnen dann vorgelegt werden. Ich möchte auf die allgemeine Bedeutung eingehen, die die Frage hat, wie sie sich im Ergebnis der Arbeit der Sektion vor uns erhoben hat und wie sie jetzt meiner Meinung nach der Partei als Ganzes gestellt wird.

Genossen, es ist durchaus natürlich, daß wir im Verlauf der proletarischen Revolution bald diese, bald jene der kompliziertesten und wichtigsten Fragen des gesellschaftlichen Lebens in den Vordergrund rücken müssen. Es ist durchaus natürlich, daß bei einer Umwälzung, die die tiefsten Grundlagen des Lebens, die allerbreitesten Massen der Bevölkerung berührt und unbedingt berühren muß, keine einzige Partei, keine einzige Regierung – und stände sie den Massen noch so nahe – imstande ist, alle Seiten des Lebens *auf einmal* zu erfassen. Und wenn wir uns jetzt mit der Frage der Arbeit im Dorf beschäftigen müssen und hierbei vor allem die Lage der Mittelbauernschaft hervorheben, so ist das – vom Standpunkt der Entwicklung der proletarischen Revolution

überhaupt – weder sonderbar noch anomal. Es ist begreiflich, daß die proletarische Revolution mit der grundlegenden Beziehung zwischen den beiden feindlichen Klassen, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, beginnen mußte. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Macht in die Hände der Arbeiterklasse zu legen, ihre Diktatur zu sichern, die Bourgeoisie zu stürzen und ihr jene ökonomischen Machtquellen zu nehmen, die zweifellos Hindernisse für jeden sozialistischen Aufbau überhaupt sind. Wir alle, soweit wir mit dem Marxismus vertraut sind, haben nie an jener Wahrheit gezweifelt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft eben infolge ihrer ökonomischen Struktur nur das Proletariat oder die Bourgeoisie von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Heute sehen wir viele ehemalige Marxisten – zum Beispiel aus dem Lager der Menschewiki –, die da behaupten, in der Periode des entschiedenen Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie könne die *Demokratie überhaupt* herrschen. Das sagen die Menschewiki, die mit den Sozialrevolutionären restlos einig geworden sind. Als ob nicht die Bourgeoisie selbst die Demokratie schaffte oder abschaffte, je nachdem, was für sie vorteilhafter ist! Und wenn dem so ist, dann kann in der Periode des verschärften Kampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat von Demokratie schlechthin überhaupt keine Rede sein. Man muß sich nur wundern, wie schnell diese Marxisten oder Pseudomarxisten – zum Beispiel unsere Menschewiki –, wie schnell sie sich entlarven, wie schnell ihre wahre Natur, die Natur kleinbürgerlicher Demokraten, zum Vorschein kommt.

Marx hat sein Leben lang die Illusionen der kleinbürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Demokratismus am stärksten bekämpft. Marx hat das leere Gerede von Freiheit und Gleichheit vor allem verspottet, wenn sich dahinter nichts anderes verbirgt als die Freiheit der Arbeiter, Hungers zu sterben, oder die Gleichheit eines Menschen, der seine Arbeitskraft verkauft, mit dem Bourgeois, der angeblich auf freiem Markt dessen Arbeit frei und gleichberechtigt kauft usw. Marx hat das in allen seinen ökonomischen Schriften klargelegt. Man kann sagen, daß das ganze „Kapital" von Marx der Klarstellung jener Wahrheit gewidmet ist, daß *die*

Grundkräfte der kapitalistischen Gesellschaft nur Bourgeoisie und Proletariat sind und sein können: die Bourgeoisie als Erbauer dieser kapitalistischen Gesellschaft, als ihr Führer und ihre Triebkraft – das Proletariat als ihr Totengräber, als die einzige Kraft, die fähig ist, sie abzulösen. Man wird kaum ein Kapitel in irgendeinem Werk von Marx finden, das nicht dieser Frage gewidmet wäre. Man kann sagen, daß die Sozialisten der ganzen Welt in der II. Internationale unzählige Male vor den Arbeitern Stein und Bein geschworen haben, daß sie diese Wahrheit begreifen. Als aber die Dinge bis zum wirklichen und dazu entscheidenden Kampf um die Macht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie gediehen waren, da haben wir gesehen, daß unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre sowie die Führer der alten sozialistischen Parteien in der ganzen Welt diese Wahrheit vergessen hatten und dazu übergingen, philisterhaft Phrasen über Demokratismus überhaupt rein mechanisch zu wiederholen.

Bei uns versucht man mitunter diesen Worten einen scheinbar „stärkeren" Ausdruck zu geben, wenn man sagt: „Diktatur der Demokratie". Das ist schon völliger Unsinn. Wir wissen aus der Geschichte sehr wohl, daß die Diktatur der demokratischen Bourgeoisie nichts anderes bedeutete als eine Abrechnung mit den aufständischen Arbeitern. So war es zumindest seit 1848, aber einzelne Beispiele kann man auch schon früher finden. Die Geschichte zeigt uns, daß sich gerade in der bürgerlichen Demokratie der schärfste Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie breit und frei entfaltet. Wir konnten uns von der Richtigkeit dieser Wahrheit in der Praxis überzeugen. Und wenn sich die Schritte der Sowjetregierung seit Oktober 1917 durch ihre Festigkeit in allen grundlegenden Fragen auszeichneten, so eben deshalb, weil wir von dieser Wahrheit niemals abwichen, sie niemals vergaßen. Nur die Diktatur *einer* Klasse – des Proletariats – kann die Frage des Kampfes gegen die Bourgeoisie um die Herrschaft entscheiden. Nur die Diktatur des Proletariats kann die Bourgeoisie besiegen. Nur das Proletariat kann die Bourgeoisie stürzen. Nur das Proletariat kann die Massen gegen die Bourgeoisie führen.

Daraus folgt jedoch keineswegs – das wäre der größte Irrtum –, daß auch beim weiteren Aufbau des Kommunismus, wenn die Bourgeoisie schon gestürzt, die politische Macht schon in den Händen des Proletariats ist, daß wir auch dann ohne die Beteiligung der Mittelschichten, der Zwischenschichten auskommen könnten.

Es ist natürlich, daß am Anfang der Revolution – der proletarischen Revolution – die ganze Aufmerksamkeit ihrer Führer auf das Hauptsächliche, Grundlegende gerichtet ist: auf die Herrschaft des Proletariats und die Sicherung dieser Herrschaft durch den Sieg über die Bourgeoisie – die Sicherung dagegen, daß die Bourgeoisie zur Macht zurückkehren könnte. Wir wissen sehr wohl, daß in den Händen der Bourgeoisie bis auf den heutigen Tag die mit ihren Reichtümern in anderen Ländern verbundenen und manchmal sogar bei uns in Geldreichtum bestehenden Vorteile verbleiben. Wir wissen sehr gut, daß es soziale Elemente gibt, die mehr Erfahrung besitzen als das Proletariat und die der Bourgeoisie helfen. Wir wissen sehr gut, daß die Bourgeoisie den Gedanken an die Rückkehr ihrer Macht nicht fallengelassen und die Versuche zur Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft nicht aufgegeben hat.

Aber das ist noch lange nicht alles. Die Bourgeoisie, die vor allem den Grundsatz aufstellt: „Wo es dir gut ergeht, da ist dein Vaterland", die Bourgeoisie, die hinsichtlich des Geldes immer international war – *die Bourgeoisie ist im Weltmaßstab gegenwärtig noch stärker als wir.* Ihre Herrschaft wird rasch untergraben, sie sieht solche Beispiele wie die ungarische Revolution – gestern hatten wir das Glück, die erste Mitteilung darüber machen zu können, und heute treffen bestätigende Meldungen ein. Die Bourgeoisie beginnt schon zu begreifen, daß ihre Herrschaft ins Wanken geraten ist. Sie hat die Freiheit des Handelns verloren. Aber wenn man heute die materiellen Mittel im Weltmaßstab in Rechnung stellt, muß man unbedingt zugeben, daß materiell die Bourgeoisie jetzt noch stärker ist als wir.

Darum waren neun Zehntel unserer Aufmerksamkeit, unserer praktischen Tätigkeit dieser Hauptfrage gewidmet und mußten

ihr gewidmet sein, der Aufgabe, die Bourgeoisie zu stürzen, die Macht des Proletariats zu festigen, jede Möglichkeit der Rückkehr der Bourgeoisie an die Macht zu beseitigen. Das ist vollkommen natürlich, gesetzmäßig, unvermeidlich, und in dieser Hinsicht ist sehr viel mit Erfolg geleistet worden.

Nunmehr müssen wir jedoch die Frage der anderen Schichten auf die Tagesordnung setzen. Wir müssen – das war unsere allgemeine Schlußfolgerung in der Agrarsektion, und darin werden, wir sind dessen sicher, alle Parteifunktionäre übereinstimmen, denn wir haben nur ihre Erfahrungen, ihre Beobachtungen zusammengefaßt –, wir müssen die *Frage der Mittelbauernschaft* in ihrem ganzen Umfang auf die Tagesordnung setzen.

Natürlich werden sich Leute finden, die, anstatt über den Gang unserer Revolution nachzudenken, anstatt zu überlegen, welche Aufgaben jetzt vor uns stehen – die statt dessen jeden Schritt der Sowjetmacht zum Gegenstand des Spöttelns und der Kritikasterei in jener Art machen, wie wir das bei den Herren Menschewiki und rechten Sozialrevolutionären beobachten. Das sind Leute, die bis heute nicht begriffen haben, daß sie zwischen uns und der bürgerlichen Diktatur wählen müssen. Wir haben ihnen gegenüber viel Geduld und sogar Gutmütigkeit an den Tag gelegt, wir werden ihnen noch einmal die Möglichkeit geben, diese unsere Gutmütigkeit auf die Probe zu stellen, aber in nicht ferner Zukunft werden wir mit dieser Geduld und Gutmütigkeit Schluß machen, und wenn sie ihre Wahl nicht treffen, werden wir ihnen allen Ernstes nahelegen, sich zu Koltschak zu begeben. (B e i f a l l.) Wir erwarten von diesen Leuten keine besonders glänzenden geistigen Fähigkeiten. (H e i t e r k e i t.) Aber man hätte erwarten können, daß sie, nachdem sie die Bestialitäten Koltschaks am eigenen Leibe verspürt haben, begreifen würden, daß wir das Recht haben, von ihnen zu verlangen, zwischen uns und Koltschak zu wählen. Wenn in den ersten Monaten nach dem Oktober viele naive Leute so dumm waren zu glauben, die Diktatur des Proletariats wäre etwas Vorübergehendes, Zufälliges, so müßten doch jetzt sogar die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre begreifen, daß das etwas Gesetzmäßiges in jenem Kampf ist, der unter dem Ansturm der gesamten internationalen Bourgeoisie vor sich geht.

In der Praxis haben sich nur zwei Kräfte herausgebildet: die Diktatur der Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats. Wer das beim Lesen von Marx, beim Lesen der Werke aller großen Sozialisten nicht begriffen hat, der ist nie Sozialist gewesen, hat nichts vom Sozialismus begriffen, hat sich nur Sozialist genannt. Diesen Leuten geben wir eine kurze Bedenkzeit und verlangen von ihnen, sie sollen sich in dieser Frage entscheiden. Ich habe sie hier deshalb erwähnt, weil sie jetzt sagen oder sagen werden: „Die Bolschewiki haben die Frage der Mittelbauernschaft aufgeworfen, sie wollen mit ihr liebäugeln." Ich weiß sehr wohl, daß sich eine Argumentation dieser und noch viel schlimmerer Art in der menschewistischen Presse breitmacht. Wir beachten sie nicht, wir messen dem Geschwätz unserer Gegner nie Bedeutung bei. Leute, die fähig sind, bis heute zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin und her zu laufen, mögen reden, was sie wollen. Wir gehen unseren eigenen Weg.

Unser Weg wird vor allem durch die Einschätzung der Kräfte vom Klassenstandpunkt bestimmt. In der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt sich der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Solange dieser Kampf noch nicht beendet ist, wird unsere verstärkte Aufmerksamkeit darauf konzentriert sein, ihn zu Ende zu führen. Er ist noch nicht zu Ende geführt. In diesem Kampf ist es gelungen, schon vieles zu leisten. Jetzt hat die internationale Bourgeoisie schon nicht mehr freie Hand in ihrem Handeln. Der beste Beweis dafür ist die ungarische proletarische Revolution. Darum ist es klar, daß unser Aufbau im Dorf schon den Rahmen überschritten hat, wo alles dem Haupterfordernis, dem Kampf um die Macht, untergeordnet war.

Dieser Aufbau hat zwei Hauptphasen durchlaufen. Im Oktober 1917 ergriffen wir die Macht *zusammen mit der Bauernschaft als Ganzes*. Das war eine bürgerliche Revolution, insofern sich der Klassenkampf im Dorf noch nicht entfaltet hatte. Wie ich schon sagte, begann erst im Sommer 1918 die wirkliche proletarische

Revolution im Dorf. Wenn wir nicht verstanden hätten, diese Revolution auszulösen, dann wäre unsere Arbeit nicht vollständig gewesen. Die erste Etappe war die Eroberung der Macht in den Städten, die Errichtung des Sowjetsystems als Regierungsform. Die zweite Etappe war das, was für alle Sozialisten das Grundlegende ist, ohne das die Sozialisten keine Sozialisten sind: das Aussondern der proletarischen und halbproletarischen Elemente im Dorf, ihr Zusammenschluß mit dem städtischen Proletariat zum Kampf gegen die Bourgeoisie im Dorf. Diese Etappe ist im wesentlichen ebenfalls abgeschlossen. Die Organisationen, die wir ursprünglich dafür geschaffen hatten, die Komitees der Dorfarmut, haben sich so weit gefestigt, daß wir es für möglich gehalten haben, sie durch ordnungsgemäß gewählte Sowjets zu ersetzen, d. h. eine solche Reorganisierung der Dorfsowjets vorzunehmen, daß sie zu Organen der Klassenherrschaft, zu Organen der proletarischen Macht auf dem Lande werden. Maßnahmen wie das Gesetz über die sozialistische Flurbereinigung und über die Übergangsmaßnahmen zur sozialistischen Landwirtschaft, das vor kurzem durch das Zentralexekutivkomitee beschlossen wurde und natürlich jedermann bekannt ist, fassen das Durchlebte vom Standpunkt unserer proletarischen Revolution zusammen.

Die Hauptsache, die erste und wichtigste Aufgabe der proletarischen Revolution, haben wir vollbracht. Und gerade weil wir das vollbracht haben, steht jetzt eine kompliziertere Frage auf der Tagesordnung: *das Verhältnis zur Mittelbauernschaft.* Wer da glaubt, daß die Hervorkehrung dieser Aufgabe irgendwie die Abschwächung des Charakters unserer Staatsmacht, die Abschwächung der Diktatur des Proletariats, eine wenn auch teilweise, wenn auch ganz schwache Änderung unserer grundlegenden Politik bedeutet, der verkennt völlig die Aufgaben des Proletariats, die Aufgaben der kommunistischen Umwälzung. Ich bin überzeugt, daß sich solche Leute in unserer Partei nicht finden werden. Ich wollte die Genossen nur vor jenen Leuten warnen, die sich außerhalb der Arbeiterpartei finden und die das behaupten werden, nicht weil es irgendeiner Weltanschauung entspringt, sondern einfach, um uns

die Sache zu verderben und den Weißgardisten zu helfen, einfacher gesagt, um den Mittelbauern gegen uns aufzuhetzen, der stets schwankte, schwanken muß und noch ziemlich lange schwanken wird. Um ihn gegen uns aufzuhetzen, werden sie sagen: „Seht, sie liebäugeln mit euch! Also, sie haben eure Aufstände in Betracht gezogen, also, sie sind schwankend geworden“ usw. usf. Gegen eine derartige Agitation müssen alle unsere Genossen gerüstet sein. Und ich bin überzeugt, daß sie gerüstet sein werden, wenn wir jetzt durchsetzen, daß diese Frage vom Standpunkt des Klassenkampfes gestellt wird.

Es ist völlig klar, daß diese Hauptfrage das schwierigere, aber nicht weniger dringliche Problem ist: *Wie ist das Verhältnis des Proletariats zur Mittelbauernschaft genau zu bestimmen?* Genossen, diese Frage bietet für Marxisten vom theoretischen Standpunkt aus, den sich die gewaltige Mehrheit der Arbeiter angeeignet hat, keine Schwierigkeiten. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß Kautsky in seinem Buch über die Agrarfrage – das zu einer Zeit geschrieben wurde, als Kautsky die Lehre von Marx noch richtig darlegte und als unumstrittene Autorität auf diesem Gebiet galt – über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sagt: Die Aufgabe der sozialistischen Partei ist, *die Bauernschaft zu neutralisieren,* d. h. zu erreichen, daß der Bauer im Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie neutral bleibt, daß der Bauer der Bourgeoisie keine aktive Hilfe gegen uns leisten kann.

Während der sehr langen Periode der Herrschaft der Bourgeoisie unterstützte die Bauernschaft deren Macht, stand sie auf der Seite der Bourgeoisie. Das ist begreiflich, wenn man die ökonomische Stärke der Bourgeoisie und die politischen Mittel ihrer Herrschaft in Betracht zieht. Wir können nicht darauf rechnen, daß sich der Mittelbauer sofort auf unsere Seite stellt. Aber wenn wir eine richtige Politik betreiben, werden nach einer gewissen Zeit diese Schwankungen aufhören, und der Bauer wird sich auf unsere Seite stellen können.

Schon Engels, der zusammen mit Marx die Grundlagen schuf für den wissenschaftlichen Marxismus, d. h. für die Lehre, von der

sich unsere Partei ständig und insbesondere während der Revolution leiten läßt – schon Engels legte die Einteilung der Bauernschaft in Klein-, Mittel- und Großbauern fest, und diese Teilung entspricht auch heute in den weitaus meisten europäischen Ländern der Wirklichkeit. Engels sagte: „Vielleicht wird man nicht einmal die Großbauernschaft überall mit Gewalt unterdrücken müssen." Daß wir aber jemals Gewalt gegen die Mittelbauernschaft (der Kleinbauer ist unser Freund) anwenden könnten, daran hat kein einziger vernünftiger Sozialist je gedacht. So sprach Engels 1894, ein Jahr vor seinem Tode, als die Agrarfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden war.[19] Dieser Standpunkt zeigt uns jene Wahrheit, die man manchmal vergißt, über die wir aber alle theoretisch einer Meinung sind. In bezug auf die Gutsbesitzer und Kapitalisten besteht unsere Aufgabe in der restlosen Expropriation. *Gegenüber der Mittelbauernschaft lassen wir aber keinerlei Gewaltanwendung zu.* Selbst in bezug auf die reiche Bauernschaft sagen wir nicht mit solcher Entschiedenheit wie in bezug auf die Bourgeoisie: Absolute Expropriation der reichen Bauernschaft und der Kulaken. In unserem Programm wird dieser Unterschied gemacht. Wir sagen: Unterdrückung des Widerstandes der reichen Bauernschaft, Unterdrückung ihrer konterrevolutionären Gelüste. Das ist nicht restlose Expropriation.

Der grundlegende Unterschied, der unser Verhältnis zur Bourgeoisie und zur Mittelbauernschaft bestimmt – restlose Expropriation der Bourgeoisie, Bündnis mit der Mittelbauernschaft, die andere nicht ausbeutet –, diese Grundlinie wird in der Theorie von allen anerkannt. Aber in der Praxis wird diese Linie nicht konsequent befolgt, draußen im Lande hat man noch nicht gelernt, sie zu befolgen. Als das Proletariat, nachdem es die Bourgeoisie gestürzt und seine Macht gefestigt hatte, von verschiedenen Seiten her das Werk der Errichtung einer neuen Gesellschaft in Angriff nahm, rückte die Frage der Mittelbauernschaft in den Vordergrund. Kein einziger Sozialist auf der ganzen Welt hat je geleugnet, daß die Errichtung des Kommunismus in den Ländern mit landwirtschaftlichem Großbetrieb und in denen mit landwirtschaft-

lichem Kleinbetrieb unterschiedlich vor sich gehen wird. Das ist die elementarste Abc-Wahrheit. Aus ihr folgt, daß in dem Maße, wie wir uns den Aufgaben des kommunistischen Aufbaus nähern, unsere Hauptaufmerksamkeit sich in gewissem Maße gerade auf die Mittelbauernschaft konzentrieren muß.

Vieles hängt davon ab, wie wir unser Verhältnis zur Mittelbauernschaft festlegen werden. Theoretisch ist diese Frage entschieden, aber wir haben sehr eindringlich erfahren und wissen aus unserem eigenen Erleben, wie groß der Unterschied zwischen der theoretischen Lösung einer Frage und der praktischen Durchführung dieser Lösung ist. Wir haben jetzt mit diesem Unterschied unmittelbar zu tun, der für die große französische Revolution so charakteristisch ist, als der französische Konvent großzügige Maßnahmen dekretierte, für deren Durchführung er nicht die nötige Stütze hatte, ja nicht einmal wußte, auf welche Klasse er sich bei der Durchführung dieser oder jener Maßnahme stützen sollte.

Wir befinden uns in unvergleichlich glücklicheren Verhältnissen. Dank einem ganzen Jahrhundert der Entwicklung wissen wir, auf welche Klasse wir uns stützen. Aber wir wissen auch, daß die praktische Erfahrung dieser Klasse noch sehr, sehr unzureichend ist. Das Grundlegende stand für die Arbeiterklasse, für die Arbeiterpartei fest: die Macht der Bourgeoisie stürzen und die Macht den Arbeitern geben. Aber *wie* sollte man das machen? Jedermann erinnert sich, mit welchen Schwierigkeiten wir von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterverwaltung in der Industrie übergingen und wieviel Fehler dabei gemacht wurden. Und das war doch eine Arbeit innerhalb unserer Klasse, innerhalb des Proletariats, mit dem wir stets zu tun hatten. Nunmehr aber müssen wir unser Verhältnis zu einer neuen Klasse festlegen, zu einer Klasse, die der städtische Arbeiter nicht kennt. Es gilt, das Verhältnis zu der Klasse festzulegen, die keine bestimmte, beständige Stellung einnimmt. Das Proletariat ist in seiner Masse für den Sozialismus, die Bourgeoisie in ihrer Masse gegen den Sozialismus – das Verhältnis dieser beiden Klassen zueinander ist leicht zu bestimmen. Wenn wir aber zu einer solchen Schicht wie der Mittelbauernschaft übergehen, da

zeigt es sich, daß *sie eine Klasse ist, die schwankt*. Der Mittelbauer ist zum Teil Eigentümer, zum Teil Werktätiger. Er beutet nicht andere Vertreter der Werktätigen aus. Er mußte Jahrzehnte hindurch seine Stellung mit größter Mühe behaupten, er hat am eigenen Leibe die Ausbeutung durch Gutsbesitzer und Kapitalisten erfahren, er hat alles durchgemacht und ist zugleich Eigentümer. Deshalb bietet unser Verhältnis zu dieser schwankenden Klasse gewaltige Schwierigkeiten. Gestützt auf unsere mehr als einjährige Erfahrung, auf unsere mehr als halbjährige proletarische Arbeit im Dorf, auf Grund des Umstandes, daß sich die Klassendifferenzierung im Dorf schon vollzogen hat, müssen wir uns hier vor allem vor Übereilung, vor ungeschicktem Theoretisieren und vor der Anmaßung hüten, das als fertig zu betrachten, woran wir arbeiten und was wir noch nicht erarbeitet haben. In der Resolution, die Ihnen die von der Sektion gewählte Kommission vorlegt und die einer der folgenden Redner verlesen wird, werden Sie eine genügende Warnung in dieser Hinsicht finden.

Vom ökonomischen Standpunkt ist es klar, daß wir der Mittelbauernschaft zu Hilfe kommen müssen. Darüber gibt es theoretisch keinen Zweifel. Aber bei unseren Sitten, bei unserem Kulturniveau, bei unserem Mangel an kulturellen und technischen Kräften, die wir dem Dorf zur Verfügung stellen könnten, und bei der Hilflosigkeit, die wir des öfteren den Verhältnissen auf dem Lande gegenüber an den Tag legen, wenden Genossen oft Zwang an, wodurch sie die ganze Sache verderben. Erst gestern übergab mir ein Genosse eine Broschüre, betitelt „Anweisungen und Leitsätze für die Parteiarbeit im Gouvernement Nishni-Nowgorod“, herausgegeben vom Nishni-Nowgoroder Komitee der KPR (Bolschewiki). In dieser Broschüre lese ich zum Beispiel auf Seite 41: „Das Dekret über die außerordentliche Steuer muß mit seiner ganzen Last die Kulaken, die Spekulanten und *überhaupt die mittleren Elemente der Bauernschaft treffen*.“[20] Da kann man wirklich sagen: Die haben es „verstanden“! Entweder ist das ein Druckfehler, aber es ist völlig unzulässig, solche Druckfehler durchzulassen! Oder es ist eine voreilige, überstürzte Arbeit, die da zeigt, wie gefährlich

jede Überstürzung in dieser Sache ist. Oder aber es ist – und das ist die schlimmste Annahme, die ich den Nishni-Nowgoroder Genossen gegenüber nicht machen möchte – einfach Unverständnis. Es kann auch leicht möglich sein, daß das einfach ein Versehen ist.

In der Praxis kommen solche Fälle vor, wie sie ein Genosse in der Kommission erzählte. Es umringten ihn Bauern, und jeder fragte: „Stelle fest, ob ich ein Mittelbauer bin oder nicht. Ich habe zwei Pferde und eine Kuh. Ich habe zwei Kühe und ein Pferd“ usw. Ein solcher Agitator, der das flache Land bereist, müßte nun ein unfehlbares Thermometer zur Verfügung haben, um es dem Bauern unter die Achsel zu stecken und ihm sagen zu können, ob er ein Mittelbauer ist oder nicht. Dazu muß man die ganze Geschichte der Wirtschaft dieses Bauern kennen, sein Verhältnis zu den unteren und oberen Gruppen – und das können wir mit Genauigkeit nicht wissen.

Dazu braucht man viel praktisches Geschick, Kenntnis der örtlichen Verhältnisse. Das haben wir noch nicht. Das einzugestehen ist durchaus keine Schande; wir müssen es offen zugeben. Wir sind nie Utopisten gewesen und haben uns nie eingebildet, daß wir die kommunistische Gesellschaft mit den fein säuberlichen Händen fein säuberlicher Kommunisten aufbauen werden, die in einer rein kommunistischen Gesellschaft geboren und erzogen werden müssen. Das sind Ammenmärchen. Den Kommunismus müssen wir aus den Trümmern des Kapitalismus aufbauen, und nur die Klasse, die im Kampf gegen den Kapitalismus gestählt ist, kann das vollbringen. Das Proletariat – Sie wissen das sehr gut – ist nicht frei von den Mängeln und Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft. Es kämpft für den Sozialismus und damit zugleich gegen seine eigenen Mängel. Der beste, fortgeschrittene Teil des Proletariats, der in den Städten jahrzehntelang einen erbitterten Kampf geführt hat, konnte in diesem Kampf die ganze Kultur des städtischen und hauptstädtischen Lebens in sich aufnehmen und tat dies auch in einem bestimmten Maße. Sie wissen, daß das Dorf selbst in den fortgeschrittenen Ländern zur Unwissenheit verurteilt war. Wir werden natürlich das Kulturniveau des Dorfes heben, aber das ist

eine Arbeit vieler Jahre. Das ist es, was bei uns die Genossen überall vergessen und was uns besonders anschaulich vor Augen geführt wird durch jedes Wort der Leute von den Ortsorganisationen, nicht der hiesigen Intellektuellen, nicht der Ressortmenschen – wir haben ihrer viele gehört –, sondern der Leute, die die Arbeit im Dorf praktisch beobachtet haben. Eben diese Stimmen waren uns in der Agrarsektion besonders wertvoll. Diese Stimmen werden jetzt für den ganzen Parteitag – davon bin ich überzeugt – besonders wertvoll sein, da sie nicht Büchern, nicht Dekreten, sondern dem Leben selbst entnommen sind.

Das alles veranlaßt uns, darauf hinzuarbeiten, in unser Verhältnis zum Mittelbauern mehr Klarheit zu bringen. Das ist sehr schwierig, denn *diese Klarheit ist im Leben nicht vorhanden.* Diese Frage ist nicht nur nicht gelöst, sondern auch *nicht lösbar*, wenn man sie *sofort und auf einen Schlag* lösen will. Es gibt Leute, die sagen: „Man hätte nicht eine solche Menge von Dekreten schreiben sollen" – und der Sowjetregierung den Vorwurf machen, sie habe sich an die Abfassung von Dekreten gemacht, ohne zu wissen, wie sie durchzuführen wären. Diese Leute bemerken eigentlich nicht, wie sie zu den Weißgardisten hinabgleiten. Hätten wir erwartet, daß sich durch diese Abfassung von Hunderten von Dekreten das ganze Leben im Dorf ändern würde, dann wären wir ausgesprochene Idioten. Hätten wir aber darauf verzichtet, in Dekreten den Weg vorzuzeichnen, dann wären wir Verräter am Sozialismus. Diese Dekrete, die praktisch nicht auf einmal und nicht vollständig durchgeführt werden konnten, spielten für die Propaganda eine große Rolle. Wenn wir früher mit allgemeinen Wahrheiten Propaganda trieben, *so machen wir* jetzt *Propaganda durch die Arbeit.* Das ist auch Propaganda, aber Propaganda durch die Tat – nur nicht im Sinne isolierter Aktionen irgendwelcher Hitzköpfe, über die wir in der Zeit der Anarchisten und des alten Sozialismus viel gelacht haben. Unser Dekret ist ein Aufruf, aber nicht ein Aufruf im früheren Geiste: „Arbeiter, erhebt euch, stürzt die Bourgeoisie!" Nein, es ist ein Aufruf an die Massen, ein Aufruf zum praktischen Handeln. *Dekrete sind Instruktionen, die die Massen zum praktischen*

Handeln aufrufen. Darauf kommt es an. Mag auch in diesen Dekreten vieles unbrauchbar sein, mag in ihnen vieles enthalten sein, was sich im Leben nicht durchsetzen wird. Aber sie enthalten Material für praktisches Handeln, und die Aufgabe des Dekrets besteht darin, die Hunderte, Tausende und Millionen von Menschen, die auf die Stimme der Sowjetmacht hören, praktisches Handeln zu lehren. Es ist das eine Probe praktischen Handelns auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus im Dorf. Wenn wir das so betrachten, dann werden wir aus der Menge unserer Gesetze, Dekrete und Verordnungen außerordentlich viel herausholen. Wir werden sie nicht als absolute Verfügungen betrachten, die man um jeden Preis, sofort, auf einen Schlag durchführen muß.

Man muß alles vermeiden, was in der Praxis zu einzelnen Mißbräuchen aufmuntern könnte. Uns haben sich hier und dort Streber, Abenteurer an die Rockschöße gehängt, die sich Kommunisten nennen und die uns betrügen, die sich an uns herangemacht haben, weil die Kommunisten jetzt an der Macht sind, weil die ehrlicheren „beamteten" Elemente wegen ihrer rückständigen Ideen nicht zu uns gekommen sind, um mit uns zu arbeiten, während diese Streber weder Ideen noch Ehrgefühl haben. Diese Leute, die nur durch Kriecherei vorwärtskommen wollen, wenden auf dem Lande Zwang an und glauben, daß das gut wäre. In Wirklichkeit aber führt das manchmal dazu, daß die Bauern sagen: „Hoch die Sowjetmacht, aber *nieder mit der Kommune!*" (d. h. mit dem Kommunismus). Solche Fälle sind nicht erdacht, sondern aus dem lebendigen Leben gegriffen, aus Mitteilungen von Genossen aus Ortsorganisationen. Wir dürfen nicht vergessen, welch gewaltigen Schaden jede Maßlosigkeit, jede Übereiltheit und jede Überstürzung verursachen.

Wir mußten uns beeilen, um jeden Preis, durch einen wagemutigen Sprung aus dem imperialistischen Krieg herauszukommen, der uns bis zum Zusammenbruch gebracht hatte, wir mußten die verzweifeltsten Anstrengungen machen, um die Bourgeoisie und jene Kräfte niederzuschlagen, die uns niederzuschlagen drohten. Das alles war notwendig, sonst hätten wir nicht siegen kön-

nen. Wollten wir aber auf ähnliche Weise mit den Mittelbauern verfahren, dann wäre das eine solche Idiotie, ein solcher Stumpfsinn, ein solches Verhängnis für die Sache, daß nur Provokateure bewußt in diesem Sinne arbeiten können. Die Aufgabe muß hier ganz anders gestellt werden. Hier handelt es sich nicht darum, den Widerstand offenkundiger Ausbeuter zu brechen, sie zu besiegen und zu stürzen – eine Aufgabe, die wir uns früher gestellt haben. Nein, in dem Maße, wie wir diese Hauptaufgabe gelöst haben, treten kompliziertere Aufgaben auf die Tagesordnung. Hier ist mit Gewalt nichts auszurichten. *Gewaltanwendung gegen die Mittelbauernschaft ist in höchstem Grade schädlich.* Es ist dies eine zahlreiche, viele Millionen zählende Schicht. Selbst in Europa, wo sie nirgends eine solche Stärke erreicht, wo Technik und Kultur, Stadtleben und Eisenbahnen gigantisch entwickelt sind, wo es am leichtesten wäre, daran zu denken, hat niemand, hat kein einziger revolutionärer Sozialist Gewaltmaßnahmen gegen die Mittelbauernschaft vorgeschlagen.

Als wir die Macht ergriffen, stützten wir uns auf die gesamte Bauernschaft als Ganzes. Damals hatten alle Bauern *eine* Aufgabe: den Kampf gegen die Gutsbesitzer. Aber bis heute halten sie an dem Vorurteil gegen den landwirtschaftlichen Großbetrieb fest. Der Bauer überlegt sich: „Gibt es Großbetriebe, bin ich wieder Knecht." Das ist natürlich falsch. Aber bei dem Bauern ist mit der Vorstellung vom Großbetrieb der Haß verbunden, die Erinnerung, wie die Gutsbesitzer das Volk unterdrückt haben. Dieses Gefühl bleibt, es ist noch nicht abgestorben.

Vor allem müssen wir von der Wahrheit ausgehen, daß man hier der Natur der Sache nach mit Gewaltmethoden nichts erreichen kann. Hier ist die ökonomische Aufgabe ganz anders gestellt. Hier gibt es keine Spitze, die man abtragen kann, ohne das ganze Fundament, das ganze Gebäude in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Spitze, die in der Stadt die Kapitalisten bildeten, gibt es hier nicht. *Hier mit Gewalt vorgehen hieße die ganze Sache zugrunde richten.* Hier bedarf es einer lang dauernden Erziehungsarbeit. Wir müssen dem Bauern, der nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt Praktiker und Realist ist, konkrete Beispiele als Beweis dafür liefern, daß die „Kommune" das beste ist. Natürlich wird nichts Vernünftiges dabei herauskommen, wenn im Dorf übereilige Leute erscheinen werden, die aus der Stadt aufs Land gespritzt kommen, den Leuten etwas vorschwatzen, einige gelehrte, mitunter auch nicht gelehrte Zänkereien anzetteln und schimpfend wieder davonfahren. Das kommt vor. Anstatt Achtung rufen sie Spott hervor, und das mit vollem Recht.

Zu dieser Frage müssen wir sagen, daß wir die Kommunen fördern, aber sie müssen so eingerichtet sein, *daß sie das Vertrauen der Bauern gewinnen.* Bis dahin aber sind wir Schüler der Bauern und nicht ihre Lehrer. Nichts ist dümmer, als wenn Leute, die die Landwirtschaft und ihre Besonderheiten nicht kennen, Leute, die nur deshalb ins Dorf stürzten, weil sie etwas vom Nutzen der Gemeinwirtschaft gehört haben, des Stadtlebens müde sind und auf dem Lande arbeiten wollen – wenn solche Leute sich in allen Dingen als Lehrer der Bauern betrachten. *Es gibt nichts Dümmeres, als an Gewalt auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern auch nur zu denken.*

Die Aufgabe läuft hier nicht darauf hinaus, den Mittelbauern zu expropriieren, sondern darauf, den besonderen Lebensbedingungen des Bauern Rechnung zu tragen, von den Bauern zu lernen, wie man zu einer besseren Ordnung übergeht, und *nicht zu wagen zu kommandieren!* Das ist die Richtschnur, die wir uns gegeben haben. (B e i f a l l d e s g a n z e n P a r t e i t a g s.) Das ist die Richtschnur, die wir in unserem Resolutionsentwurf darzulegen versucht haben, denn in dieser Hinsicht, Genossen, haben wir wirklich nicht wenig gesündigt. Das einzugestehen ist keineswegs beschämend. Wir hatten keine Erfahrung. Den Kampf gegen die Ausbeuter selbst haben wir auf Grund unserer Erfahrung geführt. Wenn man uns seinetwegen manchmal verdammt hat, so können wir sagen: „Ihr seid daran schuld, ihr Herren Kapitalisten. Hättet ihr nicht einen so wütenden, sinnlosen, frechen, erbitterten Widerstand geleistet, hättet ihr nicht ein Bündnis mit der Bourgeoisie der ganzen Welt geschlossen, dann hätte der Umsturz friedlichere Formen an-

genommen." Jetzt, nachdem wir diesen wütenden Ansturm von allen Seiten zurückgeschlagen haben, können wir zu anderen Methoden übergehen, denn wir handeln nicht als ein kleiner Zirkel, sondern als eine Partei, die Millionen führt. Millionen können nicht mit einem Schlag eine Änderung des Kurses verstehen, und deshalb treffen die Schläge, die den Kulaken zugedacht sind, auf Schritt und Tritt den Mittelbauern. Das ist nicht erstaunlich. Man muß nur begreifen, daß das durch historische Umstände bedingt ist, die überlebt sind, und daß die neuen Bedingungen und neuen Aufgaben in bezug auf diese Klasse eine neue Mentalität erfordern.

Unsere Dekrete über die Bauernwirtschaft sind in den Grundzügen richtig. Wir haben keinerlei Ursache, uns auch nur von einem dieser Dekrete loszusagen, auch nur eines von ihnen zu bedauern. Aber wenn auch die Dekrete richtig sind, so *ist es nicht richtig, sie den Bauern mit Gewalt aufzuzwingen.* In keinem Dekret ist davon die Rede. Sie sind richtig, als vorgezeichnete Wege, als ein Aufruf zu praktischen Maßnahmen. Wenn wir sagen: „Fördert die Vereinigung", so erteilen wir Direktiven, die vielmals erprobt werden müssen, um die endgültige *Form* ihrer Durchführung zu finden. Wenn es heißt, die freiwillige Zustimmung müsse erreicht werden, so bedeutet das, daß man den Bauern überzeugen, und zwar praktisch überzeugen muß. Durch Worte werden sie sich nicht überzeugen lassen, und sie werden sehr gut daran tun. Es wäre schlimm, wenn sie sich durch das bloße Vorlesen von Dekreten und durch bloße Agitationsflugschriften überzeugen ließen. Könnte man so das ökonomische Leben umgestalten, dann wäre diese ganze Umgestaltung keinen roten Heller wert. Man muß zunächst beweisen, daß eine solche Vereinigung besser ist, muß die Leute so vereinigen, daß sie sich wirklich zusammenschließen und nicht etwa wieder schimpfend auseinandergehen, muß beweisen, daß das vorteilhaft ist. So stellt der Bauer die Frage, und so stellen sie unsere Dekrete. Wenn wir das bisher nicht durchzusetzen verstanden, so liegt darin nichts Beschämendes, wir müssen das offen zugeben.

Wir haben vorläufig nur die grundlegende Aufgabe jedes sozialistischen Umsturzes gelöst, die Aufgabe des Sieges über die Bourgeoisie. Diese Aufgabe haben wir in der Hauptsache gelöst, obwohl jetzt ein furchtbar schweres Halbjahr beginnt, wo die Imperialisten der ganzen Welt die letzten Anstrengungen machen, uns zu erdrosseln. Wir können jetzt, ohne im geringsten zu übertreiben, sagen, daß *sie selbst begriffen haben, daß nach diesem Halbjahr ihre Sache absolut hoffnungslos sein wird.* Entweder machen sie sich jetzt unsere Erschöpfung zunutze und besiegen das eine Land, oder wir werden nicht nur hinsichtlich unseres Landes als Sieger hervorgehen. In diesem Halbjahr, wo die Ernährungs- und die Verkehrskrise zusammengetroffen sind und die imperialistischen Mächte eine Offensive an mehreren Fronten versuchen, ist unsere Lage außerordentlich schwierig. Aber *das ist das letzte schwere Halbjahr.* Es ist notwendig, nach wie vor alle Kräfte im Kampf gegen den äußeren Feind, der uns überfällt, anzuspannen.

Aber wenn wir über die Aufgaben der Arbeit im Dorf sprechen, dann müssen wir trotz aller Schwierigkeiten, obwohl alle unsere Erfahrungen auf die unmittelbare Niederwerfung der Ausbeuter gerichtet sind, dessen eingedenk sein und dürfen nicht vergessen, daß im Dorf in bezug auf die Mittelbauernschaft die Aufgaben andere sind.

Alle klassenbewußten Arbeiter: die Petrograder, Iwanowo-Wosnessensker, Moskauer, die auf dem Lande waren, alle erzählten uns Beispiele dafür, daß eine ganze Reihe von Mißverständnissen, selbst solche, die – wie es schien – gar nicht zu beseitigen waren, eine ganze Reihe scheinbar schwerster Konflikte, dadurch beseitigt bzw. abgeschwächt wurden, daß verständige Arbeiter auftraten, die nicht nach Büchern redeten, sondern eine dem Bauern verständliche Sprache sprachen, die nicht wie Kommandeure sprachen, die sich herausnehmen zu kommandieren, obwohl sie das Landleben nicht kennen, sondern wie Genossen, die die Lage klarmachen, die an ihre Gefühle als Werktätige gegen die Ausbeuter appellieren. Und auf diesem Boden der kameradschaftlichen Auf-

klärung erreichten sie das, was Hunderte anderer nicht erreichen konnten, die als Kommandeure und Vorgesetzte auftraten.

Von diesem Geiste ist die ganze Resolution durchdrungen, die wir jetzt Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen.

Ich habe in meinem kurzen Bericht versucht, auf die prinzipielle Seite, auf die allgemeine politische Bedeutung dieser Resolution einzugehen. Ich habe versucht zu beweisen – und ich hoffe, es ist mir gelungen zu beweisen –, daß wir es vom Standpunkt der Interessen der Revolution als Ganzes mit keiner Wendung, keiner Änderung unserer Linie zu tun haben. Die Weißgardisten und ihre Helfershelfer schreien darüber oder werden darüber schreien. Sollen sie schreien. Uns kümmert das nicht. Wir arbeiten mit der größten Konsequenz an unseren Aufgaben weiter. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit von der Aufgabe der Unterdrückung der Bourgeoisie auf die der Regelung des Lebens der Mittelbauernschaft lenken. Wir müssen mit ihr in Frieden leben. Die Mittelbauernschaft wird in der kommunistischen Gesellschaft nur dann auf unserer Seite sein, wenn wir ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen erleichtern und verbessern. Wenn wir morgen 100 000 erstklassige Traktoren liefern, sie mit Benzin versorgen, sie mit Maschinisten versorgen könnten (Sie wissen sehr wohl, daß das vorläufig eine Phantasie ist), dann würde der Mittelbauer sagen: „Ich bin für die Kommune" (d. h. für den Kommunismus). Um das aber leisten zu können, müssen wir erst die internationale Bourgeoisie besiegen, müssen wir sie zwingen, uns diese Traktoren zu geben, oder aber unsere Produktivität muß in einem Maße gesteigert werden, daß wir sie selber liefern können. Nur so wird diese Frage richtig gestellt sein.

Der Bauer braucht die städtische Industrie, ohne sie kann er nicht leben, und sie ist in unserer Hand. Wenn wir die Sache richtig anpacken, dann wird der Bauer uns dafür dankbar sein, daß wir ihm aus der Stadt diese Erzeugnisse, diese Geräte, diese Kultur bringen. Nicht die Ausbeuter, nicht die Gutsbesitzer werden sie ihm bringen, sondern Genossen, die ebenso arbeiten wie er, die er außerordentlich hochschätzt, aber er schätzt sie vom praktischen

Standpunkt, schätzt sie nur nach der tatsächlichen Hilfe, die sie ihm bringen, wobei er das Kommandieren, das „Vorschreiben" von oben ablehnt – mit vollem Recht ablehnt.

Zunächst helft, dann sucht Vertrauen zu erwerben. Wenn diese Sache richtig gemacht wird, wenn jeder Schritt jeder unserer Gruppen im Kreis, im Landbezirk, in der Lebensmittelbeschaffungsabteilung, in jeder beliebigen Organisation richtig erwogen, wenn jeder unserer Schritte von diesem Standpunkt aus sorgfältig überprüft sein wird, dann werden wir das Vertrauen des Bauern gewinnen, und nur dann werden wir weitergehen können. Heute müssen wir ihm mit Rat und Tat beistehen. Das wird nicht der Befehl eines Kommandeurs, sondern der Rat eines Genossen sein. Der Bauer wird dann völlig für uns sein.

Das ist, Genossen, der Inhalt unserer Resolution, das ist es, was nach meiner Meinung zum Beschluß des Parteitags erhoben werden soll. Wenn wir das annehmen, wenn das die ganze Arbeit unserer Parteiorganisationen bestimmen wird, dann werden wir auch mit der zweiten großen Aufgabe fertig werden, vor der wir jetzt stehen.

Wie die Bourgeoisie zu stürzen, wie sie niederzuhalten ist, das haben wir gelernt, und wir sind stolz darauf. Wie die Beziehungen zu den Millionen Mittelbauern zu regeln sind, auf welchem Wege ihr Vertrauen zu gewinnen ist, das haben wir noch nicht gelernt – das müssen wir offen erklären. Aber die Aufgabe haben wir begriffen, wir haben sie gestellt, und wir sagen uns voller Hoffnung, mit voller Einsicht und mit aller Entschiedenheit: Mit dieser Aufgabe werden wir fertig werden, und dann wird der Sozialismus absolut unbesiegbar sein. (Anhaltender Beifall.)

Veröffentlicht März–April 1919
in der „Prawda".
Werke, 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 175–191, russ.

RESOLUTION ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZUR MITTELBAUERNSCHAFT

Der VIII. Parteitag, der auf dem Boden des am 22. März 1919 beschlossenen Parteiprogramms steht und das von der Sowjetregierung bereits erlassene Gesetz über die sozialistische Flurbereinigung und über die Übergangsmaßnahmen zur sozialistischen Landwirtschaft voll unterstützt, stellt zur Frage der Arbeit auf dem Lande fest: Von besonders großer Bedeutung ist gegenwärtig eine richtigere Durchführung der Parteilinie gegenüber der Mittelbauernschaft in dem Sinne, daß ihren Bedürfnissen größere Aufmerksamkeit geschenkt, die Willkür der örtlichen Behörden beseitigt und eine Verständigung mit der Mittelbauernschaft angestrebt wird.

1. Die Mittelbauern mit dem Kulakentum verwechseln, die gegen das Kulakentum gerichteten Maßnahmen auf sie in diesem oder jenem Maße ausdehnen, heißt in gröbster Weise nicht nur gegen alle Dekrete der Sowjetmacht und ihre ganze Politik, sondern auch gegen alle Grundprinzipien des Kommunismus verstoßen, die besagen, daß in der Periode des entscheidenden Kampfes des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie die Verständigung des Proletariats mit der Mittelbauernschaft eine der Bedingungen des schmerzlosen Übergangs zur Beseitigung jeglicher Ausbeutung ist.

2. Die Mittelbauernschaft, die infolge der im Verhältnis zur Industrie rückständigen landwirtschaftlichen Technik selbst in den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern – von Rußland gar nicht zu reden – relativ starke ökonomische Wurzeln hat, wird sich noch ziemlich lange Zeit nach dem Beginn der proletarischen Revolution halten. Deshalb muß die Taktik der Sowjetfunktionäre auf dem Lande ebenso wie die der Parteifunktionäre auf eine lange

Periode der Zusammenarbeit mit der Mittelbauernschaft eingestellt sein.

3. Die Partei muß um jeden Preis erreichen, daß alle Sowjetfunktionäre auf dem Lande die vom wissenschaftlichen Sozialismus festgestellte unumstößliche Wahrheit klar erkennen und voll begreifen, daß die Mittelbauernschaft nicht zu den Ausbeutern gehört, da sie keinen Profit aus fremder Arbeit zieht. Eine solche Klasse von Kleinproduzenten kann durch den Sozialismus nichts verlieren, sondern sie gewinnt im Gegenteil sehr viel durch die Abschüttlung des Jochs des Kapitals, von dem sie in jeder, selbst der demokratischsten Republik auf tausenderlei Art ausgebeutet wird.

Die völlig richtige Politik der Sowjetmacht auf dem Lande sichert somit das Bündnis und die Verständigung des siegreichen Proletariats mit der Mittelbauernschaft.

4. In dem Bestreben, jede Art von Genossenschaften wie auch die landwirtschaftlichen Kommunen der Mittelbauern zu fördern, dürfen die Vertreter der Sowjetmacht nicht den geringsten Zwang ausüben, um solche Vereinigungen zu bilden. Nur diejenigen Vereinigungen sind von Wert, die von den Bauern selbst aus eigener freier Initiative gebildet und deren Vorteile von ihnen in der Praxis erprobt worden sind. Übereilung auf diesem Gebiet ist schädlich, denn sie kann nur die Vorurteile der Mittelbauernschaft gegen Neuerungen verstärken.

Vertreter der Sowjetmacht, die sich erlauben, indirekten oder gar direkten Zwang anzuwenden, um die Bauern zum Anschluß an Kommunen zu veranlassen, müssen aufs strengste zur Verantwortung gezogen und von der Arbeit auf dem Lande entfernt werden.

5. Alle willkürlichen Requisitionen, d. h. Requisitionen, die sich nicht auf genaue Bestimmungen von Gesetzen der Zentralgewalt stützen, müssen schonungslos geahndet werden. Der Parteitag besteht in dieser Hinsicht auf Verstärkung der Kontrolle durch das Volkskommissariat für Landwirtschaft, das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten wie auch durch das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee.

6. Die äußerste Zerrüttung, die durch den vierjährigen imperialistischen Krieg für die räuberischen Interessen der Kapitalisten in allen Ländern der Welt verursacht wurde und die in Rußland eine besondere Zuspitzung erfahren hat, versetzt gegenwärtig die Mittelbauern in eine schwere Lage.

In Anbetracht dessen legt das von der Sowjetmacht erlassene Gesetz über die außerordentliche Steuer zum Unterschied von sämtlichen Gesetzen aller bürgerlichen Regierungen der Welt fest, daß die Last der Steuer im vollen Umfang den Kulaken, der an Zahl geringen ausbeutenden Bauernschaft, aufgebürdet wird, die sich während des Krieges besonders bereichert hat. Die Mittelbauernschaft dagegen soll außerordentlich maßvoll, nur in einem für sie durchaus tragbaren und nicht drückenden Umfang besteuert werden.

Die Partei fordert, daß die Einziehung der außerordentlichen Steuer von der Mittelbauernschaft unter allen Umständen in gemilderter Form geschieht, selbst wenn das den Gesamtertrag der Steuer vermindern sollte.

7. Der sozialistische Staat muß der Bauernschaft die großzügigste Hilfe gewähren, die hauptsächlich in der Versorgung der Mittelbauern mit Erzeugnissen der städtischen Industrie und besonders mit verbesserten landwirtschaftlichen Geräten, mit Saatgut und jeglichem Material zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur und zur Sicherung der Arbeit und der Lebenshaltung der Bauern zu bestehen hat.

Wenn die gegenwärtige Zerrüttung es nicht gestattet, daß diese Maßnahmen sofort und in vollem Umfang durchgeführt werden, so ist es die Pflicht der örtlichen Sowjetbehörden, alle erdenklichen Wege ausfindig zu machen, um der armen und der mittleren Bauernschaft jegliche reale Hilfe zu erweisen, die geeignet ist, sie in der gegenwärtigen schweren Zeit zu unterstützen. Die Partei hält es für notwendig, einen großen staatlichen Fonds für diesen Zweck zu schaffen.

8. Insbesondere muß man bestrebt sein zu erreichen, daß das Gesetz der Sowjetregierung, das von den Sowjetwirtschaften, den

landwirtschaftlichen Kommunen und allen ähnlichen Vereinigungen eine unverzügliche und allseitige Unterstützung der benachbarten Mittelbauern fordert, wirklich und in vollem Umfang durchgeführt wird. Nur auf Grund einer solchen tatsächlichen Hilfe ist die Verständigung mit der Mittelbauernschaft möglich. Nur so kann und muß man ihr Vertrauen gewinnen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteifunktionäre auf die Notwendigkeit der sofortigen realen Verwirklichung aller Forderungen, die im Abschnitt des Parteiprogramms über die Agrarfrage enthalten sind, und zwar:

a) Regelung der bäuerlichen Bodennutzung (Abschaffung der Gemengelage, der langen schmalen Flurstreifen usw.), b) Versorgung der Bauern mit hochwertigem Saatgut und Kunstdünger, c) Veredelung des Viehbestands der Bauern, d) Verbreitung agronomischer Kenntnisse, e) agronomische Hilfe für die Bauern, f) Reparatur des landwirtschaftlichen Inventars der Bauern in staatlichen Reparaturwerkstätten, g) Errichtung von Ausleihstellen und Versuchsstationen, Anlegung von Musterfeldern usw., h) Melioration der bäuerlichen Ländereien.

9. Genossenschaftliche Vereinigungen der Bauern zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, zur Melioration der bäuerlichen Ländereien, zur Unterstützung der Heimindustrie usw. müssen sowohl finanziell als auch organisatorisch vom Staat großzügige Hilfe erhalten.

10. Der Parteitag erinnert daran, daß sowohl in den Beschlüssen der Partei als auch in den Dekreten der Sowjetmacht niemals von der Linie der Verständigung mit der Mittelbauernschaft abgewichen wurde. In der besonders wichtigen Frage des Aufbaus der Sowjetmacht auf dem Lande wurde zum Beispiel bei der Bildung der Komitees der Dorfarmut ein vom Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und vom Volkskommissar für Ernährungswesen unterzeichnetes Rundschreiben veröffentlicht, das auf die Notwendigkeit hinwies, auch Vertreter der Mittelbauernschaft in die Komitees der Dorfarmut aufzunehmen. Bei der Auflösung der Komi-

tees der Dorfarmut wies der Gesamtrussische Sowjetkongreß erneut auf die Notwendigkeit hin, Vertreter der Mittelbauernschaft in die Landbezirkssowjets aufzunehmen. Die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung und der Kommunistischen Partei muß auch weiterhin in diesem Geiste der Verständigung des Proletariats und der armen Bauernschaft mit der Mittelbauernschaft geführt werden.

Veröffentlicht März–April 1919
in der „Prawda".
Werke, Bd. 29, S. 193–196, russ.

Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats

Zum zweijährigen Jubiläum der Sowjetmacht hatte ich vor, eine kleine Broschüre über das in der Überschrift genannte Thema zu schreiben. Aber im Getriebe der täglichen Arbeit bin ich über die Vorbereitung einzelner Teile bisher nicht hinausgekommen. Darum habe ich mich entschlossen, es mit einer knappen, konzeptartigen Darlegung der meines Erachtens wesentlichsten Gedanken über diese Frage zu versuchen. Selbstverständlich bringt der konzeptartige Charakter der Darlegung viele Schwierigkeiten und Nachteile mit sich. Vielleicht läßt sich aber durch einen kurzen Zeitschriftenartikel dennoch ein bescheidenes Ziel erreichen: die Fragestellung und die Grundlage für die Erörterung dieser Frage durch die Kommunisten der verschiedenen Länder zu geben.

1

Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein.

Nicht nur dem Marxisten, sondern jedem gebildeten Menschen, der einigermaßen mit der Entwicklungstheorie bekannt ist, sollte die Notwendigkeit einer ganzen historischen Epoche, die diese Merkmale der Übergangsperiode aufweist, ohne weiteres klar sein. Und doch zeichnen sich alle Betrachtungen über den Übergang zum

Sozialismus, die wir von den gegenwärtigen Vertretern der kleinbürgerlichen Demokratie zu hören bekommen (und das sind trotz ihres angeblich sozialistischen Aushängeschilds alle Vertreter der II. Internationale, einschließlich solcher Leute wie MacDonald und Jean Longuet, Kautsky und Friedrich Adler), durch völliges Ignorieren dieser augenfälligen Wahrheit aus. Es gehört zu den Eigenschaften der kleinbürgerlichen Demokraten, daß sie den Klassenkampf verabscheuen, daß sie davon träumen, ohne ihn auszukommen, daß sie bestrebt sind, auszugleichen und zu versöhnen, die scharfen Kanten abzuschleifen. Darum wollen solche Demokraten entweder überhaupt nichts von der Anerkennung einer ganzen historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus wissen, oder sie halten es für ihre Aufgabe, Pläne zur Versöhnung der beiden kämpfenden Kräfte auszuhecken, anstatt den Kampf der einen dieser Kräfte zu leiten.

2

In Rußland muß sich die Diktatur des Proletariats infolge der sehr großen Rückständigkeit und des kleinbürgerlichen Charakters unseres Landes zwangsläufig durch gewisse Besonderheiten von den fortgeschrittenen Ländern unterscheiden. Aber die Hauptkräfte – und die Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft – sind in Rußland die gleichen wie in jedem beliebigen kapitalistischen Land, so daß diese Besonderheiten keinesfalls das Wesentliche betreffen können.

Diese Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft sind: der Kapitalismus, die kleine Warenproduktion, der Kommunismus. Die Hauptkräfte sind: die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum (besonders die Bauernschaft), das Proletariat.

Die Ökonomik Rußlands in der Epoche der Diktatur des Proletariats stellt sich dar als Kampf der im einheitlichen Maßstab eines Riesenstaates ihre ersten Schritte vollziehenden kommunistisch vereinten Arbeit gegen die kleine Warenproduktion und gegen den erhalten gebliebenen sowie den auf der Grundlage der kleinen Warenproduktion neu entstehenden Kapitalismus.

Die Arbeit ist in Rußland insofern kommunistisch vereint, als erstens das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist und zweitens die proletarische Staatsmacht in gesamtnationalem Maßstab die Großproduktion auf staatlichem Grund und Boden und in staatlichen Betrieben organisiert, die Arbeitskräfte auf die verschiedenen Wirtschaftszweige und Betriebe aufteilt und die dem Staat gehörenden Konsumtionsmittel im großen Rahmen unter die Werktätigen verteilt.

Wir sprechen von den „ersten Schritten" des Kommunismus in Rußland (wie es auch in unserem im März 1919 angenommenen Parteiprogramm heißt), denn alle diese Bedingungen sind bei uns nur zum Teil verwirklicht, oder mit anderen Worten: die Verwirklichung dieser Bedingungen befindet sich erst im Anfangsstadium. Auf einmal, mit *einem* revolutionären Schlag wurde getan, was überhaupt auf einmal getan werden konnte: zum Beispiel wurde gleich am ersten Tag der Diktatur des Proletariats, am 26. Oktober 1917 (8. November 1917), das Privateigentum an Grund und Boden ohne Entschädigung der großen Eigentümer abgeschafft, wurden die großen Grundeigentümer expropriiert. Im Laufe einiger Monate wurden, ebenfalls ohne Entschädigung, fast alle Großkapitalisten, Besitzer von Fabriken und Werken, Aktiengesellschaften, Banken, Eisenbahnen usw. expropriiert. Die staatliche Organisation der Großproduktion in der Industrie, der Übergang von der „Arbeiterkontrolle" zur „Arbeiterverwaltung" der Fabriken, Werke und Eisenbahnen – das ist in den Haupt- und Grundzügen bereits verwirklicht, aber in der Landwirtschaft ist es eben erst in Angriff genommen worden („Sowjetwirtschaften", vom Arbeiterstaat auf staatlichem Grund und Boden organisierte Großwirtschaften). Ebenso ist die Organisierung von verschiedenartigen Genossenschaften der kleinen Landwirte als Übergang vom warenproduzierenden Kleinbetrieb in der Landwirtschaft zur kommunistischen Landwirtschaft eben erst begonnen worden.[1] Dasselbe muß von der

[1] Die Zahl der „Sowjetwirtschaften" und der „landwirtschaftlichen Kommunen" in Sowjetrußland beträgt ungefähr 3536 bzw. 1961, die Zahl der landwirtschaftlichen Artels 3696. Unsere Statistische Zentralverwaltung

staatlichen Organisation der Verteilung der Erzeugnisse an Stelle des Privathandels gesagt werden, d. h. von der staatlichen Beschaffung und Lieferung des Getreides in die Städte, der Industrieerzeugnisse ins Dorf. Weiter unten werden die hierzu vorliegenden statistischen Angaben angeführt.

Die Bauernwirtschaft besteht nach wie vor als kleine Warenproduktion. Hier haben wir eine außerordentlich breite und sehr tief und fest wurzelnde Basis des Kapitalismus. Auf dieser Basis erhält sich der Kapitalismus und entsteht er aufs neue – in erbittertem Kampf gegen den Kommunismus. Die Formen dieses Kampfes: Schleichhandel und Spekulation gegen die staatliche Beschaffung des Getreides (wie auch anderer Produkte) und überhaupt gegen die staatliche Verteilung der Produkte.

3

Um diese abstrakten theoretischen Sätze zu illustrieren, wollen wir konkrete Daten anführen.

Die staatliche Getreidebeschaffung in Rußland erbrachte nach den Angaben des Volkskommissariats für Ernährungswesen vom 1. August 1917 bis zum 1. August 1918 etwa 30 Millionen Pud, im folgenden Jahr etwa 110 Millionen Pud. Die ersten drei Monate der nächsten Beschaffungskampagne (1919/1920) erbringen wahrscheinlich etwa 45 Millionen Pud, gegenüber 37 Millionen Pud in denselben Monaten (August–Oktober) des Jahres 1918.

Diese Zahlen reden deutlich von einer langsamen, aber ständigen Besserung der Lage im Sinne des Sieges des Kommunismus über den Kapitalismus. Diese Besserung wird erreicht trotz der beispiellosen Schwierigkeiten, die der Bürgerkrieg mit sich bringt, den die russischen und ausländischen Kapitalisten unter Anspannung aller Kräfte der mächtigsten Staaten der Welt organisieren.

Wie die Bourgeois aller Länder und ihre offenen und verkappten

nimmt gegenwärtig eine genaue Zählung aller Sowjetwirtschaften und Kommunen vor. Die ersten Ergebnisse werden im November 1919 vorliegen.

Helfershelfer (die „Sozialisten" der II. Internationale) daher auch lügen und uns verleumden mögen, eines steht außer Zweifel: Vom Standpunkt des ökonomischen Hauptproblems der Diktatur des Proletariats ist der Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus bei uns gesichert. Die Bourgeoisie der ganzen Welt tobt und wütet ja gerade darum gegen den Bolschewismus, organisiert militärische Invasionen, Verschwörungen und ähnliches gegen die Bolschewiki, weil sie ausgezeichnet versteht, daß unser Sieg bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft unvermeidlich ist, wenn man uns nicht durch militärische Gewalt erdrückt. Und uns auf diese Weise zu erdrücken, gelingt ihr nicht.

Inwieweit wir den Kapitalismus in der kurzen Frist, die uns zur Verfügung stand, und bei den beispiellosen Schwierigkeiten, unter denen wir arbeiten mußten, schon besiegt haben, ist aus den folgenden zusammenfassenden Zahlen ersichtlich. Die Statistische Zentralverwaltung hat soeben Angaben über die Getreideproduktion und -konsumtion zur Veröffentlichung vorbereitet, allerdings nicht für ganz Sowjetrußland, sondern für 26 Gouvernements.

Es ergaben sich folgende Zahlen:

26 Gouvernements Sowjetrußlands	Bevölkerung (in Millionen)	Produktion von Getreide (ohne Saatgut und Futtergetreide) (in Millionen Pud)	Getreide geliefert (in Millionen Pud): durch das Volkskommissariat für Ernährungswesen	Getreide geliefert (in Millionen Pud): durch Schieber	Gesamtmenge des Getreides, über das die Bevölkerung verfügte (in Millionen Pud)	Getreideverbrauch pro Kopf (in Pud)
Überschuß-	Städte 4,4	–	20,9	20,6	41,5	9,5
gouvernements	Dörfer 28,6	625,4	–	–	481,8	16,9
Zuschuß-	Städte 5,9	–	20,0	20,0	40,0	6,8
gouvernements	Dörfer 13,8	114,0	12,1	27,8	151,4	11,0
Insgesamt (26 Gouvernements)	52,7	739,4	53,0	68,4	714,7	13,6

Also erhalten die Städte ungefähr die Hälfte des Brotgetreides durch das Volkskommissariat für Ernährungswesen, die andere Hälfte durch Schieber. Eine genaue Untersuchung der Ernährung der Arbeiter in den Städten im Jahre 1918 ergab die gleiche Proportion. Dabei zahlt der Arbeiter für das vom Staat gelieferte Brot *ein Zehntel* des Preises, den er den Schiebern zahlt. Der Schwarzhandelspreis des Brotes ist *zehnmal* so hoch wie der staatliche Preis. Das geht aus der genauen Untersuchung der Arbeiterbudgets hervor.

4

Die angeführten Zahlen ergeben bei näherer Betrachtung ein präzises Material, das alle Hauptmerkmale der gegenwärtigen Ökonomik Rußlands widerspiegelt.

Die Werktätigen sind von den Gutsbesitzern und Kapitalisten, von denen sie jahrhundertelang unterdrückt und ausgebeutet wurden, befreit. Dieser Schritt vorwärts zur wahren Freiheit und zur wahren Gleichheit, ein Schritt, der seiner Großartigkeit, seinen Ausmaßen und seiner Schnelligkeit nach in der Welt ohnegleichen ist, wird von den Anhängern der Bourgeoisie (einschließlich der kleinbürgerlichen Demokraten) nicht in Betracht gezogen; sie reden von Freiheit und Gleichheit im Sinne der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie, wobei sie diese verlogenerweise als „Demokratie" überhaupt oder als „reine Demokratie" (Kautsky) hinstellen.

Den Werktätigen geht es aber gerade um die wahre Gleichheit, die wahre Freiheit (die Freiheit von den Gutsbesitzern und den Kapitalisten), und darum treten sie so fest für die Sowjetmacht ein.

In unserem Bauernland waren es die Bauern schlechthin, die von der Diktatur des Proletariats als erste, am meisten und auf einen Schlag Vorteile gehabt haben. Unter den Gutsbesitzern und Kapitalisten hat der Bauer in Rußland gehungert. In den langen Jahrhunderten unserer Geschichte hat der Bauer noch nie die Möglichkeit gehabt, für sich zu arbeiten: Er hungerte und gab Hunderte Millionen Pud Getreide an die Kapitalisten, an die Städte und an

das Ausland ab. Unter der Diktatur des Proletariats geschah es *zum erstenmal*, daß der Bauer für sich arbeitete und daß er *sich besser ernährte als der Städter*. Zum erstenmal lernte der Bauer wirkliche Freiheit kennen: die Freiheit, sein eigenes Brot zu essen, die Freiheit vom Hunger. Bei der Verteilung des Bodens herrscht jetzt bekanntlich maximale Gleichheit: in den weitaus meisten Fällen teilen die Bauern den Grund und Boden „nach Essern" auf.

Sozialismus ist Abschaffung der Klassen.

Um die Klassen abzuschaffen, muß man erstens die Gutsbesitzer und die Kapitalisten stürzen. Diesen Teil der Aufgabe haben wir erfüllt, aber das ist nur ein Teil und *nicht* einmal der schwierigste. Um die Klassen abzuschaffen, muß man zweitens den Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern aufheben, muß man *alle zu Arbeitenden* machen. Das kann nicht auf einmal geschehen. Das ist eine unvergleichlich schwierigere und notwendigerweise langwierige Aufgabe. Das ist eine Aufgabe, die sich nicht durch den Sturz irgendeiner Klasse lösen läßt. Sie ist nur durch die organisatorische Umgestaltung der ganzen gesellschaftlichen Wirtschaft, durch den Übergang von der einzelnen, isolierten warenproduzierenden Kleinwirtschaft zur gesellschaftlichen Großwirtschaft zu lösen. Ein solcher Übergang ist notwendigerweise außerordentlich langwierig. Einen solchen Übergang kann man durch übereilte und unvorsichtige administrative und gesetzgeberische Maßnahmen nur verlangsamen und erschweren. Dieser Übergang kann nur dadurch beschleunigt werden, daß man dem Bauern eine Hilfe gewährt, die ihm die Möglichkeit gibt, die gesamte Landwirtschaft in riesigem Ausmaß zu verbessern, sie von Grund aus umzugestalten.

Um den zweiten, den schwierigeren Teil der Aufgabe zu lösen, muß das Proletariat, nachdem es die Bourgeoisie besiegt hat, in seiner Politik gegenüber der Bauernschaft unbeirrt folgende Hauptlinie durchführen: Das Proletariat muß zwischen dem werktätigen Bauern und dem bäuerlichen Eigentümer, zwischen dem arbeitenden Bauern und dem bäuerlichen Händler, zwischen dem Bauern, der von seiner Hände Arbeit lebt, und dem bäuerlichen Spekulanten einen Unterschied machen, eine Grenze ziehen.

In dieser Abgrenzung liegt das *ganze Wesen* des Sozialismus.

Und es ist kein Wunder, daß solche Leute, die den Worten nach Sozialisten, in der Tat aber kleinbürgerliche Demokraten sind (die Martow und Tschernow, die Kautsky und Co.), dieses Wesen des Sozialismus nicht begreifen.

Die Abgrenzung, um die es sich hier handelt, ist sehr schwierig, denn im lebendigen Leben sind alle Eigenschaften des „Bauern", so verschieden, so widerspruchsvoll sie auch sein mögen, zu einem Ganzen verschmolzen. Aber trotzdem ist eine Abgrenzung möglich und nicht nur möglich, sondern sie ergibt sich unvermeidlich aus den Bedingungen der bäuerlichen Wirtschaft und des bäuerlichen Lebens. Der werktätige Bauer wurde von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten, den Händlern, den Spekulanten und *ihrem* Staat, auch in den demokratischsten bürgerlichen Republiken, jahrhundertelang unterdrückt. Der werktätige Bauer hat im Laufe von Jahrhunderten Haß und Feindseligkeit gegen diese Unterdrücker und Ausbeuter in sich großgezogen, und diese „Erziehung" durch das Leben *zwingt* den Bauern, das Bündnis mit dem Arbeiter gegen den Kapitalisten, gegen den Spekulanten, gegen den Händler zu suchen. Zugleich aber machen die ökonomischen Verhältnisse, die Verhältnisse der Warenwirtschaft, den Bauern unvermeidlich (nicht immer, aber in den allermeisten Fällen) zum Händler und Spekulanten.

Die von uns oben angeführten statistischen Daten zeigen anschaulich den Unterschied zwischen dem werktätigen Bauern und dem bäuerlichen Spekulanten. Der Bauer, der im Jahre 1918/1919 für die hungernden Arbeiter der Städte 40 Millionen Pud Getreide zu festen, staatlichen Preisen an die Staatsorgane ablieferte, trotz aller Mängel dieser Organe, deren sich die Arbeiterregierung sehr wohl bewußt ist, die aber in der ersten Zeit des Übergangs zum Sozialismus nicht beseitigt werden können – dieser Bauer ist ein werktätiger Bauer, ein vollberechtigter Genosse des sozialistischen Arbeiters, sein zuverlässigster Verbündeter, sein leiblicher Bruder im Kampf gegen das Joch des Kapitals. Jener Bauer aber, der unter der Hand 40 Millionen Pud Getreide zu einem zehnmal höheren

als dem vom Staat festgesetzten Preis verkaufte, der die Not und den Hunger des Arbeiters in der Stadt ausnutzte, den Staat betrog, überall Betrug, Raub, Gaunerstreiche verübte und förderte – jener Bauer ist ein Spekulant, ein Verbündeter des Kapitalisten, ein Klassenfeind des Arbeiters, ein Ausbeuter. Denn Überschüsse an dem Getreide haben, das auf staatlichem Grund und Boden mit Geräten geerntet wurde, zu deren Herstellung in diesem oder jenem Maße die Arbeit nicht nur des Bauern, sondern auch des Arbeiters usw. beigetragen hat – Überschüsse an Getreide haben und damit spekulieren heißt ein Ausbeuter des hungernden Arbeiters sein.

Ihr verletzt Freiheit, Gleichheit und Demokratie, schreit man uns von allen Seiten zu und verweist dabei auf die Ungleichheit zwischen Bauer und Arbeiter in unserer Verfassung, auf die Auseinanderjagung der Konstituante, auf die gewaltsame Wegnahme der Getreideüberschüsse usw. Wir antworten: Es hat in der Welt noch keinen Staat gegeben, der soviel getan hat zur Beseitigung jener tatsächlichen Ungleichheit und jener tatsächlichen Unfreiheit, unter denen der werktätige Bauer jahrhundertelang gelitten hat. Doch eine Gleichheit mit dem bäuerlichen Spekulanten werden wir niemals anerkennen, ebensowenig wie wir eine „Gleichheit" des Ausbeuters mit dem Ausgebeuteten, des Satten mit dem Hungrigen, die „Freiheit" des einen, den anderen auszuplündern, anerkennen werden. Und jene gebildeten Leute, die diesen Unterschied nicht verstehen wollen, werden wir wie Weißgardisten behandeln, auch wenn sie sich Demokraten, Sozialisten, Internationalisten, Kautsky, Tschernow oder Martow nennen.

5

Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte. Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen.

Und die Klassen *sind geblieben* und *werden* für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats *bestehenbleiben*. Die Diktatur

wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats.

Die Klassen sind geblieben, aber *jede* Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats verändert; auch ihr Verhältnis zueinander hat sich verändert. Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an.

Das Proletariat war unter dem Kapitalismus eine unterdrückte Klasse, eine Klasse, die über keinerlei Eigentum an Produktionsmitteln verfügte, war die einzige Klasse, die unmittelbar und in ihrer Gesamtheit der Bourgeoisie entgegengestellt und darum als einzige fähig war, bis zur letzten Konsequenz revolutionär zu sein. Das Proletariat ist, nachdem es die Bourgeoisie gestürzt und die politische Macht erobert hat, zur *herrschenden* Klasse geworden: Es hält die Staatsmacht in Händen, es verfügt über die schon vergesellschafteten Produktionsmittel, es führt die schwankenden, eine Zwischenstellung einnehmenden Elemente und Klassen, es unterdrückt den verstärkten Widerstand der Ausbeuter. Das alles sind *besondere* Aufgaben des Klassenkampfes, Aufgaben, die das Proletariat früher nicht stellte und nicht stellen konnte.

Die Klasse der Ausbeuter, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ist unter der Diktatur des Proletariats nicht verschwunden und kann nicht auf einmal verschwinden. Die Ausbeuter sind geschlagen, aber nicht vernichtet. Ihnen ist die internationale Basis geblieben, das internationale Kapital, dessen Filiale sie sind. Ihnen sind zum Teil gewisse Produktionsmittel geblieben, ist Geld geblieben, sind weitverzweigte gesellschaftliche Verbindungen geblieben. Ihr Widerstand ist gerade infolge ihrer Niederlage hundertmal, tausendmal stärker geworden. Die „Kunst" der Staats-, Militär- und Wirtschaftsverwaltung verleiht ihnen eine riesige Überlegenheit, so daß ihre Bedeutung unvergleichlich größer ist als ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bevölkerung. Der Klassenkampf der gestürzten Ausbeuter gegen die siegreiche Avantgarde der Ausgebeuteten, d. h. gegen das Proletariat, ist ungleich erbitterter geworden. Und

das kann nicht anders sein, wenn man von der Revolution spricht, wenn man nicht an Stelle dieses Begriffs reformistische Illusionen unterschieben will (wie das alle Helden der II. Internationale tun).

Schließlich nimmt die Bauernschaft, wie das ganze Kleinbürgertum überhaupt, **auch** unter der Diktatur des Proletariats eine mittlere, eine Zwischenstellung ein: einerseits ist das eine ziemlich bedeutende (und im rückständigen Rußland ungeheuer große) Masse von Werktätigen, die durch das gemeinsame Interesse der Werktätigen, sich vom Gutsbesitzer und vom Kapitalisten zu befreien, vereinigt wird; anderseits sind es isolierte Kleinunternehmer, Eigentümer und Händler. Diese ökonomische Stellung läßt sie unvermeidlich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie hin und her schwanken. Und angesichts des verschärften Kampfes zwischen diesen beiden, angesichts der unerhört schroffen Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, angesichts des zähen Festhaltens gerade der Bauern und der Kleinbürger überhaupt am Alten, Schablonenhaften, Althergebrachten, ist es natürlich, daß es bei ihnen unvermeidlich Fälle des Hinüberwechselns von einer Seite zur anderen, Schwankungen, Wendungen, Unsicherheit usw. geben wird.

Gegenüber dieser Klasse – oder diesen gesellschaftlichen Elementen – besteht die Aufgabe des Proletariats darin, sie zu führen, Einfluß auf sie zu gewinnen. Die Schwankenden, Unbeständigen führen – das ist es, was das Proletariat tun muß.

Vergleichen wir alle Hauptkräfte oder -klassen und ihr durch die Diktatur des Proletariats verändertes Verhältnis zueinander, so sehen wir, wie grenzenlos unsinnig in theoretischer Hinsicht, wie borniert die landläufige, kleinbürgerliche Vorstellung vom Übergang zum Sozialismus „über die Demokratie" schlechthin ist, die wir bei allen Vertretern der II. Internationale finden. Das von der Bourgeoisie ererbte Vorurteil vom absoluten, nicht klassenmäßig bestimmten Inhalt der „Demokratie" – das ist die Quelle dieses Fehlers. In Wirklichkeit geht aber auch die Demokratie unter der Diktatur des Proletariats in eine völlig neue Phase über, und der Klassenkampf erhebt sich auf eine höhere Stufe, wobei er sich alle Formen unterordnet.

Allgemeine Phrasen über Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind in Wirklichkeit gleichbedeutend mit der gedankenlosen Wiederholung von Begriffen, die eine Ableitung aus den Verhältnissen der Warenproduktion sind. Mit Hilfe dieser allgemeinen Phrasen die konkreten Aufgaben der Diktatur des Proletariats lösen wollen heißt auf der ganzen Linie auf die theoretische, prinzipielle Position der Bourgeoisie übergehen. Vom Standpunkt des Proletariats steht die Frage nur so: Freiheit von der Unterdrückung durch welche Klasse? Gleichheit welcher Klasse mit welcher? Demokratie auf dem Boden des Privateigentums oder auf der Basis des Kampfes für die Abschaffung des Privateigentums? usw.

Engels hat schon längst im „Anti-Dühring" klargestellt, daß sich der Begriff der Gleichheit als Ableitung aus den Verhältnissen der Warenproduktion in ein Vorurteil verwandelt, wenn man die Gleichheit nicht im Sinne der *Abschaffung der Klassen* versteht.[21] Diese Binsenwahrheit über den Unterschied zwischen dem bürgerlich-demokratischen und dem sozialistischen Begriff der Gleichheit wird immer wieder außer acht gelassen. Zieht man sie aber in Betracht, so wird offenbar, daß das Proletariat, das die Bourgeoisie stürzt, damit den entscheidenden Schritt zur Abschaffung der Klassen tut und, um das zu vollenden, seinen Klassenkampf fortsetzen muß, indem es den Apparat der Staatsmacht ausnutzt und gegenüber der gestürzten Bourgeoisie und dem schwankenden Kleinbürgertum verschiedene Methoden des Kampfes, der Beeinflussung und der Einwirkung anwendet.

(Fortsetzung folgt.)[22]

30. X. 1919

„Prawda" Nr. 250,
7. November 1919.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, Bd. 30. S. 91–101.

Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande[23]

18. November 1919

Genossen! Leider war es mir nicht möglich, der von Ihnen organisierten Konferenz, d. h. der Konferenz über die Arbeit auf dem Lande, beizuwohnen. Daher werde ich mich lediglich auf allgemeine und grundlegende Ausführungen beschränken müssen, und ich bin überzeugt, daß es Ihnen gelingen wird, diese allgemeinen Gedanken und die Grundsätze unserer Politik nach und nach auf die einzelnen Aufgaben und praktischen Fragen anzuwenden, vor die Sie sich gestellt sehen werden.

Die Frage der Arbeit auf dem Lande ist bei uns heute jedenfalls die grundlegende Frage des ganzen sozialistischen Aufbaus, denn was die Arbeit unter dem Proletariat und die Frage seines Zusammenschlusses anbetrifft, so können wir mit Gewißheit sagen, daß die Politik der Kommunisten in den zwei Jahren des Bestehens der Sowjetmacht nicht nur völlig klare Gestalt angenommen, sondern auch zweifellos dauerhafte Ergebnisse erzielt hat. Anfangs hatten wir bei den Arbeitern mit mangelnder Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen, mit gewissen Erscheinungen des Syndikalismus zu kämpfen, als sich bei den Arbeitern einzelner Betriebe oder einzelner Industriezweige das Bestreben zeigte, ihre Interessen, die Interessen ihres Betriebs, ihres Industriezweigs, über die Interessen der Gesellschaft zu stellen. Auf dem Gebiet der neuen Arbeitsorganisation hatten wir und haben wir noch heute mit der ungenügenden Disziplin zu kämpfen. Ihnen allen, glaube ich, sind die großen Etappen unserer Politik in Erinnerung, als wir immer neue Arbeiter auf neue Posten stellten und ihnen die Möglichkeit gaben, die vor uns stehenden Aufgaben, den gesamten Mechanismus der Staatsverwaltung kennenzulernen. Jetzt hat die Organisa-

tion der kommunistischen Tätigkeit des Proletariats und die gesamte Politik der Kommunisten eine durchaus abgeschlossene, feste Form angenommen, und ich bin überzeugt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und unsere Vorwärtsentwicklung auf diesem Wege ist garantiert.

Was jedoch die Arbeit auf dem Lande betrifft, so sind hier die Schwierigkeiten zweifellos groß, und auf dem VIII. Parteitag haben wir diese Frage als eine der wichtigsten in vollem Umfang behandelt. Ebenso wie in der Stadt können auch auf dem Lande nur die Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen unsere Stütze sein, nur diejenigen, auf deren Schultern im Kapitalismus das Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten in seiner ganzen Schwere lastete. Gewiß, seit dem Zeitpunkt, als die Arbeiter die Macht ergriffen und es den Bauern durch die Aufhebung des Privateigentums ermöglichten, die Macht der Gutsbesitzer mit einem Schlag zu beseitigen, haben die Bauern durch die Aufteilung des Bodens die größtmögliche Gleichheit hergestellt und infolgedessen die Bodennutzung bedeutend verbessert und über das Durchschnittsniveau gehoben. Aber in vollem Umfang konnte uns das selbstverständlich nicht gelingen, denn bei der Einzelwirtschaft bedarf es gewaltiger materieller Mittel, um jeden Bauern mit der erforderlichen Menge Saatgut, Vieh und Inventar zu versorgen. Mehr noch: Selbst wenn unsere Industrie außergewöhnliche Erfolge bei der Entwicklung des Landmaschinenbaus errungen hätte, selbst wenn wir uns vorstellen, alle unsere Wünsche seien verwirklicht, so läßt sich doch unschwer einsehen, daß sogar unter dieser Voraussetzung die Versorgung jedes Kleinbauern mit ausreichenden Produktionsmitteln eine unmögliche und höchst unrationelle Sache wäre, denn das würde eine ungeheure Zersplitterung bedeuten; nur durch gemeinsame, artelmäßige, genossenschaftliche Arbeit kann man aus der Sackgasse, in die uns der imperialistische Krieg getrieben hat, einen Ausweg finden.

Die Masse der Bauern, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach im Kapitalismus am meisten unterdrückt war, glaubt am wenigsten an die Möglichkeit einschneidender Wendungen und Übergänge.

Die Experimente, die Koltschak, Judenitsch und Denikin mit dem Bauern angestellt haben, veranlassen ihn, im Hinblick auf das, was er sich erkämpft hat, besonders vorsichtig zu sein. Jeder Bauer weiß, daß seine Errungenschaften noch nicht endgültig gesichert sind, daß sein Feind, der Gutsbesitzer, noch nicht vernichtet ist, sondern daß er, im Hinterhalt lauernd, auf die Hilfe seiner Freunde, der Raubritter des internationalen Kapitals, wartet. Und obwohl das internationale Kapital mit jedem Tag schwächer wird, während unsere internationale Lage sich in der letzten Zeit außerordentlich gebessert hat, müssen wir, wenn wir alle Umstände nüchtern erwägen, doch sagen, daß das internationale Kapital noch zweifellos stärker ist als wir. Es kann keinen offenen Krieg mehr gegen uns beginnen – dazu reichen seine Kräfte nicht mehr aus. Gerade in den letzten Tagen erklären alle diese Herrschaften in der bürgerlichen Presse Europas: „An Rußland kann man sich am Ende die Finger verbrennen, vielleicht machen wir lieber mit ihm Frieden." So ist das immer: Versetzt man dem Gegner Schläge, ist er bereit, Frieden zu schließen. Wir haben den Herren Imperialisten in Europa mehr als einmal gesagt, daß wir zum Frieden bereit sind, sie aber träumten davon, Rußland zu unterjochen. Jetzt endlich haben sie begriffen, daß ihre Träume niemals Wirklichkeit werden.

Heute sind die internationalen Millionäre und Milliardäre noch stärker als wir. Und die Bauern sehen sehr wohl, daß die Aufstandsversuche von Judenitsch, Koltschak und Denikin mit dem Geld der europäischen und amerikanischen Imperialisten organisiert worden sind. Und die Masse der Bauern weiß sehr gut, was für Folgen die geringste Schwäche ihrerseits haben kann. Die klare Vorstellung dessen, was ihnen unter der Herrschaft der Gutsbesitzer und Kapitalisten droht, macht die Bauern zu treuesten Anhängern der Sowjetmacht. Mit jedem Monat festigt sich die Sowjetmacht und entwickelt sich das Bewußtsein bei denjenigen Bauern, die früher schwer arbeiten mußten, ausgebeutet wurden und das Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten in seiner ganzen Schwere am eigenen Leibe zu spüren bekamen.

Anders verhält es sich natürlich mit den Kulaken, mit denen, die selber Lohnarbeiter beschäftigt, Geld gegen Zinsen ausgeliehen und sich auf Kosten fremder Arbeit bereichert haben. Sie stehen in ihrer Masse auf der Seite der Kapitalisten und sind mit der vollzogenen Umwälzung unzufrieden. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir gegen diese Bauernschicht noch einen langen und hartnäckigen Kampf zu führen haben. Zwischen jenen Bauern aber, auf deren Schultern das ganze Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten lastete, und denjenigen, die selbst andere ausgebeutet haben, steht die Masse der Mittelbauernschaft. Hier liegt unsere schwierigste Aufgabe. Die Sozialisten haben stets darauf hingewiesen, daß der Übergang zum Sozialismus eine schwierige Aufgabe auf die Tagesordnung setzt: das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Mittelbauernschaft. Von unseren Genossen Kommunisten müssen wir hier vor allem ein behutsames, wohlüberlegtes Verhalten und die Fähigkeit verlangen, an diese komplizierte und schwierige Aufgabe richtig heranzugehen, ohne die Frage mit einem Schlag lösen zu wollen.

Die Mittelbauern sind zweifellos gewöhnt, als Einzelbauern zu wirtschaften. Sie sind bäuerliche Eigentümer, und obwohl ihnen der Boden jetzt nicht gehört, obwohl das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben ist, bleibt der Bauer dennoch Eigentümer, und zwar hauptsächlich deshalb, weil er Nahrungsmittel übrigbehält. Der Mittelbauer produziert mehr Nahrungsmittel, als er braucht, und so wird er als Besitzer von Getreideüberschüssen zum Ausbeuter des hungernden Arbeiters. Hieraus ergibt sich die Hauptaufgabe und der Hauptwiderspruch. Der Bauer als Werktätiger, als Mensch, der von seiner Hände Arbeit lebt, als Mensch, der vom Kapitalismus unterdrückt war – dieser Bauer steht auf der Seite des Arbeiters. Aber der Bauer als Eigentümer, als Besitzer von Getreideüberschüssen, ist gewohnt, diese als sein Eigentum zu betrachten, das er frei verkaufen kann. Getreideüberschüsse in einem hungernden Land verkaufen heißt aber zum Schieber, zum Ausbeuter werden, weil ein Hungriger für Brot das Letzte hergibt. Hier entfaltet sich der größte und schwierigste Kampf, der von uns allen, von den Vertretern der Sowjetmacht und insbesondere von den auf dem Lande arbeitenden Kommunisten, verlangt, daß wir dieser Frage die größte Aufmerksamkeit schenken, daß wir unsere Stellung zu dieser Frage und die Mittel und Wege zu ihrer Lösung gründlich überlegen.

Wir haben stets gesagt, daß wir dem Mittelbauern den Sozialismus nicht mit Gewalt aufzwingen wollen, und der VIII. Parteitag hat dies in vollem Umfang bestätigt. Bei der Wahl des Gen. Kalinin zum Vorsitzenden des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees gingen wir davon aus, daß wir die Sowjetmacht unmittelbar an die Bauernschaft heranbringen müssen. Und es ist Gen. Kalinin zu verdanken, daß die Arbeit auf dem Lande einen wesentlichen Auftrieb erfahren hat. Der Bauer kann jetzt zweifellos direkter mit der Sowjetmacht in Verbindung treten: er wendet sich an Gen. Kalinin, der in seiner Person die höchste Instanz der Sowjetrepublik repräsentiert. Wir haben also dem Mittelbauern gesagt: „Es kann keine Rede davon sein, irgend jemand den Übergang zum Sozialismus gewaltsam aufzuzwingen.“ Aber man muß ihm das verständlich machen, man muß es ihm in der Sprache sagen, die der Bauer am besten versteht. Hier kann man nur durch das Beispiel einer gut organisierten gesellschaftlichen Wirtschaft wirken. Um aber ein Beispiel artelmäßiger, genossenschaftlicher Arbeit vorzuweisen, müssen wir eine solche Wirtschaft zunächst selber mit Erfolg organisieren. Es gab in diesen zwei Jahren eine gewaltige Bewegung zur Schaffung landwirtschaftlicher Kommunen und Artels. Doch wenn wir die Dinge nüchtern betrachten, so müssen wir sagen, daß die meisten Genossen, die mit großem Eifer die Schaffung von Kommunen in Angriff nahmen, sich der Landwirtschaft zuwandten, ohne die wirtschaftlichen Verhältnisse des bäuerlichen Lebens genügend zu kennen. Daher hatten wir hier eine Unmenge Fehler zu beseitigen, die eine Folge übereilter Schritte und unrichtigen Herangehens an die Sache waren. In vielen Fällen haben sich die alten Ausbeuter, frühere Gutsbesitzer, in die Sowjetwirtschaften eingeschlichen. Ihre Macht dort ist beseitigt, aber sie selbst sind nicht vernichtet. Sie müssen von dort verdrängt oder der Kontrolle des Proletariats unterstellt werden.

Diese Aufgabe steht auf allen Gebieten des Lebens vor uns. Es ist Ihnen bekannt, daß die Rote Armee eine Reihe glänzender Siege errungen hat. In der Roten Armee sind Zehntausende alter Offiziere und Obersten tätig. Hätten wir sie nicht in unsere Dienste genommen und sie nicht gezwungen, uns zu dienen, so hätten wir keine Armee aufbauen können. Wenn auch einzelne Militärspezialisten Verrat geübt haben, so haben wir doch Koltschak und Judenitsch aufs Haupt geschlagen und siegen an allen Fronten. Wir siegen, weil die kleine Zahl der Offiziere durch das Bestehen kommunistischer Zellen in der Roten Armee, die von gewaltiger propagandistischer und agitatorischer Bedeutung sind, mit einer solchen Atmosphäre umgeben und solch einer gewaltigen Beeinflussung durch die Kommunisten ausgesetzt ist, daß die meisten von ihnen nicht imstande sind, sich dem Netz kommunistischer Organisation und Propaganda, mit dem wir sie umgeben haben, zu entziehen.

Der Kommunismus kann nicht aufgebaut werden ohne Wissen, Technik und Kultur, diese aber sind im Besitz der bürgerlichen Spezialisten. Die meisten von ihnen sympathisieren nicht mit der Sowjetmacht, doch ohne sie können wir den Kommunismus nicht aufbauen. Man muß eine kameradschaftliche Atmosphäre um sie schaffen, den Geist kommunistischer Arbeit auf sie einwirken lassen und erreichen, daß sie in Reih und Glied mit der Arbeiter- und Bauernmacht marschieren.

Bei den Bauern stoßen wir oft auf äußerstes Mißtrauen und auf Empörung, die bis zur völligen Ablehnung der Sowjetwirtschaften geht: Wir brauchen keine Sowjetwirtschaften, dort sitzen die alten Ausbeuter. Wir haben ihnen gesagt: Nein, wenn ihr es selber nicht versteht, die Wirtschaft auf neue Art zu organisieren, so müssen wir die alten Spezialisten in Dienst nehmen, sonst kommen wir aus der Not nicht heraus. Gegen diejenigen unter ihnen, die die Verfügungen der Sowjetmacht verletzen, werden wir schonungslos vorgehen, genauso wie in der Roten Armee. Der Kampf geht weiter, und es ist ein schonungsloser Kampf. Doch die meisten von ihnen werden wir dazu bringen, auf unsere Art zu arbeiten.

Das ist eine schwierige, komplizierte Aufgabe, die nicht mit einem Schlag gelöst werden kann. Hier bedarf es einer bewußten proletarischen Disziplin, einer engeren Verbindung mit den Bauern; wir müssen ihnen klarmachen, daß wir alle Übergriffe in den Sowjetwirtschaften sehen, daß es aber notwendig ist, die Wissenschaftler und Techniker in den Dienst der gesellschaftlichen Wirtschaft zu stellen, denn mit der Kleinwirtschaft kommen wir aus der Not nicht heraus. Wir werden es so halten wie in der Roten Armee: Hundertmal werden wir geschlagen, aber beim hundertundersten Mal besiegen wir alle. Dazu aber ist nötig, daß auf dem Lande einmütig, einheitlich und ebenso diszipliniert gearbeitet wird, wie in der Roten Armee gearbeitet wurde und auf anderen Wirtschaftsgebieten gearbeitet wird. Langsam und unentwegt machen wir den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen Wirtschaft klar.

Das ist der Kampf, den wir in den Sowjetwirtschaften zu führen haben, das ist es, worin die Schwierigkeit des Übergangs zum Sozialismus, worin die wirkliche und endgültige Festigung der Sowjetmacht besteht. Sobald die Mehrheit der Mittelbauern erkennt, daß sie, wenn sie nicht im Bündnis mit der Arbeiterschaft ist, Koltschak und Judenitsch hilft, daß auf deren Seite in der ganzen Welt nur noch die Kapitalisten stehen, die Sowjetrußland hassen und noch jahrelang immer wieder versuchen werden, ihre Macht wiederherzustellen, dann wird auch der rückständigste Mittelbauer begreifen, daß man entweder im Bündnis mit den revolutionären Arbeitern für die vollständige Befreiung kämpfen muß, oder aber, wenn man auch nur die geringste Schwankung zeigt, der Feind, der alte kapitalistische Ausbeuter, die Oberhand gewinnt. Der Sieg über Denikin wird die Kapitalisten noch nicht endgültig vernichten. Darüber müssen wir uns alle klar sein. Wir wissen ausgezeichnet, daß die Kapitalisten immer wieder versuchen werden, Sowjetrußland die Schlinge um den Hals zu werfen. Daher hat der Bauer keine Wahl; er muß den Arbeitern helfen, denn das geringste Schwanken wird den Gutsbesitzern und Kapitalisten den Sieg in die Hände geben. Dieses Bewußtsein in der Bauernschaft zu ent-

wickeln ist unsere erste und wichtigste Aufgabe. Der Bauer, der von seiner Hände Arbeit lebt, ist ein treuer Bundesgenosse der Sowjetmacht, zu diesem Bauern verhält sich der Arbeiter wie zu seinesgleichen, für ihn tut die Arbeitermacht alles, was sie kann, und es gibt kein Opfer, das die Arbeiter- und Bauernmacht nicht bringen würde, um die Bedürfnisse dieses Bauern zu befriedigen.

Der Bauer aber, der durch den Besitz von Getreideüberschüssen zum Ausbeuter wird, ist unser Gegner. Die Pflicht, die wichtigsten Bedürfnisse des hungernden Landes zu befriedigen, ist eine Pflicht dem Staat gegenüber. Doch bei weitem nicht alle Bauern verstehen, daß freier Handel mit Getreide ein Verbrechen am Staat ist. „Ich habe das Getreide erzeugt, es ist mein Produkt, und ich habe das Recht, damit Handel zu treiben", so denkt der Bauer nach alter Weise und Gewohnheit. Wir aber sagen, *daß das ein Staatsverbrechen ist.* Freier Handel mit Getreide bedeutet Bereicherung durch dieses Getreide, und das ist Rückkehr zum alten Kapitalismus, das werden wir nicht zulassen, dagegen werden wir kämpfen, koste es, was es wolle.

In der Übergangsperiode führen wir die staatliche Getreidebeschaffung und die Ablieferungspflicht für Getreide durch. Wir wissen, daß wir nur so Hunger und Not beseitigen können. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter leidet Not, weil das Getreide nicht richtig verteilt wird; um es aber richtig zu verteilen, müssen die Bauern der staatlichen Ablieferungspflicht für Getreide pünktlich, gewissenhaft und bedingungslos nachkommen. Hier kann es seitens der Sowjetmacht keinerlei Zugeständnisse geben. Dies ist keine Frage des Kampfes der Arbeitermacht gegen die Bauern, sondern eine Frage der Existenz des Sozialismus, der Existenz der Sowjetmacht überhaupt. Dem Bauern sofort Waren zu geben sind wir nicht imstande, denn wir haben keinen Brennstoff, der Eisenbahnverkehr kommt zum Erliegen. Zuerst muß der Bauer dem Arbeiter leihweise Getreide geben, und zwar nicht zu Spekulationspreisen, sondern zu festen Preisen, damit die Arbeiter die Produktion wieder in Gang bringen können. Jeder Bauer sieht das ein, wenn es um einen einzelnen Arbeiter geht, der vor seinen Augen verhun-

gert. Aber sobald es um Millionen Arbeiter geht, verstehen die Bauern das nicht, und die alte Gewohnheit zu spekulieren gewinnt die Oberhand.

Ein langer, hartnäckiger Kampf gegen diese Gewohnheiten, Agitation und Propaganda, Aufklärung, Überprüfung dessen, was getan wurde – darin besteht unsere Politik gegenüber der Bauernschaft.

Dem werktätigen Bauern jegliche Unterstützung erweisen, sich zu ihm wie zu seinesgleichen verhalten, nicht den geringsten Versuch zulassen, ihm irgend etwas gewaltsam aufzuzwingen – das ist unsere erste Aufgabe. Und die zweite Aufgabe ist der konsequente Kampf gegen Schleichhandel, Geschäftemacherei und Zerrüttung.

Als wir darangingen, die Rote Armee zu schaffen, waren nur einzelne, isolierte Partisanengruppen vorhanden. Es gab viele unnötige Opfer, weil es an Disziplin und Geschlossenheit fehlte, aber wir haben diese Schwierigkeiten überwunden und haben an Stelle der Partisanenabteilungen die Rote Armee mit Millionen Kämpfern geschaffen. Wir haben das in der kurzen Frist von zwei Jahren bei einer so mühevollen, schwierigen und gefahrvollen Sache wie dem Militärwesen erreicht und sind daher um so fester überzeugt, daß wir das gleiche auf allen übrigen Gebieten des Wirtschaftslebens erreichen werden.

Ich bin überzeugt, daß wir auch diese, eine der schwierigsten Aufgaben – das richtige Verhältnis der Arbeiter zur Bauernschaft, die richtige Ernährungspolitik – lösen und hier einen ebensolchen Sieg erringen werden, wie wir ihn an der Front errungen haben.

„Prawda" Nr. 259,
19. November 1919.
Werke, Bd. 30, S. 128–135.

Rede auf dem I. Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels[24]
4. Dezember 1919

Genossen! Mit großer Freude begrüße ich im Namen der Regierung Ihren ersten Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels. Ihnen allen ist natürlich aus der gesamten Tätigkeit der Sowjetmacht bekannt, welch gewaltige Bedeutung wir den Kommunen, den Artels und überhaupt allen Organisationen beimessen, die darauf gerichtet sind, die kleine bäuerliche Einzelwirtschaft in eine gesellschaftliche, genossenschaftliche oder Artelwirtschaft umzuwandeln und diese Umwandlung allmählich zu fördern. Sie wissen, daß die Sowjetmacht schon längst einen Milliardenfonds zur Förderung solcher Vorhaben geschaffen hat.[25] In den „Bestimmungen über die sozialistische Flurregelung"[26] wird die Bedeutung der Kommunen, der Artels und aller Betriebe zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung besonders unterstrichen, und die Sowjetmacht richtet alle ihre Bemühungen darauf, daß dieses Gesetz nicht nur auf dem Papier bleibt, sondern wirklich den Nutzen bringt, den es zu bringen bestimmt ist.

Die Bedeutung aller derartigen Betriebe ist gewaltig, denn wenn die frühere kümmerliche, elende Bauernwirtschaft wie bisher bestehenbliebe, könnte von einem dauerhaften Aufbau der sozialistischen Gesellschaft überhaupt keine Rede sein. Nur in dem Falle, daß es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, genossenschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der genossenschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, dem Bauern wirklich den Beweis erbringen, daß sie im Recht ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre

Seite ziehen. Die Bedeutung jeder Art von Betrieben, die die genossenschaftliche, artelmäßige Landwirtschaft fördern, kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir haben Millionen zersplitterter, in den entlegensten Winkeln zerstreuter Dörfer, einzelner Wirtschaften. Es wäre ein völlig unsinniger Gedanke, diese Wirtschaften von heute auf morgen, durch irgendeinen Befehl, durch Einwirken von außen her umgestalten zu wollen. Wir legen uns sehr wohl Rechenschaft darüber ab, daß man auf die Millionen bäuerlicher Kleinwirtschaften nur allmählich, behutsam und nur durch das erfolgreiche praktische Beispiel einwirken kann, denn die Bauern sind viel zu praktische Leute, sind viel zu fest mit der alten Art der Bodenwirtschaft verbunden, um sich allein auf Grund von Ratschlägen und Buchweisheiten auf irgendwelche bedeutsamen Änderungen einzulassen. Das kann nicht sein, und es wäre ja auch ein Unding. Erst wenn praktisch, durch Erfahrungen, die den Bauern verständlich sind, erwiesen sein wird, daß der Übergang zur genossenschaftlichen, artelmäßigen Landwirtschaft notwendig und möglich ist, erst dann werden wir das Recht haben zu sagen, daß in einem so riesigen Bauernland wie Rußland ein ernst zu nehmender Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Landwirtschaft getan worden ist. Diese große Bedeutung der Kommunen, Artels und Genossenschaften, die Ihnen allen gewaltige staatliche und sozialistische Pflichten auferlegt, veranlaßt daher naturgemäß die Sowjetmacht und ihre Vertreter, diese Frage besonders aufmerksam und behutsam zu behandeln.

In unserem Gesetz über die sozialistische Flurregelung heißt es, daß wir es für die unbedingte Pflicht aller Betriebe der genossenschaftlichen, artelmäßigen Landwirtschaft halten, sich nicht zu isolieren, sich von der umwohnenden bäuerlichen Bevölkerung nicht abzusondern, sondern ihr unbedingt zu helfen. Das steht im Gesetz, das wird in den Normalstatuten aller Kommunen, Artels und Genossenschaften wiederholt, das wird in den Instruktionen und Erlassen unseres Volkskommissariats für Landwirtschaft und aller Organe der Sowjetmacht immer wieder auseinandergesetzt. Jetzt geht es darum, eine wirklich praktische Methode zu finden,

wie das in die Tat umgesetzt werden soll. Ich habe da noch nicht die Gewißheit, daß wir diese Hauptschwierigkeit überwunden haben. Und ich möchte, daß Ihr Kongreß, wo Sie als Praktiker gesellschaftlicher Wirtschaften aus allen Teilen Rußlands die Möglichkeit haben, Ihre Erfahrungen auszutauschen, allen Zweifeln ein Ende macht und den Beweis erbringt, daß wir mit der Festigung der Artels, Genossenschaften, Kommunen und aller sonstigen kollektiven, gesellschaftlichen landwirtschaftlichen Betriebe fertig werden, sie praktisch zu meistern beginnen. Aber um das zu beweisen, bedarf es wirklich *praktischer* Ergebnisse.

Lesen wir die Statuten der landwirtschaftlichen Kommunen oder Bücher, die diese Frage behandeln, dann entsteht der Eindruck, daß wir darin der Propaganda, der theoretischen Begründung der Notwendigkeit, Kommunen zu organisieren, zuviel Platz einräumen. Diese Dinge sind natürlich notwendig – ohne gründliche Propaganda, ohne Erläuterung der Vorzüge der genossenschaftlichen Landwirtschaft, ohne tausendfache Wiederholung dieses Gedankens können wir nicht darauf rechnen, daß bei den breiten Massen der Bauernschaft das Interesse geweckt wird und sie beginnen, die Methoden zur Verwirklichung dieses Gedankens praktisch zu erproben. Propaganda ist natürlich notwendig, und wir brauchen vor Wiederholungen keine Angst zu haben, denn was uns eine Wiederholung scheint, wird wohl für viele Hunderte und Tausende von Bauern keine Wiederholung, sondern eine sich ihnen zum erstenmal erschließende Wahrheit sein. Und wenn bei uns der Gedanke auftaucht, daß wir der Propaganda zuviel Aufmerksamkeit schenken, so muß gesagt werden, daß wir das noch hundertmal mehr tun müssen. Wenn ich das aber sage, so will ich damit zum Ausdruck bringen, daß die Bauernschaft unserer Propaganda kein Vertrauen schenken wird, wenn wir ihr mit allgemeinen Erklärungen über die Nützlichkeit der Einrichtung landwirtschaftlicher Kommunen kommen und ihr nicht gleichzeitig in der Tat den praktischen Nutzen zu beweisen wissen, den ihr die genossenschaftlichen, die Artelwirtschaften bringen.

Im Gesetz heißt es, daß die Kommunen, die Artels, die Genossenschaften der umwohnenden bäuerlichen Bevölkerung helfen müssen. Aber der Staat, die Arbeitermacht, stellt einen Milliardenfonds bereit, um den landwirtschaftlichen Kommunen und Artels zu helfen. Und natürlich, wenn die eine oder die andere Kommune die Bauern aus diesem Fonds unterstützt, so wird das, fürchte ich, bei den Bauern nur Spott hervorrufen. Und mit gutem Grund. Jeder Bauer wird sagen: „Selbstverständlich, wenn man euch einen Milliardenfonds gibt, fällt es euch ja nicht schwer, einen Brocken davon auch uns hinzuwerfen.“ Ich fürchte, daß das bei dem Bauern nichts als Spott auslösen wird, denn in dieser Frage ist er sehr hellhörig und sehr mißtrauisch. Der Bauer ist seit Jahrhunderten gewohnt, von der Staatsgewalt nichts als Unterdrückung zu erfahren, darum ist es ihm zur Gewohnheit geworden, alles, was vom Staat herrührt, mit Mißtrauen aufzunehmen. Leisten also die landwirtschaftlichen Kommunen den Bauern nur Hilfe, um den Buchstaben des Gesetzes zu erfüllen, so wird eine solche Hilfe nicht nur nutzlos sein, sondern kann nur zum Schaden gereichen. Denn der Name landwirtschaftliche Kommune ist etwas Großes, ist mit dem Begriff Kommunismus verbunden. Es ist gut, wenn die Kommunen in der Praxis zeigen, daß sie tatsächlich ernsthaft auf die Verbesserung der Bauernwirtschaft hinarbeiten – dann wird zweifellos die Autorität sowohl der Kommunisten als auch der Kommunistischen Partei steigen. Aber sehr oft war es doch so, daß die Kommunen nur Ablehnung bei den Bauern hervorriefen, und das Wort „Kommune“ wurde manchmal sogar zu einer Kampflosung gegen den Kommunismus. Und das nicht nur dann, wenn unsinnige Versuche gemacht wurden, die Bauern gewaltsam in die Kommunen zu pressen. Die Sinnlosigkeit solcher Versuche sprang allen so sehr in die Augen, daß die Sowjetmacht längst dagegen Stellung genommen hat. Und ich hoffe, daß Fälle solcher Gewaltanwendung, wenn sie jetzt auch noch vereinzelt vorkommen, doch nur selten sind und daß Sie den gegenwärtigen Kongreß dazu benutzen werden, die letzten Spuren dieser Auswüchse in der Sowjetrepublik zu tilgen, damit sich die Bauernbevölkerung auf keinen einzigen Fall aus

ihrer Umgebung mehr berufen kann, der die alte Ansicht, das Eintreten in eine Kommune sei mit irgendwelchem Zwang verbunden, bekräftigen würde.

Aber selbst wenn wir uns von diesem alten Mangel befreien und diese Auswüchse vollständig ausrotten, so wird das doch erst ein winziger Teil dessen sein, was wir eigentlich zu tun haben. Denn die Notwendigkeit, den Kommunen staatliche Unterstützung zu gewähren, bleibt bestehen, und wir wären keine Kommunisten und Anhänger der sozialistischen Wirtschaft, wenn wir den kollektiven landwirtschaftlichen Betrieben aller Art keine staatliche Hilfe zukommen ließen. Wir müssen das auch deshalb tun, weil das mit unseren sonstigen Aufgaben im Einklang steht und weil wir sehr wohl wissen, daß diese Genossenschaften, Artels und kollektiven Organisationen Neuerungen sind, die ohne Unterstützung durch die an der Macht befindliche Arbeiterklasse nicht Wurzel fassen können. Damit sie aber Wurzel fassen und eben weil der Staat sie finanziell und auch sonst in jeder Weise unterstützt, müssen wir erreichen, daß dem Gespött der Bauern ein Riegel vorgeschoben wird. Wir müssen immer auf der Hut sein, damit der Bauer nicht von den Mitgliedern der Kommunen, der Artels und der Genossenschaften sagen kann, sie seien Kostgänger des Staates und unterschieden sich von den Bauern nur dadurch, daß man ihnen Vergünstigungen gewährt. Jeder Dummkopf wird etwas besser leben als ein gewöhnlicher Bauer, wenn man ihm Land gibt und dazu noch eine Unterstützung aus dem Milliardenfonds, damit er bauen kann. Was ist daran kommunistisch und was ist da besser geworden, wird der Bauer sagen, wofür sollen wir sie denn achten? Natürlich, wenn man ein paar Dutzend oder ein paar Hundert Menschen nimmt und ihnen Milliarden zur Verfügung stellt, dann werden sie auch arbeiten.

Solch eine Einstellung der Bauern ist das, was am meisten zu Besorgnissen Anlaß gibt, und ich möchte die Aufmerksamkeit der auf diesem Kongreß versammelten Genossen auf diese Frage lenken. Diese Frage muß praktisch so gelöst werden, daß wir uns selbst sagen können: Wir sind dieser Gefahr nicht nur entronnen,

sondern haben Mittel ausfindig gemacht, dafür zu kämpfen, daß der Bauer nicht so denken kann, sondern daß er im Gegenteil in jeder Kommune, in jedem Artel etwas sieht, was von der Staatsmacht gefördert wird, und daß er in ihnen neue Methoden der Landwirtschaft findet, die nicht in Büchern und Reden (das ist recht billig), sondern im praktischen Leben ihre Vorzüge gegenüber dem Alten erweisen. Darin eben liegt die Schwierigkeit der Lösung dieser Aufgabe, und darum ist es auch für uns, die wir nur trockene Zahlen zu Gesicht bekommen, schwer, darüber zu urteilen, ob wir in der Tat bewiesen haben, daß wirklich jede Kommune, jedes Artel alle Betriebe des alten Systems übertrifft, daß die Arbeitermacht hier dem Bauern hilft.

Ich glaube, für die Lösung dieser Frage in der Praxis wäre es sehr wünschenswert, wenn Sie, die Sie eine ganze Reihe Kommunen, Artels und Genossenschaften in Ihrer Umgebung aus der Praxis kennen, Methoden einer wirklich konkreten Kontrolle darüber ausarbeiteten, wie das Gesetz durchgeführt wird, das die Hilfeleistung der landwirtschaftlichen Kommunen für die umwohnende Bevölkerung verlangt; wie der Übergang zur sozialistischen Landwirtschaft verwirklicht wird und worin er in jeder Kommune, in jedem Artel und in jeder Genossenschaft konkret zum Ausdruck kommt; mit welchen Mitteln das bewerkstelligt wird, wie viele Genossenschaften, Kommunen diesen Übergang wirklich durchführen und wie viele sich das erst vorgenommen haben; in wieviel Fällen die Kommunen solche Hilfe erwiesen haben und welchen Charakter diese Hilfe hatte: ob sie philanthropisch oder sozialistisch war.

Wenn die Kommunen und Artels von den erhaltenen Staatszuschüssen einen Teil den Bauern zuwenden, so gibt das jedem Bauern lediglich Anlaß zu denken, daß ihm da eben gute Menschen helfen, beweist aber nichts für den Übergang zur sozialistischen Ordnung. Die Bauern sind aber von jeher gewöhnt, sich solchen „guten Menschen" gegenüber mißtrauisch zu verhalten. Man muß herauszuarbeiten verstehen, worin diese neue Gesellschaftsordnung wirklich zum Ausdruck gekommen ist, wie den Bauern bewiesen

wird, daß die genossenschaftliche, artelmäßige Bewirtschaftung des Bodens besser ist als die durch die bäuerliche Einzelwirtschaft, und zwar besser *nicht* dank der staatlichen Hilfe. Man muß auch *ohne* staatliche Hilfe den Bauern zu beweisen verstehen, daß diese neue Ordnung praktisch verwirklicht werden kann.

Leider kann ich an Ihrem Kongreß nicht bis zum Schluß teilnehmen und werde mich deshalb an der Herausarbeitung der Methoden dieser Kontrolle nicht beteiligen können. Aber ich bin überzeugt, daß Sie gemeinsam mit den Genossen, die an der Spitze unseres Volkskommissariats für Landwirtschaft stehen, solche Methoden finden werden. Ich habe mit Befriedigung den Artikel des Volkskommissars für Landwirtschaft, Genossen Sereda, gelesen, in dem er unterstreicht, daß die Kommunen und Genossenschaften sich nicht von der umwohnenden bäuerlichen Bevölkerung loslösen dürfen, sondern bestrebt sein müssen, deren Wirtschaft zu verbessern. Man muß die Kommune so einrichten, daß sie zu einem Musterbetrieb wird und die benachbarten Bauern sich von selbst zu ihr hingezogen fühlen; man muß verstehen, ihnen am praktischen Beispiel zu zeigen, wie man den Menschen helfen muß, die unter so schwierigen Verhältnissen des Warenmangels und der allgemeinen Zerrüttung ihre Wirtschaft betreiben. Um nun die praktischen Methoden festzulegen, wie das zu verwirklichen ist, muß eine sehr ausführliche Instruktion ausgearbeitet werden, in der alle Arten der Hilfeleistung für die benachbarte bäuerliche Bevölkerung aufgeführt werden müssen, in der jeder Kommune die Frage vorgelegt wird, was sie an Hilfe für die Bauern geleistet hat. In dieser Instruktion müssen die Methoden angegeben werden, wie es zu erreichen ist, daß jede der vorhandenen zweitausend Kommunen und jedes der etwa viertausend Artels zu einer Zelle wird, die fähig ist, bei den Bauern durch Taten die Überzeugung zu festigen, daß die kollektive Bodenbewirtschaftung als Übergang zum Sozialismus eine nützliche Sache und kein Hirngespinst, nicht einfach ein Phantasiegebilde ist.

Ich sagte bereits, daß das Gesetz von den Kommunen die Unterstützung der umwohnenden bäuerlichen Bevölkerung verlangt. Anders konnten wir uns in dem Gesetz nicht ausdrücken, konnten darin keinerlei praktische Anweisungen geben. Wir mußten die allgemeinen Grundsätze festlegen und uns darauf verlassen, daß die politisch bewußten Genossen an Ort und Stelle dieses Gesetz gewissenhaft anwenden und es verstehen werden, tausenderlei Wege zu finden, um es praktisch auf die konkreten wirtschaftlichen Bedingungen jeder Gegend anzuwenden. Doch selbstverständlich kann jedes Gesetz umgangen werden, sogar unter dem Deckmantel seiner Erfüllung. Auch das Gesetz über die Hilfeleistung für die Bauern kann, wenn es nicht gewissenhaft befolgt wird, zu einem bloßen Spielzeug werden und nicht die erwünschten, sondern völlig entgegengesetzte Ergebnisse zeitigen.

Die Kommunen müssen sich in der Richtung entwickeln, daß sich durch Berührung mit ihnen und durch ihre wirtschaftliche Hilfe die Bedingungen der bäuerlichen Wirtschaft zu verändern beginnen und daß jede Kommune, jedes Artel und jede Genossenschaft es versteht, die Grundlage für eine Verbesserung dieser Bedingungen zu schaffen und die Verbesserung auch praktisch zu verwirklichen, um den Bauern durch die Tat zu beweisen, daß diese Änderung ihnen nur Nutzen bringt.

Sie können natürlich auf den Gedanken kommen, daß man uns sagen wird: Um die Wirtschaft zu verbessern, müssen Bedingungen gegeben sein, die sich von den Bedingungen der gegenwärtigen Zerrüttung unterscheiden – dieser Zerrüttung, deren Ursache in dem vierjährigen imperialistischen Krieg und in dem zweijährigen Bürgerkrieg liegt, den uns die Imperialisten aufgezwungen haben. Unter solchen Verhältnissen wie bei uns ist gar nicht daran zu denken, umfassende Verbesserungen in den landwirtschaftlichen Betrieben durchzuführen – gebe Gott, daß wir irgendwie durchhalten und nicht Hungers sterben.

Es ist ganz natürlich, daß derartige Zweifel möglicherweise geäußert werden. Wenn ich aber auf solche Einwände zu erwidern hätte, würde ich folgendes sagen: Nehmen wir an, daß tatsächlich infolge der wirtschaftlichen Zerrüttung, des Warenmangels, des daniederliegenden Verkehrswesens, der Vernichtung von Vieh und

Geräten eine umfassende Verbesserung der Wirtschaft nicht durchzuführen ist. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß in einer ganzen Reihe von Einzelfällen eine Verbesserung der Wirtschaft in bestimmten Grenzen möglich ist. Doch angenommen, auch das wäre nicht der Fall. Bedeutet das, die Kommunen könnten das Leben der Bauern in ihrer Umgebung nicht ändern, könnten ihnen nicht beweisen, daß die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe keine künstlich gezüchteten Treibhausgewächse, sondern eine neue Hilfe der Arbeitermacht für die werktätige Bauernschaft, eine Unterstützung für sie in ihrem Kampf gegen das Kulakentum sind? Ich bin überzeugt, daß wir sogar dann, wenn wir so an die Frage herangehen, wenn wir die Unmöglichkeit von Verbesserungen unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Zerrüttung einräumen, durch die ehrlichen Kommunisten, die wir in den Kommunen und Artels haben, sehr, sehr viel erreichen können.

Um keine unbegründeten Behauptungen aufzustellen, will ich mich auf das berufen, was man bei uns in den Städten Subbotniks nennt. So hat man die unentgeltliche Arbeit bezeichnet, die die Arbeiter in den Städten über das Maß dessen, was von jedem Arbeiter verlangt wird, einige Stunden hindurch für irgendeinen öffentlichen Zweck leisten. Die Subbotniks wurden erstmalig in Moskau von den Eisenbahnern der Moskau–Kasaner Eisenbahn eingeführt. Auf einen Aufruf der Sowjetmacht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Rotarmisten an den Fronten unerhörte Opfer bringen und ungeachtet aller Entbehrungen, die sie zu ertragen haben, beispiellose Siege über unsere Feinde erringen, und in dem es außerdem hieß, daß wir diese Siege nur dann mit dem Endsieg krönen können, wenn dieser Heldenmut, diese Opferbereitschaft nicht nur an den Fronten, sondern auch im Hinterland Platz greifen werden, antworteten die Moskauer Arbeiter mit der Veranstaltung von Subbotniks. Ohne Zweifel haben die Moskauer Arbeiter viel mehr Not und Elend zu tragen als die Bauern. Und wenn Sie die Lebensbedingungen der Moskauer Arbeiter näher kennenlernen und sich vor Augen führen, daß sie es unter diesen unerhört schweren Bedingungen fertiggebracht haben, mit der

Durchführung der Subbotniks zu beginnen, dann werden Sie zugeben, daß auch die schwierigsten Verhältnisse nicht als Vorwand dafür dienen können, das zu unterlassen, was unter allen Verhältnissen getan werden kann, wenn man die Methode anwendet, die die Moskauer Arbeiter angewandt haben. Nichts hat so sehr zur Hebung der Autorität der Kommunistischen Partei in der Stadt beigetragen und so sehr die Achtung der parteilosen Arbeiter vor den Kommunisten gesteigert wie diese Subbotniks, als sie aufhörten, eine Einzelerscheinung zu sein, und als die parteilosen Arbeiter in der Praxis sahen, daß den Mitgliedern der herrschenden Kommunistischen Partei Pflichten auferlegt sind und die Kommunisten neue Mitglieder in die Partei nicht dazu aufnehmen, damit diese in den Genuß von Vorteilen gelangen, die mit der Stellung einer Regierungspartei verbunden sind, sondern damit sie ein Beispiel wirklich kommunistischer, d. h. unentgeltlich geleisteter Arbeit liefern. Der Kommunismus ist die höchste Entwicklungsstufe des Sozialismus, wo die Menschen arbeiten, weil sie die Notwendigkeit erkannt haben, zum Nutzen der Allgemeinheit zu arbeiten. Wir wissen, daß wir die sozialistische Ordnung nicht sofort einführen können; gebe Gott, daß unsere Kinder, vielleicht aber auch erst unsere Enkel die Errichtung des Sozialismus bei uns erleben. Aber wir sagen, daß die Mitglieder der herrschenden Kommunistischen Partei auch den Hauptteil der Schwierigkeiten im Kampf gegen den Kapitalismus auf sich nehmen, indem sie die besten Kommunisten an die Front entsenden und von denjenigen, die nicht in dieser Weise eingesetzt werden können, die Teilnahme an Subbotniks verlangen.

Diese Subbotniks haben sich in jeder großen Industriestadt eingebürgert; die Partei verlangt jetzt von jedem ihrer Mitglieder, daß es daran teilnimmt, und bestraft denjenigen, der das nicht befolgt, sogar mit dem Ausschluß aus der Partei. Wenn Sie diese Subbotniks in den Kommunen, Artels und Genossenschaften einführen, dann können und müssen Sie auch unter den schlechtesten Bedingungen erreichen, daß der Bauer in jeder Kommune, jedem Artel, jeder Genossenschaft eine Vereinigung sieht, die sich nicht dadurch aus-

zeichnet, daß sie staatliche Unterstützung erhält, sondern dadurch, daß in ihr die besten Vertreter der Arbeiterklasse vereinigt sind, die nicht nur anderen den Sozialismus predigen, sondern ihn auch selbst zu verwirklichen imstande sind, die imstande sind zu zeigen, daß sie sogar unter den schlechtesten Bedingungen kommunistisch zu wirtschaften und der Bauernbevölkerung der Umgebung nach Kräften zu helfen verstehen. Hierbei kann es keinerlei Ausflüchte geben, hier kann man sich nicht auf Warenmangel, auf das Fehlen von Saatgut oder auf eine Viehseuche berufen. Hier haben wir einen Prüfstein, der uns auf jeden Fall mit Bestimmtheit zu sagen erlaubt, inwieweit wir die schwere Aufgabe, die wir uns gestellt haben, praktisch gemeistert haben.

Ich bin überzeugt, daß die gemeinsame Tagung der Vertreter der Kommunen, Genossenschaften und Artels dies erörtern und zu der Meinung gelangen wird, daß die Anwendung einer solchen Methode wirklich ein großartiges Mittel zur Festigung der Kommunen und Genossenschaften darstellt und solche praktischen Ergebnisse erzielen wird, daß in ganz Rußland kein einziger Fall feindlichen Verhaltens von Bauern zu den Kommunen, Artels und Genossenschaften mehr vorkommen kann. Das genügt aber nicht; es kommt darauf an, daß die Bauernschaft ihnen Sympathie entgegenbringt. Wir Vertreter der Sowjetmacht werden unserseits alles tun, um dabei mitzuhelfen; wir werden darauf achten, daß unsere Staatszuschüsse aus dem Milliardenfonds oder aus anderen Quellen nur in den Fällen bewilligt werden, wo tatsächlich in der Praxis eine enge Verbindung der Arbeitskommunen und Artels mit den in der Umgebung lebenden Bauern hergestellt wird. Ohne diese Voraussetzungen halten wir jede Hilfe für die Artels oder Genossenschaften nicht nur für nutzlos, sondern auch für unbedingt schädlich. Die Hilfe der Kommunen für die umwohnenden Bauern darf nicht als Hilfe betrachtet werden, die nur dem Überfluß entspringt, sondern diese Hilfe muß sozialistisch sein, d. h., sie muß den Bauern den Übergang von der abgesonderten Einzelwirtschaft zur genossenschaftlichen Wirtschaft ermöglichen. Das aber läßt sich nur mit Hilfe jener Subbotniks erreichen, von denen ich hier sprach.

Wenn Sie diese Erfahrungen der Arbeiter in den Städten in Betracht ziehen, die die Subbotnikbewegung ins Leben gerufen haben, obwohl sie in unvergleichlich schlechteren Verhältnissen leben als die Bauern, dann werden wir, dessen bin ich sicher, mit Ihrer gemeinsamen, einmütigen Unterstützung erreichen, daß jede Kommune und jedes Artel, von denen es heute einige tausend gibt, zu einer wirklichen Pflanzstätte kommunistischer Ideen und Vorstellungen unter den Bauern wird, zu einem praktischen Vorbild, an dem die Bauern erkennen, daß diese Kommunen und Artels zwar noch schwache, kleine Keime, aber doch keine künstlichen, keine Treibhausgewächse, sondern wirkliche Keime der neuen sozialistischen Ordnung sind. Erst dann werden wir einen dauerhaften Sieg über die alte Unwissenheit, Zerrüttung und Not davontragen, erst dann brauchen wir keine Schwierigkeiten auf unserem weiteren Wege zu fürchten.

„Prawda" Nr. 273 und 274,
5. und 6. Dezember 1919.
Werke, Bd. 30, S. 181–191.

Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage

(Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale)

Genosse Marchlewski hat in seinem Artikel ausgezeichnet die Gründe dargelegt, warum die Zweite Internationale, die jetzt zur gelben Internationale geworden ist, völlig außerstande war, die Taktik des revolutionären Proletariats in der Agrarfrage festzulegen, ja diese Frage nicht einmal richtig zu stellen vermochte. Weiterhin umriß Gen. Marchlewski die theoretischen Grundzüge des kommunistischen Agrarprogramms der III. Internationale.

An Hand dieser Grundzüge kann (und muß meines Erachtens) für den zum 15. VII. 1920 einberufenen Kongreß der Komintern eine zusammenfassende Resolution über die Agrarfrage ausgearbeitet werden.

Nachstehend ein erster Entwurf für eine solche Resolution.

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des Dorfes vom Joch des Kapitals und des gutsherrlichen Großgrundbesitzes, vom Ruin und von den imperialistischen Kriegen zu befreien, die bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung immer wieder unvermeidlich sind. Für die werktätigen Massen des Dorfes gibt es keine andere Rettung, als ein Bündnis mit dem kommunistischen Proletariat einzugehen und dessen revolutionären Kampf zur Abschüttelung des Jochs der Gutsherren (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie rückhaltlos zu unterstützen.

Anderseits können die Industriearbeiter ihre weltgeschichtliche Mission der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals und von den Kriegen nicht erfüllen, wenn sich diese Arbeiter ganz in dem Kreis enger Zunft- und Berufsinteressen abschließen und sich selbstzufrieden auf Bemühungen beschränken, ihre mitunter leidliche kleinbürgerliche Lage zu verbessern. Geradeso verhält es sich in vielen fortgeschrittenen Ländern mit der „Arbeiteraristokratie", die den Kern der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, tatsächlich aber aus den schlimmsten Feinden des Sozialismus, aus Verrätern am Sozialismus, aus kleinbürgerlichen Chauvinisten, aus Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung besteht. Eine wirklich revolutionäre, wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur dann, wenn es als Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Das aber ist unmöglich, wenn der Klassenkampf nicht ins Dorf hineingetragen wird, wenn die kommunistische Partei des städtischen Proletariats die werktätigen Massen des Dorfes nicht um sich schart, wenn das Proletariat diese Massen nicht erzieht.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls für sich gewinnen muß, sind in allen kapitalistischen Ländern durch die folgenden Klassen vertreten:

Erstens durch das Landproletariat, die Lohnarbeiter (Jahres-, Halbjahres- und Tagesarbeiter), die sich ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in kapitalistischen landwirtschaftlichen Betrieben erwerben. Eine selbständige, von den anderen Gruppen der Landbevölkerung getrennte (politische wie militärische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche wie kulturell aufklärende usw.) Organisation dieser Klasse zu schaffen, intensive Propaganda und Agitation in ihr zu treiben, sie für die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats zu gewinnen – das ist die *grundlegende* Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens durch die Halbproletarier oder Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt erwerben teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- und Industriebetrieben, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Stückchen Land, das ihnen nur einen Teil der von ihrer Familie benötigten Lebensmittel abwirft. Diese Gruppe der werktätigen Landbevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern sehr

zahlreich, ihre Existenz und ihre besondere Lage werden von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur II. Internationale gehörenden gelben „Sozialisten" vertuscht, die zum Teil die Arbeiter bewußt betrügen, zum Teil den altgewohnten spießbürgerlichen Anschauungen blind unterliegen und diese Gruppe mit der großen Masse der „Bauernschaft" schlechthin in einen Topf werfen. Diese Methode der bürgerlichen Verdummung der Arbeiter ist am häufigsten in Deutschland und Frankreich, aber auch in Amerika und in anderen Ländern zu beobachten. Leistet die kommunistische Partei eine richtige Arbeit, so wird diese Gruppe bestimmt ihre Anhängerin sein, denn die Lage solcher Halbproletarier ist sehr schwer, und der Gewinn, den sie von der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats haben, ist gewaltig und unverzüglich spürbar.

Drittens durch die Kleinbauernschaft, d. h. die kleinen Landwirte, die Eigentümer oder Pächter von so kleinen Grundstücken sind, daß sie gerade die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft decken, ohne fremde Arbeitskraft anzuwenden. Diese Schicht gewinnt als solche unbedingt durch den Sieg des Proletariats, der ihr sofort und restlos bringt: a) Befreiung von der Zahlung des Pachtzinses oder der Abgabe eines Teils der Ernte (z. B. die métayers, Halbpächter, in Frankreich, ebenso in Italien usw.) an die Großgrundbesitzer; b) Befreiung von den Hypothekenschulden; c) Befreiung von den verschiedenartigsten Formen der Unterdrükkung durch die Großgrundbesitzer und der Abhängigkeit von ihnen (Waldungen und ihre Nutzung usw.); d) unverzügliche Hilfeleistung für ihre Wirtschaft seitens der proletarischen Staatsmacht (Möglichkeit der Benutzung von landwirtschaftlichen Geräten und zum Teil der Gebäude in den vom Proletariat expropriierten kapitalistischen Großwirtschaften, sofortige Umwandlung der ländlichen Konsum- und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus den reichen und mittleren Bauern den meisten Nutzen brachten, in Organisationen, die in erster Linie der Dorfarmut, d. h. den Proletariern, Halbproletariern, Kleinbauern usw. helfen werden) u. a. m.

Zugleich muß sich die kommunistische Partei klar darüber sein, daß in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht, wenigstens teilweise, Schwankungen in der Richtung der unbeschränkten Freiheit des Handels und der freien Nutznießung der Privateigentumsrechte unvermeidlich sind, denn diese Schicht, die (wenn auch nur in geringem Maße) bereits als Verkäufer von Konsumtionsmitteln auftritt, ist durch Spekulation und Eigentümergewohnheiten korrumpiert. Doch bei einer festen proletarischen Politik, bei einer gründlichen Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern, können die Schwankungen dieser Schicht nicht erheblich sein und nichts an der Tatsache ändern, daß sie im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Umwälzung stehen wird.

3. Zusammengenommen bilden die drei genannten Gruppen in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit der Landbevölkerung. Daher ist der Erfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande völlig gesichert. Die gegenteilige Meinung ist zwar weit verbreitet, kann sich aber nur behaupten: erstens wegen des systematischen Betrugs der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die den tiefen Abgrund zwischen den erwähnten Klassen im Dorf und den Ausbeutern, Gutsbesitzern und Kapitalisten, wie auch zwischen den Halbproletariern und Kleinbauern einerseits und den Großbauern anderseits mit allen Mitteln vertuscht; zweitens weil die Helden der gelben, der II. Internationale und der durch die imperialistischen Privilegien korrumpierten „Arbeiteraristokratie" der fortgeschrittenen Länder nicht fähig und nicht gewillt sind, eine wirklich proletarisch-revolutionäre propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit unter der Dorfarmut zu leisten; die ganze Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist ja darauf gerichtet, eine theoretische und praktische Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie, darunter mit der Groß- und Mittelbauernschaft (über diese siehe weiter unten) auszuhecken, und nicht darauf, die bürgerliche Regierung und die Bourgeoisie auf revolutionärem Wege durch das Proletariat

zu stürzen. Drittens behauptet sich diese Meinung infolge des hartnäckigen, bereits zum festen Vorurteil gewordenen (mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängenden) Nichtbegreifens jener Wahrheit, die durch den Marxismus theoretisch vollauf bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland vollauf bestätigt worden ist, nämlich daß die unerhört geduckte, zersplitterte, niedergedrückte, in allen, selbst den fortgeschrittensten Ländern zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung aller drei obengenannten Kategorien, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Sieg des Sozialismus interessiert ist, das revolutionäre Proletariat erst *nach* dessen Eroberung der politischen Macht entschlossen zu unterstützen vermag, erst *nach* dessen entschiedener Abrechnung mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, erst *nachdem* diese niedergehaltenen Menschen *in der Praxis* gesehen haben werden, daß sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der genügend Stärke und Festigkeit besitzt, ihnen zu helfen, sie zu leiten und ihnen den richtigen Weg zu zeigen.

4. Unter „Mittelbauernschaft“ im ökonomischen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, die als Eigentümer oder Pächter ebenfalls zwar kleine Parzellen besitzen, aber immerhin solche, die erstens unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur die Familie und die Wirtschaft kümmerlich erhalten, sondern es auch ermöglichen, einen gewissen Überschuß zu erzielen, der sich, zumindest in den günstigsten Jahren, in Kapital verwandeln kann, und die zweitens ziemlich oft (etwa in jeder zweiten oder dritten Wirtschaft) fremde Arbeitskraft in Anspruch nehmen. Als konkretes Beispiel für die Mittelbauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land kann in Deutschland nach der Betriebszählung von 1907 die Gruppe der landwirtschaftlichen Betriebe mit fünf bis zehn Hektar Land angesehen werden, in der die Zahl der Höfe, die landwirtschaftliche Lohnarbeiter beschäftigen, etwa ein Drittel aller Höfe dieser Gruppe ausmacht.[1] In Frankreich, wo Spezialkulturen,

[1] Hier die genauen Zahlen: die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 5 bis 10 Hektar betrug 652798 (von 5736082); sie beschäftigten neben

die einen besonders großen Arbeitsaufwand erfordern, zum Beispiel der Weinbau, höher entwickelt sind, bedient sich die entsprechende Gruppe wahrscheinlich in noch etwas größerem Umfang fremder, gedungener Arbeitskräfte.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich – wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats – nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen, sondern muß sich darauf beschränken, sie zu neutralisieren, d. h. sie dahin zu bringen, daß sie sich im Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie neutral verhält. Schwankungen dieser Schicht zwischen der einen und der anderen Kraft sind unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird sie, in den entwickelten kapitalistischen Ländern, vorwiegend zur Bourgeoisie tendieren. Denn in dieser Schicht überwiegen die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer; sie ist an der Spekulation, am „freien“ Handel und Eigentum unmittelbar interessiert und steht zu den Lohnarbeitern in direktem Antagonismus. Durch Aufhebung des Pachtzinses und Streichung der Hypotheken wird das siegreiche Proletariat die Lage dieser Schicht unmittelbar verbessern. In den meisten kapitalistischen Ländern braucht die proletarische Staatsmacht das Privateigentum keineswegs sofort und vollständig aufzuheben, und jedenfalls garantiert sie sowohl der Klein- als auch der Mittelbauernschaft, daß ihre Grundstücke ihnen nicht nur erhalten bleiben, sondern auch um die gesamte von ihnen sonst gepachtete Fläche vergrößert werden (Aufhebung des Pachtzinses).

Die Verknüpfung von Maßnahmen dieser Art mit dem schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie garantiert vollauf den Erfolg der Politik der Neutralisierung. Den Übergang zur kollektiven Landwirtschaft soll die proletarische Staatsmacht nur mit

2003633 Familienangehörigen 487704 Lohnarbeiter verschiedener Art. In Österreich umfaßte diese Gruppe laut Zählung von 1902 383331 Betriebe, von denen 126136 Lohnarbeiter beschäftigten; die Zahl der Lohnarbeiter betrug 146044, die der mitarbeitenden Familienangehörigen 1265969. Insgesamt zählte Österreich 2856349 landwirtschaftliche Betriebe.

größter Vorsicht und ganz allmählich, durch die Macht des Beispiels, ohne jede Gewaltanwendung gegenüber der Mittelbauernschaft vollziehen.

5. Als „Großbauern" sind die kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit den „Bauern" nur durch ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensweise und die eigene körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Das ist die zahlenmäßig stärkste unter den Schichten der Bourgeoisie, die direkte und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf den Kampf gegen diese Schicht, auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung vom geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw. müssen die kommunistischen Parteien in ihrer gesamten Arbeit auf dem Lande das Hauptaugenmerk richten.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind seitens dieser Schicht alle möglichen Äußerungen von Widerstand, Sabotage und direkte bewaffnete Aktionen konterrevolutionären Charakters absolut unausbleiblich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht bis auf den letzten Mann zu entwaffnen und ihr – neben dem Sturz der Kapitalisten in der Industrie – beim ersten Anzeichen von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen; zu diesem Zweck muß man das Landproletariat bewaffnen und auf dem Lande Sowjets organisieren, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern das Übergewicht gesichert sein muß.

Doch die Expropriation sogar der Großbauern kann keinesfalls die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein, denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften fehlen noch die materiellen, insbesondere die technischen, und ferner auch die sozialen Voraussetzungen. In einzelnen Fällen, die wahrscheinlich Ausnahmen sind, wird man jene Teile ihrer Grundstücke konfiszieren, die an Kleinpächter verpachtet oder für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teils der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden u. ä. m. In der Regel aber soll die proletarische Staatsmacht den Großbauern ihr Land lassen und es nur dann konfiszieren, wenn sie der Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten Widerstand leisten. Die Erfahrungen der proletarischen Revolution in Rußland, wo der Kampf gegen die Großbauernschaft infolge einer Reihe von besonderen Umständen kompliziert und langwierig war, haben immerhin gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie bei den geringsten Versuchen von Widerstand eine gehörige Lehre bekommt, fähig ist, die Aufgaben, die ihr der proletarische Staat stellt, loyal durchzuführen, und daß sie sogar – wenn auch außerordentlich langsam – anfängt, vor der Macht, die jeden Arbeitenden schützt und reichen Müßiggängern gegenüber keine Gnade kennt, Achtung zu empfinden.

Die besonderen Umstände, die den Kampf des gegenüber der Bourgeoisie siegreichen Proletariats gegen die Großbauernschaft in Rußland kompliziert und verlangsamt haben, bestehen hauptsächlich darin, daß die russische Revolution nach der Umwälzung vom 25. X. (7. XI.) 1917 das Stadium des „allgemein-demokratischen", d. h. seinem Wesen nach bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft in ihrer Gesamtheit gegen die Gutsbesitzer durchgemacht hat, ferner in der kulturellen und zahlenmäßigen Schwäche des städtischen Proletariats und schließlich in den ungeheuren Entfernungen und äußerst schlechten Verkehrswegen. Da in den fortgeschrittenen Ländern diese hemmenden Bedingungen fehlen, muß das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas den vollständigen Sieg über den Widerstand der Großbauernschaft, die vollständige Beseitigung der geringsten Möglichkeit ihres Widerstands energischer vorbereiten und viel schneller, viel entschlossener, viel erfolgreicher vollenden. Das ist eine dringende Notwendigkeit, denn vor der Erringung eines solchen vollständigen, vollkommenen Sieges sind die Massen der Landproletarier, Halbproletarier und Kleinbauern nicht imstande, die proletarische Staatsmacht als völlig stabil anzuerkennen.

6. Unverzüglich und bedingungslos muß das revolutionäre Proletariat alle Ländereien der Gutsherren, der Großgrundbesitzer, d. h. derjenigen Personen konfiszieren, die in den kapitalistischen Ländern unmittelbar oder durch ihre Pächter Lohnarbeiter und umwohnende Kleinbauern (nicht selten auch zum Teil Mittelbauern) systematisch ausbeuten, selbst keine körperliche Arbeit verrichten und größtenteils Nachkommen der Feudalherren (der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, die wieder in ihre Rechte eingesetzten Seigneurs in Frankreich, die Lords in England, die ehemaligen Sklavenhalter in Amerika) oder besonders reich gewordene Finanzmagnaten oder aber eine Mischung dieser beiden Kategorien von Ausbeutern und Müßiggängern sind.

Die kommunistischen Parteien dürfen auf keinen Fall zulassen, daß in ihren Reihen eine Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien befürwortet oder daß eine solche geleistet wird, denn bei den heutigen Verhältnissen in Europa und Amerika würde das einen Verrat am Sozialismus und die Erhebung eines neuen Tributs von den werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten, die durch den Krieg, der die Zahl der Millionäre vervielfacht und ihren Reichtum vermehrt hat, am meisten gelitten haben.

Was die Frage betrifft, wie der frühere Boden der Großgrundbesitzer, den das siegreiche Proletariat konfisziert hat, bewirtschaftet werden soll, so überwog in Rußland, infolge seiner ökonomischen Rückständigkeit, die Aufteilung dieser Ländereien zur Nutznießung der Bauernschaft, und nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen wurden sog. „Sowjetwirtschaften" geschaffen, die der proletarische Staat auf eigene Rechnung betreibt, wobei er die einstigen Lohnarbeiter in Arbeiter verwandelt, die im Auftrag des Staates arbeiten, und zu Mitgliedern der Sowjets macht, die den Staat leiten. Für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erachtet es die Kommunistische Internationale für richtig, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe *vorwiegend* beibehalten und nach Art der „Sowjetwirtschaften" in Rußland betrieben werden.

Es wäre jedoch der größte Fehler, wollte man diese Regel übertreiben oder zur Schablone erheben und niemals zulassen, daß die

umwohnenden Klein- und mitunter auch Mittelbauern kostenlos einen *Teil* der Ländereien der expropriierten Expropriateure zugewiesen erhalten.

Erstens läuft der übliche Einwand hiergegen, der auf die technische Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs pocht, mitunter darauf hinaus, daß an Stelle einer unstrittigen theoretischen Wahrheit schlimmster Opportunismus und Verrat an der Revolution unterschoben wird. Um des Erfolges dieser Revolution willen hat das Proletariat nicht das Recht, vor einer zeitweiligen Senkung der Produktion haltzumachen, wie auch die bürgerlichen Gegner der Sklaverei in Nordamerika vor dem zeitweiligen Rückgang der Baumwollproduktion nicht haltmachten, der infolge des Bürgerkriegs 1863–1865 eintrat. Für den Bourgeois ist die Produktion um der Produktion willen wichtig, für die werktätige und ausgebeutete Bevölkerung ist am wichtigsten der Sturz der Ausbeuter und die Gewährleistung von Bedingungen, die es den Werktätigen ermöglichen, für sich selber, nicht aber für die Kapitalisten zu arbeiten. Die erste und grundlegende Aufgabe des Proletariats besteht darin, den proletarischen Sieg und seine Festigung zu sichern. Die proletarische Macht kann aber nicht gefestigt werden, ohne daß die Mittelbauernschaft neutralisiert und die Unterstützung seitens eines sehr beträchtlichen Teils, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft gesichert ist.

Zweitens setzt nicht nur die Erweiterung, sondern selbst die Beibehaltung der Großproduktion in der Landwirtschaft einen durchaus aufgeklärten, revolutionär bewußten Landproletarier voraus, der eine solide Schule der gewerkschaftlichen und politischen Organisation durchgemacht hat. Wo diese Voraussetzung noch fehlt oder wo es keine Möglichkeit gibt, klassenbewußte und sachverständige Industriearbeiter mit der Angelegenheit zu betrauen, dort sind Versuche eines übereilten Übergangs zur staatlichen Leitung von Großbetrieben nur dazu angetan, die proletarische Macht zu kompromittieren, dort ist bei der Schaffung von „Sowjetwirtschaften" größte Vorsicht und gründlichste Vorbereitung geboten.

Drittens haben sich in allen, sogar in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern noch Überreste der mittelalterlichen, halb auf Fronarbeit beruhenden Ausbeutung der umwohnenden Kleinbauern durch Großgrundbesitzer erhalten, so z. B. die Instleute[1] in Deutschland, die métayers in Frankreich, die Halbpächter in den Vereinigten Staaten (nicht allein Neger, die im Süden der Vereinigten Staaten meistenteils gerade in dieser Weise ausgebeutet werden, sondern mitunter auch Weiße). In solchen Fällen ist es unumgänglich notwendig, daß der proletarische Staat die von Kleinbauern gepachteten Ländereien den früheren Pächtern zur unentgeltlichen Nutzung überläßt, denn eine andere ökonomische und technische Grundlage ist nicht vorhanden, und sie läßt sich nicht auf einmal schaffen.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt konfisziert und in Staatseigentum übergeführt werden, jedoch unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar *nach* Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den umwohnenden Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann, wobei die vom proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen einzuhalten sind.

Ist in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die sofortige Konfiskation der Güter der Großgrundbesitzer, sondern auch die Vertreibung oder Internierung ausnahmslos aller Großgrundbesitzer als Führer der Konterrevolution und erbarmungslose Unterdrücker der gesamten Landbevölkerung unbedingt notwendig, so muß man in dem Maße, wie sich die proletarische Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem flachen Lande festigt, unbedingt systematisch danach trachten, daß in dieser Klasse vorhandene Kräfte, die über wertvolle Erfahrungen, Kenntnisse und organisatorische Fähigkeiten verfügen, (unter der besonderen Aufsicht absolut zuverlässiger kommunistischer Arbeiter) zur Schaffung einer sozialistischen Großlandwirtschaft herangezogen werden.

7. Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, die Festigung des Sozialismus kann erst dann als gesichert gelten, wenn die proletarische Staatsmacht, nachdem sie jeden Widerstand der Ausbeuter endgültig gebrochen und sich vollkommene Stabilität und völlige Unterordnung gesichert hat, die gesamte Industrie nach den Grundsätzen des kollektiven Großbetriebs und auf Grund der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) reorganisiert. Nur das wird der Stadt die Möglichkeit geben, der zurückgebliebenen, zersplitterten Landbevölkerung eine so radikale technische und soziale Unterstützung zu gewähren, daß durch diese Unterstützung die materielle Grundlage für eine gewaltige Hebung der Produktivität des Ackerbaus und der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt geschaffen wird und auf diese Weise die kleinen Landwirte durch die Macht des Beispiels veranlaßt werden, um des eigenen Vorteils willen zur kollektiven, mit Maschinen arbeitenden Großlandwirtschaft überzugehen. Diese unstrittige theoretische Wahrheit, die in Worten von allen Sozialisten anerkannt ist, wird in der Tat entstellt durch den Opportunismus, der sowohl in der gelben, der Zweiten Internationale als auch unter den Führern der deutschen und englischen „Unabhängigen" sowie unter den französischen Longuetisten usw. vorherrscht. Die Entstellung besteht darin, daß das Augenmerk auf eine relativ ferne, herrliche und rosige Zukunft gerichtet und von den nächstliegenden Aufgaben des schwierigen konkreten Übergangs und Zugangs zu dieser Zukunft abgelenkt wird. In der Praxis läuft dies auf eine Predigt des Paktierens mit der Bourgeoisie und des „sozialen Friedens" hinaus, d. h. auf einen völligen Verrat am Proletariat, das gegenwärtig unter den vom Krieg überall herbeigeführten Verhältnissen unerhörter Ruinierung und Verelendung kämpft, unter den Verhältnissen einer eben durch den Krieg bewirkten unerhörten Bereicherung und Erfrechung eines Häufleins von Millionären.

Damit wirklich die Möglichkeit besteht, erfolgreich für den Sozialismus zu kämpfen, ist gerade auf dem Lande erforderlich, erstens daß alle kommunistischen Parteien das Industrieproletariat zu der Erkenntnis erziehen, daß Opfer seinerseits unumgänglich sind und daß es bereit sein muß, Opfer zu bringen, um die Bourgeoisie zu stürzen und die proletarische Staatsmacht zu festigen,

[1] „Instleute" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren und voranzuführen, als auch die Fähigkeit der Avantgarde, um dieses Zieles willen die größten Opfer zu bringen und den größten Heroismus zu entfalten; zweitens ist für den Erfolg erforderlich, daß die Lage der am meisten ausgebeuteten werktätigen Massen auf dem Lande durch den Sieg der Arbeiter sofort auf Kosten der Ausbeuter fühlbar verbessert wird, denn sonst ist die Unterstützung des Industrieproletariats durch das flache Land nicht gesichert, und insbesondere wird das Proletariat die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln anders nicht sichern können.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die werktätigen Massen in der Landwirtschaft, die der Kapitalismus in einen Zustand besonderer Geducktheit, Zersplitterung und oft halbmittelalterlicher Abhängigkeit gebracht hat, zu organisieren und zum revolutionären Kampf zu erziehen, erfordert von den kommunistischen Parteien, daß sie den Streikkämpfen auf dem flachen Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, daß sie die Massenstreiks der landwirtschaftlichen Proletarier und Halbproletarier nachdrücklich unterstützen und allseitig fördern. Die Erfahrung der russischen Revolutionen von 1905 und 1917, die jetzt durch die Erfahrung Deutschlands und anderer fortgeschrittener Länder bestätigt und erweitert worden ist, zeigt, daß nur die sich ausbreitende Bewegung von Massenstreiks (in die unter gewissen Umständen auf dem Lande auch die Kleinbauern hineingezogen werden können und müssen) imstande ist, das Dorf aus seinem Schlummer aufzurütteln, das Klassenbewußtsein und die Einsicht in die Notwendigkeit einer Klassenorganisation bei den ausgebeuteten Massen auf dem Lande zu wecken und ihnen die Bedeutung ihres Bündnisses mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt als Verräter und Abtrünnige jene Sozialisten – die es leider nicht nur in der gelben, der Zweiten Internationale, sondern auch in den drei aus dieser Internationale ausgeschiedenen, in Europa besonders wichtigen Parteien gibt –, die es fertigbringen, den Streik-

kämpfen auf dem Lande gegenüber sich nicht nur gleichgültig zu verhalten, sondern auch (wie K. Kautsky) unter Hinweis auf die Gefahr, daß sich die Lebensmittelproduktion verringern könne, gegen sie aufzutreten. Keine Programme und keine noch so feierlichen Erklärungen haben auch nur den geringsten Wert, wenn nicht in der Praxis, durch Taten bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles in der Welt stellen, daß sie ihretwegen zu den schwersten Opfern bereit sind, denn es gibt keinen anderen Ausweg und keine andere Rettung vor Hunger, wirtschaftlicher Zerrüttung und neuen imperialistischen Kriegen.

Insbesondere ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Führer des alten Sozialismus und die Vertreter der „Arbeiteraristokratie“, die jetzt häufig in Worten Zugeständnisse an den Kommunismus machen oder sich sogar nominell auf dessen Seite stellen, um ihr Ansehen unter den sich rasch revolutionierenden Arbeitermassen aufrechtzuerhalten, daraufhin geprüft werden müssen, ob sie der Sache des Proletariats ergeben und geeignet sind, verantwortliche Posten gerade in einer Arbeit zu bekleiden, wo die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins und des revolutionären Kampfes am schroffsten verläuft, wo der Widerstand der Grundbesitzer und der Bourgeoisie (der Großbauern, der Kulaken) am erbittertsten ist, wo der Unterschied zwischen einem paktierenden Sozialisten und einem revolutionären Kommunisten am deutlichsten in Erscheinung tritt.

9. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um möglichst bald auf dem flachen Lande zur Gründung von Deputiertensowjets, in erster Linie aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier, zu schreiten. Nur wenn diese Sowjets mit den Streikkämpfen der Massen und mit der am meisten unterdrückten Klasse verbunden sind, können sie ihren Zweck erfüllen und sich so weit festigen, daß sie die Kleinbauern unter ihren Einfluß bringen (und dann auch zum Beitritt bewegen) werden. Wenn dagegen infolge der schweren Unterdrückung durch die Grundbesitzer und Großbauern sowie der fehlenden Unterstützung durch die In-

dustriearbeiter und ihre Verbände der Streikkampf noch unentwikkelt und die Organisationsfähigkeit des Landproletariats noch schwach ist, so erfordert die Bildung von Deputiertensowjets auf dem flachen Lande eine langwierige Vorarbeit, nämlich die Schaffung von zumindest kleinen kommunistischen Zellen; eine intensive Agitation, durch welche die Forderungen des Kommunismus in gemeinverständlichster Form dargelegt und an Beispielen besonders krasser Erscheinungsformen der Ausbeutung und Knechtung erläutert werden; ferner die Veranstaltung systematischer Fahrten von Industriearbeitern ins Dorf usw.

Geschrieben Anfang Juni 1920.
Veröffentlicht im Juli 1920.
Werke, Bd. 31, S. 140–152.

X. Parteitag der KPR (B)

8.–16. März 1921

REFERAT ÜBER DIE ERSETZUNG DER ABLIEFERUNGSPFLICHT DURCH DIE NATURALSTEUER

15. MÄRZ

Genossen! Die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer ist vor allem und am meisten eine politische Frage, denn der Kernpunkt dieser Frage besteht in dem Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft. Daß wir diese Frage aufwerfen, bedeutet, daß wir das Verhältnis dieser beiden Hauptklassen, durch deren Kampf gegeneinander oder durch deren Verständigung miteinander das Schicksal unserer ganzen Revolution entschieden wird, einer neuen oder, möchte ich sagen, vorsichtigeren und richtigeren ergänzenden Prüfung und einer gewissen Revision unterziehen müssen. Ich brauche hier nicht ausführlich auf die Gründe einer solchen Revision einzugehen. Sie alle wissen natürlich sehr gut, welche Summe von Ereignissen, besonders auf dem Boden der äußersten Verschärfung der Not, die durch den Krieg, die Zerrüttung, die Demobilisierung und die äußerst schwere Mißernte verursacht wurde, welche Summe von Umständen die Lage der Bauernschaft besonders schwer, besonders ernst gestaltet und ihr Schwanken vom Proletariat zur Bourgeoisie unvermeidlich verstärkt hat.

Ein paar Worte über die theoretische Bedeutung oder die theoretische Behandlung dieser Frage. Es steht außer Zweifel, daß man die sozialistische Revolution in einem Lande, wo die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung zu den kleinbäuerlichen Produzenten gehört, nur durch eine ganze Reihe besonderer Übergangs-

maßnahmen verwirklichen kann, die völlig unnötig wären in Ländern des entwickelten Kapitalismus, wo die Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft die gewaltige Mehrheit bilden. In den Ländern des entwickelten Kapitalismus gibt es eine Klasse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die sich im Laufe von Jahrzehnten herausgebildet hat. Nur eine solche Klasse kann sozial, ökonomisch und politisch die Stütze des unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus sein. Nur in solchen Ländern, wo diese Klasse hinreichend entwickelt ist, ist der unmittelbare Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich und erfordert keine besonderen gesamtstaatlichen Übergangsmaßnahmen. In einer ganzen Reihe von Schriften, in allen unseren Reden, in der ganzen Presse haben wir betont, daß in Rußland die Dinge nicht so liegen, daß wir in Rußland eine Minderheit von Industriearbeitern und eine ungeheure Mehrheit von kleinen Landwirten haben. Die sozialistische Revolution kann in einem solchen Lande nur unter zwei Bedingungen endgültigen Erfolg haben. Erstens unter der Bedingung, daß sie rechtzeitig durch die sozialistische Revolution in einem oder in einigen fortgeschrittenen Ländern unterstützt wird. Wie Sie wissen, haben wir für diese Bedingung im Vergleich zu früher sehr viel, aber bei weitem nicht genug getan, damit sie zur Wirklichkeit werde.

Die andere Bedingung ist die Verständigung zwischen dem Proletariat, das seine Diktatur ausübt oder die Staatsmacht in seinen Händen hält, und der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Verständigung ist ein sehr weiter Begriff, der eine ganze Reihe von Maßnahmen und Übergängen einschließt. Hier wäre zu sagen, daß wir in unserer ganzen Propaganda und Agitation reinen Wein einschenken müssen. Leute, die unter Politik kleine Schliche verstehen, die mitunter fast auf Betrug hinauslaufen, müssen in unserer Mitte die schärfste Verurteilung finden. Es gilt, ihre Fehler zu korrigieren. Die Klassen kann man nicht betrügen. Wir haben in den vergangenen drei Jahren sehr viel getan, um das politische Bewußtsein der Massen zu heben. Die Massen haben am meisten aus dem scharfen Kampf gelernt. Wir müssen – gemäß

unserer Weltanschauung, unserer im Laufe von Jahrzehnten gemachten revolutionären Erfahrung und den Lehren unserer Revolution – die Fragen unverblümt stellen: die Interessen dieser zwei Klassen sind verschieden, der kleine Landwirt will nicht dasselbe, was der Arbeiter will.

Wir wissen, daß nur eine Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann, solange die Revolution in anderen Ländern nicht eingetreten ist. Und so muß man auch in allen Versammlungen, in der ganzen Presse unverhohlen sagen. Jedenfalls dürfen wir nicht trachten, etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen sagen, daß die Bauernschaft mit der Form der Beziehungen zu ihr, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, daß sie diese Form der Beziehungen nicht will und so nicht weiterleben wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille der Bauernschaft ist eindeutig zum Ausdruck gekommen. Das ist der Wille der ungeheuren Massen der werktätigen Bevölkerung. Dem müssen wir Rechnung tragen, und wir sind hinreichend nüchterne Politiker, um geradeheraus zu sagen: Laßt uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren. So wie es bisher war – dieser Zustand ist nicht länger haltbar.

Wir müssen den Bauern sagen: „Wollt ihr zurück, wollt ihr das Privateigentum und den freien Handel vollständig wiederherstellen, so bedeutet das, unabwendbar und unvermeidlich hinabzusinken unter die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Eine ganze Reihe historischer Beispiele und Beispiele von Revolutionen bezeugt das. Eine ganz kleine Betrachtung aus dem Abc des Kommunismus, aus dem Abc der politischen Ökonomie wird bestätigen, daß das unvermeidlich ist. Laßt uns Klarheit schaffen. Ist die Bauernschaft daran interessiert, sich mit dem Proletariat derart zu entzweien, daß sie zurücksinkt – und das Land zurücksinken läßt – zur Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer, oder ist sie nicht daran interessiert? Überlegt es euch und laßt es uns gemeinsam überlegen.“

Und wir glauben, wenn man es richtig überlegt, so wird, bei all der anzuerkennenden tiefen Unstimmigkeit zwischen den öko-

nomischen Interessen des Proletariats und des kleinen Landwirts, die Überlegung zu unseren Gunsten ausfallen.

Wie schwer auch unsere Lage im Sinne der Hilfsquellen sein mag, die Aufgabe, die Mittelbauernschaft zufriedenzustellen, muß gelöst werden. Die Bauernschaft besteht heute weit mehr aus Mittelbauern als früher, die Gegensätze haben sich abgeschliffen, der Boden ist weit ausgeglichener zur Nutzung verteilt, dem Kulaken hat man die Flügel gestutzt und ihn zu einem erheblichen Teil expropriiert – in Rußland mehr als in der Ukraine, in Sibirien weniger. Aber im großen und ganzen zeigen die statistischen Angaben ganz unbestreitbar, daß das Dorf nivelliert, ausgeglichen worden ist, d. h., die schroffe Scheidung in Kulaken einerseits und Bauern ohne Ackerland anderseits hat sich verwischt. Alles ist gleichmäßiger geworden, die Bauernschaft hat im allgemeinen die Lage von Mittelbauern erlangt.

Können wir diese Mittelbauernschaft als solche, mit ihren ökonomischen Besonderheiten, mit ihren ökonomischen Wurzeln, zufriedenstellen? Wenn jemand unter den Kommunisten davon geträumt hat, daß sich in drei Jahren die ökonomische Basis, die ökonomischen Wurzeln des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs umgestalten lassen, so war er natürlich ein Phantast. Und – gestehen wir es nur – solcher Phantasten gab es in unserer Mitte nicht wenige. Und daran ist nichts besonders Schlimmes. Wie hätte auch in einem solchen Land ohne Phantasten die sozialistische Revolution begonnen werden können? Die Praxis hat selbstverständlich gezeigt, welch gewaltige Rolle alle möglichen Experimente und Versuche auf dem Gebiet der kollektiven Führung der Landwirtschaft spielen können. Die Praxis hat jedoch auch gezeigt, daß diese Experimente als solche eine negative Rolle spielten, wenn Leute, von den besten Absichten und Wünschen erfüllt, aufs Land hinausgingen, um Kommunen und Kollektivwirtschaften einzurichten, ohne wirtschaften zu können, weil ihnen die kollektive Erfahrung fehlte.

Sie wissen sehr wohl, wie viele solcher Beispiele es gab. Das ist, wie gesagt, nicht verwunderlich, denn die Ummodelung des kleinen

Landwirts, die Ummodelung seiner ganzen Mentalität und seiner Gewohnheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesunden lassen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Verwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung. Das würde den kleinen Landwirt von Grund aus und mit enormer Geschwindigkeit ummodeln. Wenn ich sage, daß Generationen nötig sind, so bedeutet das nicht, daß Jahrhunderte nötig sind. Sie verstehen sehr wohl, daß die Beschaffung von Traktoren, Maschinen und die Elektrifizierung eines riesigen Landes – daß eine solche Sache jedenfalls nicht weniger als Jahrzehnte beanspruchen kann. Das ist die objektive Situation.

Wir müssen uns bemühen, die Forderungen der Bauern zu erfüllen, die unbefriedigt, die unzufrieden sind, mit Recht unzufrieden sind und nicht zufrieden sein können. Wir müssen ihnen sagen: „Jawohl, eine solche Lage ist nicht länger haltbar.“ Wie soll man den Bauern zufriedenstellen, und was heißt es, ihn zufriedenstellen? Woher können wir die Antwort auf die Frage erhalten, wie er zufriedenzustellen ist? Natürlich aus den Forderungen der Bauernschaft selbst. Wir kennen diese Forderungen. Aber wir müssen sie überprüfen, müssen vom Standpunkt der Wirtschaftswissenschaft all das untersuchen, was wir über die ökonomischen Forderungen des Landwirts wissen. Sobald wir uns in diese Frage vertiefen, sagen wir uns sofort: Zufriedenstellen kann man den kleinen Landwirt im Grunde genommen durch zwei Dinge. Erstens ist eine gewisse Freiheit des Umsatzes, eine Freiheit für den kleinen Privateigentümer notwendig, und zweitens müssen Waren und Produkte beschafft werden. Was wäre das für eine Freiheit des Umsatzes, wenn nichts umzusetzen ist, was wäre das für eine Freiheit des Handels, wenn es nichts zu handeln gibt! Das würde ein Fetzen Papier bleiben, die Klassen werden aber nicht durch Papierchen, sondern durch materielle Dinge zufriedengestellt. Dieze zwei Bedingungen gilt es recht gut zu begreifen. Über die zweite Bedingung – wie wir Waren beschaffen sollen,

ob wir imstande sein werden, sie zu beschaffen –, darüber werden wir später reden. Auf die erste Bedingung dagegen – die Freiheit des Umsatzes – muß man näher eingehen.

Was bedeutet denn Freiheit des Umsatzes? Freiheit des Umsatzes ist Freiheit des Handels, Freiheit des Handels aber bedeutet: zurück zum Kapitalismus. Freiheit des Umsatzes und Freiheit des Handels – das bedeutet Warenaustausch zwischen einzelnen Kleinproduzenten. Wir alle, auch diejenigen, die nur das Abc des Marxismus gelernt haben, wissen, daß sich aus diesem Umsatz und der Freiheit des Handels unvermeidlich die Teilung der Warenproduzenten in Besitzer von Kapital und in Besitzer von Arbeitshänden, die Teilung in Kapitalisten und in Lohnarbeiter, d. h. die Wiederherstellung der kapitalistischen Lohnsklaverei ergibt, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt eben aus der agrikolen Warenwirtschaft herauswächst. Das wissen wir theoretisch ausgezeichnet, und in Rußland muß jeder, der sich das Leben und die Wirtschaftsverhältnisse des kleinen Landwirts genauer angesehen hat, das unbedingt wahrnehmen.

Es fragt sich nun, wie reimt sich das, kann denn die Kommunistische Partei die Freiheit des Handels anerkennen und einführen? Stecken hier nicht unversöhnliche Widersprüche? Darauf ist zu antworten, daß die Frage in der Praxis selbstverständlich außerordentlich schwer zu lösen ist. Ich sehe voraus und weiß aus Gesprächen mit Genossen, daß der vorläufige Beschlußentwurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer, der Entwurf, der an Sie verteilt worden ist, die meisten Fragen, berechtigte und unvermeidliche Fragen, in bezug auf den Austausch hervorrufen wird, der im Rahmen des lokalen Wirtschaftsverkehrs zugelassen sein soll. Das ist am Schluß des Paragraphen 8 gesagt. Was bedeutet das, welche Grenzen sind dem gezogen, wie soll das verwirklicht werden? Wenn jemand von unserem Parteitag eine Antwort auf diese Frage erwartet, dann irrt er. Die Antwort auf diese Frage werden wir von unserer Gesetzgebung erhalten, unsere Aufgabe ist lediglich, die prinzipielle Linie festzulegen, die Losung aufzustellen. Unsere Partei ist die regierende Partei, und die Entschließung, die der Parteitag faßt, wird für die ganze Republik verpflichtend sein. Hier haben wir diese Frage prinzipiell zu entscheiden. Wir müssen diese Frage prinzipiell entscheiden und die Bauernschaft davon in Kenntnis setzen, weil die Aussaat vor der Tür steht. Und dann müssen wir unseren ganzen Apparat, alle unsere theoretischen Kräfte, unsere ganze praktische Erfahrung aufbieten, um zu sehen, wie das zu machen ist. Kann man das machen, kann man, theoretisch gesprochen, bis zu einem gewissen Grad die Freiheit des Handels, die Freiheit des Kapitalismus für die kleinen Landwirte wiederherstellen, ohne dadurch die Grundfesten der politischen Macht des Proletariats zu erschüttern? Kann man das? Ja, das kann man, denn es kommt auf das Maß an. Wären wir imstande, auch nur eine geringe Menge von Waren zu bekommen, und hielten wir sie in der Hand des Staates, in der Hand des Proletariats, das die politische Macht besitzt, könnten wir diese Waren in Umlauf bringen, so würden wir als Staat zu unserer politischen Macht die ökonomische Macht hinzufügen. Die Einschleusung dieser Waren in den Umsatz wird den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb beleben, der augenblicklich furchtbar darniederliegt unter dem Druck der schweren Verhältnisse des Krieges, der Zerrüttung und unter dem Druck der Unmöglichkeit, den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu entwickeln. Der kleine Landwirt muß, solange er ein kleiner Landwirt bleibt, einen Ansporn, einen Anstoß, einen Anreiz haben, der seiner ökonomischen Basis, d. h. der kleinen Einzelwirtschaft, entspricht. Hier wird man um die örtliche Freiheit des Umsatzes nicht herumkommen. Wenn dieser Umsatz dem Staat im Austausch gegen Industrieerzeugnisse eine gewisse Mindestmenge Getreide verschafft, die zur Bedarfsdeckung der Stadt, der Fabriken, der Industrie ausreicht, dann wird der wirtschaftliche Umsatz so wiederhergestellt, daß die Staatsmacht in den Händen des Proletariats bleibt und sich festigt. Die Bauernschaft fordert, man solle ihr in der Praxis zeigen, daß der Arbeiter, der die Fabriken, die Werke, die Industrie in seinen Händen hält, den Umsatz mit der Bauernschaft in Gang zu bringen vermag. Und anderseits setzt ein riesiges Agrarland mit schlechten

Verkehrswegen, mit unermeßlichen Landstrecken, mit verschiedenartigem Klima, mit verschiedenen landwirtschaftlichen Bedingungen usw. unvermeidlich eine gewisse Freiheit des Umsatzes der lokalen Landwirtschaft und der lokalen Industrie im lokalen Maßstab voraus. Wir haben in dieser Hinsicht sehr viel gesündigt, weil wir zu weit gegangen sind: wir sind zu weit gegangen auf dem Wege der Nationalisierung des Handels und der Industrie, auf dem Wege der Drosselung des lokalen Umsatzes. War das ein Fehler? Zweifellos.

In dieser Beziehung war vieles von dem, was wir getan haben, einfach falsch, und es wäre das größte Verbrechen, hier nicht zu sehen und nicht zu begreifen, daß wir nicht Maß gehalten und nicht gewußt haben, wie Maß zu halten ist. Dabei war aber auch eine zwangsläufige Notwendigkeit: wir lebten bisher unter Verhältnissen eines so erbitterten, unerhört schweren Krieges, daß uns nichts anderes übrigblieb, als auch auf wirtschaftlichem Gebiet nach Kriegsbrauch zu handeln. Es war ein Wunder, daß ein ruiniertes Land einen solchen Krieg ausgehalten hat, und dieses Wunder ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es ist aus den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hervorgewachsen, die dieses Wunder durch ihren Massenelan vollbracht haben; durch dieses Wunder wurde es möglich, die Gutsbesitzer und Kapitalisten abzuwehren. Aber zugleich bleibt es eine unzweifelhafte Tatsache, und sie darf in der Agitation und Propaganda nicht verhehlt werden, daß wir weiter gegangen sind, als es theoretisch und politisch notwendig war. Wir können in ziemlich großem Umfang den freien lokalen Warenverkehr zulassen, womit wir die politische Macht des Proletariats nicht zerstören, sondern festigen. Wie das zu machen ist, ist Sache der Praxis. Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu beweisen, daß das theoretisch denkbar ist. Dem Proletariat, das die Staatsmacht in Händen hält, ist es durchaus möglich, wenn es irgendwelche Ressourcen besitzt, diese in Umlauf zu bringen und dadurch eine gewisse Befriedigung des Mittelbauern herbeizuführen, ihn auf der Grundlage des lokalen Wirtschaftsverkehrs zufriedenzustellen.

Nun einige Worte über den lokalen Wirtschaftsverkehr. Vorher muß ich die Genossenschaftsfrage berühren. Natürlich brauchen wir beim lokalen Wirtschaftsverkehr die Genossenschaften, die bei uns allzusehr geknebelt worden sind. Unser Programm betont, daß der beste Verteilungsapparat die vom Kapitalismus hinterlassenen Genossenschaften sind, daß man diesen Apparat erhalten muß. So steht es im Programm. Haben wir das erfüllt? Sehr mangelhaft, und zum Teil haben wir es überhaupt nicht erfüllt, wiederum teils aus Versehen, teils aus der Zwangslage des Krieges heraus. Die Genossenschaften, die besser wirtschaftenden, ökonomisch höherstehenden Elementen Auftrieb gaben, gaben dadurch in der Politik den Menschewiki und Sozialrevolutionären Auftrieb. Das ist ein chemisches Gesetz, dagegen ist nichts zu machen! (Heiterkeit.) Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind Leute, die bewußt oder unbewußt den Kapitalismus wiederaufrichten und den Judenitsch helfen. Das ist ebenfalls ein Gesetz. Wir müssen gegen sie Krieg führen. Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg: wir mußten uns verteidigen, und wir haben uns verteidigt. Kann man aber unabänderlich in der jetzigen Lage verharren? Mitnichten. Und sich dadurch die Hände zu binden wäre unbedingt ein Fehler. Aus diesem Grunde schlage ich zur Genossenschaftsfrage eine Resolution vor, die ganz kurz ist. Ich will sie verlesen:

„In Anbetracht dessen, daß die Resolution des IX. Parteitags der KPR über die Stellung zur Genossenschaft ganz auf der Anerkennung des Prinzips der Ablieferungspflicht beruht, die jetzt durch die Naturalsteuer ersetzt wird, beschließt der X. Parteitag der KPR:

Die genannte Resolution wird aufgehoben.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, Beschlüsse auszuarbeiten und auf Partei- und Sowjetlinie durchzuführen, die in Übereinstimmung mit dem Programm der KPR und in Anpassung an die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer die Struktur und die Tätigkeit der Genossenschaften verbessern und weiterentwickeln."

Sie werden sagen, das sei unbestimmt. Ja, und es ist notwendig,

daß es bis zu einem gewissen Grade unbestimmt ist. Warum ist das notwendig? Weil man, um ganz bestimmt sein zu können, bis ins letzte wissen müßte, was wir während des ganzen Jahres schaffen werden. Wer weiß das? Niemand weiß es, und niemand kann es wissen.

Aber die Resolution des IX. Parteitags bindet uns die Hände, sie sagt: „Unterordnung unter das Volkskommissariat für Ernährungswesen". Das Ernährungskommissariat ist eine ausgezeichnete Institution, aber ihm unbedingt die Genossenschaften unterzuordnen und sich die Hände zu binden, während man die Beziehungen zu den kleinen Landwirten revidiert, hieße politisch einen offenkundigen Fehler begehen. Wir müssen das neugewählte ZK beauftragen, bestimmte Maßnahmen und Änderungen auszuarbeiten und festzulegen, die Schritte, die wir vorwärts und zurück machen werden, zu untersuchen – in welchem Grade hat das zu geschehen, wie sind die politischen Interessen zu wahren, inwieweit soll man die Zügel lockern, damit eine Erleichterung eintritt, wie sind die Ergebnisse der Erfahrung zu prüfen. Wir stehen in dieser Beziehung, theoretisch gesprochen, vor einer ganzen Reihe Übergangsstufen und Übergangsmaßnahmen. Für uns ist eines klar: Die Resolution des IX. Parteitags setzte voraus, daß unsere Bewegung geradlinig verlaufen werde. Es hat sich indes herausgestellt – wie das immer in der ganzen Geschichte der Revolutionen der Fall war –, daß die Bewegung im Zickzack verläuft. Sich durch eine solche Resolution die Hände zu binden wäre ein politischer Fehler. Durch die Aufhebung der Resolution sagen wir, daß man sich vom Programm leiten lassen muß, in dem die Bedeutung des genossenschaftlichen Apparats betont wird.

Mit der Aufhebung der Resolution sagen wir: Paßt euch der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer an. Wann werden wir das aber durchführen? Nicht vor der Ernte, d. h. in einigen Monaten. Wird das in den verschiedenen Gegenden in gleicher Weise erfolgen? Auf keinen Fall. Zentralrußland, die Ukraine und Sibirien über einen Kamm zu scheren, sie in eine bestimmte Schablone zu zwängen wäre die größte Torheit. Ich schlage vor,

diesen Grundgedanken über die Freiheit des lokalen Warenverkehrs in Form eines Parteitagsbeschlusses festzulegen. Ich denke mir das so, daß daraufhin in den nächsten Tagen unbedingt ein Brief des ZK folgt, in dem gesagt wird, und natürlich besser gesagt wird, als ich es jetzt sage: Reißt nichts nieder, überstürzt nichts, klügelt nicht drauflos, geht so vor, daß die Mittelbauernschaft maximal zufriedengestellt wird, ohne daß die Interessen des Proletariats beeinträchtigt werden. Erprobt dies, erprobt jenes, studiert praktisch, an Hand der Erfahrung, sprecht euch dann mit uns aus und sagt, was euch gelungen ist, und wir werden eine spezielle Kommission oder sogar einige Kommissionen schaffen, die die gesammelten Erfahrungen zusammenfassen werden. Die Frage des Geldes ist dabei sehr wichtig, weil die Geldzirkulation ein Ding ist, durch das vorzüglich kontrolliert wird, ob der Warenumsatz eines Landes befriedigend ist, und wenn dieser Umsatz nicht richtig funktioniert, verwandelt sich das Geld in wertloses Papier. Um dann auf Grund der Erfahrung vorgehen zu können, müssen wir die getroffenen Maßnahmen zehnmal überprüfen.

Man wird an uns die Frage richten und erfahren wollen, woher wir die Waren nehmen werden. Freiheit des Handels erfordert ja Waren, und die Bauern sind sehr gescheite Leute und verstehen großartig zu spotten. Können wir jetzt Waren beschaffen? Jetzt werden wir es können, weil sich unsere internationale Wirtschaftslage gewaltig gebessert hat. Wir kämpfen gegen das internationale Kapital, das beim Anblick unserer Republik sagte: „Das sind Räuber, Krokodile." (Diese Ausdrücke sind mir wortwörtlich von einer englischen Künstlerin übermittelt worden, die sie von einem höchst einflußreichen Politiker gehört hatte.) Nun, und sind sie Krokodile, so kann man sie nur verachten. Das war die Stimme des internationalen Kapitals. Das war die Stimme des Klassenfeindes, und von seinem Standpunkt aus hatte er recht. Die Richtigkeit solcher Schlüsse unterliegt jedoch der Überprüfung durch die Praxis. Wenn du, das Weltkapital, eine weltumspannende, gewaltige Kraft – wenn du „Krokodil" sagst und die ganze Technik in deiner Hand ist, dann versuch dein Glück und schieß es tot! Als das Kapital

aber sein Glück versuchte, stellte sich heraus, daß es selber dabei schlechter fuhr. Nunmehr sagt das Kapital, das gezwungen ist, mit dem realen politischen und wirtschaftlichen Leben zu rechnen: „Handel tut not." Darin besteht unser gewaltiger Sieg. Ich kann Ihnen jetzt sagen, daß uns zwei Angebote einer Anleihe in Höhe von etwa hundert Millionen Goldrubel vorliegen. Gold haben wir zwar, aber Gold kann man nicht verkaufen, weil das eine Sache ist, die man nicht essen kann. Alle Länder sind wirtschaftlich zerrüttet, in der ganzen Welt sind infolge des Krieges die Währungsverhältnisse zwischen den kapitalistischen Staaten unglaublich durcheinandergeraten. Außerdem braucht man zum Verkehr mit Westeuropa eine Flotte, und die besitzen wir nicht. Die Flotte ist in feindlichen Händen. Mit Frankreich haben wir keinerlei Vertrag geschlossen, Frankreich hält uns für seinen Schuldner, also sagt es von jedem Schiff: „Bitte schön, das gehört mir." Sie haben eine Kriegsflotte, wir haben keine. Das ist die Lage, in der wir bis jetzt Gold nur in kleinem, verschwindend geringem, lächerlich geringem Ausmaß realisieren konnten. Nun liegen uns von kapitalistischen Bankleuten zwei Angebote vor, eine Anleihe von hundert Millionen zu realisieren. Natürlich wird dieses Kapital Wucherzinsen nehmen. Aber bisher wollten sie überhaupt nichts davon wissen, bisher sagten sie: „Ich schieße dich nieder und nehme alles umsonst." Jetzt, da sie uns nicht niederschießen können, sind sie bereit, Handel zu treiben. Die Handelsverträge mit Amerika und England sind jetzt, man kann sagen, auf dem besten Wege, ebenso die Konzessionen. Gestern bekam ich noch einen Brief von Mister Vanderlip, der sich hier aufhält und neben einer ganzen Reihe von Beschwerden eine ganze Reihe von Plänen über Konzessionen und über eine Anleihe vorbringt. Das ist ein Vertreter des Finanzkapitals von der gerissensten Sorte; er steht in Verbindung mit den westlichen Staaten Nordamerikas, die Japan mit größter Feindschaft gegenüberstehen. Somit haben wir ökonomisch die Möglichkeit, Waren zu beschaffen. Inwieweit wir dazu wirklich imstande sein werden, ist eine andere Frage, aber eine gewisse Möglichkeit ist vorhanden.

Ich wiederhole, der Typus der wirtschaftlichen Beziehungen, der oben das Aussehen eines Blocks mit dem ausländischen Kapitalismus hat, wird unten der proletarischen Staatsmacht die Möglichkeit des freien Warenverkehrs mit der Bauernschaft geben. Ich weiß – und nahm bereits die Gelegenheit wahr, mich dazu zu äußern –, daß das gewisse Spötteleien ausgelöst hat. In Moskau gibt es eine ganze intelligenzlerisch-bürokratische Schicht, die versucht, eine „öffentliche Meinung" zu schaffen. Sie begann sich lustig zu machen: „Ein schöner Kommunismus ist da herausgekommen! Ungefähr wie ein Mensch, der statt der Beine Krücken und statt des Gesichts einen unförmigen Kopfverband hat, und vom Kommunismus ist ein Vexierbild übriggeblieben." Diese Art Witzeleien habe ich zur Genüge gehört, aber diese Witzeleien stammen entweder von Bürokraten oder sind nicht ernst zu nehmen! Rußland ist aus dem Krieg in einem solchen Zustand hervorgegangen, daß sein Befinden am ehesten dem eines Menschen gleicht, den man halbtot geprügelt hat: sieben Jahre lang wurde auf das Land eingedroschen, da gebe Gott, daß es sich wenigstens auf Krücken fortbewege! So sieht die Lage aus, in der wir uns befinden! Zu glauben, daß wir uns ohne Krücken heraushelfen können heißt nichts begreifen! Solange es in anderen Ländern keine Revolution gibt, werden wir Jahrzehnte brauchen, um uns herauszuwinden, und da ist es um Hunderte Millionen, ja sogar Milliarden nicht schade, die wir aus unseren unermeßlichen Reichtümern, aus unseren reichen Rohstoffquellen hergeben, nur um die Hilfe des fortgeschrittenen Großkapitalismus zu erhalten. Wir werden sie später mit Zinseszinsen zurückholen. Es ist aber unmöglich, in einem unglaublich ruinierten Land, in dem eine ebenfalls ruinierte Bauernschaft die riesige Mehrheit bildet, die proletarische Macht ohne die Hilfe des Kapitals zu behaupten, das dafür natürlich Hunderte Prozent Zinsen herausschinden wird. Das muß man begreifen. Und deshalb entweder dieser Typus wirtschaftlicher Beziehungen oder nichts. Wer die Frage anders stellt, der versteht von der praktischen Wirtschaft absolut nichts und sucht sich mit diesen oder jenen Witzeleien herauszureden. Man muß eine Tatsache wie die Ermattung und

Erschöpfung der Massen sehen. Sieben Jahre Krieg – wie mußten sie sich bei uns auswirken, wenn vier Jahre Krieg in den fortgeschrittenen Ländern sich dort bis heute noch bemerkbar machen?!

Bei uns aber, in unserem zurückgebliebenen Land, befinden sich nach dem siebenjährigen Krieg die Arbeiter, die unerhörte Opfer gebracht haben, wie auch die Masse der Bauern geradezu in einem Zustand der Erschöpfung. Diese Erschöpfung, dieser Zustand grenzt an völlige Arbeitsunfähigkeit. Hier bedarf es einer wirtschaftlichen Atempause. Wir hatten vor, den Goldfonds für Produktionsmittel zu verwenden. Am besten wäre es, Maschinen herzustellen, aber auch wenn wir sie kauften, würden wir dadurch unsere Produktion aufbauen. Dazu ist jedoch erforderlich, daß wir einen Arbeiter, einen Bauern haben, der arbeiten könnte; in den meisten Fällen kann er aber nicht arbeiten: er ist erschöpft, er ist ermattet. Man muß ihn unterstützen, man muß den Goldfonds entgegen unserem früheren Programm zum Ankauf von Konsumgütern verwenden. Unser früheres Programm war theoretisch richtig, aber praktisch unhaltbar. Ich will eine Aufstellung bekanntgeben, die ich von Gen. Leshawa habe. Wir ersehen daraus, daß bereits einige hunderttausend Pud verschiedenartiger Lebensmittel gekauft sind und auf dem schnellsten Wege aus Litauen, Finnland und Lettland befördert werden. Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß in London eine Abmachung über Lieferung von Kohle in Höhe von 18½ Millionen Pud unterzeichnet worden ist, die wir zu kaufen beschlossen haben, um die Industrie Petrograds und die Textilindustrie zu beleben. Wenn wir Waren für den Bauern beziehen, so ist das natürlich eine Verletzung des Programms, so ist das unrichtig, aber man muß eine Atempause gewähren, denn das Volk ist so ermattet, daß es sonst nicht imstande ist zu arbeiten.

Ich muß noch einiges über den individuellen Warenaustausch sagen. Wenn wir von der Freiheit des Umsatzes sprechen, so bedeutet das individuellen Warenaustausch, d. h. eine Begünstigung der Kulaken. Aber was tun? Man soll nicht die Augen davor verschließen, daß die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer

bedeutet, daß das Kulakentum aus diesem System noch stärker hervorwachsen wird, als es bisher der Fall war. Es wird dort gedeihen, wo es vorher nicht hochkommen konnte. Aber dagegen muß man nicht mit Verbotsmaßnahmen kämpfen, sondern durch staatliche Vereinigung und durch staatliche Maßnahmen von oben. Kannst du der Bauernschaft Maschinen geben, so wirst du sie dadurch heben, und gibst du ihr Maschinen oder die Elektrifizierung, so werden Zehntausende oder Hunderttausende kleiner Kulaken auf der Strecke bleiben. Solange du das nicht geben kannst, gib eine gewisse Menge Waren. Hast du die Waren in deinem Besitz, so behauptest du die Macht, aber eine solche Möglichkeit zu unterbinden, abzudrosseln oder auszuschlagen würde bedeuten, sich jeglicher Möglichkeiten eines Umsatzes zu berauben, das würde bedeuten, die Mittelbauernschaft nicht zufriedenzustellen, und es wäre kein Auskommen mit ihr. Die Bauernschaft in Rußland ist mehr zur Mittelbauernschaft geworden, und man braucht sich nicht davor zu fürchten, daß der Austausch ein individueller wird. Jeder wird dem Staat irgend etwas im Austausch geben können. Der eine wird Getreideüberschüsse geben können, der andere wird Erzeugnisse des Gemüsebaus austauschen, der dritte Arbeitsleistungen. Im Grunde ist die Lage so: Wir müssen die Mittelbauernschaft ökonomisch zufriedenstellen und uns mit der Freiheit des Umsatzes abfinden, sonst können wir angesichts der Verzögerung der internationalen Revolution die Macht des Proletariats in Rußland nicht behaupten, ökonomisch nicht behaupten. Man muß das klar erkennen und ohne die geringste Scheu darüber sprechen. In dem Beschlußentwurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer (der Text wurde an Sie verteilt) werden Sie viele Unstimmigkeiten finden, es gibt Widersprüche darin, darum haben wir auch am Schluß geschrieben: „Der Parteitag, der im Prinzip" (ein vielsagendes und vielbedeutendes Wort) „die vom ZK vorgelegten Leitsätze über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer billigt, beauftragt das ZK der Partei, diese Leitsätze schleunigst zu koordinieren." Wir wissen, daß sie nicht koordiniert wurden, wir konnten nicht die Zeit dazu fin-

den, wir sind zu dieser Detailarbeit nicht gekommen. Die Formen der praktischen Durchführung der Steuer werden vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee und vom Rat der Volkskommissare detailliert ausgearbeitet und in einem entsprechenden Gesetz niedergelegt. Es ist folgendes Verfahren vorgesehen: Wenn Sie diesen Entwurf heute annehmen, so wird er schon auf der nächsten Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Beschluß erhoben werden, das ebenfalls nicht ein Gesetz erlassen, sondern nur modifizierte Richtlinien herausgeben wird, sodann werden der Rat der Volkskommissare und der Rat für Arbeit und Verteidigung diese Richtlinien in ein Gesetz umwandeln und, was noch wichtiger ist, praktische Instruktionen geben. Wichtig ist, daß man draußen im Lande die Bedeutung der Sache begreift und uns entgegenkommt.

Warum mußten wir die Ablieferungspflicht durch eine Steuer ersetzen? Die Ablieferungspflicht setzte die Einziehung aller Überschüsse und die Einführung eines obligatorischen Staatsmonopols voraus. Wir konnten nicht anders handeln, wir befanden uns in einer äußersten Notlage. Theoretisch muß nicht unbedingt angenommen werden, daß das Staatsmonopol vom Standpunkt des Sozialismus das beste ist. Als Übergangsmaßnahme ist es in einem Bauernland, das eine Industrie besitzt – und dessen Industrie auch arbeitet –, möglich, das System der Steuer und des freien Umsatzes anzuwenden, wenn eine gewisse Menge von Waren vorhanden ist.

Eben dieser Umsatz ist für den Bauern ein Ansporn, ein Anreiz, ein Antrieb. Der Landwirt kann und soll in seinem eigenen Interesse fleißig sein, denn man wird ihm nicht alle Überschüsse wegnehmen, sondern nur die Steuer erheben, die möglichst im voraus festgesetzt werden muß. Die Hauptsache, es ist ein Ansporn, ein Anreiz, ein Antrieb für den kleinen Landwirt bei der Bewirtschaftung seines Hofes vorhanden. Wir müssen unsere staatliche Wirtschaft in Anpassung an die Wirtschaft des Mitelbauern aufbauen, die wir in drei Jahren nicht umgestalten konnten und auch in zehn Jahren noch nicht umgestalten werden.

Der Staat war verpflichtet, eine bestimmte Lebensmittelmenge aufzubringen. Darum wurden die Pflichtablieferungen von uns im vergangenen Jahr erhöht. Die Steuer muß niedriger sein. Die Zahlen sind nicht genau festgelegt, sie lassen sich auch nicht genau festlegen. In Popows Broschüre „Die Getreideproduktion der Sowjetrepublik und der mit ihr föderierten Republiken“ sind Materialien unserer Statistischen Zentralverwaltung angeführt, die genaue Zahlen enthalten und zeigen, aus welchen Gründen die landwirtschaftliche Produktion zurückgegangen ist.

Sollte eine Mißernte eintreten, so können keine Überschüsse eingezogen werden, weil es keine Überschüsse geben wird. Man müßte den Bauern das Brot vom Munde wegnehmen. Wird die Ernte gut ausfallen, dann werden zwar alle den Riemen etwas enger schnallen, aber der Staat wird gerettet sein; oder wir werden es nicht verstehen, den Leuten, die nicht satt zu essen haben, etwas abzunehmen, und dann wird der Staat zugrunde gehen. Das den Bauern klarzumachen, ist die Aufgabe unserer Propaganda. Gibt es eine leidliche Ernte, so werden die Überschüsse etwa eine halbe Milliarde Pud ausmachen. Sie decken den Bedarf und liefern einen gewissen Fonds. Alles dreht sich darum, den Bauern einen Ansporn, einen Anreiz vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu geben. Man muß dem kleinen Landwirt sagen: „Du, Landwirt, produziere Lebensmittel, der Staat aber erhebt eine minimale Steuer.“

Meine Redezeit geht zu Ende, ich muß schließen. Ich wiederhole: Wir können jetzt nicht gleich ein Gesetz erlassen. Der Mangel unserer Resolution ist der, daß sie nicht allzu gesetzgeberisch aussieht – auf einem Parteitag werden ja keine Gesetze geschrieben. Deshalb schlagen wir vor, die Resolution des ZK im Prinzip anzunehmen und das ZK zu beauftragen, ihre Leitsätze zu koordinieren. Wir werden den Text dieser Resolution drucken lassen, und die Funktionäre draußen im Lande werden Sorge tragen, sie zu koordinieren und zu verbessern. Sie vollkommen zu koordinieren ist unmöglich, das ist eine unlösbare Aufgabe, weil das Leben viel zu buntscheckig ist. Übergangsmaßnahmen zu suchen ist eine sehr schwierige Aufgabe. Gelingt es nicht, das rasch und geradlinig

zu tun – wir werden den Mut nicht sinken lassen, wir werden unser Ziel erreichen. Jeder halbwegs einsichtige Bauer muß begreifen, daß wir als Regierung die Arbeiterklasse und die Werktätigen vertreten, mit denen sich die werktätigen Bauern (und sie machen neun Zehntel aus) darin einig sein können, daß jede Wendung nach rückwärts die Rückkehr zur alten zaristischen Regierung bedeuten würde. Das zeigt die Kronstädter Erfahrung. Dort will man die Weißgardisten nicht, will man unsere Macht nicht – eine andere Macht gibt es aber nicht – und befindet sich in einer Lage, die die beste Agitation für uns und gegen jede neue Regierung ist.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, uns mit den Bauern zu verständigen, und das muß praktisch, geschickt, findig, geschmeidig durchgeführt werden. Wir kennen den Apparat des Volkskommissariats für Ernährungswesen, wir wissen, daß das einer unserer besten Apparate ist. Wenn wir ihn mit anderen vergleichen, so sehen wir, daß das ein ausgezeichneter Apparat ist, und er muß erhalten bleiben, aber der Apparat muß der Politik untergeordnet sein. Der großartige Apparat des Ernährungskommissariats nützt uns gar nichts, wenn wir es nicht verstehen, die Beziehungen zu den Bauern in Ordnung zu bringen. Dann wird dieser großartige Apparat nicht unserer Klasse, sondern Denikin und Koltschak dienen. Da die Politik nun einmal eine entschiedene Änderung, Geschmeidigkeit und einen geschickten Übergang erfordert, so müssen die Leiter das begreifen. Ein fester Apparat muß für jede Art von Manövrieren tauglich sein. Verwandelt sich dagegen die Festigkeit des Apparats in Verknöcherung und stört bei Wendungen, so ist ein Kampf unvermeidlich. Darum müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um das gesteckte Ziel unbedingt zu erreichen, die völlige Unterordnung des Apparats unter die Politik durchzusetzen. Die Politik ist das Verhältnis zwischen den Klassen – das entscheidet das Schicksal der Republik. Der Apparat als Hilfsmittel wird um so besser und brauchbarer zum Manövrieren sein, je fester er ist. Wenn er aber nicht imstande ist, das zu leisten, dann taugt er zu nichts.

Ich bitte Sie, die Hauptsache im Auge zu behalten; was die Ausarbeitung der Einzelheiten und der Auslegungen betrifft, so ist das eine Arbeit von mehreren Monaten. Jetzt aber müssen wir die Hauptsache im Auge behalten: Es ist notwendig, das Beschlossene noch heute abend durch Rundfunk der ganzen Welt mitzuteilen und bekanntzugeben, daß der Parteitag der Regierungspartei im Prinzip die Ablieferungspflicht durch eine Steuer ersetzt und dadurch dem kleinen Landwirt eine ganze Reihe von Anreizen gibt, seine Wirtschaft zu erweitern und die Anbaufläche zu vergrößern; daß der Parteitag, indem er diesen Weg beschreitet, das System der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft korrigiert und die Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß auf diesem Weg gefestigte Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft erreicht werden. (*Stürmischer Beifall.*)

Veröffentlicht 1921 in dem Buch
„Zehnter Parteitag der Kommunistischen
Partei Rußlands. Stenografischer
Bericht (8.–16. März 1921)", Moskau.

Werke, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 191–205, russ.

XI. Parteitag der KPR (B)

27. März – 2. April 1922

AUS DEM POLITISCHEN BERICHT DES ZENTRALKOMITEES DER KPR(B) 27. MÄRZ

... Das Grundlegende in der Neuen Ökonomischen Politik ist augenblicklich, sich die Erfahrung des verflossenen Jahres richtig zu eigen zu machen. Das muß man tun, und wir wollen das tun. Und wenn wir das um jeden Preis erreichen wollen (und wir wollen und werden es erreichen!), so müssen wir wissen: Die grundlegende, entscheidende, allem anderen übergeordnete Aufgabe der NÖP ist die Herstellung des Zusammenschlusses zwischen der neuen Ökonomik, die wir aufzubauen begonnen haben (sehr schlecht, sehr ungeschickt, aber doch immerhin begonnen haben, auf der Grundlage einer völlig neuen sozialistischen Ökonomik, einer neuen Produktion, einer neuen Verteilung), und der bäuerlichen Wirtschaft, die die Wirtschaft von Millionen und aber Millionen Bauern ist.

Diesen Zusammenschluß gab es nicht, und diesen Zusammenschluß müssen wir vor allem herstellen. Dieser Erwägung muß alles untergeordnet werden. Wir müssen noch klären, wieweit es der Neuen Ökonomischen Politik gelungen ist, diesen Zusammenschluß herbeizuführen, und nicht das zu zerstören, was wir, wenn auch ungeschickt, aufzubauen begonnen haben.

Wir bauen unsere Ökonomik in Verbindung mit der Bauernschaft. Wir müssen sie wiederholt umgestalten und sie so einrichten, daß ein Zusammenschluß bestehe zwischen unserer sozialistischen Arbeit in der Großindustrie und in der Landwirtschaft und der Arbeit, mit der jeder Bauer beschäftigt ist und die er leistet,

so gut er kann, um aus der Not herauszukommen, ohne zu klügeln (denn er kommt gar nicht zum Klügeln, wenn er aus der direkten Gefahr eines qualvollen Hungertodes herauskommen und ihr entrinnen will).

Man muß diesen Zusammenschluß zeigen, damit wir ihn klar sehen, damit das ganze Volk ihn sehe, damit die gesamte Bauernmasse sehe, daß zwischen ihrem schweren, unerhört ruinierten, unerhört armseligen, qualvollen Leben von heute und der Arbeit, die geleistet wird im Namen fernliegender sozialistischer Ideale, ein Zusammenhang besteht. Man muß erreichen, daß dem einfachen werktätigen Durchschnittsmenschen verständlich wird, daß er eine gewisse Verbesserung erhalten hat, und zwar nicht so, wie sie eine kleine Zahl von Bauern in der Epoche der Gutsbesitzerherrschaft und des Kapitalismus erhielt, in der jeder Schritt zum Besseren (es hat zweifellos Verbesserungen gegeben, und sehr große) mit einer Verhöhnung, einer Beschimpfung, einer Verspottung der Bauern, mit der Vergewaltigung der Masse verknüpft war, die kein Bauer vergessen hat und die er in Jahrzehnten in Rußland nicht vergessen wird. Unser Ziel ist, den Zusammenschluß herzustellen, dem Bauern durch Taten zu beweisen, daß wir mit dem beginnen, was ihm verständlich, vertraut und heute bei all seiner Armut erreichbar ist, nicht aber mit etwas, was dem Bauernstandpunkt fernliegt, phantastisch ist – zu beweisen, daß wir ihm zu helfen verstehen, daß die Kommunisten dem jetzt in einer schweren Lage befindlichen, verarmten, verelendeten, qualvoll hungernden Kleinbauern sofort wirklich helfen. Entweder werden wir das beweisen, oder er wird uns zum Teufel jagen. Das ist völlig unausbleiblich.

Darin eben liegt die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik, das eben ist die Grundlage unserer ganzen Politik. Hier haben wir die Hauptlehre aus dem ganzen abgelaufenen Jahr der Anwendung der Neuen Ökonomischen Politik und sozusagen unsere hauptsächliche politische Richtschnur für das kommende Jahr. Der Bauer gewährt uns Kredit, und er kann natürlich nach dem Erlebten nicht umhin, ihn zu gewähren. Die Bauern in ihrer Masse wil-

ligen ein: „Nun, wenn ihr's nicht versteht, werden wir warten, vielleicht werdet ihr's noch lernen." Doch dieser Kredit kann nicht unerschöpflich sein.

Das muß man wissen, und nachdem man den Kredit erhalten, muß man sich immerhin etwas beeilen. Man muß wissen, daß der Augenblick herannaht, wo uns das Bauernland keinen weiteren Kredit gewähren wird, wo es, wenn man den kommerziellen Ausdruck gebrauchen darf, Barzahlung fordern wird. „Jetzt habt ihr aber doch, sehr verehrte Machthaber, nach soviel Monaten und soviel Jahren Aufschub das richtigste, zuverlässigste Mittel erworben, uns zu helfen, damit wir aus der Not, dem Elend, dem Hunger, dem Ruin herauskommen. Ihr versteht das, ihr habt das bewiesen." Das ist das Examen, dem wir unweigerlich entgegengehen, und durch dieses Examen wird in letzter Instanz alles entschieden werden: sowohl das Schicksal der NÖP wie auch das Schicksal der kommunistischen Macht in Rußland.

Werden wir imstande sein, unser unmittelbares Werk zu Ende zu führen oder nicht? Taugt nun diese Neue Ökonomische Politik etwas oder nicht? Soll sich der Rückzug als richtig erweisen, dann gilt es, sich nach dem Rückzug mit der Bauernmasse zusammenzuschließen und gemeinsam mit ihr, zwar hundertfach langsamer, dafür aber fest und unbeirrt vorwärtszuschreiten, damit sie stets sehe, daß wir immerhin vorwärtsschreiten. Dann wird unsere Sache absolut unbesiegbar sein, und keine Kraft der Welt wird uns besiegen. Bis jetzt, im ersten Jahr, haben wir das noch nicht erreicht. Das muß unumwunden ausgesprochen werden. Und ich bin tief davon überzeugt (und unsere Neue Ökonomische Politik gibt die Möglichkeit, diesen Schluß völlig klar und sicher zu ziehen), daß wir diese Aufgabe lösen werden, wenn wir uns über die ganze ungeheure Gefahr, die in der NÖP steckt, klarwerden und alle unsere Kräfte auf die schwachen Punkte richten.

Es gilt, sich eng mit der Bauernmasse, mit der einfachen, werktätigen Bauernschaft zusammenzuschließen und zu beginnen, sich vorwärtszubewegen, zwar unvergleichlich, unendlich langsamer, als wir es geträumt haben, dafür aber so, daß die ganze Masse

wirklich mit uns vorwärtsschreitet. Dann wird auch zur gegebenen Zeit eine solche Beschleunigung dieser Bewegung einsetzen, von der wir augenblicklich nicht einmal träumen können . . .

Veröffentlicht 1922 in dem Buch
„Elfter Parteitag der Kommunistischen
Partei Rußlands (Bolschewiki).
Stenografischer Bericht", Moskau.
Werke, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 241–243, russ.

Über das Genossenschaftswesen

I

Dem Genossenschaftswesen wird bei uns, wie mir scheint, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Schwerlich begreifen alle, daß das Genossenschaftswesen jetzt, seit der Oktoberrevolution und unabhängig von der NÖP (im Gegenteil, in dieser Beziehung muß man sagen: gerade dank der NÖP), bei uns eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnt. In den Träumereien der alten Genossenschaftler steckt viel Phantasie. Sie wirken durch ihre Phantasterei oft lächerlich. Aber worin besteht das Phantastische bei ihnen? Darin, daß diese Leute die wesentliche, grundlegende Bedeutung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse für den Sturz der Ausbeuterherrschaft nicht verstehen. Dieser Sturz ist bei uns jetzt Tatsache geworden, und nun wird vieles von dem, was an den Träumereien der alten Genossenschaftler phantastisch, sogar romantisch, ja gar abgeschmackt war, zur ungeschminkten Wirklichkeit.

Bei uns ist wirklich, da die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, da alle Produktionsmittel dieser Staatsmacht gehören – bei uns ist wirklich nur die Aufgabe übriggeblieben, die Bevölkerung in Genossenschaften zu organisieren. Unter der Bedingung der umfassendsten Organisierung der Bevölkerung in Genossenschaften erreicht jener Sozialismus von selbst das Ziel, der früher berechtigten Spott, ein Lächeln, geringschätziges Verhalten derjenigen hervorrief, die mit Recht von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, des Kampfes um die politische Macht usw. überzeugt waren. Nun geben sich aber nicht alle Genossen Rechenschaft darüber, welche gigantische, unermeßliche Bedeu-

tung die genossenschaftliche Organisierung Rußlands jetzt für uns gewinnt. Mit der NÖP haben wir dem Bauern als Händler, dem Prinzip des privaten Handels ein Zugeständnis gemacht; gerade daraus folgt (umgekehrt als man denkt) die gigantische Bedeutung der Genossenschaften. Unter der Herrschaft der NÖP ist eine genügend umfassende und genügend tiefgehende genossenschaftliche Organisierung der russischen Bevölkerung im Grunde genommen alles, was wir brauchen, weil wir jetzt jenen Grad der Vereinigung der Privatinteressen, der privaten Handelsinteressen, ihrer Überwachung und Kontrolle durch den Staat, den Grad ihrer Unterordnung unter die allgemeinen Interessen gefunden haben, der früher für viele, viele Sozialisten einen Stein des Anstoßes bildete. In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. – ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als Krämerei behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, ebenso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.

Eben dieser Umstand wird von vielen unserer Praktiker unterschätzt. Man behandelt bei uns die Genossenschaften geringschätzig und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates), zweitens unter dem Gesichtswinkel des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem möglichst *einfachen, leichten und dem Bauern zugänglichen* Wege.

Und das ist ja wiederum doch die Hauptsache. Es ist eine Sache, über alle möglichen Arbeitervereinigungen zum Aufbau des Sozia-

lismus zu phantasieren, und eine andere Sache, zu lernen, diesen Sozialismus praktisch so aufzubauen, daß *jeder* Kleinbauer an diesem Aufbau teilnehmen kann. Gerade diese Stufe haben wir jetzt erreicht. Und es steht außer Zweifel, daß wir, da wir nun diese Stufe erreicht haben, sie uns ungeheuer wenig zunutze machen.

Wir haben beim Übergang zur NÖP den Bogen überspannt, aber nicht in der Hinsicht, daß wir etwa dem Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit zuviel Platz eingeräumt hätten, sondern wir haben beim Übergang zur NÖP den Bogen in der Hinsicht überspannt, daß wir vergessen haben, an die Genossenschaften zu denken, daß wir jetzt die Genossenschaften unterschätzen, daß wir schon begonnen haben, die riesige Bedeutung der Genossenschaften in dem oben angedeuteten zweifachen Sinn dieser Bedeutung zu vergessen.

Ich habe die Absicht, mich nun mit dem Leser darüber zu unterhalten, was man, von diesem „Genossenschafts"prinzip ausgehend, praktisch sofort tun kann und muß. Mit welchen Mitteln kann und soll man sofort beginnen, dieses „Genossenschafts"prinzip so zu entwickeln, daß seine sozialistische Bedeutung allen und jedem einleuchtet?

Man muß für die Genossenschaften eine politische Lage schaffen, daß die Genossenschaften nicht nur schlechthin und immer eine gewisse Vergünstigung haben, sondern daß diese Vergünstigung rein materieller Natur ist (Höhe der Bankzinsen usw.). Man muß den Genossenschaften aus staatlichen Mitteln Darlehen geben, die, wenn auch nur um ein geringes, aber doch die Mittel übersteigen, die wir den Privatbetrieben, selbst den Betrieben der Schwerindustrie usw., als Darlehen gewähren.

Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird. Man braucht nicht an jene Hunderte und aber Hunderte von Millionen Rubel zu erinnern, die die Geburt des „freien" Kapitalismus kostete. Jetzt müssen wir erkennen, daß gegenwärtig diejenige Gesellschaftsordnung, die wir über das gewöhnliche Maß hinaus unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat

umsetzen. Aber unterstützen müssen wir sie im wahren Sinne dieses Wortes, d. h., es genügt nicht, unter dieser Unterstützung die Förderung eines beliebigen genossenschaftlichen Umsatzes zu verstehen, unter dieser Unterstützung muß man die Unterstützung eines genossenschaftlichen Umsatzes verstehen, an dem *wirkliche Massen der Bevölkerung wirklich teilnehmen*. Dem Bauern, der sich am Genossenschaftsumsatz beteiligt, eine Prämie zu gewähren, das ist unbedingt eine richtige Form, doch gilt es hierbei, diese Beteiligung zu überprüfen, zu überprüfen, wieweit sie bewußt erfolgt und wie zuverlässig sie ist – das ist der Kernpunkt der Frage. Wenn der Genossenschaftler in ein Dorf kommt und dort einen Genossenschaftsladen einrichtet, so ist die Bevölkerung, strenggenommen, daran nicht beteiligt, gleichzeitig aber wird sie, vom eigenen Vorteil geleitet, schleunigst versuchen, sich daran zu beteiligen.

Diese Sache hat auch noch eine andere Seite. Vom Standpunkt des „zivilisierten" (vor allem des lese- und schreibkundigen) Europäers müssen wir nur noch sehr wenig tun, um ausnahmslos alle zu veranlassen, sich an den Genossenschaftsoperationen zu beteiligen, und zwar nicht passiv, sondern aktiv. Eigentlich bleibt uns *„nur"* eines zu tun: unsere Bevölkerung so „zivilisiert" zu machen, daß sie alle aus der allgemeinen Beteiligung an den Genossenschaften entspringenden Vorteile einsieht und diese Beteiligung organisiert. *„Nur"* das. Wir brauchen jetzt keine anderen Weisheiten, um zum Sozialismus überzugehen. Um aber dieses „Nur" zu vollbringen, bedarf es einer ganzen Umwälzung, einer ganzen Periode kultureller Entwicklung der gesamten Volksmasse. Deshalb müssen wir uns zur Regel machen: Möglichst wenig Klügeleien und möglichst wenig Floskeln. Die NÖP bedeutet in dieser Hinsicht insofern einen Fortschritt, als sie sich dem Niveau des allergewöhnlichsten Bauern anpaßt, als sie von ihm nichts Höheres verlangt. Um aber durch die NÖP die Beteiligung ausnahmslos der gesamten Bevölkerung an den Genossenschaften zu erreichen, dazu bedarf es einer ganzen geschichtlichen Epoche. Wir können im günstigen Fall diese Epoche in ein, zwei Jahrzehnten zurücklegen. Aber dennoch wird das eine besondere geschichtliche Epoche sein, und ohne diese geschichtliche

Epoche, ohne allgemeine Elementarschulbildung der gesamten Bevölkerung, ohne einen genügend hohen Grad von Aufgewecktheit, ohne die Bevölkerung in ausreichendem Grade daran gewöhnt zu haben, Bücher zu gebrauchen, und ohne die materielle Grundlage dafür, ohne eine gewisse Sicherung, sagen wir, gegen Mißernte, gegen Hungersnot usw. – ohne das können wir unser Ziel nicht erreichen. Alles kommt jetzt darauf an, daß wir es verstehen, jenen revolutionären Schwung, jenen revolutionären Enthusiasmus, den wir schon gezeigt, und zwar in genügendem Maße gezeigt und mit vollem Erfolg gekrönt haben, mit der (hier möchte ich fast sagen) Fähigkeit zu vereinigen, ein gescheiter und kundiger Händler zu sein, was für einen guten Genossenschaftler durchaus hinreichend ist. Unter der Fähigkeit, ein Händler zu sein, verstehe ich die Fähigkeit, ein Händler zu sein, der Kulturansprüchen genügt. Das mögen sich die russischen Menschen oder einfach die Bauern hinter die Ohren schreiben, die da meinen: Wenn einer Handel treibt, so versteht er auch, Händler zu sein. Das ist ganz falsch. Wohl handelt er, aber von da bis zu der Fähigkeit, ein Händler zu sein, der Kulturansprüchen genügt, ist es noch sehr weit. Er betreibt heute seinen Handel asiatisch; um aber die Fähigkeit zu erlangen, ein Händler zu sein, muß man europäisch Handel treiben. Davon trennt ihn eine ganze Epoche.

Ich komme zum Schluß: Eine Reihe von ökonomischen, finanziellen und Bankprivilegien für die Genossenschaften – darin muß die Unterstützung bestehen, die unser sozialistischer Staat dem neuen Prinzip der Organisierung der Bevölkerung erweist. Damit ist aber die Aufgabe erst in ihren allgemeinen Zügen umrissen, weil da der ganze Inhalt der Aufgabe praktisch noch unbestimmt bleibt, noch nicht bis ins einzelne beschrieben ist, d. h., man muß verstehen, jene Form der „Prämien" (und die Bedingungen für ihre Erteilung) ausfindig zu machen, die wir für die genossenschaftliche Organisierung gewähren, jene Form der Prämien, durch die wir die Genossenschaften genügend fördern, jene Form der Prämien, durch die wir zu einem zivilisierten Genosenschaftler gelangen. Aber ein System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, bei dem Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie – das ist das System des Sozialismus.

4. Januar 1923

II

Immer, wenn ich über die Neue Ökonomische Politik schrieb, zitierte ich meinen Artikel über den Staatskapitalismus[27] aus dem Jahre 1918. Das hat mehr als einmal bei manchen jungen Genossen Bedenken erregt. Aber ihre Bedenken richteten sich vorwiegend auf das abstrakt Politische.

Es schien ihnen, daß eine Gesellschaftsordnung, unter der die Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören und der Arbeiterklasse die Staatsmacht gehört, nicht als Staatskapitalismus bezeichnet werden dürfe. Sie merkten jedoch nicht, daß die Bezeichnung „Staatskapitalismus" bei mir gebraucht wurde: *erstens*, um den historischen Zusammenhang unserer gegenwärtigen Stellungnahme mit der Stellungnahme in meiner Polemik gegen die sogenannten linken Kommunisten herzustellen; auch suchte ich schon damals zu beweisen, daß der Staatskapitalismus höher stehen würde als unsere heutige Wirtschaft; mir lag daran, den kontinuierlichen Zusammenhang des gewöhnlichen Staatskapitalismus mit jenem ungewöhnlichen, sogar ganz und gar ungewöhnlichen Staatskapitalismus festzustellen, von dem ich sprach, als ich den Leser in die Neue Ökonomische Politik einführte. *Zweitens* war für mich stets der praktische Zweck wichtig. Und der praktische Zweck unserer Neuen Ökonomischen Politik bestand darin, zu Konzessionen zu gelangen; Konzessionen wären unter unseren Verhältnissen unzweifelhaft schon ein reiner Typus des Staatskapitalismus gewesen. In diesem Sinne stellte ich meine Betrachtungen über den Staatskapitalismus an.

Es gibt aber noch eine andere Seite der Sache, bei der für uns der Staatskapitalismus oder wenigstens ein Vergleich mit ihm nötig sein kann. Das ist die Frage der Genossenschaften.

Es ist unzweifelhaft, daß die Genossenschaften in einem kapi-

talistischen Staat eine kapitalistische Kollektiveinrichtung sind. Unzweifelhaft ist auch, daß in unserer jetzigen ökonomischen Wirklichkeit, wo wir privatkapitalistische Betriebe – jedoch nur auf gesellschaftlichem Grund und Boden und nur unter der Kontrolle der Staatsmacht, die in den Händen der Arbeiterklasse liegt – mit Betrieben von konsequent sozialistischem Typus (sowohl die Produktionsmittel als auch der Grund und Boden, auf dem der Betrieb steht, wie der Betrieb im ganzen gehören dem Staat) vereinigen, noch die Frage nach einer dritten Art von Betrieben auftaucht, denen früher vom Standpunkt der prinzipiellen Bedeutung aus keine Selbständigkeit zukam, nämlich: den genossenschaftlichen Betrieben. Unter dem Privatkapitalismus unterscheiden sich genossenschaftliche von kapitalistischen Betrieben als kollektive von privaten Betrieben. Unter dem Staatskapitalismus unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von staatskapitalistischen dadurch, daß sie erstens private, zweitens kollektive Betriebe sind. In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe, aber sie unterscheiden sich nicht von sozialistischen Betrieben, wenn sie auf dem Grund und Boden gegründet sind und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staat, d. h. der Arbeiterklasse, gehören.

Eben dieser Umstand wird bei uns nicht genügend berücksichtigt, wenn man von den Genossenschaften spricht. Man vergißt, daß die Genossenschaften bei uns dank der Besonderheit unserer Staatsordnung eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnen. Wenn man die Konzessionen aussondert, die bei uns, nebenbei bemerkt, keine irgendwie beträchtliche Entwicklung erfahren haben, so dekken sich die Genossenschaften unter unseren Verhältnissen in der Regel völlig mit dem Sozialismus.

Ich will meinen Gedanken näher ausführen. Worin besteht das Phantastische an den Plänen der alten Genossenschaftler, angefangen mit Robert Owen? Darin, daß sie von einer friedlichen Umgestaltung der modernen Gesellschaft durch den Sozialismus träumten, ohne eine so grundlegende Frage wie die des Klassenkampfes,

der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, des Sturzes der Herrschaft der Ausbeuterklasse in Rechnung zu setzen. Und deshalb sind wir im Recht, wenn wir in diesem „Genossenschafts"sozialismus pure Phantasterei sehen, wenn wir etwas Romantisches, sogar Abgeschmacktes in den Träumereien erblicken, daß man durch bloße Organisierung der Bevölkerung in Genossenschaften die Klassenfeinde in Klassenmitarbeiter und den Klassenkrieg in den Klassenfrieden (den sogenannten Burgfrieden) verwandeln könne.

Es besteht kein Zweifel, daß wir vom Standpunkt der Grundaufgabe der Gegenwart aus gesehen recht hatten, denn ohne den Klassenkampf um die politische Macht im Staat kann der Sozialismus nicht zur Wirklichkeit werden.

Man betrachte aber, wie sich nun die Sache geändert hat, sobald die Staatsmacht bereits in den Händen der Arbeiterklasse liegt, sobald die politische Macht der Ausbeuter gestürzt ist und alle Produktionsmittel (mit Ausnahme derer, die der Arbeiterstaat freiwillig, zeitweilig und bedingt den Ausbeutern als Konzessionsobjekte überläßt) sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden.

Jetzt haben wir das Recht, zu sagen, daß das einfache Wachstum der Genossenschaften für uns (mit der obenerwähnten „kleinen" Ausnahme) mit dem Wachstum des Sozialismus identisch ist, und zugleich damit müssen wir eine grundlegende Änderung unserer ganzen Auffassung vom Sozialismus zugeben. Diese grundlegende Änderung besteht darin, daß wir früher das Schwergewicht auf den politischen Kampf, die Revolution, die Eroberung der Macht usw. legten und auch legen mußten. Heute dagegen ändert sich das Schwergewicht so weit, daß es auf die friedliche organisatorische „kulturelle" Arbeit verlegt wird. Ich würde sagen, daß sich das Schwergewicht für uns auf die kulturelle Arbeit verschiebt, gäbe es nicht die internationalen Beziehungen, hätten wir nicht die Pflicht, für unsere Position in internationalem Maßstab zu kämpfen. Wenn man aber davon absieht und sich auf die inneren ökonomischen Verhältnisse beschränkt, so liegt bei uns jetzt das Schwergewicht der Arbeit tatsächlich auf der kulturellen Arbeit.

Vor uns erscheinen zwei Hauptaufgaben, die eine Epoche ausmachen. Da ist einmal die Aufgabe der Umgestaltung unseres Apparats, der absolut nichts taugt, den wir gänzlich von der früheren Epoche übernommen haben. Hier ernstlich etwas umzugestalten, das haben wir in den fünf Kampfjahren nicht fertiggebracht und konnten es auch nicht fertigbringen. Unsere zweite Aufgabe besteht in der kulturellen Arbeit unter der Bauernschaft. Und diese kulturelle Arbeit unter der Bauernschaft verfolgt als ökonomischen Zweck eben die genossenschaftliche Organisierung. Wäre die Bevölkerung vollständig in Genossenschaften organisiert, so stünden wir bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden. Aber diese Voraussetzung, die vollständige genossenschaftliche Organisierung, schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft (eben der Bauernschaft als der übergroßen Masse) in sich ein, daß diese vollständige genossenschaftliche Organisierung ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist.

Unsere Gegner hielten uns oft entgegen, es sei ein sinnloses Beginnen von uns, in einem Lande mit mangelnder Kultur den Sozialismus anpflanzen zu wollen. Ihr Irrtum entstand aber daraus, daß wir nicht von dem Ende angefangen haben, an dem es nach der Theorie (von allerlei Pedanten) hätte geschehen sollen, und daß bei uns die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener Kulturrevolution vorausgegangen ist, der wir jetzt dennoch gegenüberstehen.

Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden, aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um kultiviert zu sein, braucht man eine gewisse Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, braucht man eine gewisse materielle Basis).

6. Januar 1923

Zuerst veröffentlicht am 26. und 27. Mai 1923
in der „Prawda" Nr. 115 und 116.
Unterschrift: *N. Lenin.*
Werke, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 427–435, russ.

Anmerkungen

[1] Lenins Artikel *„Proletariat und Bauernschaft"* wurde von der Gruppe der SDAPR in Sumy als Beilage zum „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" nachgedruckt. Sumy 1905. *7*

[2] *„Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow"* (Nachrichten des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten) – Tageszeitung, offizielles Organ des Sowjets der Bauerndeputierten; erschien von Mai bis Dezember 1917 in Petrograd. Die Zeitung vertrat die Ansichten des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre. *19*

[3] Lenin meint die Schrift von Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1960, S. 406–409.) *27*

[4] Gemeint ist der Übergang der Sowjets in die Hände der Bolschewiki: des Petrograder Sowjets am 31. August (13. September) und des Moskauer Sowjets am 5. (18.) September 1917. *30*

[5] *Apanage- und Kabinettsländereien* – Ländereien, die Mitgliedern der Zarenfamilie gehörten. *Possessionsländereien* – Ländereien, die der Staat an Fabrik- und Werkbesitzer für die Zuteilung an Bauern vergab, die in diesen Fabriken und Werken nur für die Bodenanteile arbeiteten. *Majoratsländereien* – große unveräußerliche Herrengüter, die ungeteilt von Generation zu Generation an den ältesten Sohn oder an den Ältesten in der Familie vererbt wurden. *34*

[6] Die Delegiertenkonferenz des Komitees der Dorfarmut des Moskauer Gebiets, in der Lenin am 8. November 1918 über die Aufgaben der Dorfarmut in der Revolution sprach, wurde von der Redaktion der Zeitung „Bednota" einberufen. *41*

[7] Lenin zitiert den Brief Pitirim Sorokins nach der „Prawda" Nr. 251 vom 20. November 1918, wo als Quelle fälschlich die „Iswestija Sewero-Dwinskowo Ispolnitelnowo Komiteta" (Nachrichten des Exekutivkomitees des Gouvernements Nördliche Dwina) angegeben wurde. In Wirklichkeit war der Brief am 29. Oktober 1918 in der Zeitung des Exekutivkomitees des

Gouvernements Nördliche Dwina „Krestjanskije i Rabotschije Dumy" (Gedanken der Bauern und der Arbeiter) Nr. 75 erschienen. *50*

[8] Lenin meint die vom außerordentlichen Kongreß der Aktionäre der Moskauer Volksbank am 16. November 1918 beschlossene Resolution. *59*

[9] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1960, S. 56–58. *63*

[10] Nach dem provokatorischen Attentat der „linken" Sozialrevolutionäre auf den deutschen Botschafter Mirbach und dem Putsch der „linken" Sozialrevolutionäre am 6. und 7. Juli 1918 spalteten sich von der Partei der „linken" Sozialrevolutionäre zwei neue Parteien ab – die „Volkstümler-Kommunisten" und die „Revolutionären Kommunisten". Die „Volkstümler-Kommunisten" verurteilten die sowjetfeindlichen Umtriebe der „linken" Sozialrevolutionäre und gründeten auf einer Konferenz im September 1918 eine eigene Partei. Im November 1918 beschlossen die „Volkstümler-Kommunisten" auf ihrem Parteitag, die Partei aufzulösen und sich mit der Kommunistischen Partei der Bolschewiki zu verschmelzen.

Die „Revolutionären Kommunisten" bestanden als zahlenmäßig geringfügige Partei bis 1920. Im Oktober 1920 gestattete das ZK der KPR(B) den Parteiorganisationen, Mitglieder der ehemaligen Partei der „Revolutionären Kommunisten" in die KPR(B) aufzunehmen. *63*

[11] *Heinrich Weber* – Otto Bauer. *66*

[12] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1960, S. 435. *68*

[13] Lenin meint die konterrevolutionären Kulakenaufstände im Juli 1918, die von Sozialrevolutionären und Weißgardisten mit materieller Unterstützung und auf Anweisung der englischen und französischen Imperialisten organisiert wurden. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 135/136.) *71*

[14] *Blanquismus* – Strömung in der französischen sozialistischen Bewegung, an deren Spitze Louis-Auguste Blanqui (1805–1881) stand. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus sahen in Blanqui einen hervorragenden Revolutionär und Streiter für den Sozialismus, kritisierten aber zugleich sein Sektierertum und die verschwörerischen Methoden seiner Tätigkeit. In der Einleitung zu Marx' Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" schrieb Engels über die Blanquisten: „Großgezogen in der Schule der Verschwörung, zusammengehalten durch die ihr entsprechende straffe Disziplin, gingen sie von der Ansicht aus, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl entschloßner, wohlorganisierter Männer imstande sei, in einem gegebnen günstigen Moment das Staatsruder nicht nur zu ergreifen, sondern auch durch Entfaltung großer, rücksichtsloser Energie so lange zu behaupten,

bis es ihr gelungen, die Masse des Volks in die Revolution hineinzureißen und um die führende kleine Schar zu gruppieren." (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1960, S. 454/455.) *73*

[15] Lenin meint den sozialrevolutionären Gesetzentwurf „Über die Regelung der Agrarverhältnisse", „Über den Pachtfonds" u. a., der auszugsweise in der sozialrevolutionären Presse im Oktober 1917 veröffentlicht wurde. „S. L. Maslows Entwurf", schrieb Lenin, „ist ein Entwurf ganz im Geiste der *Gutsbesitzer*, geschrieben *für* eine Verständigung mit den Gutsbesitzern, *für* ihre Rettung." (Siehe den Artikel W. I. Lenins: Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern, Werke, Bd. 26, S. 216–222.)

In der Zeit der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution ließ die Provisorische Regierung als Antwort auf die Bauernaufstände und die Inbesitznahme von Gutsbesitzerländereien durch die Bauern unter den Mitgliedern der Bodenkomitees Verhaftungen vornehmen. *74*

[16] Siehe Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, 2. Teil, Berlin 1959, S. 36. *83*

[17] Der *I. Gesamtrussische Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der Kommunen* fand vom 11. bis 20. Dezember 1918 in Moskau, im Haus der Gewerkschaften, statt. Am Kongreß nahmen 550 Delegierte teil. Lenin sprach in der Abendsitzung des 11. Dezember, am Eröffnungstag des Kongresses. Der Kongreß beschäftigte sich hauptsächlich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs von Bestimmungen für die sozialistische Flurregelung und von Maßnahmen für den Übergang zur sozialistischen Landwirtschaft. (Die Bestimmungen wurden vom Gesamtrussischen ZEK im Februar 1919 bestätigt und in Nr. 34 der „Iswestija WZIK" vom 14. Februar 1919 veröffentlicht.) *86*

[18] Die *Sektion zur Frage der Arbeit im Dorf* wurde in der ersten Sitzung des VIII. Parteitags der KPR(B) am 18. März 1919 gebildet. In ihren Sitzungen nahm die Sektion Berichte über die Bodenpolitik und über die Arbeit im Dorf entgegen und wählte eine Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution. Die von Lenin verfaßte Resolution über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft und die Resolution über die politische Propaganda und die Kultur- und Aufklärungsarbeit im Dorf wurden dann vom Parteitag bestätigt. *100*

[19] Siehe Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1960, S. 409–411. *108*

[20] Anläßlich der von Lenin zitierten Stelle aus der Broschüre „Anweisungen und Leitsätze für die Parteiarbeit im Gouvernement Nishni-Nowgorod" übergaben die Delegierten der Nishni-Nowgoroder (heute Gorkier) Partei-

organisation dem Präsidium des VIII. Parteitags der KPR(B) eine Erklärung. In der Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß in der Broschüre ein Druckfehler enthalten sei. *110*

[21] Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"), Berlin 1960, S. 129. *136*

[22] Der Artikel blieb unvollendet. *136*

[23] Die *1. Gesamtrussische Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande* fand vom 16. bis 19. November 1919 in Moskau statt. Auf der Konferenz waren 99 Delegierte von Gouvernements-, Kreis- und Amtsbezirkskomitees der Partei anwesend. Lenin sprach am dritten Tag der Konferenz; zu Beginn seiner Rede beglückwünschte er die Delegierten zur Befreiung der Stadt Kursk durch die Truppen der Roten Armee. *137*

[24] Der *1. Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels* war vom Volkskommissariat für Landwirtschaft einberufen worden und tagte vom 3. bis 10. Dezember 1919 in Moskau. Dem Kongreß wohnten 140 Delegierte, darunter 93 Kommunisten, bei. Lenin sprach am zweiten Tag des Kongresses. Der Kongreß nahm das Statut des Gesamtrussischen Verbandes landwirtschaftlicher Produktionskollektive (Kommunen und Artels) an, das dann vom Volkskommissariat für Landwirtschaft bestätigt wurde. *146*

[25] Die Bildung des *Milliardenfonds* erfolgte auf Grund eines Dekrets des Rats der Volkskommissare vom 2. November 1918 „mit dem Ziel der Verbesserung und Entwicklung der Landwirtschaft sowie der raschesten Umgestaltung der Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage". Beihilfen und Darlehen aus diesem Fonds wurden landwirtschaftlichen Kommunen, Genossenschaften, Vereinigungen oder Gruppen gewährt, die sich bereit erklärten, zur kollektiven Bodenbestellung überzugehen. *146*

[26] Die *„Bestimmungen über die sozialistische Flurregelung und über Maßnahmen für den Übergang zur sozialistischen Landwirtschaft"* wurden vom Gesamtrussischen ZEK im Februar 1919 angenommen. An der Ausarbeitung und Redaktion der Verordnung hatte Lenin unmittelbar teilgenommen. Die „Bestimmungen" sahen eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Umgestaltung der Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage, zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft und zur Vergrößerung der Anbauflächen vor. *146*

[27] Lenin meint seinen Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 315–347.) *201*

Inhalt